60 Jahre PAZ

Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland

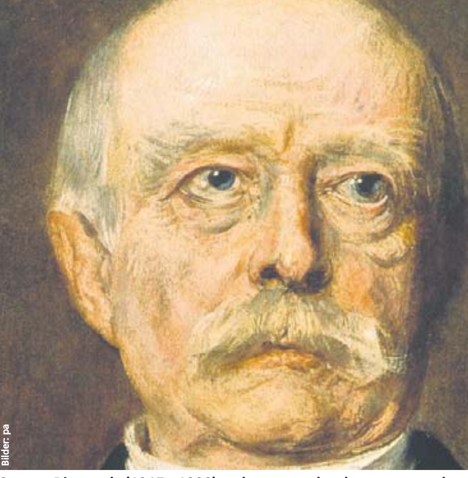
Nr. 13 – 3. April 2010

Einzelverkaufspreis: 2,40 Euro

C5524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE





Bilder: pa

Otto v. Bismarck (1815 – 1898) gehörte zu den hervorragenden Gestalten des Zweiten Reiches. Er vertrat die Interessen Deutschlands gegenüber den europäischen Nachbarn, ohne dabei die Grenze der Zumutung zu überschreiten.



Helmut Kohl (*3. April 1930) war von 1982 bis 1998 Bundeskanzler Deutschlands. Unter seiner Kanzlerschaft gelang die Wiedervereinigung Westdeutschlands mit Mitteldeutschlands. Er wurde nach 16 Jahren Kanzlerschaft abgewählt.

Runde Geburtstage

Wilhelm v. Gottberg: 60 Jahre *Preußische Allgemeine Zeitung*

Die Wochenzeitung *Preußische Allgemeine Zeitung / Das Ostpreußenblatt* (*PAZ/OB*) wurde am 1. April 60 Jahre. Sie ist nun in das siebte Lebensjahrzehnt eingetreten. Das ist für ein Publikationsorgan aus dem Bereich der Printmedien ein beachtliches Alter. Zahlreiche Glückwünsche sind aus diesem Anlass der Herausgeberin und der Redaktion zugegangen.

Blenden wir zurück: Am 1. April 1950 erschien diese Zeitung erstmalig mit dem Titel *Das Ostpreußenblatt* als Infozeitung für die Mitglieder der am 3. Oktober 1948 gegründeten Landsmannschaft Ostpreußen (LO). Herausgeberin war die LO, und dies ist sie bis heute geblieben. Die jeweiligen Mitglieder des Bundesvorstandes – speziell die Sprecher – der Herausgeberin tragen die Gesamtverantwortung für die Zeitung.

Die Leitung der Redaktion obliegt dem Chefredakteur, er und sein Redaktionsteam, soweit hauptamtlich tätig, sind Mitarbeiter der LO. Die Zeitung *Das Ostpreußenblatt* erschien monatlich zwei Mal, doch schon im Laufe des ersten Jahres wurde auf eine wöchentliche Erscheinung umgestellt.

> Der Reichsgedanke, das erforderliche Maß an Kontinuität aber auch Wandel bestimmten das Tun von Reichskanzler Otto von Bismarck

Von Beginn an haben die Verantwortlichen der Zeitung die Leitlinie festgelegt, an der bis heute festgehalten wurde. *Das Ostpreußenblatt* ist nicht nur Publikationsorgan für die Mitglieder des Opferverbandes Landsmannschaft Ostpreußen, sondern nimmt darüber hinaus akzentuiert Stellung zu den politischen, sozialen und kulturellen Fragen der Zeit. Damit war der zukünftige Charakter der Zeitung als politische Wochenzeitung bestimmt. Die Gründungsväter der LO und des *OB* – und dies gilt auch für die heute Verantwortlichen – haben immer das Ganze im Auge gehabt. Ostpreußen war seit 1871 Teil des Reiches, schon vorher war das Königreich Preußen mit seiner Provinz Ostpreußen Teil der Deutschen Nation. Deshalb, aber auch wegen Erwägungen zur langfristigen Zukunftssicherung der Zeitung, sah sich die Herausgeberin 2004 veranlasst, den Titel zu ändern. Die Zeitung erscheint nun unter dem Titel *Preußische Allgemeine Zeitung*. Im Untertitel wurde *Das Ostpreußenblatt* beibehalten und als thematischer Schwerpunkt des Blattes ausgewiesen.

Was hat die Zeitung in den vergangen 60 Jahren gewirkt, gestaltet und erhalten? Die Landsmannschaft Ostpreußen und die in ihr organisierten Ostpreußen haben mit dem Blatt eine publizistische Stimme geschaffen, die von streng rechtsstaatlicher Denkungsart bestimmt wird. Das ist eine nicht hoch genug einzuschätzende Leistung in einer Zeit, in der die Politik immer mehr über das Recht dominiert. Diese Tatsache hat dazu geführt, dass der *PAZ* inzwischen eine beachtliche Zahl Leser zugewachsen ist, die nicht dem Vertriebenenbereich entstammt.

Darüber hinaus war und ist die Zeitung Brücke zur Heimat und auch einigendes Band sowie Korsett für die entwurzelten Ostpreußen. Zugleich hat sie dazu beigetragen, dass die heimatlos Gewordenen ihre landsmannschaftliche Identität bewahren konnten. Schließlich war und ist die *PAZ* wie keine andere Zeitung dem Reichsgedanken besonders verpflichtet. Das ist nachvollzieh-

Fortsetzung auf Seite 2

Konrad Badenheuer:

Nur Nachteile

Jetzt haben wir sie also wieder hinter uns, die alljährliche Umstellung auf die Sommerzeit. Die meisten Menschen haben ihre anfängliche Müdigkeit überwunden, und die Milchkühe geben auch schon wieder so viel Milch wie vor acht Tagen. Schon am Montag waren die zusätzlichen Zugverspätungen bewältigt. Und für den Befund einer Studie aus Australien, dass sich in den Wochen nach dem kleinen Schlafentzug mehr depressive Menschen das Leben nehmen, gibt es aus Deutschland (noch) keine Bestätigung.

Klar belegt ist aber die alljährliche Zunahme der Verkehrsunfälle in den Tagen nach der Umstellung um acht Prozent. Aber da sollte man doch bitte nicht so empfindlich sein, zumal im Herbst, wenn dem Volk eine Extra-Stunde Schlaf gegönnt wird, auch wieder weniger Unfälle geschehen, wenn auch nicht ganz im selben Umfang.

Inzwischen gut belegt ist auch, dass in der Woche nach der Zeitumstellung die Zahl der Herzinfarkte um fünf Prozent höher liegt. Und noch einen Nachteil gibt es, neben den technischen Kosten der Umstellung: Aus der erhofften Energieeinsparung, einst der Grund für die Sommerzeit, ist nichts geworden: Wie das Umweltbundesamt einräumen musste, wird die minimale Energieeinsparung bei der Beleuchtung überkompensiert durch den Mehrbedarf an Heizenergie in den Morgenstunden.

Fragt sich, warum die Deutschen sich diesen Schwachsinn antun – denn populär ist die Sommerzeit keineswegs. Als das die Regierung vor zwei Jahren im Bundestag gefragt wurde, verwies sie auf die EU. Die Sommerzeit könnte noch zum Symbol für organisierten Unsinn aus Brüssel werden.

Ausmisten im Odenwald

Berlin – In der Debatte um sexuellen Kindesmissbrauch strebt die Odenwaldschule einen Neuanfang an. Nach einzelnen Rücktritten in den vergangenen Wochen nahmen nach einer Krisensitzung Ende vergangener Woche fünf von sieben Vorstandsmitgliedern ihren Hut. Die Zahl der Betroffenen beträgt dort unterdessen acht Lehrer und 33 Schüler. Altbundespräsident Richard v. Weizsäcker versicherte unterdessen, sein im Jahre 2008 verstorbener Sohn Andreas, der Ende der 60er Jahre zur „Wohngruppe“ des beschuldigten Schulleiters Gerold Becker gehört hatte, habe nichts von Missbrauchsfällen berichtet. In der Aktuellen Stunde zum Thema vor gut einer Woche im Bundestag waren überwiegend die bekannten Positionen ausgetauscht worden. *PAZ*

Zumutung abgewiesen

CDU will keine türkischen Gymnasien in Deutschland – »Hass auf die Türkei«?

Es war ein ungewöhnlicher verbaler Doppelschlag, mit dem der türkische Premier Recep Tayyip Erdogan kurz vor dem Besuch von Bundeskanzlerin Angela Merkel die Stimmung anheizte: Zuerst forderte er „türkische Gymnasien“ in Deutschland und nachdem die Kanzlerin dieses Ansinnen mit denkbar vorsichtigen Worten zurückwies, setzte er gegenüber Journalisten heftig nach: „Warum dieser Hass gegen die Türkei? Ich verstehe es nicht“, und weiter: „Das hätte ich von der Bundeskanzlerin Merkel nicht erwartet. Ist die Türkei ein Prügelknabe?“

Der Vorgang wird umso befremdlicher, wenn man auf die Details blickt: Die Türkei gewährt ihren einheimischen nationalen Minderheiten kaum höhere Schulbildung in ihrer Muttersprache, fordert dies aber in Deutschland für eine Zuwanderergruppe, die nach internationalen Standards keinen entsprechenden Anspruch erheben kann. Auch ist es international ganz unüblich, vor solch hochrangigen Reisen die Tagesordnung mit öffentlichen Äußerungen zu „belasten“.

> Erdogans Vorstoß ist befremdlich

Merkel besuchte die Türkei für zwei Tage zu Gesprächen mit Staatspräsident Abdullah Gül, Regierungschef Erdogan und für weitere Gespräche. Hauptstreitpunkt ist natürlich das „Nein“ der Kanzlerin zum EU-Beitritt der Türkei. Offenbar wollte Erdogan nach dem Prinzip „Angriff ist die beste Verteidigung“ deutsche Fragen etwa zur Lage der Christen im Land oder zum Armenier-Genozid von 1915 verhindern.

Auch das ist bemerkenswert: Erdogan steht keineswegs im Wahlkampf, wohl aber Merkel in Nordrhein-Westfalen. Ihr könnte der offensive Nationalismus Erdogans nun nutzen, vor allem, weil SPD und Grüne auf Widerspruch weitgehend verzichtet oder sogar ihren Ruf nach einem EU-Beitritt der Türkei erneuert haben. *K.B.*

Westerwelle im Umfrage-Keller

Berlin – FDP-Chef Guido Westerwelle bleibt auch innenpolitisch ohne Fortüne: Nach dem Glücklosen Hin und Her in der Steuerpolitik und Peinlichkeiten mit Einladungen zu Auslandsreisen und repräsentativen Essen des Auswärtigen Amtes sind die Umfragewerte des Bundesaußenministers weiter kräftig abgerutscht. Einen Negativrekord von minus 1,3 Punkten (zuvor minus 0,9) auf einer Skala von plus fünf bis minus fünf ermittelte des ZDF in seinem „Politbarometer“. Damit sackte Westerwelle auf Platz zehn der Liste der wichtigsten Politiker ab. Noch nie zuvor hatte hier ein Außenminister oder ein FDP-Vorsitzender so schlecht abgeschnitten. Die FDP als Partei steht in Umfragen bundesweit bei neun Prozent, nahe ihrem Tief im Februar. *PAZ*

MELDUNGEN

FDP lenkt bei Steuern ein

Berlin – Nach langem Tauziehen kommt die FDP der Union in der Steuerpolitik entgegen. Auf ihrem Bundesparteitag Ende April wollen die Liberalen ein Konzept mit fünf statt bisher drei Stufen vorschlagen. Damit „kommt man näher an den bisherigen Tarifverlauf heran“, erklärte FDP-Vize Andreas Pinkwart, oder anders gesagt: Die Entlastung fällt viel geringer aus; „noch finanzierbar“ nannte Pinkwart das. Berichten zufolge wären die Liberalen nun bereit, die Entlastung erst in einem zweiten Schritt, notfalls erst 2013, in Kraft zu setzen. Steuersenkungen für das kommende Jahr schließt inzwischen selbst FDP-Generalsekretär Christian Lindner aus (s. Seite 5). *PAZ*

Gegenkandidat für Kaczynski

Warschau – Die konservativ-liberale Bürgerplattform (PO) des polnischen Regierungschefs Donald Tusk hat parteiintern ihren Kandidaten gewählt, der bei der Wahl im Herbst gegen den amtierenden Präsidenten Lech Kaczynski antritt. 68 Prozent der PO-Mitglieder entschieden sich für den 57-jährigen Bronislaw Komorowski, der damit seinen Gegenspieler, Außenminister Radoslaw Sikorski, ausstach. Der 1952 in einem niederschlesischen Dorf nahe Breslau geborene Parlamentspräsident entstammt einer aus Ostpolen vertriebenen Familie von Landadligen. In Umfragen liegt der antikommunistische Historiker weit vor Kaczynski. *Bel*



Die Schulden-Uhr:

Bahn soll an NS-Opfer zahlen

Die Deutsche Bahn AG, die zu 100 Prozent dem deutschen Staat gehört, sieht sich Forderungen von NS-Opfern gegenüber. Organisationen von NS-Opfern aus Polen, der Ukraine, Weißrussland und Russland appellieren an die moralische Verantwortung des Unternehmens, dessen Vorgängerunternehmen während des Zweiten Weltkrieges Gefangene transportiert hat. Als Entschädigung wird ein Betrag gefordert, der in etwa dem Gewinn entspricht, den die Reichsbahn im Dritten Reich durch Gefangenentransporte erzielt habe. Nach Schätzungen der Antragssteller werden diese auf 445 Millionen Euro beziffert. Die Gründe dafür, dass die Forderungen jetzt gestellt werden, sind die Tatsache, dass die Deutsche Bahn auf dem polnischen Markt für Passagiertransporte aktiv werden möchte und das 175. Jubiläum der ersten Bahnstrecke auf dem europäischen Festland, die 1835 zwischen Nürnberg und Fürth feiert. Sie bekenne sich also zu ihrer historischen Nachfolge auch der Reichsbahn im Dritten Reich, so das Argument. ° *Bel*

1.688.729.299.350 €

Vorwoche: 1.686.426.549.648 €
Verschuldung pro Kopf: 20657 €
Vorwoche: 20629 €

(Montag, 29. März 2010, Zahlen: www.steuerzahler.de)

Die Schwarzen Witwen sind zurück

Russland streitet über das richtige Vorgehen gegen den Terror – Im Hintergrund der Kaukasus-Konflikt

Mit dem Doppelanschlag vom Montag morgen in der Moskauer U-Bahn ist der Terror in die europäischen Hauptstädte zurückgekehrt. Doch die Attacken gegen Russland – oft von so genannten „Schwarzen Witwen“ aus dem Kaukasus ausgeführt – sind nicht direkt vergleichbar mit den Anschlägen in London und Madrid. Im Hintergrund steht der ungelöste Konflikt im Nordkaukasus.

Mindestens 37 Menschen sind bei den beiden Anschlägen in der Hauptverkehrszeit in Moskau ums Leben gekommen, die Zahl der Verwundeten lag noch weit höher. Die Sprengsätze detonierten im Abstand von 40 Minuten an zwei verschiedenen Stationen in voll besetzten Zügen, ein dritter Sprengsatz war offenbar nicht detoniert. Dazu passt die Meldung eines Twitter-Nutzers, wonach die Moskauer Polizei die Mobilfunkfrequenzen blockiert habe, um eine mögliche weitere Sprengsatzzündung per Handy zu verhindern.

Der erste Anschlag geschah ausgerechnet an der Station „Lubjanka“, der früheren Zentrale des KGB und heutigen Zentrale des FSB. Laut dem russischen Geheimdienst FSB wurde die Tat von zwei Selbstmordattentäterinnen verübt, von Frauen wohlgemerkt, und damit führte die Spur – wenn man nicht Desinformation über die Täter unterstellen will – direkt in den Kaukasus.

In der Tat vermuteten russische und auch nichtrussische Experten schon am Tag des Anschlags, dass es sich um Racheakte islamistischer Untergrundkämpfer aus dem von Russland mit harter Hand beherrschten Nordkaukasus handelt. Russische Sicherheitskräfte hatten in dieser Region, zu der auch Tschetschenien gehört, erst in den letzten Wochen wieder Dutzende Rebellen getötet.

Konkret wurde diskutiert, ob es sich um eine Vergeltungstat nach der Tötung von Alexander Tichomirow (alias „Sheich Abu Saad Said Buryatsky“) am 2. März durch eine russische Spezialeinheit handeln könnte. Er galt als Chef-Ideologe der kaukasischen Extremisten und zudem als einer der Drahtzieher der letzten Terrorwelle, deren Höhepunkt der Bombenanschlag auf den russischen „Newski Express“ im November 2009 war, wobei 26 Menschen starben. Zu diesem Anschlag, der ohnehin eine kaukasische Handschrift trug, hatte sich eine islamistische Gruppe bekannt.

Schon seit dem Jahr 2004 kam es in verschiedenen Teilen Russlands immer wieder zu Terroranschlägen kaukasischer Täter, blutiger Höhepunkt war die Geiselnahme von 1100 Schülern und einigen Lehrern in einer Schule in der nordossetischen Stadt Beslan

Selbst Kadyrow widerspricht hier der »Kreml-Partei«

im September 2004. Damals starben insgesamt 368 Menschen, die meisten allerdings bei einer nicht gerade professionell ins Werk gesetzten Befreiung der Schule durch russische Sicherheitskräfte, die unter anderem Panzergranaten verschossen. Der Anschlag geschah mitten im zweiten Tschetschenienkrieg, der 1999 begann und im April 2009 offiziell für beendet erklärt wurde.

Nach dem jetzigen Attentat fiel bald der Name Doku Umarow. Der 45-jährige sechsfache Familienvater ist selbsternannter „Emir“ des Nordkaukasus und hat zuletzt im Februar damit gedroht, den Krieg an die „russische Front“ zu tragen. Er gilt in Russland vielen als Staatsfeind Nummer 1, ob er aber tatsächlich hinter dem jetzigen Doppelanschlag steckt, war zunächst nicht klar.

Klar war und ist, dass in Russland die Meinungen über das richtige Vorgehen gegen den Terror weit auseinandergehen. Während in der Duma die Kremlpartei „Einiges Russland“ forderte, die Ideologie des Terrors auszurotten, kamen vom (an sich Moskau-treuen) tschetschenischen Präsidenten Ramsan Kadyrow ganz andere Töne. Auch er forderte, den Kampf gegen die Terroristen zu verschärfen, betonte aber, die Ideologie als solche lasse sich nicht ausrotten. In Tschetschenien waren im Jahre 2009 offiziell die „Antiterroroperationen“ für beendet erklärt worden. Allerdings war der bewaffnete Untergrund – ähnlich wie im Falle Afghanistan/Pakistan – damals bereits in benachbarte Kaukasusstaaten ausgewichen.

Der islamistische Untergrund im Nordkaukasus bekommt immer wieder Zulauf von jungen Menschen – nicht nur Männern. Zu den Gründen gehören neben der russischen Fremdherrschaft auch soziale Probleme und die Perspektivlosigkeit vieler junger Menschen im Nordkaukasus.

Der russische Oppositionspolitiker Boris Nemzow erklärte nach den Anschlägen, die russische Nordkaukasuspolitik sei gescheitert. So lange sich das „Putinregime“ auf korrumpierte Banditen stütze, würden sich die Reihen der Terroristen immer wieder füllen und die Russen die Gefahr, die davon ausgehe, zu spüren bekommen, schrieb die „Frankfurter Allgemeine“. Während in Moskau unschuldige Zivilisten – darunter auch Nichtrussen – leiden, befürchten russische Muslime eine Welle von Sondermaßnahmen und Hass gegen Muslime. Anders als das kleine Israel gegen das Westjordanland kann Russland kaum einen Sperrzaun zum gesamten Nordkaukasus hin errichten. Und so ist ohne politische Lösung der Kaukasus-Problematik ein Ende dieses Terrors wohl nicht zu erwarten. *Konrad Badenheuer*



Nach dem Anschlag an der Station Kulturpark in Moskau: Sanitäter und Sicherheitskräfte im Einsatz. Bild: Reuters

Runde Geburtstage

Fortsetzung von Seite 1

bar, stammen doch die Verantwortlichen der Zeitung oder ihre Nachgeborenen aus der östlichsten Provinz des Deutschen Reiches. Vom früheren Bundestagspräsidenten Hermann Ehlers stammt das Wort, dass sich aus dem untergegangenen Deutschen Reich die fortdauernde Verpflichtung ergäbe, zu den Landsleute, die außerhalb des Geltungsbereiches des Grundgesetzes leben, eine lebendige Verbindung zu schaffen. Woche für Woche ist die *PAZ* diesem Auftrag nachgekommen. So soll es auch zukünftig bleiben. Die Erinnerung an die Geschichte, die Bewusstmachung der großartigen Leistungen der Menschen im Ersten und Zweiten Reich kann Vorbildcharakter haben für die erfolgreiche Bewältigung unserer Zukunft. Wer nicht weiß, woher er kommt, weiß nicht, wohin er will.

Damit sind wir bei einem weiteren Geburtstag. Ebenfalls am 1. April wurde Otto von Bismarck geboren. Er wird zu Recht als der Schöpfer des Zweiten Reiches bezeichnet. Wie bei keinem Staatsmann nach ihm wurde Bismarcks Handeln vom Reichsgedanken bestimmt. Bei der inneren Ausgestaltung des Zweiten Reiches berücksichtigte er das erforderliche Maß an Kontinuität zum Bewährten aus der Vergangenheit und unabdingbarem Wandel zu Erneuerungen in einer durch Industrialisierung sich rasch verändernden Welt.

Das allgemeine, gleiche und freie Wahlrecht für den Reichstag, die Sozialgesetzgebung in den 80er Jahren des 19. Jahrhunderts und Bismarcks Friedenspolitik – das Spiel mit den fünf Bällen – sind epochale Meilensteine einer Entwicklung, die in die heutige Bürgergesellschaft einmündet.

Dieser brandenburgische Preuße wusste noch, was seinen Nachfolgern im Kanzleramt ab 1933 aus dem Gedächtnis gekommen

Distanz zum Zeitgeist und die preußischen Tugenden propagieren

war. Er wusste, dass für die territorialen Grenzen des Reiches, die deutsche Identität der Landeskinder und die Zumutbarkeit eines geeinten Deutschlands hinsichtlich seiner räumlichen Ausdehnung für die europäischen Nachbarn bestimmende Faktoren sind.

Sein Nachfolger ab 1933 hat in verblendetem Größenwahnsinn mittels einer vom Bösen gesteuerten Kriegspolitik versucht, die Ostgrenze des Reiches weit in den osteuropäischen Raum hinein zu verschieben. Dieser Versuch endete in der bekannten europäischen Katastrophe von 1945. Allerdings konnte Hitler nur in das Kanzleramt gelangen, weil die Verantwortlichen für das Ungeheuerliche Friedensdiktat von Versailles seine ausländischen Steigbügelhalter waren. Seine Nachfolger ab 1945 haben mit vermeintlicher Friedenspolitik, die leider phasenweise würdelos war, mehr als ein Viertel des Reiches im Osten preisgegeben. Wie konnte es dazu kommen? Bei Theodor Eschenburg kann man nachlesen, dass für Adenauer hinter der Elbe die russische Walachei begann.

Damit kommen wir zu einem weiten Geburtstag in diesen Tagen. Helmut Kohl vollendet am 3. April sein 80. Lebensjahr. Kohl hat sich immer als Enkel Adenauers bezeichnet. Er hat sich schon in seiner Zeit als Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz für die Preisgabe der Ostprovinzen des Deutschen Reiches ausgesprochen. Unter dem Vorsitzenden Kohl wurde 1988 versucht, den Begriff der Wiedervereinigung aus dem außenpolitischen Grundsatzprogramm der CDU zu streichen, was eben noch vom damaligen LO-Sprecher Ottfried Hennig unter tatkräftiger Mithilfe dieser Zeitung verhindert werden konnte.

Während der Kanzlerschaft Kohls sind die Ostprovinzen des Reiches aus dem Bewusstsein der Menschen getilgt worden, soweit diese nicht von dort stammten und noch in der Kindheit prägende Kindheits- und Jugenderfahrungen machen konnten. Die Glorifizierung Kohls als Kanzler der Einheit ist historisch nicht zu

Glorifizierung Kohls als Kanzler der Einheit ist nicht zu rechtfertigen

rechtfertigen. Er hat – was seines Amtes war – den von den Bürgern Mitteldeutschlands erzeugten Druck aufgegriffen, der nach einem neunmonatigen Entwicklungsprozess zur Vereinigung des westlichen mit dem mittleren Teil des Reiches geführt hat. Während dieses Prozesses hat Kohl zielstrebig auf die kleine Wiedervereinigung hingearbeitet. Dass ihm dabei gravierende Fehler unterlaufen sind, bleibt zweitrangig. Nur wer nicht handelt, macht keine Fehler.

Macht, Ehre, Anerkennung – diese Ziele waren bestimmend für Kohls Handeln. Er wollte so gerne länger Kanzler sein als Bismarck. Dieser Wunsch veranlasste ihn, sein Versprechen, mit Ablauf der Wahlperiode 1994-98 das Spitzenamt abzugeben, zu widerrufen. Dies geschah im Frühjahr 1997. Was wäre dem Pfälzer erspart geblieben, wenn er am 3. April 1997 seinen 67. Geburtstag mit kritischem Gespür Rückblick und Ausblick gehalten hätte. Das Erreichen des biblischen Alters bereits in Sichtweite hätte das Ergebnis Abgeben, Loslassen heißen müssen. Aber Kohl hielt sich für unersetzlich. Bescheidenheit und Maßhalten waren nicht seine Stärke. Mit seinem Verhalten in der CDU-Spendenaffäre hat er dem Ansehen des Rechtsstaates Deutschland geschadet.

Zurück zum Geburtstagskind *Preußische Allgemeine Zeitung.*

Die Verantwortlichen der Zeitung – Herausgeberin und Redaktion – wissen, worauf die Erfolge in der Vergangenheit begründet waren. Das wird uns Leitlinie auch für die Zukunft sein. Die Devise heißt: An Bewährtem festhalten, Neuerungen gegenüber kritischer Würdigung offen stehen, dem Ganzen verpflichtet sein, Distanz zum Zeitgeist halten und Preußische Tugenden leben und propagieren. Darüber hinaus wird die *PAZ* das Recht und die Freiheit Deutschlands und seiner Menschen wahren und gegen alle Nivellierungsversuche verteidigen sowie die Interessen der Deutschen in den früheren Ostprovinzen des Reiches im Auge behalten. Das sind die Voraussetzungen für das Erscheinen dieser unabhängigen Wochenzeitung für Deutschland auch in den nächsten Dekaden des 21. Jahrhunderts.

Berlins Kunstszene-Müll

Von HARALD FOURIER

Der Erfolg dieses Mannes kann einem Angst machen: Was selbst der Bundesliga-Abstiegskandidat Hertha BSC nicht mehr ohne weiteres fertigbringt, das gelingt Mario Barth spielend. Der Komödiant aus Berlin-Mariendorf kriegt das ganze Olympiastadion voll, wenn er dort eine Veranstaltung macht. Barth bringt seine Zuschauer mit Gassenhauern und Gossensprache zum Lachen. Sein „Wörterbuch Deutsch-Frau/Frau-Deutsch" verkauft sich wie warme Semmeln, und seit einigen Monaten ist er sogar die Werbe-Ikone eines riesigen Elektronikkonzerns („Das ist mein Laden"). Er ist mit seinen peinlichen Witzen unter der Gürtellinie gerade auf dem totalen Höhenflug. Gemessen an seinem kommerziellen Erfolg ist er einer der wichtigsten Berliner Künstler.

Und es kommt noch schlimmer. Die beiden anderen wichtigsten zeitgenössischen Künstler aus Berlin scheinen eine sexbesessene Lolita und ein stammelnder Araber zu sein. Wenn wir den Schlagzeilen des deutschen Feuilletons Glauben schenken, dann dreht sich gerade alles um die 18-jährige Schriftstellerin Helene Hegemann und den Rapper Bushido. Aber beiden wird vorgeworfen, ihre „Werke" geklaut zu haben.

Hegemann hat ihren schlüpfrigen Sex-Roman „Axolotl Roadkill" aus dem Internet abgeschrieben, und der Musiker hat seine Texte bei einer französischen Band geklaut. Die Kunstszene steht Kopf wegen dieser Plagiatsvorwürfe.

Es wirkt fast so, als gäbe es kein wichtigeres Kultur-Thema in Berlin. Die wirkliche Frage aber lautet doch wohl: Ist das alles, was aus Berlin an Kultur kommt? Wer genau den Groschenroman der schulpflichtigen Autorin verfasst und wer die „anspruchsvollen" Raptexte (Kostprobe: „Ich schmuggele Plutonium, du finanzierst dir mit Oralverkehr dein Studium") gereimt hat – ist das nicht völlig egal? Hat Berlin nicht mehr zu bieten als Rapper und Gossenkünstler?

Es ist ganz schön peinlich, dass die moderne Kunstszene der Stadt durch so ein Trio repräsentiert wird: ein Prolet aus Mariendorf, eine frühreife Plagiatorin aus marxistischem Elternhaus und ein arabischer Möchtegern-Gangster, der fast ausschließlich von Sex und Gewalt singt. Hat Berlin nicht mehr zu bieten?

Zum Glück ja. Die Stadt zieht auch viele echte Talente an oder bringt eigene hervor wie Peter Fox (Sänger), Benjamin von Stuckrad-Barre (Schriftsteller) und Jan Josef Liefers (Schauspieler), um nur einige zu nennen. Nicht zuletzt lebt unsere jüngste Literaturnobelpreisträgerin Herta Müller seit Jahren in Friedenau.

Alles mehr oder minder echte Berliner, und keiner von denen klaut seine Texte.

Wird nun gegen Links mobilisiert?

Partei »Die Linke« fürchtet nun einen »Kampf gegen Rechts« mit umgekehrten Vorzeichen



Angstpartie: Polizisten, die am 1. Mai Dienst haben, müssen immer häufiger damit rechnen, von Linksextremisten angegriffen zu werden.

Bild: getty

Die neuen Zahlen über immer mehr Gewalttaten aus dem linken Spektrum haben jetzt auch in Berlin Politiker nach Konsequenzen rufen lassen. Besonders in der Hauptstadt kulminiert die linke Gewalt, und Polizisten wie Feuerleute werden häufiger zur Zielscheibe von aggressiv und planmäßig vorgehenden Demonstranten. Allein in Berlin wurden in den letzten eineinhalb Jahren 300 Luxusautos „abgefackelt". Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) rief jetzt nach schärferen Gesetzen, die Oppositionsparteien protestierten.

Der Bundesinnenminister stellte in Aussicht, dass seine Kabinettskollegin, Justizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (FDP), „bald einen Entwurf vorlegen" werde. Gespannt warten daher politische Beobachter darauf, ob dieser Ankündigung Taten folgen werden. Bisher hat die liberale Ministerin noch keine Vorstöße in dieser Richtung gemacht. De Maizière machte jetzt Dringlichkeit geltend, da die „für das Jahr 2009 gemeldeten Zahlen im Bereich der politisch motivierten Kriminalität alles andere als erfreulich" seien. Er betrachte vor allem die steigende Gewalt gegen Polizisten und Feuerwehrleute mit Sorge. Diese Entwicklung zeige, „wie wichtig die Umsetzung des im Koalitionsvertrag verankerten Zieles ist, strafrechtlich den Schutz von Polizeikräften gegen brutale Angriffe zu verbessern".

Angesichts des bevorstehenden 1. Mai, an dem seit Jahren vermummte „Autonome" in Berlin oder Hamburg aus dem so genannten schwarzen Block heraus gezielt Straftaten verüben, zeigen sich Vertreter von Polizeigewerkschaft und Politik besorgt.

Der parlamentarische Geschäftsführer der CSU-Landesgruppe im Bundestag, Stefan Müller, sagte in der letzten Woche: „Offensichtlich sind vor allem in großen Städten Schutzräume linksextremer Gewalt entstanden. Dort gibt es Milieus, die linken Gewalttätern mit Toleranz begegnen."

Müller forderte, die Förderprogramme gegen linke Gewalt massiv aufzustocken. Dazu würden auch polizeiliche Maßnahmen zählen, um die gegenwärtig niedrige Aufklärungsquote von 39,4 Prozent (bezogen auf alle gemeldeten, politisch motivierten Taten) zu erhöhen. Sie war im Jahr 2009 noch etwas niedriger als im Jahr zuvor.

> »Mehr Schutz von Polizisten gegen brutale Angriffe«

Die bisher in den Medien im Vordergrund stehenden rechtsextremistisch motivierten Straftaten mit fremdenfeindlichem Hintergrund gingen im letzten Jahr um rund 16 Prozent auf 2477 zurück. Auch die Zahl der rechtsextremen Gewalttaten mit fremdenfeindlichem Hintergrund nahm um 10,5 Prozent auf insgesamt 366 Taten ab.

Bisher wurde der Anstieg bei der politisch motivierten Kriminalität im linken Spektrum mit besonderen Ereignissen erklärt. De Maizièrs Vorgänger Wolfgang Schäuble (CDU) nannte 2007 den G8-Gipfel in Heiligendamm, die deutsche EU-Ratspräsidentschaft oder das Asia-Europe-Meeting (Asem-Gipfel) in Hamburg. Bei einer Anti-G8-Großkundgebung in Rostock waren seinerzeit aus der Menge der überwiegend friedlichen Demonstranten massive Gewalttaten insbesondere gegen Polizisten verübt worden. Hunderte Ordnungskräfte erlitten zum Teil schwere Verletzungen. Eine Ergreifung und Bestrafung der Täter erfolgte in den seltensten Fällen.

Kritik gegen die geplanten Maßnahmen kommt bereits von den drei Links-Parteien. Die Regierungskoalition treibe parallel zur Veröffentlichung der Zahlen zu politisch motivierten Straftaten nun eine Debatte voran, um „gegen links" zu mobilisieren. Demgegenüber forderte der FDP-Bundestagsabgeordnete Stefan Ruppert, man müsse prüfen, „wie die bestehenden Extremismusbekämpfungsprogramme auf den Linksextremismus angepasst werden können".

Noch schärfer äußerte sich der innenpolitische Sprecher der Unionsbundestagsfraktion, Hans-Peter Uhl (CSU): Die linksextremistische Gewaltbereitschaft reiche „bis in die Linkspartei hinein".

Die Bekämpfung aller Formen des Extremismus hat sich Familienministerin Kristina Schröder (CDU) vorgenommen und damit Kritik von Opposition und Initiativen gegen Rechtsextremismus geerntet. Sie verharmlose die braune Gefahr und setze Dinge gleich, die nicht gleichgesetzt gehörten, lautet der Vorwurf. Schließlich tastete Schröder im Haushalt für 2010 die 24 Millionen Euro für die Programme „gegen Rechts" nicht an, fand aber zwei Millionen Euro, die sie in Programme gegen Linksextremismus und Islamismus stecken will.

Dazu kommen nun, nach Informationen der linksgerichteten „taz", weitere sechs Millionen aus dem Haushalt des Innenministeriums. Mit dieser Summe sollen nun Projekte zur „Förderung für demokratische Teilhabe und gegen Extremismus in Ostdeutschland", insbesondere gegen Extremismus allgemein und Islamismus gestartet werden. Schröder kündigte an, dass bis Ende Juni Vertreter von Bund, Ländern und Kommunen sich zusammensetzen sollen, um danach Gespräche mit Wissenschaftlern und Praxisvertretern zu führen.

„Danach werden wir mit ersten Forschungs- und Modellprojekten im Bereich Islamismus und Linksextremismus starten", so Schröder. Der Bundesinnenminister hat derweil besonders die Autobrandstifter im Visier. Man dürfe in den Städten keine „No-Go-Areas" zulassen, sagte de Maizière in schönstem Neudeutsch. *H. E. Bues*

IG Metall erhält Konkurrenz

Rund 2800 Beschäftigte des Daimler-Werks in Berlin-Marienfelde haben jüngst ihre Interessenvertretung im Betriebsrat gewählt. Erstmals trat dabei in Konkurrenz zur IG Metall eine „Alternative" auf. Die neue Gruppierung setzt sich kompromisslos gegen Lohnverzicht und Arbeitsplatzabbau ein. Zwar vermuten Vertreter der IG Metall Umtriebe der Linkspartei, aber bei genauem Hinsehen unterscheiden sich die Forderungen dieser „Alternative" nur wenig von denen so erfolgreichen Spartengewerkschaften wie der Lokomotivführergewerkschaft, Marburger Bund oder der Pilotenvereinigung Cockpit, die eher einen bürgerlichen Habitus haben. Diese linke „Alternative" errang denn auch auf Anhieb fünf Sitze, während die bislang allmächtige IG Metall auf 15 Sitze schrumpfte. Die arbeitgeberfreundliche Liste „Faire Basis" errang einen Sitz. Die christliche Gewerkschaft, deren Tarifgebaren immer wieder Anlass kritischer Berichterstattung war, ging leer aus. *Hans Lody*

Lob von der »taz«

CDU macht sich mit neuem Programm für die Grünen attraktiv

Seit der als konservativ geltende Frank Henkel den Vorsitz im CDU-Landesverband Berlin übernommen hatte, war es der Partei gelungen, einen Teil der vergraulten Wähler zurückzugewinnen. Doch nach den jetzigen Umfragen wird es auch 2012 wieder nicht für eine bürgerliche Koalition reichen. Darum arbeiten die Christdemokraten auf eine schwarz-grüne Koalition hin.

Um auch für den Alt68er-Grünen Hans Christian Ströbele akzeptabel zu werden, hat die Partei der Öffentlichkeit nun zwei neue Positionspapiere vorgestellt und dafür sowohl von den Grünen als auch von der „taz" Zustimmung erhalten. Berlins größtes Boulevardblatt, die „BZ", übte ironische Kritik und hat die Frage gestellt, wer eine solche CDU brauche. Trotzdem glaubt Henkel daran, das Papier werde der CDU neue Wählerschichten erschließen. Kern ist die Erfindung einer „Klimaschutzrente". Während die Bundesregierung Subventionen für Solaranlagen abbaut, rudert die Berliner CDU nun in die entgegengesetzte Richtung. Selbst Parlamentsmitglieder der eigenen Fraktion finden das skurril.

Das „Integrationspapier" könnte dauerhaften Flurschaden bei den mühsam zurückgewonnenen konservativen Wählern anrichten. Schlicht gesagt soll die Integration der hier lebenden Ausländer vermehrt als „Bringeschuld" der Inländer stattfinden.

> Integration als Bringschuld der Inländer

Die These „Kopftücher bedrohen die verfassungsgemäße Ordnung nicht" dürfte vielen integrationswilligen muslimischen Frauen gegen den Strich gehen und führt die Berliner CDU auf einen europäischen Sonderweg: In vielen Ländern wird dieses Kennzeichen des Islamismus kritisch gesehen. Es sollen „Begrüßungsbüros" für „Neuzuwanderer" eingerichtet und den „Zuwanderern die Türen zur deutschen Staatsangehörigkeit geöffnet" werden, als ob die Tore zur deutschen Staatsangehörigkeit nicht ohnehin sperrangelweit offen stünden. Da sind manche Genossen von der SPD wie der Neuköllner Bürgermeister Heinz Buschkowski oder der gewesene Finanzsenator Thilo Sarrazin schon weiter.

Mitautor des Integrationspapiers ist übrigens Burkhard Dregger, Sohn des konservativen früheren CDU-Bundestagsfraktionsvorsitzenden Alfred Dregger. Dieser hatte parteiintern sinngemäß ausgeführt: Parallelgesellschaften habe er wahrgenommen, diese seien aber nicht bestimmend. Die doppelte Staatsbürgerschaft soll nun eine Linderung der Probleme bieten. *Hans Lody*

Zweierlei Maß

Kinderporno bei Hauptpersonalratschef

Der inzwischen zurückgetretene Vorsitzende des Hauptpersonalrats des Landes Berlin, Uwe Januszewski, wurde bereits vor Wochen wegen der „Verbreitung kinderpornografischer Schriften" zu einer Geldstrafe von 100 Tagessätzen zu je 30 Euro verurteilt. Das wurde bekannt, weil auch dienstrechtliche Konsequenzen auf ihn zukommen.

Januszewski ist als Amtsrat beim Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg in der Abteilung Soziales beschäftigt. Er war Mitgründer des (linken) gemeinnützigen Vereins „Paper Press", eines jugendpolitischen Pressedienstes, und veranstaltete auch „antifaschistische" Jugendbegegnungsreisen. Dafür erhielt er 2005 das Bundesverdienstkreuz. Als er im April 2005 eine kinderpornografische Bilddatei an einen anderen Verdächtigen verschickte, wurden Fahnder erstmals auf ihn aufmerksam. Trotzdem tat dies seiner Karriere keinen Abbruch. Im März 2006 wurde Januszewski Vorsitzender des Hauptpersonalrates des Landes Berlin und war damit für 130 000 Bedienstete des Landes zuständig. Im November 2007 dann wurden auf der Festplatte seines privaten Computers sechs Bilddateien mit Kinderpornos sichergestellt.

> Ermittlungen zogen sich auffällig hin

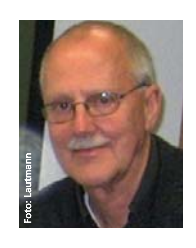
Zuständig für Januszewskis Disziplinarverfahren ist Bezirksbürgermeister Eckehard Band, ein Genosse von der SPD. Auffällig ist nicht nur die Länge des ganzen Verfahrens – 2005 erster Anfangsverdacht, 2007 Hausdurchsuchung und schließlich 2009 die Verurteilung zu einer vergleichsweise milden Strafe –, sondern auch die geringe öffentliche Aufmerksamkeit für diesen Fall, der doch genauso widerlich ist wie die Missbrauchsfälle in der katholischen Kirche. *Hans Lody*

Zeitzeugen



Rosemarie Will – Seit dem Jahre 2005 ist die 1949 geborene Juristin Bundesvorsitzende der Humanitischen Union. Die 1949 in Bernsdorf (Oberlausitz) Geborene war zu DDR-Zeiten mehr als nur regimenah, zeitweilig war sie Propagandafunktionärin der FDJ-Grundorganisation an der Humboldt-Universität. Noch kurz vor der Wende wurde sie in Ost-Berlin Professorin für Staatsrecht.

Helmut Kentler – „Der echte Päderast", schrieb der 2008 verstorbene Professor für Sexualpädagogik einmal, „braucht im allgemeinen keine Gewalt." Und: „Echte Pädophile sind hochsensibel gegen Schädigungen von Kindern." Unter einem „echten Päderasten" verstand der HU-Aktivist, der auch die Jugendarbeit der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) wesentlich beeinflusst hat, „einen Mann, der seine Festgelegtheit kennt, akzeptiert und lebt."



Rüdiger Lautmann – Der 1935 geborene emeritierte Professor für Soziologie ist auch promovierter Jurist. Im Beirat der Humanistischen Union gehörte Lautmann in den zurückliegenden Jahren zu denjenigen, die besonders konsequent einer Legalisierung der Pädophilie das Wort redeten bzw. eine Distanzierung von entsprechenden Forderungen ablehnten. Lautmann ist Aktivist in der Schwulenbewegung und Autor des Buches „Die Lust am Kind".

Fritz Sack – Wie Lautmann war auch Sack Professor für Soziologie. Der 1931 in Pommern Geborene lehrte außerdem von 1984 bis 1996 Kriminologie. Sack gehörte dem Kuratorium der umstrittenen „Arbeitsgemeinschaft Humane Sexualität AHS e.V." an und widersetzte sich im Beirat der HU zusammen mit Rüdiger Lautmann und Helmut Kentler einem klaren „Nein" zur Pädophilie.



Helmut Gollwitzer – Der 1908 geborene evangelische Theologe und Schriftsteller war ein prominenter Schüler von Karl Barth und erklärtermaßen Sozialist. In der NS-Zeit engagierte er sich in der Bekennenden Kirche, später als enger Freund Rudi Dutschkes auch in der Studentenbewegung. Gollwitzer gehörte in den 60er Jahren zu den damals 33 Pfarrern, Theologen und Kirchenvertretern in der nicht offen atheistischen Humanistischen Union.

Diskretes Netzwerk

Die »Humanistische Union« hat Einfluss – und viel Verständnis für Pädophile

Noch vor Wochen kannten nur wenige die „Humanistische Union e.V." (HU). Und wer diese Organisation kannte, hielt sie meist für eine wenig einflussreiche Gruppe, die für humanitäre Zwecke kämpft. Die Wirklichkeit sieht leider anders aus.

Unter dem schönen Etikett des Humanismus hat sich mit der HU 1961 eine Plattform gebildet, die effektiv für die Veränderung der Bundesrepublik im Sinne linker Ziele kämpft. Besonders mit den Kirchen und der bürgerlichen Sexualmoral lagen und liegen die Aktivisten der HU über Kreuz.

Als „unabhängige Bürgerrechtsorganisation" bezeichnet sich die Humanistische Union bis heute und nimmt in Anspruch, für den „Schutz der Bürger- und Menschenrechte" einzutreten. Geradezu begrüßenswert klingt es, wenn die Mitglieder sich für die „Achtung der Menschenwürde" und das „Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit" einsetzen wollen. Jahrzehntelang gehörte dazu allerdings nach Ansicht vieler in der HU auch das „Recht" von Pädophilen, ihre Neigung auszuleben.

Zunächst waren in den 60er Jahren aber die Kirchen das vorrangige Angriffsziel der humanistischen Unionisten, bevor sie sich verstärkt der weitestmöglichen Liberalisierung der Sexualmoral zuwandten. Unter dem Titel „Gleichberechtigung aller Religionsgemeinschaften" plädiert die HU bis heute für die „Abschaffung staatlicher Kirchenprivilegien", also vor allem Religionsunterricht und Kirchensteuer. Zudem kämpfen die in der Grundausrichtung atheistischen Humanisten für die Einführung der aktiven Sterbehilfe.

Was ist gemeint mit »freie Entfaltung der Persönlichkeit«?

Auf dieser Linie setzt auch das Beiratsmitglied der HU, Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (FDP), den Kampf gegen die Kirchen fort. Wie die *PAZ* berichtete, bezichtigt sie im aktuellen Missbrauchsskandal die katholische Kirche, dass sie die strafrechtliche Verfolgung der Täter verhindere. Dabei fällt unter den Tisch, dass die abstoßenden Taten, um die es hier geht, überwiegend gar keine Straftaten wären, wenn es nach dem Willen der HU gegangen wäre: Sie trat jahrzehntelang für die „Entkriminalisierung", sprich: Legalisierung, von Pädosexualität ein. Erst 2004 korrigierte die HU unter dem massiven Druck der Öffentlichkeit diese Position mit knapper Mehrheit (19:12) und fährt seitdem einen etwas vorsichtigeren Kurs. Doch mit der Forderung nach Aufklärung und Bestrafung solcher Verbrechen ist die HU noch nicht an die Öffentlichkeit getreten.

Das ist auch in Zukunft kaum zu erwarten, denn nach wie vor sind im Beirat der bis heute als „gemeinnützig" anerkannten HU genau die Köpfe der grünen, sozialdemokratischen und linksliberalen Wissenschaft, Kunst und Politik vertreten, die für noch mehr „sexuelle Selbstbestimmung" eintreten. Von Hartmut von Hentig, dem Reformpädagogen und Lebenspartner des langjährigen Leiters der Odenwaldschule, über Walter Jens (Rhetorikprofessor) und Renate Künast (Fraktionschefin der Grünen) bis zu Ex-Entwicklungshilfeministerin Heidmarie Wieczorek-Zeul (SPD) reicht die Liste der heutigen Beiratsmitglieder. In der Vergangenheit waren dort auch Herta Däubler-Gmelin, Freimut Duwe (beide SPD), Ossip K. Flechtheim (Reformpädagoge) und sogar der bekannte Pfarrer und Sozialist Helmut Gollwitzer tätig. Nicht nur der bekannte Sexualpädagoge Helmut Kentler, sondern auch der einschlägig engagierte Publizist Rüdiger Lautmann spielten in diesem Verein eine aktive Rolle. Bis heute fällt es diesen Exponenten der sexuellen Liberalisierung der 68er-Bewegung schwer, sich von vielen dieser Wegbereiter der Pädophilie zu distanzieren. *Hinrich E. Bues*

»Speerspitze« gegen das Kreuz

Laut Wikipedia hat die Humanistische Union heute noch 1200 Mitglieder, die „FAZ" berichtet über „bald 4000 Mitglieder" in den 60er Jahren, unter den sich jedoch „mehrere Hundert Hochschullehrer (mit einer gewissen Häufung im Fach Soziologie), Mediziner (mit einer gewissen Häufung der Psychoanalytiker) sowie zahlreiche Juristen und Publizisten fanden". Angesichts dieser vielen Multiplikatoren sei die HU in der Lage gewesen, „das intellektuelle Klima der Gesellschaft zu beeinflussen", so die „FAZ", zumal sich der Verband auf Spender verlassen konnte wie etwa die (später merkwürdigerweise mit dem Bundesverdienstkreuz ausgezeichnete) Sex-Versandhändlerin Beate Uhse, die übrigens die berühmt-berüchtigte Odenwald-Schule besucht hatte.

Mehrere Hundert Hochschullehrer

Von Beginn an, so die „FAZ", habe die katholische Kirche die „natürliche Gegnerin" der HU gebildet: „Auf nahezu allen Feldern nahm sie die gegenteilige Haltung zur HU an", nicht zuletzt beim Ruf nach einer Reform des Sexualstrafrechts".

Es liegt bei dieser Ausgangslage auf der Hand, dass auch im Streit um die Entfernung von Kruzifixen aus Klassenziemmern und Gerichtssälen die Humanistische Union eine Art Speerspitze gebildet hat und wohl immer noch bildet. Die Stellungnahmen der Humanistischen Union nach juristischen Erfolgen gegen Kreuze im öffentlichen Raum schwanken zuweilen zwischen Triumph und Spott. Nach dem bekanntesten Urteil in dieser Sache von 1995 forderte die HU „Künstlerinnen und Künstler, Schülerinnen und Schüler auf, Kunstwerke" in der Größe der bisherigen Schulkreuze anzufertigen. Die Humanistische Union werde dann „jedes dieser Kunstwerke gegen ein ehemaliges Schulkreuz umtauschen und letztere entsorgen". *K.B.*



Für die Humanistische Union ein rotes Tuch: Kruzifixe im Klassenzimmer, öffentlichen Krankenhäusern und Gerichtssälen Bild: laif

Mythos der Unschädlichkeit

Die HU pflegt bis heute Kontakte zur Pädophilen-Lobby

Seit ihrer Gründung setzt sich die Humanistische Union für die radikale Liberalisierung von Recht und Gesellschaft ein. Schon früh bot sie dabei befremdlichen Emanzipationsbestrebungen ein Forum. Kampfparolen gegen das jeweils geltende Sexualstrafrecht ziehen sich bis heute wie ein roter Faden durch HU-Publikationen – die Klage über eine angeblich „kreuzzugartige Kampagne gegen Pädophile" ist nur eine von vielen.

Im Jahr 1978 stellte der Bremer Rechtswissenschaftler Rüdiger Lautmann in einer provokanten Broschüre die Frage „Sexualdelikte – Straftaten ohne Opfer?" Darin heißt es: „Der Fall Pädophilie verliert nur langsam an Unzugänglichkeit; erst allmählich bauen Sexualpsychologie und -kriminologie die theoretische Stützkonzeption ab, die in der Bevölkerung und in den Kontrollinstanzen lange tief verankert war." Lautmann kämpfte damals nicht nur für die Rechte Homosexueller. Seine Handschrift trägt auch ein speziell auf Pädophile zugeschnittener Antrag zur Reform des Sexualstrafrechts von 1979, den die HU unterstützte. In einem Aufwasch sollten die damaligen Paragraphen 175 (sexueller Kindesmissbrauch) und 176 (Homosexualität mit unter 18-Jährigen) des Strafgesetzbuches abgeschafft werden: „Beide Vorschriften kriminalisieren die sexuelle Orientierung Homosexualität und Pädophilie/Päderastie". Noch 1988 forderte beispielsweise der Grünen-Politiker und HU-Aktivist Volker Beck, Pädophile zu entkriminalisieren. Die HU stand mehr als nur „im Kontext" gewisser Wissenschaftsmoden. Kontakte zu offen pädosexuellen Interessengruppen wurden von ihr jahrelang gepflegt. So war die HU zumindest bis Ende der 90er Jahre über gemeinsame Tagungen mit der bundesweit tätigen „Arbeitsgemeinschaft Humane Sexualität AHS e.V." vernetzt. In deren Programm heißt es: „Einigen Mitgliedern unserer Gesellschaft wird das Ausüben von Sexualität verwehrt, das Recht auf Sexualität regelrecht abgesprochen: zum Beispiel Kindern." Die AHS gilt unter Opfern sexuellen Missbrauchs als Pädo-Organisation. Dabei wusste die HU, worauf sie sich einließ: Viele der bürgerlich gutsituierten AHS-Aushängeschilder gehörten schon dem Verein „Deutsche Studien- und Arbeitsgemeinschaft für Pädophilie" an. Organisator der Verbindung von HU und AHS war AHS-Vorstand Johannes Glötzner, der zugleich im Bundesvorstand der HU saß.

Bittere Klagen über das Sex-Verbot für Kinder

Erst 2004 distanzierte sich die HU von der AHS, behält die Kontakte und engen personellen Bindungen aber bis heute bei. Das AHS-Kuratorium ist über Fritz Sack nach wie vor eng an die HU gebunden, der zugleich im heutigen Beirat der HU aktiv ist. Auch im Vorstand der HU sitzen noch viele Anhänger der alten Denkschule, auch wenn der Verband als Ganzer sich von manchem überaus beschämenden Papier distanziert hat. Der Mythos unschädlicher Sexualität zwischen Kindern und Erwachsenen lebt in den Reihen der HU fort. Während Beck sich von seinen einstigen Ansichten distanziert hat, steht bei anderen dieses Umdenken noch aus. *SV*

Preußische Allgemeine Zeitung
WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
MIT OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur
Konrad Badenheuer
(V. i. S. d. P.)

Chefin vom Dienst, Leserbriefe, Bücher: Rebecca Bellano; **Politik, Wirtschaft:** Hans Heckel; **Kultur, Lebensstil:** Silke Osman; **Geschichte, Ostpreußen heute:** Dr. Manuel Ruoff; **Heimatarbeit, IT:** Florian Möbius; **Ostpreußische Familie:** Ruth Geede.

Freie Mitarbeiter: Wilhelm v. Gottberg, Sophia E. Gerber (Venedig), Dr. Richard G. Kerschhofer (Wien), Hans-Jürgen Mahlitz, Liselotte Millauer (Los Angeles), Jean-Paul Picaper.

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg. **Für den Anzeigenteil gilt:** Preisliste Nr. 31.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2010: Inland 9 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 11,50 Euro, Luftpost 15,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Konten: HSH Nordbank, BLZ 210 500 00, Konto-Nr. 192 344 000. Postbank Hamburg, BLZ 200 100 20, Konto-Nr. 84 26-204 (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Die Bezieher der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* werden, wenn sie keinen anderen Willen äußern, mit dem Beginn des Abonnements Mitglieder der Landsmannschaft Ostpreußen e. V. und ihrer Untergliederungen. Die Aufnahme der Bezieher in die Heimatkreise oder Landesgruppen erfolgt durch schriftliche Beitrittserklärung. Diese kann zusammen mit dem Antrag auf Lieferung der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* erklärt werden. Der Mitgliedsbeitrag in Höhe von einem Drittel des Brutto-Inlandsbezugspreises der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* wird zusammen mit dem jeweils gültigen Abonnementpreis in einer Summe erhoben und dient der Unterstützung der Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen e. V.

Telefon	**(040) 4140 08-0**
Telefon Redaktion	(040) 4140 08-32
Fax Redaktion	(040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen	(040) 4140 08-41
Telefon Vertrieb	(040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb	(040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

www.preussische-allgemeine.de
Benutzername/User-ID: **paz**
Kennwort/PIN: **9453**

Der Streit verlagert sich

Die Union streitet offen über Atomkraft und Gesundheit – Dafür Annäherung mit der FDP in Steuerpolitik

Die christlich-liberale Koalition, die nicht mehr „schwarz-gelb“ genannt werden will, scheint sich langsam auf die Sacharbeit zuzubewegen. Dennoch gibt es innerhalb der Koalition und sogar innerhalb der CDU noch zahlreiche Streitpunkte wie die Verlängerung der Nutzung der Kernkraftwerke, die Gesundheitspolitik und die Steuerpolitik.

Auf dem offenen Markt wurde und wird der Streit um die Verlängerung der Restlaufzeit der Kernkraftwerke ausgetragen. Noch im Februar schien klar, dass Umweltminister Norbert Röttgen das Plazet der Kanzlerin zu seinem atomkraftkritischen Kurs und dem Vorstoß, die Laufzeit der Anlagen um maximal acht auf insgesamt höchstens 40 Jahre zu verlängern, habe. Wahre Stoßrichtung der Offensive des Rheinländers war offenbar die Wahl in NRW am 9. Mai, um der CDU und Ministerpräsident Jürgen Rüttgers eine schwarz-grüne Option offenzuhalten. Ganz offen legte Röttgen sich mit Bundeswirtschaftsminister Rainer Brüderle und dessen FDP an, die von bis zu 20 Jahren Laufzeitverlängerung sprachen.

Nun aber, in der vergangenen Woche, trafen drei Dinge auffällig zusammen: Erstens erteilte Jürgen Rüttgers einem schwarz-grünen Bündnis eine recht klare Absage („Ich möchte nicht mit den Grünen koalieren“). Und er bekräftigte: „Ich möchte meine Koalition mit der FDP fortführen“ – mit der bekannt kernkraftfreundlichen FDP, möchte man in diesem Zusammenhang hinzufügen.

Zweitens traute sich innerhalb der CDU die kernkraftfreundliche Seite aus der Deckung und gab Röttgen offen Contra: Die Restlaufzeit solle auf das technische Maximum der Reaktoren verlängert werden, und die liege bei 60 „Vollast-Jahren“. Nun prüft die Regierung Szenarien die Laufzeit um vier, zwölf, 20 und 28 Jahre zu verlängern – das könnte Kernkraft bis 2050 bedeuten. Druck kommt hier offenbar aus der Unionsfraktion. Nach Teilnehmerangaben hat in der Fraktion kein Politiker Partei für Röttgen ergriffen – für Merkel ist das ziemlich prekär. Wortführer der neuen, offensiveren Laufzeitpolitik sind neben dem Mittelstandspolitiker Michael Fuchs der Fraktionsgeschäftsführer Peter Altmaier, der bislang genau wie Röttgen als Merkel-Vertrauter galt. Mit 28 Jahren Laufzeitverlängerung gingen sie sogar über die Forderung Brüderles noch hinaus.

Der im traditionell eher links ausgerichteten NRW wahlkämpfende Jürgen Rüttgers indes ruderte umgehend zurück, denn insgeheim will er es sich dann wohl doch nicht mit den Grünen verscherzen – Schwarz-Gelb hat nach momentanen Umfragen an Rhein und Ruhr nur geringe Überlebenschancen. Jedenfalls mahnte Rüttgers die Bundesregierung, den Atomausstieg nicht über die Köpfe der Bürger hinweg zeitlich zu strecken: „Wir müssen uns alle um gesellschaftliche Akzeptanz bemühen, auch die Wirtschaft.“

> Hinter Söders Spitzen steht CSU-Chef Horst Seehofer

Immer mehr zum Schlachtfeld für unionsinterne Konflikte wird auch die Gesundheitspolitik. Hier ist der Streit sogar eher innerhalb der traditionell so geschlossenen CSU zu verorten, und die Schlüsselfigur dürfte Horst Seehofer heißen. Der frühere Gesundheitsminister ist einer der wenigen echten Experten auf diesem Gebiet in seiner Partei, und er war im politischen Bonn respektive dann Berlin jahrzehntelang als erklärter Gegner einer einkommensunabhängigen Kopfpauschale bekannt. Dieser Gegnerschaft hat er sogar einst den Posten des Vizevorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion geopfert, als die CDU auf dem Kopfpauschalen-Kurs war. Das muss man wissen, wenn man die dauernden Querschüsse aus München verstehen will. Bayerns Gesundheitsminister Markus Söder, zugleich Chef der CSU-internen Gesundheitskommission, führt mit seinen Papieren, die die CSU-Landesgruppe in Berlin regelmäßig zur Weißglut treiben, eigentlich nur aus, was sein Chef von ihm erwartet. Das bringt nicht nur Streit in den eigenen Reihen, sondern auch mit der CDU und vor allem der FDP. Handfeste Beleidigungen von Schleswig-Holsteins FDP-Chef Wolfgang Kubicki, der früher schon mal seinen CDU-Partner Peter Harry Carstensen als „mein dicker peinlicher Verlobter“ bezeichnete, sprechen da eine deutliche Sprache: „Warum nicht auch mal den CSU-Chef Horst Seehofer fragen: Hat Ihre Abneigung gegen die Kopfpauschale auch damit zu tun, dass Ihre Familienplanung etwas aus dem Ruder gelaufen ist?“ Ein Angriff klar unter der Gürtellinie und jenseits dessen, was Politiker auch im hitzigen Wortgefecht einander zumuten können. Erwartbar die Replik aus München: „Dem Kubicki ist wohl die Schweinegrippe aufs Gehirn geschlagen. Für solche politischen Quartalsspinner wie Kubicki kann sich die FDP nur schämen“, giftete CSU-General Alexander Dobrindt.

Nur rein sachlich fragt man sich: Warum ist um alles in der Welt hat Seehofer – wenn die Kopfpauschale doch angeblich so unsozial und unfinanzierbar ist – einen Koalitionsvertrag unterschrieben, in dem auf Seite 86 ausdrücklich „einkommensunabhängige Arbeitnehmerbeiträge“ angestrebt werden? Seehofer betont immer mal wieder, dass er diese Passagen selbst formuliert hat. Reichlich neblig, diese Gegend.

Ein anderer politischer Landstrich scheint sich derzeit aufzuklaren: die Steuerpolitik. Die CSU hat im Wahlkampf ihre Schwesterpartei monatelang damit genervt, dass feste Termine genannt werden müssten, gemeint war 2010 und 2011. Anfang 2010 aber verabschiedete sich die CSU von diesem Kurs und schwenkte auf die CDU-Linie ein. Seit letztem Wochenende scheint auch die FDP, die sich stets als oberste Steursenkungspartei sah, nicht mehr auf Senkungen 2011 zu bestehen. Damit wird auch einer Polemik der Gegenseite der Wind aus den Segeln genommen, nämlich dass die Steuerschätzung Anfang Mai nur der Vorwand sei, um sich vor der NRW-Wahl nicht festlegen zu müssen.

Anton Heinrich



Quelle endloser Querelen: Der Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und FDP ist vielfach vage. Bild: pa

MELDUNGEN

Der Bock als Gärtner

Berlin – Hans Altendorf, Direktor der Stasi-Unterlagenbehörde (BStU), bleibt wegen seiner Vergangenheit in westdeutschen K-Gruppen unter Druck. Der heute 61-Jährige, der neben Behördenchefin Marianne Birthler als zweitwichtigster Mann des Hauses gilt, hatte bei seiner Einstellung 2001 verschwiegen, dass er in den 70er Jahren zwei kommunistischen Tarnorganisationen angehört hatte. Der Beirat der BStU bekannte sich nun zwar einstimmig, aber inhaltlich eher vage zu Altendorf. „Es wäre ... besser gewesen, dass Herr Altendorf bereits bei seiner Einstellung ... ein vollständiges Bild seiner Biographie gezeichnet hätte.“ Das Bürgerkomitee Leipzig kritisierte diese Erklärung als „faulen Kompromiss“. Damit sei ein neuer Tiefpunkt in der Glaubwürdigkeit der BStU erreicht worden. *K.B.*

Preise ziehen wieder an

Wiesbaden – Die Autofahrer an den Zapfsäulen bekamen es als erste und am stärksten zu spüren: Die Preise sind im März wieder stärker angezogen. Gegenüber dem Vorjahresmonat lagen sie laut Statistischem Bundesamt um 1,1 Prozent höher – und fast die Hälfte dieses Anstieges (0,5 Prozent) entfällt auf den Monat März. Ob diese insgesamt immer noch niedrige Teuerungsrate gleichsam den Auftakt für die Rückkehr der Inflation bildet, ist indes umstritten. Die stark gewachsene Geldmenge spricht – zumindest mittelfristig – für spürbar höhere Preise, die hohe Arbeitslosigkeit, die moderate Lohnentwicklung und die immer noch eher geringe Kapazitätsauslastung der Industrei sprechen dagegen. Experten der (halb staatlichen) Commerzbank rechnen für 2010 mit nur 0,9 Prozent Inflation und erwarten deswegen weiterhin niedrige Zinsen. *K.B.*

80 Euro für Nazi-Gegröle?

Nicht nur in der Bundesrepublik, sondern auch in Österreich gibt es Fehlentwicklungen beim „Kampf gegen Rechts“. Offenbar haben Journalisten des öffentlich-rechtlichen Senders ORF Jugendlichen Geld für Nazi-Rufe angeboten, diesen Vorwurf jedenfalls erhebt die Fraktion („Parlamentsclub“) der FPÖ im österreichischen Nationalrat. Der staatliche Rundfunk rüste „Jugendliche mit Geld und Emblemen“ aus, um die FPÖ zu schädigen, so der Vorwurf. Nach den Worten von FPÖ-Chef Heinz Christian Strache bewiesen Vernehmungsprotokolle entsprechende Manipulation des ORF, die deswegen einen Dringlichkeits-Antrag an den Bundeskanzler gestellt haben.

Strache rekapitulierte die Ereignisse vom 12. März in Wiener Neustadt. Durch einen ORF-Redakteur wurden Skinheads aus der Wiener Szene angeheuert und mit einem ORF-Bus nach Wiener Neustadt chauffiert. Der ORF gebe inzwischen zu, dass die Initiative dazu nicht von den Skinheads ausgegangen ist. Die Nazi-Statisten hätten vom ORF 100 Euro Gage pro Tag bekommen. Für einen „Sieg Heil“-Ruf am Rande einer FPÖ-Veranstaltung seien 80 Euro geboten worden. „Nebenkosten und Spesen wie Speisen und Getränke wurden zusätzlich bezahlt.“ *PAZ*

Braunkohle wichtiger als Brauchtum

Lausitzer Sorben (Wenden) fürchten um ihre Heimat – »Magisches Viereck« eines kleinen Volkes ohne Staat

Alle Ostern wieder ziehen die Osterreiter durch die Lausitz – 1800 katholische Obersorben zu Pferde, die am Ostersonntag singend und betend durch ihre Region ziehen. In diesem Jahr werden sie zum 378. Mal reiten, seit 1541 in ungebrochenem Jahresrhythmus, nicht gerechnet Ritte aus heidnischer Vorzeit, als sie Schutz für heimische Fluren bringen sollten – Schutz, der auch gegenwärtig dringend nötig wäre.

„Boh knjez je stworil Luzicu/ a cert je zaryl brunicu“, heißt es in einem sorbischen Lied: Der Herrgott hat die Lausitz erschaffen, aber der Teufel vergrub dort Braunkohle. 13 Milliarden Tonnen liegen dort in dicken Flözen und in geringer Tiefe, so dass sie leicht erreichbar sind. 1911 wurde dieser Schatz entdeckt und von der AG Eintracht-Braunkohlenwerke rücksichtslos ausgebeutet: Schon 1913 fuhr das rein sorbische Dorf Bukojna (Buchwalde) „in die Grube“, weitere 82 folgten ihm in späteren Jahrzehnten. 1997 beschloss der Brandenburger Landtag die Zerstörung des Dorfs Horno, 2006 geriet die Region Slepo (Schleife) in Sachsen, unverzichtbar für sorbische Tracht, Musik und Sprache, in Gefahr. Und weitere tragische Fälle, für welche die „Domowina“ (Heimat), seit 1912 maßgebende Sorben-Organisation, 2007 bei Hoyerswerda eine Gedenkstätte einrichtete.

Bis heute bekämpft die „Domowina“ Lausitzer Tagebaue und scheute dabei sogar nicht davor zurück, vor dem Europäischen Gerichtshof zu klagen. „Blockieren“ will sie nicht, nur an Verpflichtungen erinnern, die das wiedervereinte Deutschland 1991 einging, und regionale Entwicklungskonzepte anmahnen, die sorbische Belange berücksichtigen. Das wird klappen: Sorben sind erfahrene Kämpfer für ihre Heimat, Braunkohlenkonzerne hüten sich, den Raubbau aus DDR-Zeiten fortzusetzen.



Sie verkünden die Osterbotschaft: Die sorbischen Osterreiter Foto: pa

1957 bestimmte die SED Cottbus zum „Kohlebezirk der DDR“, aus dem jährlich 260 Millionen Tonnen gebaggert werden sollten. Nach den Ölschocks um 1980 stiegen die Planungen auf (nie erreichte) 330 Millionen Tonnen, und man stellte jede Rekultivierung ein. Cottbus und andere Kohleregionen wurden Mondlandschaften.

1985 kamen 20 Prozent der Weltfördermenge aus der Lausitz, aber die Schadstoffemissionen der örtlichen Kraftwerke belasteten Gesundheit und Natur extrem. Die Rohstoffarmut erzwang weitere „Devastierung“, bis 2050 sollten zwei Drittel des Bezirks Cottbus verschwinden. Volkszorn kochte 1984 hoch, als der Ort Klitten zur Zerstörung anstand.

Der Deutsche Peter Rocha dokumentierte mit dem Film „Die Schmerzen der Lausitz“ die amtliche Zerstörungspolitik, der sorbische Schriftsteller Jurij Koch stimmte den DDR-Schriftstellerverband gegen diese Politik ein (und spielte die entsprechende Resolution westlichen Medien zu), die Kirchen verteilten Briketts mit der Prägung „Betet für Klitten“. Dann kam Ende 1989 der Sturz des SED-Regimes und damit die Rettung Klittens um Fünf vor Zwölf.

Seit 1944 sind 17 Gruben „ausgekohlt“ und beendet. Andere blieben und dritte sollen in den nächsten Jahrzehnten eröffnet werden.

Speziell um diese gibt es Krach: Ist der ökonomische Wert der Lausitzer Kohle höher als der Kulturwert des kleinsten Slawenvolks, der 60000 Lausitzer Sorben? Sollten Energie- und Arbeitsplatzsorgen nicht mehr Gewicht haben als sorbische Trachtenhauben und Lausitzer Osterritte? Ist die „Domowina“ käuflich, wenn sie Abmachungen trifft mit dem Energiekonzern Vattenfall, seit 2001 Gebieter über die Lausitzer Braunkohle?

Die „Domowina“ weiß, dass sie gegen staatlich abgestimmte Energiekonzepte keine Chance hat. Die aktuellen Konzepte werden das Lausitzer Revier bis 2030 sichern, besagte 2007 eine solide Studie der TU Clausthal. Bereits 2006 vereinbarten „Domowina“ und Vattenfall, dass sozialverträgliche Kohleförderung auch Kulturförderung sein kann, die sorbische Sprache, Schulen, Traditionspflege und Medien unterstützt. Dann werden noch lange Osterreiter unterwegs sein als Boten des magischen Vierecks der Sorben in Deutschland: slawische Identität, katholische Religiosität, Lausitzer Brauchtum und sorbische Sprache. *Wolf Oschlies*

MELDUNGEN

Türkischer Zorn verraucht

Stockholm – Der Zorn in Ankara über die Entscheidung des schwedischen Parlaments zum Armenier-Genozid 1915 bis 1917 in der Türkei scheint verraucht zu sein: Jedenfalls nimmt die in ihre Heimat zurückbeorderte türkische Botschafterin Zergun Korutürk (Bild) in diesen Tagen ihre Tätigkeit wieder auf, gab der türkische Außenminister Ahmet Davutoglu bekannt. Ankara hatte aus dem selben Grund auch seinen Botschafter aus den USA zurückbeordert. *Bel*



Taliban wollen nicht verhandeln

Kabul – Eigentlich hätten an der Friedenskonferenz Ende April in der afghanischen Hauptstadt auch Vertreter der Taliban teilnehmen sollen. Doch dieser Wunsch von Präsident Hamid Karsai dürfte sich nicht erfüllen, da bei den Taliban offenbar kein Interesse mehr besteht. Karsai gibt dem Militär im Nachbarland Pakistan die Schuld. Dieses habe mit seinen Aktionen gegen verschiedene Gruppierungen der Taliban und der Festnahme ihres Mullah Ghani Baradar seinen Gesprächsfaden mit den Taliban zerrissen. Kritiker von Karsais Dialogpolitik weisen darauf hin, dass die Taliban derzeit ohnehin keinen Grund mehr für Verhandlungen sähen. Schließlich zeichne sich der Rückzug vieler westlicher Kräfte aus Afghanistan ab 2011 bereits ab. Offenbar hätten sich auch die islamistischen Gotteskrieger das afghanische Sprichwort, die aus dem Westen hätten die Uhren, doch die Afghanen die Zeit, zu eigen gemacht. *Bel*

Union der Ohnmacht

Die 2002 gegründete Afrikanische Union (AU) bleibt machtlos – Fehden und Krisen lähmen

Die vom libyischen Staatschef Muammar al-Gaddafi gegründete Organisation sollte ein Pendant zur Europäischen Union werden. Doch bisher hat sie bestenfalls durch Absichtserklärungen auf sich aufmerksam gemacht.

Es ist ein riesiger und ein rohstoffreicher Kontinent, es ist zugleich ein Erdteil der Konflikte und ein wirtschaftlicher Zankapfel für fremde Mächte, deren Gier nach Rohstoffen für ihre Industrien auf dem Rücken der schwarzen Bevölkerung ausgetragen wird: Afrika ist auch das Spielfeld religiöser Kämpfe zwischen Muslimen, Christentum und noch immer lebendigen, spirituell geprägten Naturreligionen. Und dieses Afrika mit seinen Dürrezonen (Sahel), Wüsten, Gebirgen, Steppen und Dschungeln bleibt wegen seiner Uneinigkeit hinter dem Rest der Welt zurück, wird zu einem Dauerproblem für die Vereinten Nationen, verpasst die Chance, mit einer starken Union dem Rest der Welt auch wirtschaftlich die Stirn zu bieten.

Erst vor kurzem wurde die von einem Militärputsch erschütterte Republik Niger aus der 2002 gegründeten und eine Bevölkerung von 968 Millionen umfassenden Afrikanischen Union (AU) ausgeschlossen, der mittlerweile noch 53 von ursprünglich 57 Staaten angehören und die der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) nachfolgte.

Der Sitz der Union, die mit mehr Einigkeit eine starke politische, ökonomische und sogar militärische Position einnehmen könnte, ist Addis Abeba in Äthiopien. Nach der Absichtserklärung der Gründer soll dort auch ein afrikanischer Gerichtshof entstehen. Die AU, ein Kind des libyschen Staatschefs Muammar al-Gaddafi, ist der Europäischen Union nachempfunden und kann laut Satzung Mitglieder ausschließen, deren Regierende verfassungswidrig an die Macht gelangt sind. Doch es ist eher ruhig geworden um den panafrikanischen Schulterschluss, zu divergierend sind die Interessen, zu uneins die Akteure. Marokko trat bereits 1984 wegen des Konflikts um die Westsahara aus der Vorgängerorganisation aus und zeigt kein Interesse an der neuen AU. Die Zusammenarbeit mit Mauretanien und Guinea ist wegen der dortigen Militärputsche ausgesetzt. 2009 wurde auch Madagaskar suspendiert und nun folgte der Niger. Ein Beitritt von Somaliland, das sich 1991 von Somalia lossagte, wurde abgelehnt.



Eine Krähe hackt der anderen kein Auge aus: Menschenrechtsverletzungen werden hier totgeschwiegen. Bild: pa

Die ursprünglichen Ziele des finanziell von Libyen großzügig gesponserten Union sehen eine gemeinsame Währung vor und ein vereintes Auftreten in ökonomischen Fragen. Diesem Aspekt kommt insofern Bedeutung zu, als der gesamte Kontinent nur mit etwa zwei Prozent zum Welthandel beiträgt. Seit 2003 steht auch eine gemeinsame Eingreiftruppe zur Verfügung, die erstmals 2008 auf den Komoren eingesetzt wurde, um dort einen Putsch zu verhindern.

Die wirtschaftliche Integration des Kontinents wird nur zögerlich angegangen, das Engagement vieler Staaten in Doppel-Mitgliedschaften bei regionalen Organisationen, wie etwa der Ostafrikanischen Gemeinschaft (EAC) oder der ökonomischen Gemeinschaft Westafrikas (ECOWAS), behindert diesen Prozess des Zusammenwachsens zum Teil massiv. Viele der bevölkerungsschwachen Staaten konzentrieren sich ohnehin fast ausschließlich auf Binnenmärkte. Auch die so genannten Economic Partnership Agreements (EPAs) mit der Europäischen

Von der Bildung eines gemeinsamen Marktes weit entfernt

Union stellen eine Behinderung für die weitere innerafrikanische Integration dar.

Gaddafis machtpolitischer Traum einer großen Debatte mit dem Ziel, per Akklamation die „Vereinigten Staaten von Afrika“ zu gründen isoliert den Revolutionsführer, der von Februar 2009 bis Januar 2010 als Präsident dem Gremium vorstand und in seinen Visionen eine afrikanische Armee von zwei Millionen Soldaten dem Rest der Welt gegenüberstellen will. „Afrika wird sich einen oder sterben“, orakelte er gar.

Die großen Ziele des Zusammenschlusses sind in langfristigen Absichtserklärungen niedergelegt, so eine Harmonisierung der Zölle (bis 2019), die Bildung eines gemeinsamen Marktes mit Abstimmung der Währungspolitik und des freien Personenverkehrs (bis 2023), eine Wirtschafts- und Währungsunion mit gemeinsamer Währung (bis 2028). Eine Studie des Internationalen Währungsfonds (IWF) von 2007 kommt indes zu dem Schluss, dass die Effekte wirtschaftlicher Integration auf den innerafrikanischen Handel und der Anteil Afrikas am Welthandel bislang „unbedeutend“ gewesen sind. Zudem spart die AU bei ihren Gipfeltreffen Krisenherde wie Somalia, Nigeria, Sudan und Simbabwe als Themen aus, auch wenn sie 2010 zum „Jahr des Friedens und der Sicherheit in Afrika“ erklärt hat. Noel Kutawa von Amnesty International bringt es auf den Punkt: „Die meisten Staatschefs haben ihre eigenen Menschenrechtsprobleme zu verstecken. Das ähnelt oft einem Altherrenclub, in dem sie sich gegenseitig schützen.“ Als Beispiel kann der Entschluss der AU dienen, nicht mit dem Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag zu kooperieren, der Sudans Staatschef Omar al-Baschir mit einem Haftbefehl belegt hatte. Der 2010-Gipfel in Addis Abeba brachte auch keine Fortschritte im Darfur-Konflikt. Es droht die Aufspaltung des Sudan, des größten afrikanischen Landes, in einen Nord- und einen Südstaat.

Zwar wurde der Etat der Union beim letzten Gipfel auf 200 Millionen US-Dollar (2004: 43) aufgestockt, doch noch immer bezahlen viele der armen Staaten ihre Beiträge nicht und es werden bereits Stimmen laut, einige auszuschließen, um mehr Effektivität bei der Verwirklichung der Ziele zu erreichen.

Hier liegt ein weiterer Bremsklotz für das Zusammenwachsen: Aus Geldnot lassen sich viele Regierungen auf fragwürdige Deals mit ausländischen Investoren zur Ausbeutung wertvoller Rohstoffe ein und fördern so einen mehr oder minder heimlichen Ausverkauf großer Ländereien Afrikas an Großmächte wie die USA und China. So sicherte sich beispielsweise China mit einem Multi-Milliarden-Gebot im September 2009 gleich 23 Ölfelder in Nigeria und 2010 einen Bergbaupakt mit Sambia, vertiefte die Zusammenarbeit mit dem Sudan. Das im Gegenzug dieser heimlichen, erneuten „Kolonialisierung“ ins Land fließende Geld kommt indes, so lehrt die Erfahrung, kaum der einheimischen Bevölkerung zugute. *Joachim Feyerabend*

Streit um Osterhase

Schokolade-Hasen als bitterernste Sache

Es hört sich fast an wie ein Aprilscherz, doch es ist ein bitterer Streit um Markenrechte: Der Schweizer Schokolade-Konzern Lindt & Sprüngli hatte im Jahre 2000 seinen seit Jahrzehnten produzierten „Lindt Goldhasen“ als „EU-Gemeinschaftsmarke“ eintragen lassen. Allerdings erzeugt auch das burgenländische Familienunternehmen Hauswirth seit 1962 einen ähnlichen Schokohasen. Die Firma Lindt, die angeblich erst 2003 davon erfahren hatte, erwirkte 2004 eine gerichtliche Verfügung, die Hauswirth den Hasen-Vertrieb untersagte. Der Oberste Gerichtshof (OGH) wies den Einspruch dagegen ab – worauf Hauswirth nichts anderes übrig blieb, als tausende Schokohasen an karitative Organisationen zu verschenken.

Die Burgenländer ließen aber nicht locker. Sie versahen ihren Hasen mit einer rotweißroten Masche und brachten ihr Firmen-Logo an der Keule an. Und siehe da, Lindts Versuch, auch den Vertrieb des „neuen“ Hasen zu untersagen, scheiterte 2005 beim OGH. 2006 wies auch das Wiener Handelsgericht eine Unterlassungsklage ab und erklärte die Marke für nichtig. Denn Schoko-Osterhasen würden seit den 30er Jahren in Deutschland und Österreich erzeugt, und deren "prägende Elemente" seien im markenrechtlichen Sinn "schutzunfähig". Lindts Markenanmeldung sei daher "bösgläubig", weil in Behinderungsabsicht, erfolgt.

Der OGH brachte den Streit 2007 vor den Europäischen Gerichtshof (EuGH) mit dem Ersuchen um eine Grundsatzentscheidung zum Markenrecht. Der EuGH verwies 2009 den Fall aber in allen wesentlichen Punkten zurück nach Österreich, und nun hat das Oberlandesgericht Wien die undankbare Aufgabe zu prüfen, ob der Lindt-Hase bei seiner EU-Anmeldung 2000 in Deutschland bereits so bekannt war, dass Lindt "Verkehrsgeltung" und daher Markenschutz erreicht hatte – und damit "Bösgläubigkeit" auszuschließen wäre.

Sogar Europäischen Gerichtshof befragt

Hauswirths Versuche, mit den Schweizern einen Vergleich zu erzielen, scheiterten bisher. Einen ähnlichen Rechtsstreit führt Lindt mit dem deutschen Schoko-Erzeuger Riegelein – und auch hier pendelt der Prozess zwischen dem OLG Frankfurt und dem Bundesgerichtshof hin und her. *Richard G. Kerschhofer*

Bischöfe begrüßen Großmoscheen

Politiker und Kirche von Wohlwollen erfüllt – Weiterhin kaum Kirchen in der Türkei

Kennen Sie die größte französische Tageszeitung? Sie heißt nicht „Le Figaro“ oder „Le Monde“. Das sind überregionale Zeitungen und ihre Auflagen sind nicht mehr so berauschend, wie sie einmal waren. Nein, die größte Zeitung der Welt in französischer Sprache heißt „Ouest-France“, ein Regionalblatt. Ihre Auflage erreicht 800 000. Sie wird hauptsächlich von 2,3 Millionen Menschen in der Vendée, in der Bretagne und in der Normandie gelesen.

Umso schwerwiegender war ein Artikel, der am 9. Januar in „Ouest-France“ erschien. Dort stand: „Die heutige Moschee in Cholet war in ihrem Häuschen nicht mehr groß genug. Der neue Imam, Musa Akkaya, hat vorgesehen, dass im Mai eine neue Moschee öffne. Das Gebäude wird jetzt fertiggestellt und hat bereits eine stolze Gestalt. Diese neue türkische Moschee wird auf einem 3200 Quadratmeter großen Grundstück gebaut, das der türkische Staat gekauft hat. Das jetzige Häuschen der Moschee war wirklich zu klein geworden: ‚Wir empfangen freitags zirka 200 Menschen und im Ramadan 400‘, erklärt Sabri Dogan, der Vorsitzende des türkischen Kulturvereins. Insgesamt, meint er, gibt es in Cholet 250 bis 300 türkische Familien, das entspricht 2000 Personen. Der türkische Staat hat den Imam Musa Akkaya hierher geschickt. Vor drei Monaten kam er nach Frankreich. Er soll vier Jahre in unserem Land bleiben.“

Alles schön und gut. Aber wo ist die Gegenseitigkeit für solches Entgegenkommen? Der türkische Staat verweigert ausländischen Priestern die Visa. Die Priesterseminare der orthodoxen Kirche, die Halki, bleiben geschlossen. Baugenehmigungen für neue Kirchen werden verweigert. Am 27. März 2005 hatte Mehmet Aydin, der türkische Minister für Religionsangelegenheiten, christliche Missionare vorm Predigen in der Türkei gewarnt. Er sagte, dass die Christen die Ahnungslosigkeit der Menschen missbrauchten und den sozialen Frieden und die nationale Einheit in seinem Land verletzten. Die Entwicklung ist umso beunruhigender, als Ende Februar 2010 in der Türkei 49 Armeeangehörige, darunter ranghohe Offiziere, festgenommen worden sind. Sie werden beschuldigt, einen Putsch gegen die gemäßigt-islamistische Regierung von Recep Tayyib Erdogan geplant zu haben. Die Armee am Bosporus betrachtet sich in der Tat als die Hüterin der laizistischen Republik von Kemal Atatürk. Soll sie jetzt gesäubert werden? Die Sprecherin des EU-Erweiterungskommissars in Brüssel hat die türkischen Ermittlungsbehörden dazu aufgerufen, „streng auf die rechtsstaatlichen Grundsätze zu achten“.

Die Stadt Cholet hat gerade auch eine arabische Moschee eingeweiht. Das sind also im ersten Halbjahr 2010 zwei neue Großmoscheen. Und das in einer Stadt von 57 000 Einwohnern, deren Bürgermeister der ältesten Partei der französischen Rechte, der CNI, einer Art von französischer CSU, angehört. Sollte man sich darüber wundern, wenn man die Einstellung des Gemeinderatsmitglieds der Großstadt Bordeaux, Laetitia Jarty, betrachtet? Auf die Frage einer Presseagentur zu der Beteiligung von Kommunen am Bau von Moscheen antwortete Frau Jarty, die im Departement Gironde die Jugendreferentin der Sarkozy-Regierungspartei UMP ist: „Das stört mich nicht. Normale Vereine wünschen das. Die Medien bauschen solche Geschichten auf, aber das ist doch ganz einfach.“ Es ging darum, dass das Bürgermeisteramt von Bordeaux dem Verein der Moslems der Gironde, an dessen Spitze ein Imam namens Tareq Ubru steht, ein Grundstück für den Bau einer neuen Moschee schenken will. Bürgermeister von Bordeaux ist der ehemalige französische Regierungschef Alain Juppé.

Kommune schenkte Grundstück für neue Moschee

Das Wohlwollen nicht nur der Gewählten, sondern auch der katholischen Kirche Frankreichs scheint keine Grenzen mehr zu kennen. Dass die Konferenz der französischen Bischöfe kürzlich über die Schändung der neuen Moschee in Saint-Etienne entrüstete, war nicht zu beanstanden. War es aber nicht zu viel des Guten, wenn das Kommuniqué „die Überzeugung“ der Bischöfe unterstrich, „dass es möglich ist, miteinander zu leben und gerade wegen des Reichtums unserer Unterschiede am Aufbau einer neuen Gesellschaft teilzunehmen“.

Die Bischofskonferenz richtete sich dann an den moslemischen Klerus: „In diesem Sinne freuen wir uns, dass Sie bald ihre neue Großmoschee einweihen können.“ Ein schönes Wortbild rechtfertigte dieses Bekenntnis: „Wir glauben, dass Gott gekommen ist, um sein Zelt unter den Menschen aufzupflanzen.“ Leider leben die Franzosen nicht unter Zelten und Moscheen in Frankreich sind leider auch keine Zelte. *J.-P. Picaper*

Hoffen auf Ungenauigkeiten

Die griechische Regierung hat vom Notfallplan der Euroländer mehr erhofft, doch sie erkennt auch Chancen

Wann reicht „die Finanzierung über den Markt" nicht mehr aus? Vor allem Athen und Berlin haben da ganz unterschiedliche Interpretationsansätze.

In Athen herrscht Katerstimmung. Denn das Ergebnis des EU-Gipfels hatte sich die Regierung von Ministerpräsident Giorgos Andrea Papandreou anders vorgestellt. Da hatte man immer wieder betont, dass man die Schuldenkrise selbst meistern wolle und gehofft, für diesen guten Vorsatz mit ein paar Milliarden belohnt zu werden, und jetzt gibt es von den anderen Euro-Ländern erst Kredite, wenn am Kapitalmarkt nichts mehr zu holen ist.

Allerdings gibt es einige Ungenauigkeiten in den Vereinbarungen der Euro-Länder von Ende März, die Athen zu seinen Gunsten deutet. Denn in dem Notfallplan steht nur, dass es Kredite von den anderen Euro-Ländern gibt, wenn „die Finanzierung über den Markt nicht ausreicht". Das ist recht frei interpretierbar, und so hofft Griechenland, hier noch verhandeln zu können. Während beispielsweise Bundeskanzlerin Angela Merkel, die sich aus Papandreous Sicht erschreckend knickrig gezeigt hat, davon ausgeht, dass der Notfallplan erst greift, wenn kaum einer am Kapitalmarkt mehr griechische Staatsanleihen kaufen will, interpretiert der Grieche die Formulierung weicher. Für ihn tritt der Notfall ein, wenn die Risikoaufschläge, sprich die von Athen zu zahlenden Zinsen, untragbar hoch werden. Und eigentlich ist das ja jetzt schon der Fall, schließlich muss das Land bereits sechs Prozent Zinsen an seine Gläubiger zahlen. Wie soll man bei solchen Zinskosten gleichzeitig sein Sparpaket in Höhe von 4,8 Milliarden Euro im laufenden Haushalt einhalten, fragen in Athen viele. Überhaupt wäre alles viel schöner gewesen, wenn die Helferstaaten Kredite zu einem Zinssatz angeboten hätten, der dem Durchschnitt in der Eurozone entspricht. Dafür stehen Griechenland jetzt immerhin Kredite vom Internationalen Währungsfonds (IWF) offen, der weniger hohe Zinsen nimmt. Dafür fordert er allerdings Reformen und pocht drastisch auf deren Einhaltung, wie schon viele Länder erfahren mussten.

Derweil dürfte Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) in Berlin missmutig auf den von seiner Chefin geprägten Notfallplan blicken. Er hatte es auf jeden Fall vermeiden wollen, dass Griechenland Hilfe vom IWF annehmen darf. Er fürchtet, dass sich nun die USA über den von ihnen dominierten IWF in die Geldpolitik der Eurozone einmischen können. Das missfällt auch der Europäischen Zentralbank (EZB), doch Schäubles Plan, der

Schäuble fühlt sich von Merkel hintergangen

die Gründung eines Europäischen Währungsfonds (EWF) vorsah, stellte für die Zentralbanker auch keine Lösung dar. Abgesehen von der ungeklärten Frage, wie dieser Fonds sich finanzieren sollte, nahm er den Problemländern in der Eurozone auch den Anreiz, die hausgemachte Krise selbst zu lösen, statt sie über einen EWF zu vergemeinschaften.

Obwohl die Kosten für Deutschland bei der Griechenlandhilfe aufgrund der Beteiligung des IWF nun günstiger werden, kann sich der deutsche Finanzminister, der immer noch mit bis zu fünf Milliarden Euro als Kredit für Athen rechnen muss, über die jetzige Lösung nicht freuen. Vor allem ist er sauer auf Merkel, die ihm, so sein Gefühl, in den Rücken gefallen ist. Schon vor Wochen, als sie nach außen seinen Plan zur Gründung eines EWF noch unterstützte, ahnte Schäuble, dass ihren Worten keine Taten folgen würden. So verordnete er seinen Mitarbeitern gegenüber dem Kanzleramt ein Sprechverbot, damit von dort nicht vor vollständiger Ausarbeitung des Planes interveniert werden könnte. Doch nachdem immer mehr Kritik aus den Reihen der Union, aber auch von Seiten der Bundesbank und von Wirtschaftsexperten an dem Konstrukt EWF geäußert wurde, desto offener distanzierte sich Merkel. Mitte März brachte sie dann in einer Debatte im Bundestag offen IWF-Hilfen für Griechenland ins Gespräch und da jeder wusste, dass Schäuble absolut dagegen war, fühlte dieser sich bloßgestellt.

Doch in diesem Fall hatte Merkel wohl keine andere Möglichkeit. So drohte die Gefahr, mit einem EWF gegen das so genannte Nichtbeistandsgebot der Euro-Länder zu verstoßen. Schon zu Beginn der Diskussion hatten einige streitlustige Euro-Gegner, die angesichts der aktuellen Euro-Krise den Verlust der D-Mark erneut beklagten, kundgetan, in einem solchen Falle vor das Bundesverfassungsgericht zu ziehen. Und da Merkel in letzter Zeit so manche juristische Ohrfeige aus Karlsruhe einstecken musste, die sie dann wiederum vor ihren Partner in Brüssel schwach dastehen lassen würde, wollte sie dieses Risiko nicht eingehen. Zudem wird durch die Miteinbeziehung die Pflicht zur Disziplinierung Griechenlands ausgelagert. Bei einem EWF hätte stets die Gefahr bestanden, dass man dort die an die Hilfe geknüpften Sparmaßnahmen ähnlich lasch kontrolliert hätte, wie bisher bei den Euro-Stabilitätskriterien. Die Alternative hingegen, eine strenge Überwachung der Pleitekandidaten inklusive Zwangsmaßnahmen, hätte wiederum die Stimmung zwischen den Partnerstaaten getrübt und wäre vermutlich vor allem als „deutsches Diktat" empfunden worden. Da sollen doch jetzt lieber die US-Amerikaner die Bösen sein, die auf die Einhaltung der Haushaltsdisziplin pochen.

Rebecca Bellano


Foto: Getty

Keine weiteren Geschenke: Der griechische Ministerpräsident Giorgos Andrea Papandreou ist enttäuscht.

KURZ NOTIERT

Viele Reeder sind eigentlich pleite: Die Krise ist für deutsche Reeder und Schiffsfinanzierer trotz einer sich bessernden Auftragslage noch lange nicht vorbei. „Theoretisch sind viele pleite", meint der Hamburger Branchenexperte Jürgen Dobert. „Die Banken stunden jedoch den Kapitaldienst und vollstrecken nicht, weil sonst ein ganzes Kartenhaus zusammenbricht." Die Alternative wäre, Schiffe aus den Flotten zu verkaufen, doch dies führe zum Preisverfall, da es bereits jetzt ein Überangebot an Container auf dem Weltmarkt gebe und ständig neue hinzukämen. *Bel*

Stadtwerke gegen Kernkraftwerke: Vertreter von 150 kommunalen Stadtwerken beobachten die Pläne der Bundesregierung bezüglich längerer Laufzeiten von Kernkraftwerken missmutig. Dies würde den großen Stromanbietern zusätzliche Milliarden in die Kassen spülen und wirke wettbewerbsverzehrend. Viele Kommunen hatten in Erwartung des baldigen Atomausstieges Milliardeninvestitionen in neue Kraftwerke geplant, die allerdings kostenintensiver wären als Kernkraftwerke. *Bel*

Gerüchte um Wieandt-Rücktritt: War es eine Haftungsklausel oder Streit mit Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU), die den Chef der Hypo Real Estate (HRE) einen Tag vor der Vorstellung der Bilanz für 2009 vor wenigen Tagen zum Rücktritt bewogen hat? Die Medien hatten befürchtet, die Zahlen der vom Staat mit über 100 Milliarden Euro gestützten HRE wären schlimmer als befürchtet, aber der Verlust betrug „nur" 2,2 Milliarden Euro. Im Streit mit Schäuble soll es übrigens um einen Wieandt 2008 zugesagten Bonus in Höhe von 375 000 Euro und eine variablen Vergütung für die HRE-Mitarbeiter von insgesamt 33 Millionen Euro gegangen sein. *Bel*

Commerzbank will ab 2012 zahlen: Die Bank weist die Vermutung von Kontrolleuren des staatliche Rettungsfonds Soffin von sich, sie würde dem Staat keine Zinsen auf seine stillen Einlagen zahlen können. Soffin-Mitarbeiter hatten gar angedeutet, der Bund müsste auf seine Einlagen ganz verzichten. *Bel*

Übers Ziel hinausgeschossen

Berlin und Paris wollen CO_2-Ausstoß radikal reduzieren

Frankreichs Klimasteuer ist passé. Nach der Niederlage der konservativen Regierungspartei UMP bei den Regionalwahlen gab die Partei den Plan auf. Die Begründung: Ohne europäischen Kontext werde Frankreich einseitig belastet. Wie die Folgen von Klimasteuern für Arbeitsplätze und nationale Standorte aussehen, ist dabei europaweit kaum erforscht. Schon im Dezember hatten französische Verfassungsrichter die Pläne für eine Klimasteuer gestoppt. Die Kritik der Juristen ließ den Sinn des Gesetzes zweifelhaft erscheinen: Es gäbe zu viele Ausnahmen für die Industrie, insbesondere für ganze Branchen, insgesamt 1018 Firmen, so die Richter. Gerade solche Betriebe, die viele Treibhausgase ausstießen, wären vom Gesetz ausgenommen gewesen. Im Januar wagte Sarkozy mit einem neuen Entwurf einen zweiten Anlauf, der nun ebenfalls Geschichte ist.

Gesetze mit volkspädagogischem Ansatz wie das französische sind auch in Deutschland politisch en vogue. Der französische Vorstoß sah vor allem Einsparungen beim Kohlendioxyd vor – 17 Euro sollte jeder Verbraucher pro ausgestoßene Tonne zahlen, ob beim Heizen oder Autofahren. Um die Belastung für den Bürger nicht zu erhöhen, versprach die Regierung, die Einkommenssteuer zu senken. Die Idee zielte auf eine anhaltende Verhaltensänderung der Bevölkerung ab, war jedoch in erster Linie ehrgeizigen Klimazielen geschuldet: Frankreich will bis 2050 die Ausschüttung von Treibhausgasen auf

Arbeitsplätze in Gefahr – Technik nicht vorhanden

ein Viertel des Wertes von 1990 zurückführen. Dieser Druck ist angesichts des Ziels, den CO_2-Ausstoß bis 2020 um 40 Prozent im Vergleich zum Ausstoß von 1990 zu reduzieren, in Deutschland noch größer. Und im Zusammenhang mit der neuen Wachstumsstrategie aus Brüssel „EU 2020" nimmt der Druck gerade für die deutsche Auto-Industrie zu. So teilte VW mit, bereits intensiv an den EU-Grenzwerten für 2014 zu arbeiten – die neuen für 2020 bereiten dem Konzern dagegen „Sorge" – sie sind technisch nicht umsetzbar.

Auch vom Bund der deutschen Industrie kommen Zweifel an verbindlichen Zielen. Konkrete Zahlen zu bedrohten Arbeitsplätzen oder Kosten gibt es jedoch kaum. Eine Studie des Bundesamts für Bauwesen unterscheidet zwei Gefährdungskategorien: Industrien, denen deutsche Klimasteuern so zusetzen, dass sie in Länder mit geringeren Auflagen abwandern und Industrien, die wegen günstigerer Strompreise ins europäische Ausland gehen, weil der Energiemix dort trotz Emissionszielen günstiger ist. Ergebnis: Nur ein Prozent der deutschen Arbeitsplätze liege in der ersten Kategorie. Allerdings deutet die Studie mögliche, sehr negative regionale Strukturfolgen an. Auf eine gerechte Verteilung der klimapolitischen Lasten im globalen Wettbewerb sowie EU-intern konnten sich Deutschland und Frankreich bisher nicht einigen. Frankreichs Plan für eine EU-Regelung sieht nun vor, Importe aus Ländern, die sich keinem Abkommen zur CO_2-Reduktion angeschlossen haben, mit Klimaabgaben zu belegen. Die Regierung Merkel könnte dagegen noch auf eine nationale Lösung setzen: Laufzeitverlängerung bei Atommeilern. *SV*

Unlauterer Wettbewerb

Bußgeld für Daimler in den USA wegen angeblicher Korruption

Anfangs lief alles wie geschmiert: Hier ein paar Tausender aufs Schwarzgeldkonto, da ein vierrädriges Geburtstagsgeschenk, dort eine hübsche kleine Luxusreise „all inclusive", und schon ist der Millionenauftrag unter Dach und Fach. In vielen Ländern gilt Korruption eben nicht als illegal und unanständig, sondern als normale Geschäftspraxis.

Offenbar hat auch Deutschlands Nobel-Autobauer Daimler auf wichtigen Exportmärkten wie Russland, China oder der Türkei die Geschäftsbilanzen mit Schmiergeldern aufpoliert. Zumindest ist sich dessen die US-Börsenaufsicht Securities and Exchange Commission (SEC) sicher – und hat ein förmliches Strafverfahren eingeleitet.

Einen öffentlichen Prozess aber will man „beim Daimler" unbedingt vermeiden. Vor US-Gerichten wird nämlich mit weitaus härteren Bandagen gestritten, als wir es in Deutschland gewohnt sind. Und das könnte auf dem sensiblen US-Markt größten Schaden anrichten. Also sind die Stuttgarter bereit, ein Bußgeld von 185 Millionen Dollar (fast 140 Millionen Euro) zu zahlen, damit das Verfahren eingestellt wird. Ob der District Court in Washington sich auf diesen – garantiert korruptionsfreien – Kuhhandel einlässt, war bei Redaktionsschluss noch offen.


Foto: pa

Mercedes: Millionenstrafe

Die US-Börsenaufsicht hat – anders als entsprechende Institutionen in Europa – weitreichende polizeiliche und staatsanwaltschaftliche Befugnisse. Sie kann eigenmächtig Hausdurchsuchungen, Verhaftungen und Beschlagnahmen durchführen und extrem hohe Bußgelder verhängen. Dabei stützt sie sich auf die Rechtsauffassung, dass ausländische Firmen, die in den USA börsennotiert oder an US-Konzernen beteiligt sind, uneingeschränkt amerikanischem Recht unterliegen.

Hinter dieser Rechtsauffassung steht Washingtons machtpolitischer Anspruch, US-Gesetze seien weltweit uneingeschränkt gültig, jeder andere souveräne Staat habe sich diesem Anspruch zu unterwerfen und notfalls habe Amerika als selbsternannter Weltpolizist auch das Recht, diesen Anspruch mit allen Mitteln durchzusetzen.

Der Mercedes-Stern ist nicht das erste deutsche Firmenlogo, das ins Visier der SEC geriet. So erlitt Siemens infolge amerikanischer Ermittlungsverfahren einen Verlust von über 2,5 Milliarden Euro. Freilich stand hier wie auch bei Verfahren gegen Bayer oder BASF der Verdacht im Raum, Washington messe mit zweierlei Maß. Meist ging es nämlich um Märkte, auf denen auch US-Firmen aktiv sind. Ob aber deren Geschäfte nicht auch „wie geschmiert" laufen, scheint die SEC weniger zu interessieren. So wird dann die Korruptionsbekämpfung zum unlauteren Wettbewerb. *Hans-Jürgen Mahlitz*

Späte Einsicht

Von Hans-Jürgen Mahlitz

In den Gründerjahren der Republik war es selbstverständlicher Konsens aller Demokraten, Extremismus und politische Gewalt zu bekämpfen – von welcher Seite auch immer. Im Gefolge der 68er-Kulturrevolution ist dieser Konsens abhanden gekommen und seit den 90er Jahren galt sogar nur noch der „Kampf gegen Rechts“. Kriminalstatistiken wurden geradezu manipuliert; der Hitlergruß eines besoffenen rechten Glatzkopfs erhielt den selben statistischen Rang wie ein schwer verletzter Polizist bei der linken Maifeier. Politiker und Meinungsmacher verharmlosten linke Gewalt als „Protest“ oder „Gegendemonstration“.

Nun endlich räumen Politiker wie Bundesinnenminister Lothar de Maizière ein, dass bei „Lichterketten gegen Rechts“ nicht nur Kerzen, sondern Autos, Supermärkte und Banken brennen, dass das Gewaltmonopol des Staates durch immer brutalere Angriffe auf Polizisten pervertiert wird, dass die Gewaltbereitschaft der Linksextremisten „alarmierend anwächst“, so Baden-Württembergs Innenminister Heribert Rech.

Diese Einsicht kommt reichlich spät, hoffentlich nicht zu spät: Wir müssen zurückfinden zum demokratischen Konsens, gegen linksextreme und rechtsextreme Gewalt!

Sorgen bleiben

Von Konrad Badenheuer

Wahr ist: Schon seit etwa fünf Jahren rechnen kritische Beobachter der europäischen und US-amerikanischen Geldpolitik mit steigenden Preisen und damit einer teilweisen Entwertung des Geldes, doch bisher ist nichts „passiert“. Im Gegenteil: Die Teuerungsrate ist in der Nähe historischer Tiefstände, auch der jüngste leichte Anstieg um 1,1 Prozent gegenüber dem Vorjahr lässt für sich genommen kaum echte Inflationssorgen aufkommen.

Dass die Inflationsraten nicht längst höher sind, steht in einigem Gegensatz zur traditionellen Lehre fast aller Ökonomen, nicht nur der Monetaristen um Milton Friedman. Inzwischen wurden zwar Erklärungen nachgeschoben, warum die massenhaft vorhandene Liquidität nicht längst die Preisspirale in Gang gesetzt hat. So stimmig vieles davon ist, so wenig kann es doch beruhigen. Denn fast alle Zusatztheorien zur Erklärung der niedrigen Geldentwertung haben eines gemein: Sie erklären nur, wie es dazu kommt, dass zuviel Liquidität nur mit derart langer Verzögerung (von inzwischen fünf Jahren und mehr) zu höheren Preisen führt – früher rechnete man hier mit einer Verzögerung von etwa zwei Jahren. Kaum ein Ökonom von Rang behauptet aber, dass die klare Kausalität zwischen Geldmengenwachstum und Teuerung außer Kraft gesetzt wäre.

Das gibt Grund zu unveränderter Sorge: Die Verzögerungseffekte können sich eines Tages umkehren. Die aufgestaute Liquidität könnte sich dann umso schneller und heftiger in höheren Preisen niederschlagen.

Reinigung und Osterfreude

Von Hinrich E. Bues

Die Kirchen machen derzeit wahrlich eine Passionszeit durch. Vor einigen Wochen erschütterte die Alkoholfahrt der EKD-Chefin Margot Käßmann die protestantische Christenheit, nun erleben katholische Christen seit Wochen die Nachrichten von sexuellen Übergriffen von Priestern oder Lehrern.

Papst Benedikt rief die Verantwortlichen zu einer notwendigung „Reinigung“ auf; er sprach von den Auswirkungen der „Säkularisierung“ der Kirche seit Anfang der 70er Jahre, um eine Spur zu den Gründen für den sexuellen Missbrauch und dessen Vertuschung zu legen. Verweltlichung meint eine falsche Anpassung an den Zeitgeist, die eine falsche Liberalität gegenüber den eigenen ethischen Maßstäben nach sich zieht.

Besonders betroffen von solchen Tendenzen zur Verweltlichung sind derzeit die schrumpfenden Kirchen in den USA, Irland und nun auch Deutschland. Aus den wachsenden und konservativen Kirchen Asiens, Afrikas oder Südamerikas hört man interessanter Weise solche Vorwürfe nicht.

> Seelische Kränkungen bei Kindern rächen sich später

Sie haben sich von den Verlockungen der sexuellen Revolution nicht einlullen lassen und bekennen sich zur strengen christlichen Sexual- und Familienmoral. Sie haben erkannt, dass hier die Glaubwürdigkeit der christlichen Botschaft zentral tangiert ist. Jesus Christus hat Gott als „Liebe“ verkündigt; Christen definieren seitdem ihren Glauben als persönliche Vertrauensbeziehung zu Gott. Christen wissen, dass der auferstandene Jesus, den wir an Ostern feiern, uns real und persönlich begegnet.

Daher sind die Missbrauchsvorfälle in den westlichen Kirchen so fatal. Sexueller Missbrauch, so einer der weltweit renommiertesten Entwicklungspsychologen Gordon Neufeld, hat seine zentrale psychologische Ursache in einer erworbenen Bindungsschwäche. Wer in der frühen Kindheit gehäuft seelische Kränkungen erfahren habe, sei prädestiniert dafür, später Schutzbefohlene auszunutzen. Statt Schwächere zu schützen und zu fördern, stärke der Missbraucher sein Selbstwertgefühl, indem er seine Opfer systematisch bloßstelle, demütige und ausnutze.

In diesem Bereich der Vertrauensbindungen liegt seit Jahren, in der evangelischen wie katholischen Kirche, vieles im Argen. Die lebenslange Ehe von Mann und Frau wurde in den letzten Jahren systematisch relativiert, Scheidungen achselzuckend (bis hin zu höchsten Amtsträgern) hingenommen, die Segnung homosexueller Paare in vielen evangelischen Landeskirchen offiziell eingeführt. Hier auf einen Weg der Reinigung voran zu gehen, kann für alle Christen nur sinnvoll sein. Wer hier bei sich selbst anfängt, Sünden bekennt und Vergebung erlangt, hat dabei die größten Chancen trotz aller Schwächen froh Ostern zu feiern.



Karfreitagsprozessionen wie hier in München haben eine uralte Tradition. Doch viele Passanten sehen darin heute in erster Linie eine kulturelle oder sogar rein folkloristische Veranstaltung.

Bild: ddp

Gastbeitrag



Christen, Muslime und Juden streiten um Erdöl

Von Prof. Dr. Daniele Ganser

Den Mitgliedern der drei großen monotheistischen Religionen der Welt, den Muslimen, den Juden und den Christen, ist es in den letzten 3000 Jahren nicht gelungen, friedlich in Toleranz und Offenheit zusammenzuleben. Obschon die überwältigende Mehrheit der Gläubigen in allen drei Gruppen früher wie heute keinerlei Gewalt anwendet, gab und gibt es immer wieder Fanatiker in jeder der drei Gruppen, die zu Abgrenzung und Hass, oder gar Totschlag und Krieg aufgerufen haben, und dies leider mit Erfolg.

Ein Ende der Spannungen ist nicht abzusehen. Denn der globale Kampf ums Erdöl intensiviert sich. Die mit Abstand größten Reserven liegen ausgerechnet in den muslimischen Ländern am Persischen Golf und im Kaspischen Meer. In den christlichen Nationen gibt es zwar auch Erdöl, aber immer weniger. In der Nordsee geht die Erdölförderung von Großbritannien und Norwegen zurück. Auch die USA und Mexiko beklagen eine sinkende Produktion.

Der Ölrausch, welcher die letzten 60 Jahre prägte und den Konsum von sechs Millionen Fass pro Tag im Jahre 1945 auf heute unglaubliche 85 Millionen Fass pro Tag ansteigen ließ, neigt sich seinem Ende zu. Die französische Erdölfirma Total warnt, dass aufgrund der fallenden Produktion in vielen Erdölfeldern das globale Fördermaximum („Peak Oil“) unterhalb der Marke von 100 Millionen Fass pro Tag erreicht werde. Danach werde weniger und vor allem nur noch sehr teures Erdöl im Angebot sein.

> Völkermorden gehen stets Spaltung und Abwertung von Gruppen voraus

Muss einen das kümmern? Ich denke ja, denn wir sind alle „erdölsüchtig“, ganz unabhängig davon, ob man einer der drei religiösen Gruppen angehört oder nicht. Es existiert ein breiter Konsens in der christlichen europäischen Zivilbevölkerung, dass wir keinen Krieg, keinen Terror und keine Gewalt auf unseren Straßen und in unseren Schulen wünschen. Denselben Wunsch haben auch die Muslime und Juden. Es ist jeweils nur eine Minderheit von Fanatikern, die Spaltung predigen und Gewalt schüren.

Trotzdem besteht die Gefahr, dass sich Ressourcenkriege ausweiten, und die Menschen entlang der religiösen Trennlinien gegeneinander kämpfen. Das Spalten in Gruppen und danach das Abwerten der einen Gruppe ist einfach und aus der historischen Forschung hinlänglich bekannt. Spaltung und Abwertung gehen der Gewalt immer voraus. Man nehme etwa den Genozid in Ruanda 1994, bei dem rund 800 000 Menschen starben. Zuerst betonte die Hutu Mehrheit ihre Andersartigkeit gegenüber der Tutsi Minderheit und unterdrückte alle Gemeinsamkeiten. Danach wurden die Tutsi als minderwertige und gewalttätige Menschen zweiter Klasse, ja als Ungeziefer, Schlangen, Kröten und Kakerlaken verunglimpft. Damit ging alle Empathie verloren, erst nach der Spaltung und Abwertung folgte das Morden.

Dass es den Prozess der Spaltung, Abwertung und Tötung auch in Europa und den USA gab, ist bekannt. Im Mittelalter wurden Frauen, die als Heilerinnen tätig waren, als Hexen verbrannt oder in Seen ertränkt. Die vorausgehende Spaltung in Frauen und Männer geschah wie immer: Die Unterschiede wurden hervorgehoben, die Gemeinsamkeiten unterdrückt. Danach wurden die als „gefährlich“ eingestuften Frauen abgewertet, indem man erklärte, sie seien vom Teufel besessen. Den Indianern in Nordamerika erging es ähnlich, als „primitive Rothäute“ wurden sie zuerst diffamiert und abgewertet, erst danach ausgerottet.

Im Dritten Reich sorgte der Davidsstern für eine klare Spaltung, danach wurden Juden in ganz Europa als gefährliche Menschen zweiter Klasse abgewertet, schließlich gar als Tiere bezeichnet und danach in Konzentrationslagern umgebracht. Erneut waren Spaltung und Abwertung die zentralen Schritte, welche der Gewalt vorausgingen. Auch der Kampf der RAF-Terroristen verlief nach diesem Schema, was gerne übersehen wird. Die Spaltung in Polizisten und RAF-Terroristen war wegen der Uniform der Beamten einfach und offensichtlich. Fatal war die Abwertung, bei der Polizisten zuerst als „Bullen“ diffamiert und dann mit dem Slogan „Bullen sind Schweine, keine Menschen“ abgewertet und somit zum Töten freigegeben wurden.

Als Historiker und Friedensforscher erwarte ich, dass sich dieses Muster wiederholt. Mit neuen Gruppen, neuen Opfern, neuer Gewalt und neuen Tätern, aber im Kern doch ähnlich. Ich bedaure dies, mache mir aber keine Illusionen, dass dieser Prozess durch bloße Beschreibung gestoppt werden könnte.

Tatsächlich ist die neue Gruppe, gegen welche sich in Europa und den USA heute beträchtliches Misstrauen richtet, schon klar definiert: Es sind diesmal die Muslime. Auch die Abwertung hat schon eingesetzt, indem Muslime wiederholt als „gewalttätig“ oder gar pauschal als „Terroristen“ diffamiert wurden.

> Es ist einfacher, Feindbilder zu pflegen als sich zu versöhnen

Noch im Kalten Krieg galt in Westeuropa und den USA der atheistische Kommunist als größte Gefahr schlechthin, vor den Muslimen, die ja keine Kommunisten waren, hatte niemand Angst. Doch nur 20 Jahre nach dem Mauerfall hat sich das Blatt gewendet: Das Feindbild „Kommunismus“ hat sich aufgelöst und wurde durch das Feindbild „Islamismus“ ersetzt.

Der Tag, an dem das Misstrauen gegenüber den Muslimen in den USA und Europa sprunghaft anstiegen war und die Abwertung einer ganzen Religionsgruppe einsetzte, ist klar definiert: Es war der 11. September 2001. Wer sich in den USA und Europa heute getraut, kritische Fragen zu diesen Terroranschlägen zu stellen – zum Beispiel zum ungeklärten Zusammensturz des Wolkenkratzers WTC 7, der von keinem Flugzeug getroffen wurde – macht sich keine Freunde. Denn die Täter standen schon am Tag des Anschlages fest: Damals waren es die Kommunisten, heute die Muslime, kritische Rückfragen sind keine erwünscht.

Auf die Terroranschläge folgten die Kriege. Deutsche, französische, spanische, holländische und italienische Soldaten in Afghanistan, in ihrer Mehrheit Christen, werden von den meisten muslimischen Afghanen als „ungläubige und gewalttätige Besetzer“ wahrgenommen. Dasselbe gilt für Briten und Amerikaner im Irak. Dies ist verständlich, denn auch umgekehrt würden afghanische Truppen in Berlin und Hamburg oder irakische Bomber über London und Washington ohne Zweifel von den Christen als Aggressoren verurteilt.

Eine Entspannung ist leider nicht in Sicht, im Gegenteil. Juden in Israel und den USA fordern seit Jahren einen Krieg gegen den muslimischen Iran, um das Land daran zu hindern eine Atombombe zu bauen. Es steht aber außer Frage, dass ein solcher Krieg die Spannungen zwischen den drei monotheistischen Religionen noch verschärfen würde.

Es ist bestimmt eine Utopie zu erwarten, dass die zwei Milliarden Christen, die 1,5 Milliarden Muslime und die 15 Millionen Juden ihre Gewalt gegeneinander und untereinander in Gedanke, Wort und Tat völlig einstellen würden. Wir wissen, das wird nicht geschehen, weil sich noch zu wenige Menschen dafür einsetzen. Viel einfacher ist es doch, Feindbilder zu pflegen. Das Ziel der Kriegspropaganda, damals wie heute, besteht darin, zwei Gruppen zu schaffen, und danach bei der einen die Erinnerung auslöschen, dass die andere Gruppe auch aus Menschen besteht.

*Der Autor (*1972) ist Historiker und Friedensforscher und arbeitet als Dozent an der Universität Basel.*

August der Starke liebte diese Pracht

Die »Türckische Cammer« im Dresdner Residenzschloss präsentiert exotische Schätze aus dem Orient

Die „Türckische Cammer“ der Staatlichen Kunstsammlungen Dresden mit ihrer Sammlung osmanischer Kunstwerke innerhalb der kurfürstlich-sächsischen Rüstkammer hat ihre Pforten geöffnet und entführt den Besucher in die farbenfrohe, geheimnisvolle Welt des Orients.

Mit etwa 600 orientalischen und orientalisierenden Objekten des 16. bis 19. Jahrhunderts gehört die von dem Kurator der „Türckischen Cammer“, Holger Schuckelt, konzipierte Präsentation zu den bedeutendsten ihrer Art weltweit. Bis 1942 wurde ein kleiner Teil der Objekte in anderer Form im Dresdner Johanneum ausgestellt. Nach dem Zweiten Weltkrieg gelangten die meisten Objekte in die UdSSR und kamen mit der Rückführung der Bestände der Rüstkammer 1958 aus dem damaligen Leningrad nach Dresden zurück. Als Dauerausstellung im Dresdner Residenzschloss werden die exotischen Schätze in dieser Fülle nun erstmals seit 70 Jahren wieder gezeigt.

Erstmals seit 70 Jahren wieder ausgestellt

Schon beim Betreten wird der Besucher in eine andere Welt entführt: Fünf vollplastische Araberhengste, gezäumt und gesattelt mit historischem Prunkreitzeug, künden von feuriger orientalischer Pracht und Eleganz. Sie zählen zu den Höhepunkten der neuen Dauerausstellung. Jedes der aus Holz geschnitzten Pferde in Originalgröße wiegt rund 150 Kilogramm und ist ein Unikat. Das zum Schutz der Textilien stark reduzierte Licht taucht die gesamte Ausstellung in eine nächtlich anmutende, geheimnisvolle Atmosphäre. Vor den dunkelblau gestrichenen Wänden werden besonders prunkvolle Objekte mit spezieller Beleuchtung kontrastreich in Szene gesetzt.

Bis in das Jahr 1591 reichen die Anfänge der Sammlungstradition von Orientalica in Dresden zurück. Im frühen 18. Jahrhundert erlebte die Kollektion unter August dem Starken ihren Höhepunkt.

Die bunte Fülle der Ausstellungsobjekte – Zelte, Fahnen, Helme, Panzerhemden, Waffen und Gewehre – stammt zu einem Großteil aus dem militärischen Kontext. Herrschte im 17. Jahrhundert noch die Furcht vor den Osmanen vor, veränderte sich im 18. Jahrhundert das Türkenbild. An die Stelle der Furcht rückte die Faszination: Die Mode „alla turca“ wurde im Zeitalter des Barock kultiviert und war unter August dem Starken am ausgeprägtesten. Die orientalische Kultur wurde zum Leitmotiv der höfischen Feste und Turniere sowie der Theater- und Opernstücke. Kleidungsstücke aus der „Türckischen Cammer“ dienten als Requisiten. Zwei Kaftane sind erhalten geblieben, die im Jahr 1713 auf Geheiß Augusts des Starken aus der Türkei angekauft wurden. Für Verkleidungszwecke wurden sie bei Maskeraden und Banketten als Nationalkleider genutzt, doch dass sie auch anderweitig gebraucht wurden, beweisen Inventaraufzeichnungen, in denen die weit geschnittenen Gewänder als „schlaff peltz“ bezeichnet werden.

Zur Hauptattraktion der Ausstellung gehören zwei türkische Zelte aus dem Besitz August des Starken. Nur ganz wenige europäische Museen besitzen ähnliche textile Kostbarkeiten aus dem 17. Jahrhundert.

Als Besucher kann man sich in das kleinere Zelt setzen, um das wunderschöne Dach zu bewundern, welches reich mit Applikationen aus farbiger Seide, Baumwolle und vergoldetem Leder bestickt ist. Indem man den Farbentraum genießt, fühlt man sich schon nahezu in die Märchenwelt von „Tausendundeiner Nacht“ entführt. Die einzelnen Felder der Zeltbahnen sind flächendeckend mit Blütenranken und blütengefüllten Medaillons verziert. In der Vorstellungswelt der Muslime nimmt der Innenraum des Zeltes somit Bezug auf die Gärten des Paradieses.

Das größere Zelt, etwa 20 Meter lang und sechs Meter hoch, diente 1730 bei einer großen Truppenschau, dem so genannten Zeithainer Lager, repräsentativen Zwecken als „salle à manger“. Bei diesem Ereignis wollte sich August der Starke mit seiner Armee international präsentieren. Unter den Gästen befand sich auch der preußische König Friedrich Wilhelm I.

Die gelungene Verknüpfung von Ausstellungsobjekten und geschichtlichen Hintergründen macht den Betrachter mit der wechselvollen Geschichte des Osmanischen Reiches vertraut und schildert die kriegerischen Auseinandersetzungen mit dem christlichen Europa. Unter Sultan Süleyman I. (1520–1566) erreichte das Osmanische Reich seine größte Ausdehnung. Als großer Förderer von Kunst und Wissenschaft erfuhr das Reich eine kulturelle Blütezeit.

Das europäische Türkenbild der frühen Neuzeit geht maßgeblich auf jene Epoche zurück, aus welcher zugleich eine ernste Bedrohung für das christliche Europa erwuchs. Schon im Jahr 1529 standen osmanische Truppen vor den Toren Wiens, und erst 1683 befreite das kaiserlich-polnische Heer in der Schlacht am Kahlenberg Wien von den Osmanen. Beteiligt war daran auch Kurfürst Johann Georg III. (1680–1691) mit einem Heer von rund 10400 Mann.

Trotz der kriegerischen Vergangenheit gelangten die wenigsten Objekte als Kriegsbeute in die „Türckische Cammer“. Vielmehr wurden die meisten Kostbarkeiten angekauft oder gelangten als diplomatische Geschenke nach Dresden. Auf anschauliche Weise verknüpft die Ausstellung Objekte und Historie miteinander, so dass sich dem Betrachter ein besonderes kulturgeschichtliches Zeugnis präsentiert.

Caroline v. Keudell



In der „Türckischen Cammer“: Prachtvolles Zelt entführt in die Welt von „Tausendundeine Nacht“. Bild: ddp

Die „Türckische Cammer“ im Residenzschloss Dresden, Sophienstraße oder Schloßstraße, ist täglich außer dienstags von 10 bis 18 Uhr geöffnet, Eintritt: 10/7,50 Euro (gilt für das gesamte Residenzschloss, ausgenommen Historisches Grünes Gewölbe).

Im Dialog mit Kunstwerken

Eine Privatsammlung mit Werken der klassischen Moderne wird erstmals öffentlich gezeigt

Es ist eines der wenigen plastischen Kunstwerke, das in der aktuellen Ausstellung im Kunsthaus Stade zu sehen ist. Doch sagt die Bronze „Der Sammler“ von Ernst Barlach viel über Inhalt und Herkunft der gezeigten Werke aus. Die über 80 Arbeiten bedeutender Künstler der klassischen Moderne stammen aus einer privaten Sammlung, die nun erstmals öffentlich gezeigt wird.

»Blatt für Blatt« gewachsen

Über drei Jahrzehnte sammelten Arnd Siegel und seine inzwischen verstorbene Frau Erika Kunstwerke, die ihnen persönlich gefielen. Unbeabsichtigt ist so ein „Kompendium der klassischen Moderne“ entstanden, wie Kurator Heinz Spielmann betont, in dem „die wichtigsten Phasen vor allem der deutschen Kunst seit dem Ende des 19. Jahrhunderts mit kennzeichnenden Beispielen repräsentiert sind“.

„Wer etwas mehr als nur einige zufällig zusammen gekommene Blätter besitzt, wird bald bemerken, dass seine Neigung ihn zu Weiterem bewegt, ihn dazu verleitet, einer anfänglich noch kleinen Gruppe von Arbeiten etwas ihm besonders Zusagendes hinzuzufügen“, so Spielmann im Katalog. „Er kann sich dabei auf einen Künstler und seinen Umkreis, auf bestimmte Disziplinen und Themen konzentrieren, er kann aber auch, den Kreis des ihn intensiver Beschäftigenden erweiternd, zu einem vielfältiger strukturierten Ausbau seines persönlichen Besitzes gelangen und damit zu Künstlern, Themen, Ausdrucksformen ein jeweils spezifisches Verhältnis gewinnen.“

Ein Rundgang durch die Ausstellung beginnt bei Impulsgebern der klassischen Moderne wie Emil Nolde, zeigt inhaltliche Schwerpunkte wie Arbeiten der Künstler der „Brücke“ und des „Blauen Reiters“ sowie von Vertretern des Konstruktivismus, des Surrealismus, des Bauhaus und der Abstraktion.

Zu sehen sind Holzschnitte, Radierungen, Lithographien, Zeichnungen, Aquarelle und Ölbilder, die vornehmlich das Thema Mensch zum Inhalt haben. Ein Sujet, das die beiden Sammler auch beruflich beschäftigte, denn beide waren Ärzte.

Erika und Arnd Siegel lag es stets am Herzen, mit den Kunstwerken zu leben. Sie erwarben sie nicht, um zu spekulieren oder um des Besitzes willen. Beraten durch einen kompetenten Kunstkenner ließen die Siegels ihre Sammlung „Blatt für Blatt“ wachsen, um sie dann keineswegs im Tresor zu verstecken, sie hingen die Arbeiten an die Wände ihres Hamburger Einfamilienhauses. „Einfach auch mal übereinander, die Petersburger Hängung sozusagen“, sagte Siegel schmunzelnd der *PAZ*. Er rede auch mit den Bildern, führe Zwiegespräche. Das sollen auch die Besucher der Ausstellung mit dem Titel „Dialog mit der Moderne“, machen. Der eine wird dann vor Radierungen von Emil Nolde stehenbleiben und erstaunt feststellen, dass Nolde eben nicht nur Blumenbilder und norddeutsche Landschaften in flammenden Farben schuf, sondern auch so zauberhafte Motive wie die Kinderbilder „Lausbuben“ und „Ringelreihe“ in Schwarzweiß. Der andere wird vor Blättern von Ivo Hauptmann, Lyonel Feininger, Franz Marc oder August Macke verharren.

Tägliche Begegnung mit Kunst

Allen Arbeiten ist eines gemein: „Sie sind auf die Nähe, auf Unmittelbarkeit, auf die tägliche Begegnung hin ausgewählt“, so Spielmann, „nicht für die Repräsentanz oder gar Dekoration.“

Silke Osman



Ernst Barlach: Der Sammler (Bronze, 1913). Der Künstler beschäftigte sich bereits 1909 mit dem Thema. Bild: Katalog

Die Ausstellung „Dialog mit der Moderne“ im Kunsthaus Stade, Wasser West 7, ist bis zum 24. Mai dienstags bis freitags von 10 bis 17 Uhr, am Wochenende bis 18 Uhr geöffnet, Eintritt 5/3 Euro, Katalog (Klappbroschur, 162 Seiten, 19,80 Euro), Informationen www.kunsthaus-stade.de

In Kürze

Museum für HB-Keramik

Die 2005 in der Treuhandschaft der Deutschen Stiftung Denkmalschutz (DSD) gegründete „Hedwig Bollhagen-Stiftung“ hat die Einrichtung eines Hedwig Bollhagen Museums für Keramik in Velten, Kreis Oberhavel beschlossen. Damit rückt der keramische Nachlass Bollhagens wieder ganz in die Nähe ihrer Wirkungsstätte in Marwitz. Seit 1934 produzieren die von der Keramikerin Hedwig Bollhagen gegründeten HB-Werkstätten für Keramik im brandenburgischen Marwitz bei Velten das zeitlose Alltagsgeschirr, mit dem Hedwig Bollhagen die Forderung des Werkbundes und des Bauhauses nach Funktionalität und Ästhetik für jedermann zu verwirklichen suchte. Die Keramikerin selbst hat einmal kurz und knapp umschrieben, um was es ihr ging: „In meinen Entwürfen für Formen von Gefäßen versuche ich, immer sparsamere Mittel anzuwenden. Ich bemühe mich, der ‚Form ohne Ornament‘ die Ehre zu geben, die ihr gebührt, riskiere aber auch Formen, die durch einen Dekor gesteigert und bereichert werden wollen.“ Doch nicht nur Gebrauchsgeschirr und Zierkeramik schuf HB, auch Baukeramik zählte zu ihren wichtigen Aufgaben. So entstanden etwa große Reliefplatten nach Entwürfen des Bildhauers Waldemar Grzimek.

Hedwig Bollhagen wurde am 10. November 1907 in Hannover geboren. Ihre Ausbildung erhielt sie unter anderem an der Staatlichen Keramischen Fachschule in Höhr. Bevor sie 1934 die „HB-Werkstätten für Keramik GmbH“ ins Leben rief, war sie in den Steingutfabriken Velten-Vordamm, der Staatlichen Majolika Manufaktur Karlsruhe und im Rosenthal-Zweigwerk in Neustadt bei Coburg tätig. 1939 legte sie ihre Meisterprüfung in Berlin ab. Von 1946 bis 1972 führte sie die HB-Werkstätten bis zur Verstaatlichung als privates Unternehmen weiter. Nach der Wende wurde das Unternehmen reprivatisiert und unter Bollhagens künstlerischer Leitung neu gegründet. Hedwig Bollhagen starb am 8. Juni 2001 in Marwitz und fand ihre letzte Ruhestätte in Hannover. *os*

Opernsommer in Sanssouci

Der Barocke Opernsommer Sanssouci 2010, präsentiert vom Potsdamer Ensemble I CONFIDENTI gemeinsam mit der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg (SPSG), widmet sich dieses Jahr ganz der italienischen Musikkomödie. Im Jahr 1748 engagierte Friedrich II. eine kleine italienische Truppe von Sängern und Pantomimen für sein Potsdamer Schlosstheater. Regelmäßig spielten sie Miniaturopern im Stile der Commedia dell' Arte – so genannte „Intermezzi“ –, mit denen sie, wie Lessing schrieb, „den ganzen Schauplatz vor Lachen außer sich“ brachten. Zu ihrem Repertoire gehörte auch „Monsieur di Porsugnacco“, eine Farce nach Molière, in der ein tölpischer Provinzler vorgeführt wird. *PAZ*

Premiere im Schlosstheater im Neuen Palais am 7. Mai, 19 Uhr; weitere Aufführungen: 9. Mai, 16 Uhr/15. Mai, 19 Uhr/16. Mai, 16 Uhr/28. August, 19 Uhr/29. August, 16 Uhr/4. September, 19 Uhr/5. September, 16 Uhr/11. September, 19 Uhr/12. September, 16 Uhr. Nähre Informationen über die Hotline (01805) 4470 sowie über das Internet unter www.ticketonline.com

Churchills Plan

Großadmiral Erich Raeder, vor 70 Jahren Oberbefehlshaber der Kriegsmarine, hat das „Fortbestehen der norwegischen Neutralität“ als den für Deutschland „günstigsten Fall“ bezeichnet. In der Tat profitierten die Deutschen von der Unparteilichkeit Norwegens im Zweiten Weltkrieg stärker als die Briten. Die Route der für die deutsche Rüstungswirtschaft lebenswichtigen Eisenerzlieferungen des ebenfalls neutralen Schwedens lief von Kiruna und Gallivare in Lappland per Bahn zum nordnorwegischen eisfreien Hafen Narvik und von dort auf dem Seeweg die norwegische Küste entlang über Skagerrak und Kattegat in die Ostsee. Auch nutzten deutsche Kriegsschiffe die neutralen norwegischen Küstengewässer für die Fahrt zwischen Heimathafen und den offenen Meeren unter Umgehung der britischen Seeblockade. Für London war deshalb der Reiz groß, Norwegens Neutralität zu missachten und es mit seinem Hafen Narvik und seinen Küstengewässern in seine Gewalt zu bringen.

Moralische Bedenken hatte Winston Churchill, damals Erster Lord der Admiralität, nicht. Er argumentierte: „Keine formelle Verletzung des Völkerrechts kann uns (...) die Sympathie der neutralen Länder rauben. Im Namen des Völkerbundes haben wir das Recht, ja die Pflicht, vorübergehend die Gültigkeit gerade derjenigen Gesetze aufzuheben, denen wir wieder Geltung und Sicherheit verschaffen wollen. Die kleinen Nationen dürfen uns nicht die Hände binden, wenn wir für ihre Rechte und die Freiheit kämpfen.“

Am 28. März 1940 einigten sich London und Paris auf das Unternehmen „Wilfried“, die norwegischen Küstengewässer sollten vermint, und neben Narvik auch Stavanger, Bergen und Trontheim erobert werden. Anschließend sollten die schwedischen Erzfelder in Besitz genommen und eine zweite, skandinavische Front gegen das Reich eröffnet werden. Am 8. April stach das alliierte Expeditionskorps in See – aber da war das Unternehmen „Weserübung“ bereits angelaufen. *M.R.*

Deutschland kam England zuvor

Vor 70 Jahren begann das Unternehmen »Weserübung«, die deutsche Besetzung Norwegens und Dänemarks

„Untragbar ist die Besetzung Norwegens durch England, denn sie ist nicht rückgängig zu machen.“ Angesichts dieser durchaus realistischen Einschätzung (siehe Kasten) drängte Großadmiral Erich Raeder Adolf Hitler zur Besetzung Norwegens und Dänemarks, schließlich mit Erfolg.

Hitler zeigte sich an Skandinavien ungeachtet aller Rassentheorie eher desinteressiert. Um seinem obersten Kriegsherren die drohende britisch Invasion vor Augen zu führen, empfahl der Oberbefehlshaber der Kriegsmarine diesem, den NS-freundlichen norwegischen Politiker Vidkun Quisling zu empfangen. Diesem Gespräch mit dem vormaligen Kriegsminister seines Landes folgte noch am selben Tag, dem 14. Dezember 1939, Hitlers Weisung an das Oberkommando der Wehrmacht, Pläne für eine Besetzung Norwegens auszuarbeiten.

Bestärkt wurden die Deutschen in ihren Befürchtungen durch den „Altmark“-Zwischenfall am 16. Februar 1940. Obwohl sich das deutsche Trossschiff „Altmark“ in norwegischen Gewässern befand, wurde es vor den Augen der Norweger von dem britischen Zerstörer „Cossack“ überfallen und geentert. „Durch dieses Ereignis erhielt die Norwegenfrage ein wesentlich anderes Gesicht“, um es mit den Worten Raeders zu sagen, „denn nun war eindeutig bewiesen, dass die norwegische Regierung nicht in der Lage war, ihre Neutralität aufrechtzuerhalten“ – oder dazu nicht willens, was für die Deutschen auf das selbe hinauslief.

Fünf Tage später, am 21. Februar, beauftragte Hitler General Nikolaus von Falkenhorst, der sowohl Erfahrungen mit Skandinavien- als auch amphibischen Operationen hatte, das Unternehmen „Weserübung“, die Besetzung Norwegens vorzubereiten. Er leitete dann auch anschließend dessen Umsetzung.

Klar umriss Hitler in seiner Weisung für das Unternehmen vom 1. März 1940 dessen Ziel: „Hierdurch soll englischen Übergriffen nach Skandinavien und der Ostsee vorgebeugt, unsere Erzbasis in Schweden gesichert und für Kriegsmarine und Luftwaffe die Ausgangsstellung gegen England erweitert werden.“ Das zwischen Deutschland und Norwegen liegende Dänemark sollte bei der Gelegenheit aus logistischen Gründen gleich mit besetzt werden.

Am 9. April 1940 forderte die Reichsregierung die Regierungen Dänemarks und Norwegens auf, einer Besetzung durch deutsche Truppen keinen Widerstand entgegenzusetzen. In Dänemark obsiegten die Verständigungspolitiker und so wurde sinnloses Blutvergießen vermieden. In Norwegen war das anders, was die Situation für die Wehrmacht zusätzlich erschwerte.

Die Wehrmacht sah nämlich aus gutem Grund keine Alternative dazu, Norwegen von der Seeseite aus zu besetzen und über See Soldaten und Material heranzuschaffen. Dies war höchst riskant angesichts der vielfachen britischen Überlegenheit zu See. Erschwerend kam hinzu, dass das Heer für die Besetzung beider skandinavischen Länder nur acht Divisionen, eine Brigade und eine Panzerabteilung zur Verfügung stellte, da die deutsch-französische Front im Westen nicht entblößt werden sollte.

Diese Schwächen galt es zu kompensieren. Zum einen war da das Überraschungsmoment des Angreifers. Zu anderen gab es die Konzentration der Kräfte, der Einsatz fast der gesamten deutschen Kriegsmarine für dieses Unternehmen. Und dann war da die Luftwaffe, die mit drei Kampfgeschwadern und drei Jagdgruppen schnell die Lufthoheit gewann und nicht nur gegen Land-, sondern auch gegen Seeziele eingesetzt wurde. Dieses bekamen insbesondere britische Kriegsschiffe zu spüren, die das Unternehmen „Weserübung“ zu stören versuchten. Hier zeigte sich deutlich, wie verwundbar mittlerweile selbst große Kriegsschiffe waren, wenn sie keinen Luftschirm besaßen, und damit stieg die Bedeutung von Flugzeugträgern für die Seestreitkräfte. Darüber hinaus brachte die Luftwaffe fast ihre gesamte Transporterflotte zum Einsatz, mit der sie die Kriegsmarine beim Überführen von Mensch und Material nach Kräften unterstützte. 29 280 Mann und 2375 Tonnen Nachschub wurden von der jüngsten der Teilstreitkräfte nach Norwegen transportiert.

Die Luftwaffe konnte beim Transport aber nur unterstützend tätig sein. Das Schwergewicht lag bei der Marine, die 107 581 Soldaten, 16 102 Pferde, 20 339 Fahrzeuge und über 100 000 Tonnen weiteres Material in König Haakons VII. Reich zu schaffen hatte.

In der Nacht zum 7. April 1940 lief fast die gesamte deutsche Flotte mit dem deutschen Expeditionskorps und den beiden Schlachtschiffen/Schlachtkreuzern „Scharnhorst“ und „Gneisenau“ an der Spitze aus. Am 9. April 1940 schlugen die Deutschen zu und landeten an der norwegischen Küste in Oslo, Kristiansand, Stavanger, Bergen, Trontheim und Narvik. Die Engländer hatten den Deutschen ein derart verwegenes Landeunternehmen auf einer Breite von rund 1500 Kilometern nicht zugetraut und mussten nun von der eigenen Eroberung Norwegens auf die Störung des deutschen Landeunternehmens und von der Landung eigener Truppen zur Unterstützung der norwegischen Verteidiger umstellen. Das gelang ihnen nur bedingt, am besten noch in Narvik. Die Hafenstadt war der nördlichste und von Deutschland am weitesten entfernte Punkt des Landeunternehmens, so dass die Deutschen es hier besonders schwer hatten. Ihnen standen dort Alliierte gegenüber, die um die Wichtigkeit Narviks für die deutsche Eisenerzversorgung wussten und entsprechend verbissen kämpften. Das Ende der Kämpfe brachte dort erst der Beginn des deutschen Westfeldzuges am 10. Mai 1940, als die Westeuropäer ihre Truppen abzogen, um sie zur Verteidigung Frankreichs und der britischen Inseln einzusetzen. Bis zum 8. Juni 1940 war der alliierte Rückzug aus Norwegen abgeschlossen. Zwei Tage später kapitulierten die letzten norwegischen Streitkräfte. Da hatten sich Haakon und seine Regierung bereits nach England abgesetzt. Norwegen war Teil des deutschen Herrschaftsbereiches geworden.

Hitlers vor dem Unternehmen „Weserübung“ genanntes offensives Ziel, für Kriegsmarine und Luftwaffe die Ausgangsstellung gegen England zu erweitern, erwies sich der Opfer und des Risikos nicht wert, denn die Luftwaffe und vor allem die Marine hatten nicht die Kapazitäten, um die Erweiterung zu nutzen.

Anders verhält es sich schon mit dem ebenfalls genannten eher defensiven Ziel der Vorbeugung eines englischen Übergriffes nach Skandinavien und der Ostsee und vor allem der Sicherung der Erzbasis in Schweden. Und so lässt sich das Ergebnis vielleicht folgendermaßen zusammenfassen: Die deutsche Kriegspartei hatte durch das Unternehmen „Weserübung“ nicht viel gewonnen, aber sie hatte den Verlust von vielem verhindert. *Manuel Ruoff*



Norwegens Hauptstadt Oslo während des Unternehmens „Weserübung“: Ein deutscher Flakposten sichert im Hafen die Anlandung eines Truppentransporters. Bild: pa/akg

Biograph der »Konservativen Revolution«

Der Rechtsintellektuelle Armin Mohler machte sich von links auf den Weg nach rechts und war schließlich politisch heimatlos

Armin Mohler, am 12. April 1920 in Basel als Sohn eines Schweizer Eisenbahnbeamten geboren, war zunächst politisch links eingestellt, veränderte aber „seine Haltung unter dem Einfluss der Lektüre Nietzsches, Spenglers, Niekischs und Jüngers“ (Karlheinz Weißmann). In etwas unreifer Manier konnte der in behüteten eidgenössischen Verhältnissen aufgewachsene Mohler der „deutschen Versuchung“ nicht widerstehen und überquerte als Deserteur der Schweizer Armee im Februar 1942 illegal die Grenze zum Deutschen Reich mit dem Wunsch, als Mitglied der Waffen-SS am Ostfeldzug teilzunehmen. Mohlers illusionäre und idealistische Vorstellungen stießen aber schnell auf eine desillusionierende Realität. Die Waffen-SS lehnte ihn als untauglich ab und so fiel diese frühe deutsche Episode im Leben Mohlers eher unheroisch aus. Schon Ende 1942 kehrte der junge Intellektuelle in die Schweiz zurück und studierte in Basel weiter Philosophie und Kunstgeschichte, wobei ihm die Desertion eine kurze Zeit hinter Gittern bescherte. 1949 wurde er mit seiner auch heute noch Maßstäbe setzenden Arbeit „Die Konservative Revolution in Deutschland 1918–32. Grundriss ihrer Weltanschauungen“ von Hermann Schmalenbach und Karl Jaspers zum Dr. phil. promoviert. Anschließend folgte die Zeit als Sekretär Ernst Jüngers in Wilflingen (1950–1953). Von 1953 bis 1960 berichtete er für die Züricher „Tat“ und die „Zeit“ aus Paris. Als Geschäftsführer der Carl-Friedrich-von-Siemens-Stiftung in München organisierte Mohler in den Jahren 1970 bis 1985 ein Vortragsprogramm, das auch bei politisch Andersdenkenden Anerkennung fand. Nach dem Ausscheiden aus der Siemens-Stiftung war Mohler vor allem als Buchautor und publizistisch für die Zeitschrift „Criticón“ tätig.

> Er wollte eine Art deutschen Gaullismus

Versuche, sich im herkömmlichen Parteiensystem der Bundesrepublik zumindest als Publizist zu engagieren, scheiterten. Ende der 1960er Jahre hatte Mohler über seinen engen, aber schon 1970 früh verstorbenen Freund Marcel Hepp Kontakt mit Franz Josef Strauß und zur CSU-Wochenzeitung „Bayernkurier“ aufgenommen. Mit dem Tode des „Bayernkurier“-Chefredakteurs Hepp endeten aber Mohlers Kontakte zu Strauß und damit die Bemühungen, über die CSU-Parteischiene eine Art deutschen Gaullismus zu installieren und den Deutschen mehr nationalen Selbstbehauptungswillen zu vermitteln.

Armin Mohler Bild: pa

Als Mohler 1967 den Konrad-Adenauer-Preis für Publizistik erhielt, initiierte der „Rheinische Merkur“ eine von Mohler als „Hexenjagd“ verstandene Kampagne. Damals wurde auch durch Indiskretionen Gerhard Freys öffentlich, dass der nicht zimperliche Mohler unter dem Pseudonym Michael Hintermwald 1964 zwei Beiträge für die „Deutsche National- und Soldatenzeitung“ geschrieben hatte. Der Versuch, auf den ersten österreichischen Lehrstuhl für Politikwissenschaft in Innsbruck berufen zu werden, scheiterte am Widerstand einer SPÖ-Ministerin.

Was bleibt von Mohler, der im Frühjahr dieses Jahres 90 Jahre alt geworden wäre? Zu nennen sind seine große Belesenheit, sein Mut, konsequent gegen den herrschenden Zeitgeist zu leben und zu schreiben, sein packender, nie langweiliger Stil, seine Toleranz gegenüber anderen Meinungen, insofern sie nur mit Vehemenz und ohne Langeweile vorgetragen werden. Allerdings muss auch auf die Schattenseiten hingewiesen werden. So sticht eine gewisse Sprunghaftigkeit ins Auge, mit der Mohler seine politischen Ansichten variiert hat. Ursprünglich von links kommend, rehabilitierte der junge Mohler die verfemten Denker der „Konservativen Revolution“, empfand Sympathien für das Frankreich Charles de Gaulles, entdeckte den „technokratischen Konservatismus“ eines Hans Freyer oder Arnold Gehlen, flirtete mit der CSU Franz Josef Strauß', um sich in späteren Jahren politisch immer mehr zu radikalisieren. Mohlers Begeisterung für die französische „Neue Rechte“ um Alain de Benoist und seine Antwort auf die Frage eines Journalisten, ob er Faschist sei: „Ja, im Sinne von José Antonio Primo de Rivera“, haben bei einigen Beobachtern auch Stirnrunzeln hervorgerufen.

> Am Ende war er erfolglos und radikal

Inwiefern diese Radikalisierung der späteren Jahre eigener Überzeugung entsprang oder die Folge „publizistischer Ausgrenzung“ nach 1967 war, mag dahingestellt sein. Mit Sicherheit wird die Tatsache, dass Mohlers politikwissenschaftliche Karriere scheiterte und ihn – zumindest in den 1970er Jahren – die „etablierten“ Medien und Buchverlage regelrecht schnitten, nicht ohne Wirkung auf diesen doch auch an Einfluss interessierten Denker gewesen sein. Bei den „feinen Konservativen“ hat Mohler seinen Platz nie gefunden. Er war ein rechter Denker, der auch den Mut hatte, sich selbst so zu definieren. *Ansgar Lange*

Ein furchtbar bedeutender Jurist

»Preuße aus Überzeugung« – Zum 25. Todestag des Staats- und Verfassungsrechtlers Carl Schmitt

Wie kein anderer Rechtswissenschaftler hat Carl Schmitt das politische und staatsrechtliche Denken des 20. Jahrhunderts geprägt. Anlässlich seines 25. Todestages am 7. April ist auch daran zu erinnern, dass der Jurist ein „Preuße aus Überzeugung“ war.

Als „weißer Rabe“ sah er sich selbst, und so wird er auch heute, ein Vierteljahrhundert nach seinem Ableben, noch wahrgenommen: Carl Schmitt, der bedeutendste und zugleich umstrittenste Rechtstheoretiker des 20. Jahrhunderts. Nach wie vor versuchen Linke wie Rechte, ihn und sein Gedankengut für sich zu vereinnahmen – ihn, der diese Art parlamentarischer „Gesäßgeographie“ stets der „politischen Vulgärsprache“ zugeordnet hatte. Und zugleich versuchen Rechte wie Linke immer wieder, ihn als Stichwortgeber extrem-sozialistischer Utopisten oder als Steigbügelhalter Adolf Hitlers zu verteufeln.

Sucht man nach dem tieferen Grund, warum ein Geisteswissenschaftler mit so herausragendem Intellekt dermaßen gegensätzlich beurteilt werden kann, landet man früher oder später wieder bei ihm selbst. Genauer: bei seiner Selbsteinschätzung. Carl Schmitt war tatsächlich sowohl „weiß“ als auch „Rabe“.

Beispielhaft zu verdeutlichen ist dies mit einer Rückblende auf das Jahr 1945. Das nationalsozialistische Regime war zusammengebrochen. Das deutsche Volk sah sich mit der schrecklichen Erkenntnis konfrontiert, dass in seinem Namen fürchterliche Verbrechen begangen worden waren. Verbrechen, für die es von den Siegern in Kollektivhaft genommen wurde, auch wenn sich nur eine Minderheit als Täter schuldig gemacht hatte.

Carl Schmitt, bei Kriegsende Professor an der Juristischen Fakultät der Berliner Friedrich-Wilhelm-Universität, galt den Siegern als hochgradig verdächtig, wurde verhaftet und vom US-amerikanischen Chefankläger bei den Nürnberger Prozessen, Robert Klempner, persönlich vernommen. Dessen Fazit: „Weswegen hätte ich den Mann anklagen können? Er hat keine Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen, keine Kriegsgefangenen getötet, keinen Angriffskrieg vorbereitet.“

Wenig später fand der Staatsrechtler sich in der Rolle des Beraters wieder; Klempner holte von ihm Gutachten ein, zum Beispiel über die Rechtsstellung – und damit die politische Verantwortlichkeit – der Reichsminister oder zu der Frage, auf welcher Rechtsbasis deutsche Beamte und Offiziere sich an den auf Hitler geleisteten Eid gebunden fühlten.

Ein Denker mit außergewöhnlicher Sprachgewalt

Dieser Wechsel vom Verdächtigen zum Berater entsprach in vielerlei Hinsicht der gewiss nicht einfachen Persönlichkeitsstruktur Schmitts. Geboren 1888 im sauerländischen Plettenberg, hatte er schon während der Studienjahre durch scharfsinniges Denken, gepaart mit einer ganz außerordentlichen Sprachgewalt, auf sich aufmerksam gemacht. Damit entsprach er so gar nicht dem üblichen Bild des trockenen Juristen. Wie kein anderer vermochte er es, auch komplizierte rechtstheoretische Gedankengänge in Formulierungen von geradezu literarischem Rang zu kleiden.

Schnell machte er Karriere, nach der Habilitation in Straßburg waren München, Greifswald, Bonn und Berlin die Stationen seiner akademischen Laufbahn. Den Gipfel seines wissenschaftlichen Wirkens erklomm er 1928 mit der Veröffentlichung eines Buchs mit dem schlichten Titel „Verfassungslehre“. Damit etablierte er diesen Zweig der Staatslehre als eigenständige Disziplin der Rechtswissenschaft.



Carl Schmitt: Beim Festvortrag auf dem Deutschen Industrie- und Handelstag im Jahre 1930 in der Krolloper Bild: Ullstein

Seine kritische Analyse der Weimarer Verfassung korrespondierte mit seiner Forderung nach einem „starken Staat“ auf der Basis einer „freien, gesunden Wirtschaft“: Die Verfassung habe in ihrem politischen Teil die Funktion, ein solches, in gewissem Sinne ordoliberales System überhaupt erst zu ermöglichen, in ihrem rechtsstaatlichen Teil (zum Beispiel Menschenrechte, Gewaltenteilung) solle sie eben diesem System seine Grenzen aufzeigen.

Schmitts massive Kritik an der Weimarer Verfassung machte ihn jedoch nicht automatisch zum Befürworter einer nationalsozialistischen Diktatur. Im Gegenteil: Als Berater der Reichskanzler Kurt von Schleicher und Franz von Papen war er bemüht, das „Abenteuer Nationalsozialismus“ zu verhindern. Seine Idee einer „konstitutionellen Demokratie mit präsidialer Ausprägung“ kam allerdings nicht mehr zum Zuge – am 30. Januar 1933 wurde Hitler Reichskanzler. Schmitt notierte an diesem Abend in seinem Tagebuch: „Schrecklicher Zustand!“ und tags darauf: „Wut über den dummen, lächerlichen Hitler.“

Der wiederum war aber nicht zu dumm, um zu wissen, wie er den zu jener Zeit in Köln lehrenden Professor auf seine Seite ziehen konnte: mit einem Lehrstuhl in Berlin und dem klangvollen Titel Preußischer Staatsrat. Letzterer war Schmitt nach eigenem Bekunden wichtiger als ein Nobelpreis – der gebürtige Sauerländer war nun einmal „Preuße aus Überzeugung“.

Heute wird Schmitt oft vorgeworfen, er sei Antisemit gewesen und habe nach 1933 jüdische Kollegen im Stich gelassen. Dabei wird erstens ignoriert, dass er sich sehr wohl für Kollegen wie Erwin Jacobi persönlich eingesetzt hat. Und zweitens war sein Verhältnis zu den neuen Machthabern nur kurze Zeit ungetrübt. Schon 1936 trat das SS-Blatt „Schwarzes Korps“ eine Hetzkampagne gegen ihn los, beschuldigte ihn „fehlender nationalsozialistischer Gesinnung“ und brandmarkte seine „Bekanntschaften mit Juden“. Schmitt wurde aller Parteiämter enthoben, nicht mehr als Regierungsberater eingesetzt, durfte jedoch Professor und Staatsrat bleiben.

Seine Haltung gegenüber dem NS-Regime, die wohl nicht frei war von opportunistischem Karrieredenken, rechtfertigte Schmitt später damit, er habe immer nur „als Jurist für Juristen“ geschrieben, geredet und gehandelt. Dass er sich in der Tat zeitlebens jeder weltanschaulichen Festlegung entzog, belegen auch die vielfältigen Nachwirkungen seiner Verfassungslehre nach 1945. Ansätze von Schmitt'schem Denken finden sich sowohl im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland als auch in der Verfassung des Staates Israel. Publizisten wie Rüdiger Altmann, Johannes Gross oder Rudolf Augstein suchten seinen juristischen Rat, Protagonisten der „APO“ und 68er beriefen sich ebenso auf ihn wie Vertreter der französischen Nouvelle Droite um Alain de Benoist.

Auch zu seinem 25. Todestag wird Carl Schmitt von den einen als „furchtbarer Jurist“ geschmäht, von anderen als „Klassiker des politischen Denkens“ bejubelt. In Wahrheit war er wohl beides. *Hans-Jürgen Mahlitz*

Ein Torpedo

Walther Schwieger versenkte die »Lusitania«

Mit einem Torpedo schrieb Walther Schwieger Geschichte. Vor 125 Jahren, am 7. April 1885, kam der Spross einer angesehenen Berliner Familie in der Reichshauptstadt zur Welt. 1903 wurde er Seekadett der Kaiserlichen Marine, 1906 Leutnant zur See und 1914 Kapitänleutnant. Ab 1911 diente er bei der U-Bootwaffe, ab 1912 als Kommandant. Nach dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges wechselte er von seinem ersten eigenen Boot U 14 auf U 20.



Walther Schwieger Bild: Deutsches Bundesarchiv, Bild 134-C1831

Auf seiner siebten Fahrt versenkte Schwieger am 7. Mai 1915 das britische Passagierschiff der Cunard Line „Lusitania“. Den Angriff überlebten nur 761 Personen. 1198 Menschen fanden den Tod, darunter 128 US-Amerikaner. Außer Zivilisten hatte das Schiff auch Waffen und Munition an Bord, worauf insbesondere von deutscher Seite verwiesen worden ist. Umstritten ist, ob die britische Führung bewusst das Schiff mit seinen US-amerikanischen Zivilisten dem deutschen U-Boot vor die Torpedorohre getrieben hat, um den Kriegstreibern in den Vereinigten Staaten ihr Werk zu erleichtern. Wenn das stimmt, waren die Täter insoweit erfolgreich, als die USA dem Reich 1917 mit dessen U-Boot-Krieg als Begründung den Krieg erklärten.

Außer der „Lusitania“ versenkte Schwieger mit U 29 auf 21 Fahrten noch den kanadischen Passagierdampfer der Allan Line „Hesperian“ und weitere Schiffe, bevor er das U-Boot 1916 fünf Seemeilen nördlich des westdänischen Bovbjerg auf Grund setzte, so dass es aufgegeben werden musste. Im darauffolgenden Jahr erhielt Schwieger mit dem Neubau U 88 sein letztes Boot. Am 5. September 1917, Schwiegers Todestag, lief sein Boot zur dritten und letzten Fahrt aus, um in der Biskaya Handelskrieg zu führen. Nördlich der Westfriesischen Insel Terschelling geriet das U-Boot in die kurz zuvor ausgelegte britische Minensperre 56. Eine der Minen explodierte und machte U 88 zum stählernen Grab für seine Besatzung. *Manuel Ruoff*

Volksabstimmung

Überwältigendes Votum für Deutschland

Artikel 43 der Haager Landkriegsordnung von 1907 bestimmt, dass die Besatzungsmacht keine Maßnahmen treffen darf, die darauf abzielen, „... die öffentliche Ordnung und das öffentliche Leben im besetzten Gebiet zu zerstören oder ihre Wiederherstellung zu verhindern“. Die Besatzungsmacht handelt entgegen den Bestimmungen des Artikels 43, wenn sie die Zivilbevölkerung, die wegen drohender Kriegsgefahr evakuiert war oder fliehen musste, an der Rückkehr hindert oder aus ihrer Heimat vertreibt. Die Artikel 6b und c des Statuts des Nürnberger Militärtribunals erklären die Deportation, Vertreibung oder Verschleppung der Zivilbevölkerung zum Kriegsverbrechen beziehungsweise zum Verbrechen gegen die Menschheit. Sie sind auch eine eklatante Missachtung des Selbstbestimmungsrechts der Völker. Solch eines Aktes der Selbstbestimmung wird die Landsmannschaft Ostpreußen in diesem Jahr gedenken.

Die Landsmannschaft wird an den Jahrestag gebührend erinnern

Zu Erinnerung: In den Jahren 1914 und 1915 besetzten die Russen einen Teil Ostpreußens. Die betroffene Bevölkerung musste zweimal fliehen, konnte nach dem Zurückdrängen der Russen aber wieder in ihre Heimat zurückkehren. Danach befreiten deutsche Truppen auch Polen, das seit dem „Wiener Kongress“ 1815 Teil des Zarenreichs war. Die Militärgouverneure Deutschlands und Österreichs proklamierten am 5. November 1916 ein unabhängiges „Königreich Polen“. Doch der Dank blieb aus und im „Frieden von Versailles“ wurde Ostpreußen durch einen „Korridor“ vom Reich getrennt. Das Gebiet um Soldau wurde ohne Volksbefragung abgetrennt, ebenso wie das Memelgebiet. Polen forderte das ganze südliche Ostpreußen, doch es konnte eine Volksabstimmung durchgesetzt werden. Am 11. Juli 1920 fand die Volksabstimmung statt und strafte alle Propagandalügen. 97,8 Prozent stimmten für Deutschland und nur 2,1 Prozent für Polen. In Masuren stimmten 363 209 Personen für Deutschland und nur 7980 Personen für Polen. Nach dem Zweiten Weltkrieg gab es keine Volksbefragung, da wurde bis auf Restbestände die Zivilbevölkerung vertrieben. An den 90. Jahrestag dieser die Heimattreue bekundenden Volksabstimmung am 11. Juli 2010 wird die Landsmannschaft Ostpreußen gebührend erinnern. *Wolfgang Thüne*

Ein Bestseller

Emmy von Rhoden schuf den »Trotzkopf«

Der „Trotzkopf“ Ilse Machet hat (ähnlich dem „Nesthäkchen“ Annemarie Braun) das Zeug dazu, generationenverbindend zu wirken. Die Älteren von uns kennen den „Trotzkopf“ noch aus dem gleichnamigen Roman, die Jüngeren aus dessen Verfilmung des Bayerischen Rundfunks mit Anja Schüte in der Hauptrolle, der zeitweiligen Ehefrau Roland Kaisers, welche die männlichen Zeitgenossen vielleicht eher als Julia in „Zärtliche Cousinen“ kennen.



Emmy von Rhoden Bild: Archiv

Ilse Machet hieß eigentlich Else Friedrich beziehungsweise nach ihrer Ehe mit dem Göttinger Justizrat Dr. Georg Wildhagen Else Wildhagen. Wie Ilse besuchte Else ein Internat, nämlich das des Fräulein Möder in Eisenach. Und Else schrieb ein Tagebuch, das ihre Mutter zusammen mit eigenen Recherchen an der Schule zu den Erlebnissen des „Trotzkopf“ verarbeitete.

Die Mutter war niemand anders als Emilie Auguste Karoline Henriette Friedrich geborene Kühne alias Emmy von Rhoden. Die Schriftstellerin kannte das Bürgertum, dem „Trotzköpfchen“ entstammt, aus eigener Anschauung und Erfahrung, kam sie doch am 15. November 1829 in Magdeburg als Tochter eines Bankiers und dessen Ehefrau zur Welt. 25-jährig heiratete sie 1854 den Schriftsteller und Journalisten Dr. Friedrich Friedrich. Mit ihm hatte sie zwei Kinder, einen Sohn und eben Else, die später als Schriftstellerin in die Fußstapfen ihrer Mutter trat und mit „Aus Trotzkopfs Brautzeit“, „Aus Trotzkopfs Ehe“ und „Trotzkopfs Nachkommen“ die Geschichte Ilses bis über deren Tod hinaus fortgesetzt hat.

Emmy von Rhoden verfasste auch noch andere Werke wie „Das Musikantenkind“ und „Lenchen Braun“ sowie diverse Erzählungen, die in Periodika veröffentlicht wurden, aber unsterblich wurde sie mit der „Passionsgeschichte für erwachsene Mädchen“ „Der Trotzkopf“ – die der Stuttgarter Verleger Gustav Weise leider erst einige Wochen nach ihrem Tod am 7. April 1885 verlegt hat. *Ilse Hennigs*

Kein Grund für Bewunderung und Hochachtung

Zum Leserbrief „Respekt!“ (Nr. 11)

Ich wundere mich sehr, dass auch Leser der *PAZ*, eigentlich doch eher ein kritisches, urteilsfähiges Völkchen, meinen, Frau Käßmanns Rücktritt verdiene „Respekt“. Wie hannoversche Tageszeitungen zu berichten wussten, hatte die Bischöfin, bevor die Polizei sie in der Nacht zum Sonntag erwischte, ihr Fahrzeug, den schwarzen „Phaeton“, „im Bereich Steintor“ geparkt und ist dort ins Kino gegangen. Nun muss man wissen, dass der Bereich Steintor in Hannover jene Gegend ist, wo Damen bürgerlichen Rufes des Nachts weder ihre Autos abzustellen noch herumzugehen pflegen. Ob Frau Käßmann sich in einem der dortigen Lichtspieltheater, wo sie jedoch von niemandem bemerkt worden ist, betrunken hat, ob sie schon bezecht dorthin gefahren ist oder sich in einer der nicht wenigen dortigen Lokalitäten „erfrischt“ hat, erfahren wir nicht. Denn die Oberhirtin der deutschen Lutheraner hat sich durch das vorzeitige Ausscheiden aus ihren hohen Ämtern aller vorwitzigen Nachfragen enthoben. Ich kann in diesem flinken, freiwilligen Handeln keinen Grund für „Respekt“ erkennen, denn mit dem Wort „Respekt“ verbinde ich die Vorstellung von Hochachtung, Ehrerbietung und Bewunderung.

Carz Hummel, Wedemark

Sozialisten kämpften für Recht der Frauen

Zu: „Blumen für Clara Zetkin?“ (Nr. 9)

Der Antikommunismus ist die Grundtorheit unserer Epoche, erklärte unser deutscher Literaturnobelpreisträger Thomas Mann. Wo blieb hier die preußische Toleranz, geprägt von unserem König Friedrich dem Großen? Es waren doch die Sozialisten, die für das Recht der Frauen gekämpft haben. Dieses taten weder die Kirche noch die Feudalherren. 1911 erster Frauentag in Deutschland, Dänemark, Schweiz, USA, Österreich-Ungarn. Ganz sicher keine kommunistischen Staaten. Ich verbitte mir solche abfällige Bezeichnung unserer Frauen. Sie waren und sind liebenswerte Ehefrauen und liebende Mütter, die unsere Kinder gut erzogen haben. Deshalb erhalten sie auch jeden 8. März schöne Blumen und kleine Aufmerksamkeiten. Wir brauchen keinen Ami-Valentinstag. Vielleicht möchte Herr Fourier wieder das Mutterkreuz am Muttertag verleihen. Unsere Kinder sind fröhlich und wohlerzogen aufgewachsen. In den Familien wohlbehütet. Sie haben kein Schulsystem kennengelernt, das diskriminierend ist wie die Hauptschule heute. Dieses BRD-Schulsystem entspricht dem Mittelalter. Es ist ein Bildungssystem für Reiche, die Privatschulen brauchen.

Wie ist das mit unserer hochverehrten Königin Luise? So viel ich weiß, hatte sie zehn Kinder.

H.-J. Goerke, Neubrandenburg

Kluge Käßmann

Zu: „Käßmann in Not“ (Nr. 8)

Es ist eine unglaubliche Anmaßung, wenn der Autor über Frau Käßmann so urteilt. Ich spreche ihm echtes, christliches Verständnis ab.

So werden Kirchen immer leerer werden, besonders was die Jugend anbelangt. Frau Käßmann hat die Konsequenz gezogen. Ich habe Achtung vor dieser Frau. Ihre Klugheit ist vielen unbequem.

Luise Augustin, Bad Salzuflen

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.



Keine volle rechtliche Gleichheit: Zwei in Deutschland geborene Babies, doch eins hat zwei Staatsbürgerschaften. Der Nutzen für die Integration gilt als sehr fragwürdig. Bild: pa

Doppelstaatler werden bevorzugt

Zu: „Schwenkt Union auf SPD-Linie?“ (Nr. 11)

Die CDU scheint langsam von allen guten Geistern verlassen zu sein. Was ist nur aus dieser Partei geworden? Der Sprung auf die SPD-Linie ist unverkennbar. In Ihrem Beitrag in der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* kamen die Sorgen auch darüber deutlich zum Ausdruck.

Der Fortfall der einst willkürlich fixierten Optionspflicht für Jung-Ausländer, erst bei ihrer Volljährigkeit über die endgültige Wahl der Staatsbürgerschaft entscheiden zu lassen, ist geradezu eine Provokation gegenüber allen Deutschen.

Hier wird offen zur Diskriminierung von Deutschen aufgerufen, trotz des bestehenden Antidiskriminierungsgesetzes in diesem Lande.

Als Deutscher fühle ich mich auch übergangen und zurückversetzt in der Wahrung des Gleichheitsprinzips. Gleiches Recht für alle. Man soll endlich aufhören, die Menschen in zwei unterschiedliche Stufen einzuordnen. Ausländer sind ebenso mehr oder weniger prädestiniert, in der Staatsangehörigkeitsfrage mit ihrem Heimatland spielerisch umzugehen. Rückversicherungen, aus welchen Gründen auch immer, sollten ausgeschlossen sein, wie wir Deutschen ebenfalls nur auf unsere Staatsangehörigkeit Bezug nehmen können.

Wer bereit ist, in Deutschland zu leben, ob jung oder alt, hat zur deutschen Staatsangehörigkeit seine Zustimmung zu geben, ohne Ausnahme für besondere Vorrechte in Spaltvorrichtungen durch die Hintertür.

J. F. Wilhelm Hörnicke, Eschborn

Genscher war Sachse

Zu: „Votum für Einheit und D-Mark“ (Nr. 10)

„Außenminister Hans-Dietrich Genscher verstand es, vor allem in seiner thüringischen Heimat die Massen zu mobilisieren“, schreiben Sie. Genscher ist gebürtig aus Reideburg, einem Ort vier Kilometer östlich von Halle/Saale (heute zu Halle gehörig). Genscher ist also Sachse, politisch Prov.-Sachse und war nie Thüringer.

Herbert Koschorrek, Wetter

Kriegstoten Würde wiedergeben

Zu: Leserbrief „Gerhard Schröders taktlose Gedenkpose“ (Nr. 8)

Altbundeskanzler Gerhard Schröder, dessen Vater Fritz Schröder 1944 in Rumänien fiel, hat zugesagt, am 1. August in Sologubowka die Gedenkrede zu halten. Nicht nur Schröder, auch viele Leser der *PAZ* haben ihren Vater im Krieg verloren und von vielen Gefallenen ist noch kein Grab bekannt.

In Sologubowka bei St. Petersburg ruhen derzeit 45 247 Kriegstote. Davon sind von 24 677 Gefallenen die Namen bereits auf Granitstelen wiedergegeben. Es wird daran gearbeitet, auch den restlichen Toten ihre Namen und so ihre Würde wiedergeben zu können.

In der Ansprache zur Weihe eines Soldatenfriedhofes sagte Bundespräsident Heuss: „Ein Soldatenfriedhof hat seine eigene Würde. Er weckt auch seine eigenen Schmerzen: die Erinnerung an ein unbekanntes letztes Lager irgendwo. Was ist aus dieser Stelle deiner Trauer geworden? Es bewegen uns heute, da wir hier stehen, auch die Sorgen, ob der Friedhof im fremden Land, wo die deutschen oder fremden Soldaten liegen, in Würde und Ordnung gehalten bleibe und nicht verkümmert sei, wenn der Besuch der Sehnsucht sie findet. Die in den Gräbern vor uns ruhen, warten auf uns, auf uns alle.“

Leider ist die Unterstützung aller Bundesregierungen für die Arbeit des Volksbundes viel zu gering, und nur durch Spenden lassen sich Arbeiten durchführen. Es kostet nur 25 Euro, zwei Kriegstote vor dem Vergessen zu bewahren. Soviel sollten wir erübrigen können für die Soldaten, die uns 1945 tapfer vor der Roten Armee geschützt haben.

Gert-H. Quiring, Wiesbaden

Deutsche und Polen gedachten Bombenopfern von Swinemünde

Zu: „Das Massaker von Swinemünde“ (Nr. 10)

Insgesamt 671 schwere Bomber und 412 Jagdflugzeuge der 8. Luftflotte der US-Airforce flogen am 12. März 1945 gegen Mittag Swinemünde an. An Bord waren 3218 Bomben, welche über das Hafengebiet, Teile des Kurviertels und der Altstadt ausgeklinkt wurden. Die Perle unter den deutschen Ostseebädern, als Hafenstadt in einem Atemzug mit Pillau oder Kiel genannt, war nicht mehr.

Was noch schwerer wiegt, unter den 23 000 Opfern sind vor allem Flüchtlinge aus Ostpreußen, Danzig, Westpreußen und Hinterpommern. Swinemünde steht in einer Reihe mit Dresden, Hamburg, Kassel, Berlin, Darmstadt und Pforzheim. War das Flächenbombardement der Alliierten auf deutsche Städte wirklich notwendig? Nach nun 65 Jahren muss die Frage eindeutig mit „Nein“ beantwortet werden.

Der britische Philosoph A.C. Grayling hat in seinem Buch „Die toten Städte“ deren Bombardierung analysiert. Er kam zu der Auffassung, dass die alliierte Luftkriegsführung als „moral crime“, als ein Verbrechen an der Zivilbevölkerung zu bewerten ist.

In Kamminke/Swinemünde haben am 12. März, also 65 Jahre nach der Bombardierung, rund 300 Gäste aus Deutschland und Polen auf dem Golm der Toten gedacht. Gerhard Kühnemund, 79 Jahre aus Lübeck und überlebender Zeitzeuge des Bombenangriffs, und Hannah-Sophia Rock sprachen zu den Generationen. Der Ruf an die Kameraden: „Ihr bleibt unvergessen auch nach 65 Jahren“ wurde von Polen und Deutschen gemeinsam weitergetragen.

H.-J. Nehring, Neubrandenburg

Nachbarstaaten immer wieder voller Eifersucht

Zu: „Aufstand der Neider“ (Nr. 11)

Hat es Sinn, die französische Finanzministerin Lagarde wegen ihrer kühnen Forderungen nach Drosselung der deutschen Exporte zu kritisieren, ohne ihr das Geheimnis der deutschen Wirtschaftserfolge nahe zu bringen?

Vor dem Ersten Weltkrieg hatte Deutschland die Marktführerschaft auf den am höchsten entwickelten Gebieten der Technik übernommen, in der Chemie und Elektrizität ebenso wie in der Optik und im Spezialmaschinenbau. Das war einer der hauptsächlichen, offen ausgesprochenen Kriegsgründe. 1918 lag Deutschland am Boden, das Massenmorden war zu Ende, doch George Clemenceau konstatierte: „Der Fehler der Deutschen ist, dass es 20 Millionen zu viel von ihnen gibt.“

Aber nicht dieses Mehr an Menschen, sondern die vom Ausland verspotteten preußischen Tugenden, wie Bildung, Fleiß, Disziplin, Ideenreichtum und Einsatzfreude. brachten Deutschland erneut an die industrielle Weltspitze. „Made in Germany“ eroberte die Märkte. Doch dieses Mal wollten die „Befreier“ es wissen. Systematisch wurden die deutschen Städte und Industrieanlagen durch Bombenteppiche pulverisiert.

Wer es noch immer nicht begriffen hat: der spätere Karls-Preisträger (!) Winston Churchill sprach es am 5. Mai 1946 in seiner Rede in Fulton aus: „Der Krieg ging nicht allein um die Beseitigung des Faschismus in Deutschland, sondern um die Erringung der deutschen Absatzmärkte.“

Und wieder waren es die den Deutschen innewohnenden Triebkräfte, welche das Wunder des wirtschaftlichen Aufstiegs vollbrachten. Während die Grande Nation nach dem Zweiten Weltkrieg über siebeneinhalb Jahre einen brutalen Kolonialkrieg in Algerien und Krieg auch in Indochina führte, die mit schweren Niederlagen endeten und Frankreich wirtschaftlich schwächten, nahm Deutschland unbeirrt Kurs auf die Stärkung seiner Wirtschaft.

Der fulminante Aufstieg Deutschlands zur führenden europäischen Wirtschaftsmacht – eingebettet in die EU und Nato und damit gegen die neuen, alten Neider militärpolitisch endlich abgesichert – mag für Frau Lagarde noch gewöhnungsbedürftig sein, aber mit dieser Realität muss sie sich abfinden.

Dieter Bock, Burgstall

Litauen ist versöhnungsbereit

Zu: „Brücke zwischen Reich und Exklave“ (Nr. 5)

Zum gut geschriebenen, interessanten und informativen Artikel hier noch ein paar ergänzende Anmerkungen: So meine ich, dass es angesichts der litauischen Politik zwischen 1923 und 1938 gegenüber dem Memelland nicht angebracht ist, selbiges – kartographisch gesehen – in den Farben Litauens darzustellen.

Im Friedensdiktat von Versailles 1919 war zwar die Abtrennung des Memellandes zugunsten der Alliierten bestimmt worden, nicht aber die – mit französischer Duldung vorgenommene – brutale litauische Einverleibungs- und Entdeutschungspolitik von 1923 bis 1938. Deshalb wäre eine „schraffierte“ kartographische Darstellung angebrachter gewesen.

Übrigens gab Litauen nach dem überwältigenden Wahlsieg der memeldeutschen Partei Ende 1938 (mit 87 Prozent der Stimmen) das Memelland im März 1939 wieder an Deutschland zurück. Stalin „schenkte“ 1946 das Memelland nach vollzogener Vertreibung der Deutschen seiner Sowjetrepublik Litauen. Litauen gehört damit nicht zu den Vertreiberstaaten.

Die Frage steht daher im Raum, ob überhaupt, inwieweit und wie lange eigentlich ein ehrenwerter, freiheitlich demokratisch gesonnener, moralisch und rechtsstaatlich fundierter Staat es sich leisten kann, Nutznießer eines „unverjährbaren Verbrechens gegen die Menschheit / Menschlichkeit“ – so die Genfer UN-Konvention – zu sein. „Unrecht Gut gedeihet nicht“, lautet ein deutsches Sprichwort. Vielleicht sind ja die Litauer nach den leidvollen Erfahrungen jahrzehntelanger sowjetischer Besetzung froh, ihr „unrecht Gut“ wieder den deutschen Eigentümern zurückzugeben und wieder deutsche Nachbarn im Memelland anzutreffen?

Da sich ja deutsche Bundesregierungen seit Jahrzehnten grundsätzlich nicht mehr um die Interessen der Vertriebenen aus dem deutschen Osten kümmern – klassisches Beispiel dafür ist die Nichtbeachtung russischer Rückgabeangebote für das nördliche Ostpreußen unter Gorbatschow und Jelzin – bleibt es nunmehr Aufgabe der Ostpreußen, sich selbst dieser Aufgabe anzunehmen.

Siegfried Pelz, Wyk auf Föhr

60 Jahre *OB*/*PAZ*: eigene Geschichte

Zu: „Gelungener Start am Kiosk“ (Nr. 8)

Dabei lohnt es sich, einmal daran zu erinnern, dass die Zeitung *Das Ostpreußenblatt* in den 50er Jahren anfangs überall an Kiosken gekauft werden konnte, und zwar für 35 Pfennig.

Ich besitze noch einige frühe Exemplare des Jahrgangs 1 von 1950. Damals, wohl etwas später, konnte man auch alle anderen Flüchtlingszeitungen über den Postzeitungsdienst (inklusive Inkasso) beziehen. Anliegen und Inhalte haben sich in den Jahrzehnten verändert: „Gesucht wird ...“, „Weißt Du noch?“

So ist die Zeitung in 60 Jahren selbst zur Geschichte geworden. Es wäre deshalb sicher interessant für die letzten Überlebenden und die Nachgeborenen, eine „Geschichte des *Ostpreußenblattes*“ zu schreiben. Wenn ich mich recht erinnere, hat es vor vielen Jahren eine Schrift (Dissertation?) gegeben, die sich mit einer Analyse des *OB* befasst hatte. Auch über die Berichterstattung der 20 Bundestreffen der LO wäre ein Überblick interessant.

Etwa ab 1955 hatten meine Eltern das *OB* im Abo. 1957 übernahm das Abo meine Großmutter, die jetzt doch noch zu uns kommen konnte. 1945 konnte sie das Haus „ja nicht alleine lassen“... Nur für die Übereignung des Hauses an den polnischen Staat (Woiwodschaft Allenstein) durfte sie dann ausreisen. Nach ihrem Tod lief das Abo bei meinen Eltern weiter und nach deren Tod 1980 auf meinem Namen.

Ich knüpfe jetzt an die Passage in dem Leserbrief von Frau Kruse aus Berlin an: „Viele Leserbriefe sind historisch so interessant ... Berichte von Zeitzeugen, dass...“

Mit mir wären sicher Tausende von Lesern über eine solche Zusammenfassung und Veröffentlichung erfreut. Das könnte aber deshalb nicht realisierbar sein, weil man vielleicht das Einverständnis der Verfasser haben müsste? Machbar dürfte aber sein, besonders wertvolle Artikel insbesondere zur Geschichte und Landeskunde zusammenzufassen und zu veröffentlichen.

Ich habe in den 70er und 80er Jahren das *Ostpreußenblatt* „zerlegt“ und thematisch in Mappen gesammelt.

Dietrich Becher, Braunschweig

Das Ostpreußenblatt

Nr. 13 – 3. April 2010

MELDUNGEN

Kosakenheer in Ostpreußen

Königsberg – Auf einer extra hierzu einberufenen Versammlung haben die Kosaken des Königsberger Gebietes beschlossen, ein „Kosakenheer des Nordwestens“ zu gründen. Gegründet werden sollen des weiteren ein Kadettenkorps, das erste dieser Art in der Russchen Föderation, sowie ein paramilitärisches Ausbildungszentrum mit Standort bei Friedland, das zur Heimatliebe erziehen soll. Bereits für dieses Jahr ist die Durchführung eines Jahrmarktes geplant, auf dem eigene landwirtschaftliche Produkte feilgeboten werden sollen. *PAZ*

Kräftige Steppkes

Königsberg – Administrativ besteht die Russische Föderation aus 89 Regionen, die zu sieben „Föderalbezirken“ vereinigt sind. Die Region Königsberg gehört zum Föderalbezirk Nordwest, mit der Hauptstadt Sankt Petersburg, und hat just einen russischen Rekord aufgestellt: Sie ist die fruchtbarste Region im fruchtbarsten Bezirk! 130000 Kinder wurden 2009 im Nordwesten geboren, 10800 allein im Königsberger Gebiet. Mehr noch, wie die lokale Presse stolz meldete: „Unsere Steppkes (maljutki) sind die kräftigsten im ganzen Nordwesten Russlands.“ Ein Königsberger Neugeborenes wiegt im Durchschnitt 3350 Gramm und misst 52 Zentimeter. Inwiefern hier gute medizinische Betreuung und/oder großzügige Familienkredite mitwirkten, ist eine Frage für Experten, die sonst niemanden interessiert. Angela Pravednikova, Verkäuferin von Kinderkleidung, hält sich an den täglichen Augenschein: „Wir brauchen keine Statistik, uns genügen die Gesichter von vielen neuen Papas und Mamas und ihre steigende Nachfrage.“ *W. O.*

Drainagen zerstört

Königsberg – Ein „nemeckij dom“ (deutsches Haus) zu bewohnen, war bis vor zehn Jahren der Traum der Königsberger Russen, denn in diesen gab es kleine Gärten, große Fenster, intakte Wasserleitungen. 2001 wurden die Gartengrundstücke verkleinert, 2007 willkürlich an Armeeveteranen, sogenannte „Afghanen“, vergeben, die sie umgehend verkauften. In bislang ruhigen Regionen, etwa der um den alten Oberteich, entstanden Neubauten, für die man die alten deutschen Drainagen aus dem Boden riss. Das Gebiet versumpfte durch aufsteigendes Grundwasser, wogegen die Einwohner gerichtlich klagten. Vor wenigen Wochen erging ein Urteil, das nicht einmal Sergej Borodichin, sozusagen Ombudsmann der Stadt, versteht: Zwar wurden den Einwohnern illegal Grundstücke weggenommen, aber ihre „Rechte sind in keiner Weise verletzt“. *W. O.*



Schloss Ragnit: Der jahrzehntelange Verfall hat unübersehbare Spuren hinterlassen. Bild: Tschernyschew

Hoffnung für Schloss Ragnit

Rosatom signalisiert Bereitschaft, einen Wiederaufbau zu unterstützen

Der Staatliche Denkmalschutz Russlands hat mit Rosatom Gespräche darüber geführt, dass der Staatskonzern die Patenschaft für Schloss Ragnit übernimmt und dessen Wiederaufbau vorantreibt. Zwar stehen konkrete Verhandlungen noch aus, doch zeigte sich Rosatom grundsätzlich einverstanden.

Damit besteht Hoffnung, dass das alte Schloss wiederaufgebaut werden und zur Verschönerung Ragnits beitragen könnte. Im Jahre 1275 nahmen die Ritter des Deutschen Ordens die hölzerne prussische Festung Ragnita ein, wobei „ragas“ das prußische Wort für Horn, Ecke, Landzunge, Spitze, Hinausragendes ist. 1289 gründete der Landmeister Meinhard von Querfurt an Stelle der alten Festung die Burg Landeshut, die ab 1326 „Ragnit“ hieß. Dort richteten die Ritter eine Residenz ein, die den Schlössern Labiau und Tilsit unterstellt war. Nach ihrer Zerstörung wurde 1409 ein steinernes Schloss in neuem Stil errichtet. In ihm gab es durchbrochene Tore, Fenster, Portale und Flügel. Das Schloss hatte eine fast quadratische Form. Auf den vier Etagen verteilten sich elf große Säle und eine Vielzahl kleinerer Räume. Von besonderer Schönheit und Schmuck waren das Conventsgebäude, das Kabinett und die Gästezimmer aller 45 Komture Ragnits. Im Laufe der Jahrhunderte erfuhren die Innenausstattung und die Kellerräume des Schlosses viele Veränderungen und Umbauten. Auch seine Bedeutung änderte sich. 1825 wurde in Schloss Ragnit ein Gefängnis eingerichtet. 1839 wurde dort auch das Stadt- und Kreisgericht untergebracht, 1849 das Militärtribunal, und ab 1879 befand sich das Verwaltungsgericht im Schloss. Danach hatte das Schloss keinen ständigen Besitzer mehr und so begann allmählich sein Verfall. Dieser Prozess hielt bis nach dem Krieg an. Die Überreste dieser Festung sind auch heute noch im Zentrum von Ragnit (Neman) zu sehen.

Rosatom baut in der Nähe ein AKW

In den vergangenen Jahren rückten die Schlossruinen ins Zentrum des öffentlichen Interesses. Möglicherweise wird der Staatskonzern Rosatom, der in diesem Jahr mit dem Bau des Atomkraftwerks etwa 15 Kilometer außerhalb Ragnits begonnen hat, einen Wiederaufbau des Schlosses unterstützen. Im Herbst des Jahres 2008 hatten Gouverneur Georgij Boos und Rosatom-Chef Sergej Kirijenko einen Vertrag über die Zusammenarbeit in Sachen Atomkraftwerk unterzeichnet. Es ist der Bau von zwei Reaktorblöcken mit je 1150 Megawatt Leistung geplant. Die Kosten des Projekts werden auf zirka 130 Milliarden Rubel (ungefähr 3,3 Milliarden Euro) geschätzt. Der Bau hat in diesem Jahr begonnen und 2016 soll das Atomkraftwerk fertiggestellt sein. *Jurij Tschernyschew*

Wasserweg

Verbindung von Löwentin- und Spirdingsee

Die Wasserverbindung zwischen dem Löwentinsee und dem Spirdingsee, um die sich masurische Kommunalpolitiker und Parlamentarier seit langem bemühen, wird immer wahrscheinlicher. Es fand sich Geld für die Umweltverträglichkeitsprüfung. Durch die Verbindung des Türkle-Sees mit dem Martinshagener See und die Verbreiterung des Baches, der den Martinshagener See mit dem Hessen-See verbindet, würde ein neuer Wasserweg zwischen dem Löwentinsee und dem Spirdingsee entstehen. Schon seit Jahren reden die Kommunalpolitiker und Wassersportler darüber. Senator Marek Konopka hat eine Reihe von Begegnungen und Konferenzen in dieser Angelegenheit organisiert und den Regionalvorstand für Wasserwirtschaft in Warschau, der nun die Rolle des Investors übernahm, für dieses Thema interessiert.

Finanzierung für Prüfung gesichert

Zunächst wird aber für eine Million Zloty (über 250000 Euro) die Umweltverträglichkeitsprüfung durchgeführt. *PAZ*

Lob aus Moskau

Leistungsfähige Landwirtschaft

Jewgeni Fjodorow, Chef des Duma-Komitees für Wirtschaftspolitik, hat eine schmeichelhafte Meinung von den Königsbergern: „Wenn die Autos produzierten, wäre ihre Produktivität 20-mal höher als die von Toljatti“, dem an der mittleren Wolga gelegenen Zentrum des russischen Autobaus. Dass der Moskauer Parlamentarier Recht haben könnte, zeigt die Königsberger Landwirtschaft: In den letzten drei Jahren verdoppelte sie die Getreide-Hektarerträge von 19,8 auf 38 Zentner. Darum konnte die Region 40000 Tonnen Weizen nach Norwegen und in den Libanon exportieren. Relativ kleine Subventionen aus dem Regionalbudget haben allseitige Verbesserungen bewirkt, und für 2010 erwartet man eine Produktion von 295000 Tonnen Getreide.

Hektarerträge verdoppelt

Das wird den Brotfabriken und Großmühlen wie der von Lasdehnen (Krasnosnamensk) neue Aufträge verschaffen, zumal Königsberger Mehl und Backwaren von bekannt guter Qualität sind. *W. O.*

MELDUNGEN

Entlastung für Allenstein

Allenstein – Der Bau der Umgehungsstraße von Allenstein kommt näher. Ein Dutzend Firmen haben ein Angebot für den Bau der südlichen Umgehungsstraße von Allenstein abgegeben. Dieser Tage wird die Generaldirektion für Staatsstraßen und Autobahnen den Auftrag erteilen. Den niedrigsten Preis, knapp sechs Millionen Zloty (rund eineinhalb Millionen Euro), hat eine Firma aus Warschau angeboten. Wie der Direktor der Allensteiner Abteilung der Generaldirektion, Miroslaw Nicewicz, deutlich macht, ist das Vorhaben ein besonderer Abschnitt im Bau der gesamten Straße. Die Direktion hat jetzt einige Tage Zeit, die Angebote auszuwerten, so dass der Vertrag im April unterschrieben werden kann. Nach weiteren 15 Monaten für Planungsarbeiten muss der Unternehmer im Herbst 2011 mit den Bauarbeiten beginnen. Die Fertigstellung ist für 2013 geplant. Die südliche Umgehung von Allenstein im Zuge der Staatsstraße Nr. 16 umfasst den Bau der Straße auf neuer Trasse vom westlich von Allenstein gelegenen Kudippen bis zum östlich der Woiwodschaftshauptstadt liegenden Fittigsdorf. *PAZ*

Dämpfer für Putin-Partei

Tilsit – 32329 wahlberechtigte Bürger der Stadt am Memelstrom waren aufgerufen, ihr Stadtparlament für die nächsten fünf Jahre zu wählen. Doch weder Wahlrummel noch die ersten Sonnenstrahlen nach dem langen und harten Winter konnten die Wähler in Scharen an die Urnen locken. So blieb die Wahlbeteiligung mit 30,9 Prozent äußerst bescheiden. Angesichts der allgemeinen Unzufriedenheit gelang es den Vertretern der staatstragenden Partei „Einiges Russland“ nicht, die angestrebte Mehrheit im Stadtrat zu gewinnen. Sie stellen nur 47 Prozent der Abgeordneten. Statt dessen haben die Kommunisten gehörig zugelegt und nehmen nun ein Drittel der Abgeordnetensitze ein. Die restlichen Plätze teilen sich die Abgeordneten der ultranationalen Schirinowski-Partei und der sozialorientierten Rentnerpartei „Gerechtes Russland“. *H. Dz.*

53 Millionen für Denkmäler

Königsberg – Den bevorstehenden 65. Jahrestag der Kapitulation der deutschen Wehrmacht nimmt Königsbergs Stadtverwaltung zum Anlass, für 53 Millionen Rubel (gut 1,3 Millionen Euro) Kriegerdenkmäler zu restaurieren. Im Rahmen dieser Aktion wird auch der Torpedoboot-Veteran zwischen der Holzbrücke und dem Moskovskij Prospekt auf der Jantarwerft generalüberholt. *PAZ*

Geteilte Stadt auf dem Weg zur Normalisierung

Der scheidende OB Martin Patzelt berichtet über die deutsch-polnische Zusammenarbeit in Frankfurt an der Oder

An Oder und Lausitzer Neiße liegen vier Städte, die heute durch die Grenzziehung geteilt sind: Küstrin, Frankfurt, Guben und das schlesische Görlitz. Die östlich der Flüsse liegenden ehemaligen Stadtteile sind heute eigene polnische Gemeinden.

Am bekanntesten ist wohl Frankfurt mit seiner polnischen Partnerstadt Slubice, früher der Stadtteil Dammvorstadt. In unserer Zeit deshalb bekannt, weil über Frankfurt die wichtigsten Ost-West-Verkehrsverbindungen nach Polen und weiter nach Osteuropa laufen sowie durch die Europa-Universität Viadrina. Und Dammvorstadt/Slubice hat für deutsche Bürger als Hauptanziehungspunkte Tankstellen, den Bazar und preisgünstige Dienstleistungen vom Friseur über Kfz-Werkstätten bis zum Zahnarzt. Seit die Grenzen völlig durchlässig wurden, läuft über die Stadtbeziehungsweise Oder-Brücke ein lebhafter Verkehr.

Wer konnte einen besseren Einblick in die Probleme seiner Stadt und ihr Verhältnis mit dem polnischen Partner geben als Frankfurts Oberbürgermeister Martin Patzelt? Im 24. „Märkischen Gesprächsforum“ des Hauses Brandenburg in Fürstenwalde/Spree stellte er sich einem interessierten und fachkundigen Publikum. Patzelt war acht Jahre Oberbürgermeister seiner Vaterstadt, bei der jüngsten Wahl im Februar durfte der 62-jährige CDU-Politiker aus Altersgründen nicht mehr kandidieren, was er bedauert. So war sein Auftritt auch eine sehr persönliche Bilanz seiner Tätigkeit.

> Viel mehr Polen können Deutsch als umgekehrt

Und diese war nicht einfach, gerade was das Verhältnis zu den Polen angeht. Da ist zunächst die Sprachbarriere. Außer etlichen Studenten können sich nur sehr wenige Deutsche in Frankfurt auf Polnisch verständigen, umgekehrt sprechen viel mehr Polen Deutsch, denn Deutsch ist nach Englisch die zweite Fremdsprache an polnischen Schulen. Zwar gibt es seit 1992 ein deutsch-polnisches Gymnasium und weitere Schulen bieten freiwilligen Polnischunterricht an, das ist aber nicht genug, um die Sprachbarriere auch von der deutschen Seite her zu durchbrechen.

Kontrovers ist nach wie vor der Bau einer Straßenbahn über die Oderbrücke nach Dammvorstadt/Slubice. Die deutsche Bevölkerung in ihrer Mehrheit ist immer noch dagegen, obwohl die Finanzierung durch europäische Mittel erfolgen würde. Rational kann man das nicht ganz verstehen, aber die Stadtväter sind für die Zukunft zuversichtlich.

Als positiv gilt die Tatsache, dass seit 1993 regelmäßig ein- bis zweimal im Jahr gemeinsame Stadtverordnetenversammlungen tagen, die immer wieder die Vision vertreten, dass sich aus den beiden Grenzstädten eine Europastadt entwickeln möge, womöglich mit dem gemeinsamen Namen „Slubfurt“. Dagegen allerdings gibt es regelmäßig auf deutscher Seite Widerspruch.

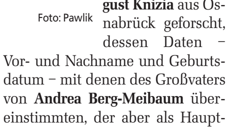
Ganz anders einzuschätzen ist die deutsch-polnische Seniorenakademie, die im Collegium Polonicum in Slubice tagt. Deutsche und polnische Heimatvertriebene tauschen hier ihre Erfahrungen und Erinnerungen aus. Dies haben beide Städte seit 1945 gemeinsam; in Frankfurt blieben viele Vertriebene vornehmlich aus der ostbrandenburgischen Neumark hängen, in Dammvorstadt/Slubice dagegen Vertriebene aus den 1920 von Polen eroberten Teilen des Sowjetstaates, die sich dieser 1945 zurückgeholt hat. Die Erlebnisgenerationen treten langsam ab, doch die in der Akademie gesammelten Berichte werden als Zeitzeugnisse aufbewahrt.

> Die Bevölkerungs-Balance verschiebt sich deutlich

Patzelts Bilanz ist die Erkenntnis, dass eine mentale, kulturelle und menschliche Annäherung zwischen Deutschen und Polen ein langfristiger Prozess über Generationen sein wird, wobei die ersten 20 Jahre seit der Wende erst ein Anfang sein können. Er sieht das optimistisch. Vielmehr Sorge bereitet Patzelt die nach wie vor rückläufige Einwohnerzahl seiner Stadt. Von 90000 Einwohnern zu DDR-Zeiten sind es gegenwärtig knapp 60000, während die Bevölkerung von Dammvorstadt/Slubice wächst – auf heute etwa 20000. Eine Durchmischung findet kaum statt. Nur 2000 Polen wohnen im Westteil der Stadt und nur wenige Deutsche östlich der Oder. Immer noch verlassen junge Leute Frankfurt, viele Angehörige der Viadrina pendeln nach Berlin, eine industrielle Basis – Stichwort Solarenergie – muss aufgebaut werden.

Der scheidende Oberbürgermeister will als engagierter Frankfurter die kommenden Entwicklungen kritisch und konstruktiv weiter begleiten. Die lebendige Art seines Vortrages zeigte auch, wie gern er Oberbürgermeister geblieben wäre. *Karlheinz Lau*

Die ostpreußische Familie



Ruth Geede Foto: Pawlik

Lewe Landslied, liebe Familienfreunde,

Ostern ist das Fest der Überraschungen jedenfalls für unsere Jüngsten, die bunte Ostereier und was der Osterhase noch so versteckt, suchen dürfen. Angenehme Überraschungen sind immer gut, auch wenn man älter ist, und so pflege ich einige Familiengeschichten, die etwas aus dem Rahmen fallen, für die Osternummer aufzuheben. Es sind vor allem die erfolgreichen Reaktionen auf die veröffentlichten Fragen und Wünsche, die uns froh stimmen, aber es gibt auch noch andere Dinge, die in eine österlichbunte Familien-Kolumne passen, das erseht Ihr, lewe Landslied, schon an dem Bild, das wir heute bringen. Und Ihr werdet Euch als alte Ostpreußen verwundert die Augen reiben, wenn Ihr da lest „Allensteiner aus Polen“. Und noch verblüffter sein, wenn Ihr herausgefunden habt, um was sich da handelt, nämlich um – Käse!

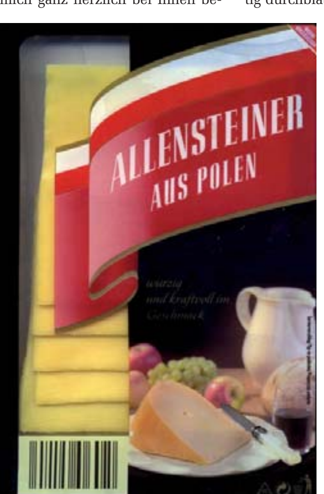
Nun kennen wir ja als typische Spezialität aus unserer Heimat den Tilsiter Käse, ohne den eine deutsche Käseplatte unvorstellbar wäre. Aber Allensteiner? Das machte auch unseren Leser **Dirk Oelmann** aus Oranienburg stutzig, als er in einem Supermarkt Allensteiner entdeckte. Und er schoss schnell diese Aufnahme und sandte sie uns zu, weil er mit der Bezeichnung nicht klar kam. „Allenstein heißt doch heute Olsztyn, oder wird jetzt der alte deutsche Name offiziell verwendet? Gab es eigentlich auch früher eine Käsespezialität aus Allenstein? Mir ist nur Tilsiter Käse bekannt. Aber ich bin Spätgeborener, Jahrgang 1969, und weiß noch nicht alles über die Heimat meiner Großeltern.“ Lieber Herr Oelmann, das verwundert auch die Frühgeborenen, denn ich kann mich nicht an eine Markenbezeichnung „Allensteiner Käse“ erinnern. Ostpreußen war ein Käseland aus alter bäuerlicher Tradition. Es gab wohl keinen Hof, an dem nicht der herrliche Kochkäse hergestellt wurde, „Schmand mit Glumse“ war eine ostpreußische Nationalspeise, auf den Märkten wurde die „Stutzchenzwerge“ angeboten, kleine Frischkäschen, die in Bechern geformt und dann gestürzt wurden – jede Gegend hatte da ihre Spezialitäten, von denen der in den Niederunger Meiereien und auf Gutshöfen gereifte „Tilsiter“ die bekannteste war. Aber vielleicht können unsere Leserinnen und Leser etwas über den Allensteiner Käse sagen? Gibt es ihn in Polen als „Ser z Olsztyn“ oder wird er nur für den deutschen Markt hergestellt? Er soll würzig und kraftvoll im Geschmack sein! (Dirk Oelmann, Bernauer Str. 61 in 16516 Oranienburg)

Und nun zu unseren kleinen Osterüberraschungen. Das heißt, so klein sind sie nicht, wie gleich die erste beweist. Sie beruht auf einen Erfolg, der nun einen zweiten, gänzlich unerwarteten bewirkt hat. Wir hatten in Folge 4 nach einem **August Knizia** aus Osnabrück geforscht, dessen Daten – Vor- und Nachname und Geburtsdatum – mit denen des Großvaters von **Andrea Berg-Meibaum** übereinstimmten, der aber als Hauptmann in den letzten Kriegstagen gefallen war. Als **Siegfried Neckritz** aus Osnabrück diese Suchfrage las, begann er sofort den Spuren des vermutlichen Doppelgängers nachzugehen, was sich als mühsam erwies, denn der Osnabrücker August Knizia war vor einigen Jahren verstorben. Aber Herr Neckritz fand dessen Tochter und anhand der nun vorliegenden Unterlagen stand fest, dass es sich tatsächlich um einen Doppelgänger handelte, der auch aus Ostpreußen stammte wie Hauptmann Knizia. Frau Berg-Meibaum wurde von Herrn Neckritz informiert, und wir konnten berichten, dass dieses Rätsel gelöst wurde.

Damit hat die Geschichte ein Ende – dachten wir. Aber da kam ein unerwarteter Anruf aus Sensburg, und eine aufgeregte Männerstimme fragte nach Siegfried Neckritz, den er leider telefonisch nicht erreichen könne, und das sei so wichtig, denn es handelte sich um seinen Cousin, den er noch nie im Leben gesehen hätte. Und jetzt wollte der 82-jährige **Horst Sowa** seinen 13 Jahre jüngeren Vetter kennenlernen, von dem er bisher nicht gewusst hätte, ob und wo dieser lebe. Das Gespräch kam zustande, die Freude auf beiden Seiten war groß, eine baldige Begegnung steht ins Haus. Dabei hätte diese Familienzusammenführung schon viel früher stattfinden können und zwar hier in der Bundesrepublik wie am Heimatort der Familie Neckritz. Denn die Vettern zieht es immer wieder in das Oberland, wo ihr gemeinsamer Großvater am Röthloffsee eine Fischerei besaß, ein Kinderparadies, an das sich beide Enkel noch im späten Alter erinnern. Beide haben bisher den Friedhof in Winkenhagen wiederholt aufgesucht, wo die Großeltern **Hermann** und **Dorothea Neckritz** begraben liegen, sind sich aber nie begegnet. Horst Sowa hat es vor 20 Jahren in die Heimat gezogen, eine Verwandte aus seiner väterlichen Linie lebt dort bei Sensburg. Er blieb in Masuren und verbringt nun seinen Lebensabend inmitten herrlicher ostpreußischer Natur. Horst Sowa kommt aber öfter in die Bundesrepublik, denn er hat noch eine Wohnung in Hannover! Na, und nach Osnabrück ist es ja nur ein Katzensprung – so leicht wäre ein Zusammentreffen gewesen. Da auch noch Siegfrieds ältere Brüder leben, mit denen Horst als Kind gespielt hatte, wird es also bald eine fröhliche Familienfeier geben. Die Geschichte ist aber damit nicht zu Ende. Denn Herr Neckritz hat noch einen Wunsch vor allem an die Leserinnen und Leser, die aus dem Oberland stammen. Aber für die ist heute und hier kein Platz mehr, denn für die Vermittlung benötige ich mehr als ein paar kurze Sätze. Also heißt es: Fortsetzung folgt!

Auch für **Knut Walter Perkuhn** gab es eine Überraschung, die ein weiteres Mosaiksteinchen in seine Familiengeschichte einfügt. Zwar hat er mir dies nicht selber mitgeteilt, es war **Gudrun Schlüter**, die es geliefert hat. Ihr Vater war nämlich 1939 mit einem Onkel von Herrn Perkuhn im Landwirtschaftsministerium in Prag tätig. Nach Kriegsende besuchte **Erhard Perkuhn** seinen ehemaligen Kollegen in Göttingen. Gudrun, damals noch ein Mädchen, kann sich gut an diese Besuche erinnern. Da sie noch Unterlagen besitzt, die Erhard Perkuhn betreffen, übersandte sie diese an den Neffen, für den jede Information über seine Familie wichtig ist. Hoffen wir, dass sich inzwischen bei ihm **Edith Leidig** geb. Perkuhn, gemeldet hat, der zum 90. Geburtstag gratuliert wurde, deren Anschrift aber nicht mehr aktuell war.

Ein mich sehr berührender Dankesbrief kam aus Chemnitz von **Hildegard Bartkowiak**, die nach dem Tod ihrer Mutter endlich etwas über ihre Kindheit wissen wollte, vor allem über ihren leiblichen Vater, denn sie wurde, als ihre Mutter heiratete, von dem Ehemann als eigenes Kind anerkannt, wie auch ihre jüngere Schwester. Wir haben ihr Schicksal in Folge 4/10 ausführlich behandelt. Es hat eine große Resonanz gefunden, denn Frau Bartkowiak schreibt: „Heute möchte ich mich ganz herzlich bei Ihnen bedanken. Nachdem Sie mein Anliegen veröffentlicht hatten, stand mein Telefon nicht mehr still. Das zeigte wieder einmal, was es bedeutet, eine ostpreußische Familie zu sein. Vor allem **Herrn Schwittay** und **Frau Gabriele Boll** haben mir geholfen, dass noch nach 65 Jahren Antworten auf unsere Fragen gefunden wurden, die unserer Seele gut tun, einfach, dass wir nun alles wissen und dadurch verstehen können. Ich weiß, dass es noch viele Menschen gibt, die im Zweiten Weltkrieg geboren wurden, deren Wurzeln gekappt wurden und die heute noch danach suchen.“ Für diese Worte, die uns allen Mut machen, möchte ich Ihnen, liebe Frau Bartkowiak, sehr herzlich danken.



Neu im Supermarkt: „Allensteiner“

Einen Zwischenbescheid auf seine Suchfrage nach Unterlagen über die Georgenburger Deckstationen im nordöstlichen Ostpreußen übersandte uns **Hellmut Jucknat** aus Kiel. Ein sehr schneller Bescheid, denn sein Anliegen veröffentlichten wir in Folge 11, Erscheinungsdatum 20. März, und drei Tage später schrieb Herr Jucknat, dass er nur zwei Anrufe erhalten hätte. Nach meiner nun wirklich langjährigen Erfahrung muss man eine längere Zeitspanne für mögliche Antworten einkalkulieren. Schließlich sind unsere Landsleute in alle Winde verstreut, die Post dauert oft sehr lange, bis sie die Empfänger erreicht, und nicht immer wird die Zeitung gleich in voller Länge gelesen. Da unsere Leserschaft sie nicht flüchtig durchblättern, sondern sich intensiv mit ihrem Inhalt beschäftigen und oft erst Unterlagen besorgen müssen, dauert es eben eine gewisse Zeit. Und zumeist wird die *PAZ/Das Ostpreußenblatt* auch weitergegeben oder jedenfalls die Seiten, die für die Betreffenden interessant sind. Aus Altersgründen kann sich auch mancher Auskunftswillige nicht sofort melden, oft erledigen junge Verwandte oder Bekannte den Schriftverkehr. Das alles muss man berücksichtigen und die Erwartungen an eine schnelle Reaktion nicht zu hoch schrauben, umso größer ist dann die Freude, wenn sich Erfolge einstellen, auch nach längerer Zeit. Dies auch den neuen Lesern zur Information.

Immerhin waren beide Anrufe für Herrn Jucknat besonders wertvoll. **Herr Wendt** aus Monheim wies auf ein Buch der Gräfin Sponeck hin, in dem sämtliche Preußische Landgestüte aufgeführt sind. Leider fanden sich keine Informationen über die gesuchten Deckstationen. In einem zweiten Gespräch kam es für beide Teilnehmer zu einem interessanten Gedankenaustausch aufgrund der Fluchterlebnisse des damals sechsjährigen Jungen vom elterlichen Gut Groß Hohenrade. Beide Teilnehmer wollen diese Gespräche noch vertiefen. Der zweite Anrufer, **Günter Mühlbacher** aus Emtinghausen, teilte Herrn Jucknat mit, dass sich in seinem Besitz noch zwei Stallbücher befänden, die von 1925 bis 1949 auf dem Hof in Hegelingen, Krs. Goldap, geführt wurden. Er konnte auf eine Georgenburger Deckstelle in dem Ort hinweisen, die sich auf dem Hof Ogrszey befand. Herr Mühlbacher überlässt die Stallbücher Herrn Jucknat, die dieser nach Auswertung an die Goldaper Kreisgemeinschaft in Stade weiter leitet. In seinen Recherchen über die Georgenburger Deckstationen ist Herr Jucknat in kurzer Zeit dank der vom Deutschen Pferdemuseum in Verden erhaltenen Unterlagen ein ganzes Stück vorangekommen. So konnte er für die Landgestüte Georgenburg, Gudwallen, Rastenburg und Braunsberg eine Liste erstellen, die 189 Stationen erfasst. Hier noch einmal die Anschrift von Herrn Hellmut Jucknat: 24107 Kiel, Sylter Bogen 52 , Telefon 0431/311972.

Manchmal ist unsere Ostpreußische Familie nur ein Brückenbauer für eine Suchfrage, die zur Lösung führt. Das heißt, unsere Leser setzen die tragenden Steine wie im Fall einer in Masuren lebenden Ostpreußin, deren Vater seit dem Frühjahr 1945 im Raum Danzig vermisst wird. Nie hat sie bisher Näheres über sein Schicksal erfahren können und leidet unter dieser Ungewissheit. Unser immer aktiver Leser **Frank Schneidewind** aus Olpe setzte sich mit ihrem Neffen in Verbindung und informierte ihn über den Kirchlichen Suchdienst in München. Auf seine Suchfrage hin erhielt er nach drei Monaten die Nachricht: „Ihr Großvater **Emil Neumann** ist im Kriegsgefangenenlager in Russland 1946 verstorben!“ Es folgten nähere Angaben, dazu ein Kartenausschnitt mit markierter Ortslage. So hatte nun nach über 60 Jahren die Ungewissheit ein Ende. In diesem Zusammenhang ist noch eine weitere Information interessant: Im Archiv des Kirchlichen Suchdienstes lagern noch 120000 Briefe von Wehrmachtsangehörigen, die als Feldpostbriefe oder in der Kriegsgefangenschaft geschrieben wurden, aber nicht mehr den Adressaten zugestellt werden konnten. Der Suchdienst händigt auch jetzt die Briefe den Angehörigen aus, wenn sie sich mit näheren Angaben melden. (Kirchlicher Suchdienst, Lessingstr. 3 in 80336 München)

Das war doch eine erfreuliche Bilanz unserer Familienarbeit. Und so kann ich mit herzlichen Wünschen für ein friedliches, sonniges Osterfest und mit einem symbolischen „Schmackostern“ unsere Kolumne schließen.

Eure

Ruth Geede

„Unsere Familie“ auch im Internet-Archiv unter www.preussische-allgemeine.de

Wir gratulieren ...

ZUM 103. GEBURTSTAG

Reinbacher, Helene, aus Bilderweiten/Lauken, Kreis Ebenrode, jetzt Drosselweg 32, 26639 Wiesmoor, am 31. März

ZUM 100. GEBURTSTAG

Bombosch, Marie, geb. **Biallas**, aus Selbongen, Kreis Sensburg, jetzt Goethe-Straße 9, 42553 Velbert, am 11. April

ZUM 99. GEBURTSTAG

Moritz, Martha, geb. **Kalinka**, aus Alexbrück, Kreis Ebenrode, jetzt bei Wischmann, Brigitte, Oberdorf 22, 24582 Brügge, am 8. April

Waldhof, Luise, geb. **Stankewitz**, aus Montzen, Kreis Lyck, jetzt Meisenweg 24, 51399 Burscheid, am 7. April

ZUM 98. GEBURTSTAG

Brozio, Klara, geb. **Rogowski**, aus Lyck, jetzt Am Hedwigsheim 9, Haus St. Hedwig, 49477 Ibbenbüren, am 29. März

ZUM 97. GEBURTSTAG

Nickel, Hildegard, geb. **Kessler**, aus Lyck, Danziger Straße 46, jetzt Wiesengrund 3, 23611 Bad Schwartau, am 5. April

ZUM 96. GEBURTSTAG

Marchlowitz, Maria, geb. **Kukla**, aus Eichenau, Kreis Neidenburg, jetzt Brechtstraße 8, 40699 Erkrath, am 9. April

Meyer, Irmgard, geb. **Hinz**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, jetzt Amselstieg 17-23 Senioren-Residenz, 29549 Bad Bevensen, am 10. April

Pidun, Wilhelm, aus Gedwangen, Kreis Neidenburg, jetzt Petersburger Weg 8, 24247 Mielkendorf, am 6. April

Sonnenstuhl, Frieda, geb. **Scharfschwedt**, aus Stolzenberg, Kreis Heiligenbeil, später Albenlauk Gemeinde Plössen, jetzt Plöner Straße 25, 23795 Klein Rönnau, am 9. April

ZUM 95. GEBURTSTAG

Klinger, Elisabeth, geb. **Hoffmann**, aus Wirtberg, Kreis Insterburg, jetzt Unterer-Anger 12, 09394 Holmdorf / Erzgebirge, am 8. April

Weske, Waltraud, geb. **Amelong**, aus Lyck, Insel/Forsthaus, jetzt Burkhardstraße 13, 97688 Bad Kissingen, am 29. März

Zinke, Adelheit, geb. **Pritzkat**, aus Ebenrode, jetzt Am Hübbel 21, 34471 Lütersheim, am 5. April

ZUM 94. GEBURTSTAG

Karp, Käte, aus Jürgenau, Kreis Lyck, jetzt Hochstraße 51, 58095 Hagen, am 30. März

Schinz, Helene, aus Ebenrode, jetzt Hartnitweg 1, 22529 Hamburg, am 29. März

ZUM 93. GEBURTSTAG

Bernotat, Ernst, aus Ebenrode, und Prostken, Kreis Lyck, jetzt Klosterstraße 16, 23623 Ahrensbök, am 7. April

Ditt, Gerda, geb. **Solty**, verw. **John**, aus Lyck, jetzt Isfeldstraße 30, Seniorenwohnanlage Rosenhof, 22589 Hamburg, am 31. März

ZUM 92. GEBURTSTAG

Arndt, Anny, aus Hohenfürst, Kreis Heiligenbeil, jetzt Annenstraße 30, 09111 Chemnitz, am 4. April

Boehm, Paul, aus Podangen, Kreis Preußisch Holland, jetzt Burgunderstraße 18, 74078 Heilbronn-Frankenbach, am 6. April

Mößner, Hildegard, geb. **Dmuchowski**, aus Rotbach, Kreis Lyck, jetzt Hirschhorner Weg 32, 14163 Berlin, am 7. April

Schmidt, Alfred, aus Ebenrode, jetzt Schürenfeld 32, 45329 Essen, am 30. März

ZUM 91. GEBURTSTAG

Bielert, Else, geb. **Sylla**, aus Gorlau, Kreis Lyck, jetzt Neuer Wall 6, 47441 Moers, am 7. April

Jonczik, Hildegard, geb. **Weber**, aus Groß Trakehnen, Schwichowshof, Kreis Ebenrode, jetzt Paffrather Straße 261, 51469 Bergisch Gladbach, am 31. März

Karkossa, Anna, geb. **Fortunewitz**, aus Maschen, Kreis Lyck, jetzt An der Petergrube 4, 04552 Zedtlitz, am 7. April

Kowalzik, Willi, aus Höhenwerder, Kreis Ortelsburg, jetzt Schmiedestraße 8, 29364 Langlingen, am 6. April

Narwald, Helene, geb. **Madeyka**, aus Hanffen, Kreis Lötzen, jetzt Wildermannstraße 79, 45659 Recklinghausen, am 4. April

Nielsen, Walter, aus Ortelsburg, jetzt Schönböckener Straße 25 A, 23556 Lübeck, am 30. März

Sickmann, Martha, geb. **Pawlowski**, aus Langenhöh, Kreis Lyck, jetzt Roter Sand 5, 28197 Bremen, am 8. April

Sostak, Heinrich, aus Hansbruch, Kreis Lyck, jetzt Grötekenstaße 12 a, 41179 Mönchengladbach, am 9. April

Wellerdt, Emil, aus Heinrichsdorf, Kreis Neidenburg, jetzt 87-2nd AVE, Kitchener, Ont. N2C 1N4, am 8. April

ZUM 90. GEBURTSTAG

Czerwinski, Leonhard, aus Mensguth, Kreis Ortelsburg, jetzt Wagnerplatz 5, 44789 Bochum, am 11. April

Depenbrock, Gertrud, geb. **Kömmler**, aus Mühlhausen, Töpferstraße 7, Kreis Preußisch Holland, jetzt Halligenweg 3, 26384 Wilhelmshaven, am 5. April

Karau, Hildegard, geb. **Brekau**, aus Preußenwald, Kreis Ebenrode, jetzt Breslauerstraße 34, 79576 Weil am Rhein, am 11. April

Klug, Martha, geb. **Nikulski**, aus Langsee, Kreis Lyck, jetzt Forstweide 10, 59368 Werne, am . April

Kruwinnus, Erich, aus Löwenberg, Kreis Labiau, jetzt Kalmitstraße 13, 67141 Neuhofen, am 7. April

Langenstein, Ruth, geb. **Müller**, aus Lyck, jetzt Kreuzstraße 57, 78239 Rielasingen-Worblingen, am 31. März

Lehmann, Berta Marta, geb. **Ney**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, jetzt Grüner Weg 35, 61231 Bad Nauheim, am 11. April

Lemberg, Erna, geb. **Kinsky**, aus Goritten, Kreis Ebenrode, jetzt Horner Weg 231c, 22111 Hamburg, am 7. April

Pörmann, Gertrud, geb. **Kowalzik**, aus Langheide, Kreis Lyck, jetzt Immermannweg 2, 58739 Wickede, am 9. April

Uhlmann, Hedwig, aus Groß Lasken, Kreis Lyck, jetzt Stahlberg 87, 42279 Wuppertal, am 10. April

Vallentin, Erna, geb. **Brasch**, aus Ludwigsort, Kreis Heiligenbeil, jetzt Akazienstraße 18, 58557 Lippstadt, am 10. April

Witt, Fritz, aus Pregelswalde, Kreis Wehlau, jetzt Fabrikstraße 12, 37412 Herzberg, am 11. April

ZUM 85. GEBURTSTAG

Albrecht, Kurt, aus Groß Trakehnen, Kreis Ebenrode, jetzt August-Bebel-Straße 3 in 52351 Düren, am 10. April

Alex, Elfriede, geb. **Kasten**, aus Guttschallen, Kreis Wehlau, jetzt Cranachstraße 44, 38300 Wolfenbüttel, am 11. April

Behrendt, Esther, aus Ortelsburg, jetzt Edisonstraße 13, 16761 Hennigsdorf, am 31. März

Borrek, Edith, aus Rhein, Kreis Lötzen, jetzt Werderstraße 146, 74074 Heilbronn, am 7. April

Christofzik, Hans, aus Lisken, Kreis Lyck, jetzt Kleiberweg 11a, 81249 München, am 11. April

Diettrich, Gerda, geb. **Kluck**, aus Stobingen, Colm, Kreis Wehlau, jetzt Pastorenbusch 28, 49661 Cloppenburg, am 11. April

Domnick, Kurt, aus Königsberg, Grollmannstraße 7, jetzt Fruerlundhof 87 A, 24943 Flensburg, am 5. April

Donder, Otto, aus Gutenborn, Kreis Lyck, jetzt Marktplatz 29, 72250 Freudenstadt, am 5. April

Dronsek, Herbert, aus Hennenberg, Kreis Lyck, jetzt Zum Traumsee 5, 14797 Lehnin, am 8. April

Eilert, Irmgard, geb. **Homuth**, aus Nußberg, Kreis Lyck, jetzt Rosa-Luxemburg-Straße 26, 38855 Wernigerode, am 9. April

Fensken, Helga, geb. **Höfer**, aus Gehlenburg, Kreis Johannisburg, jetzt 200 E. State St. Gloversville, New York 12078, USA, am 9. April

Gusewski, Richard, aus Nußberg, Kreis Lyck, jetzt Heinrich-Heine-Ring 13, 16303 Schwedt, am 31. März

Helmer, Hilde, geb. **Elmenthaler**, aus Burgkampen, Kreis Ebenrode, jetzt Erlerring 7, 21109 Hamburg, am 29. März

Klein, Reinhold, aus Tapiau, Lindemannstraße, Kreis Wehlau, jetzt Adlerstraße 51, 65183 Wiesbaden, am 9. April

Klimmeck, Margarete, aus Lyck, jetzt Schmiedstraße 26, 06112 Halle, am 5. April

Koelle, Erna, geb. **Thormann**, aus Schenkenhagen, Kreis Ebenrode, jetzt Hopfenstraße 9, 84104 Tegernbach, am 31. März

Koyro, Heinz, aus Nußberg, Kreis Lyck, jetzt Finkenweg 16, 31848 Bad Münder, am 7. April

Manier, Edith-Regina, aus Lyck, jetzt Emmishofer Straße 5, 78462 Konstanz, am 11. April

Radeck, Horst, aus Eisermühl, Kreis Lötzen, und Schützendorf, Kreis Ortelsburg, jetzt Wachholtzstraße 7, 38106 Braunschweig, am 8. April

Salewski, Hildegard, geb. **Seeck**, aus Königsberg Altroßg. Kirchenstr. 12, jetzt Falkenstr. 11, 28195 Bremen, am 26. März

Scheingruber, Erna, geb. **Klesch**, aus Lyck, jetzt Elfriedenstraße 5, 81827 München, am 30. März

Schmall, Elisabeth, aus Parnehnen, Kreis Wehlau, jetzt Rosenhöhweg 7, 64287 Darmstadt, am 7. April

Schweighöfer, Maria, geb. **Köke**, aus Tapiau, Schleusenstraße, Kreis Wehlau, jetzt Römerweg 10, 78647 Trossingen, am 4. April

Sczech, Horst, aus Stettenbach, Kreis Lyck, jetzt Schüremkampstraße 3, 45964 Gladbeck, am 8. April

Skibowski, Klaus Otto, aus Lyck, jetzt Erftstraße 15, 53757 Sankt Augustin, am 31. März

St Germain, Gerda, geb. **Pallenschat**, aus Corbuden, Kreis Gumbinnen, jetzt 2295 Mexican Way Apt. 11, Clearwater Florida, USA, am 10. April

Tschoppe, Herbert, aus Königsberg Altroßg. Predigerstr. 39a, jetzt Nordmarkstr. 26, 25980 Westerland/Sylt, am 6. März

Unverricht, Fritz, aus Dorf Trakehnen, Kreis Ebenrode, jetzt Rotdornweg 4, 33617 Bielefeld, am 11. April

Wolfram, Wolff, aus Ostseebad Cranz, Kreis Samland, jetzt Charlottenstraße 71, 40210 Düsseldorf, am 3. April

ZUM 80. GEBURTSTAG

Adoms, Richard, aus Altenkirch, Kreis Tilsit-Ragnit, jetzt Lange Straße 25, 31535 Neustadt, am 5. April

Beyer, Heinz-Werner, aus Rhein, Kreis Lötzen, jetzt Mozartweg 16, 30880 Latzen, am 10. April

Birth, Alfred, aus Schwengels, Ortsteil Dothen, Kreis Heiligenbeil, jetzt Ostpreußenstraße 3, 31515 Wunstorf, Ortsteil Steinhude, am 8. April

Classen, Oswald, aus Gardienen, Kreis Neidenburg, jetzt Escherweg 48, 25704 Meldorf, am 6. April

Czychon, Horst, aus Goldenau, Kreis Lyck, jetzt Knickstraße 12, 38835 Hessen, am 30. März

Deußing, Sieghild, geb. **Jordan**, aus Wehlau, Klosterstraße, jetzt Schachenhauweg 6, 78244 Gottmadingen, am 11. April

Drews, Elfriede, geb. **Heimann**, aus Rossen, Kreis Heiligenbeil, jetzt Otto-Lilienthal-Straße 15, 19306 Neustadt-Glewe, am 6. April

Dutz, Walter, aus Malschöwen, Kreis Ortelsburg, jetzt Auf dem Kampen 19, 59505 Bad Sassendorf, am 10. April

Fries, Hedwig, geb. **Solinski**, aus Kleinkosel, Kreis Neidenburg, jetzt Bliesenbacher Straße 6, 51766 Engelskirchen, am 7. April

Fritsch, Erika, geb. **Wetzke**, aus Ludwigsort, Kreis Heiligenbeil, jetzt Meisenweg 8, 27729 Hambergen, am 10. April

Gassewitz, Martin, aus Lyck, Freystraße 10, jetzt Ortsteil Hoppetenzell, Alois Sartory Straße 17, 78333 Stockach, am 10. April

Heckert, Dieter, aus Leegen, Kreis Ebenrode, jetzt Max-Volmer-Straße 8, in 14473 Potsdam, am 9. April

Hesse, Hildegard, aus Allenburg, Königstraße, Kreis Wehlau, jetzt Theklastraße 10, 45130 Essen, am 11. April

Kaesler, Edith, geb. **Ragnitz**, aus Zeysen, Kreis Lyck, jetzt Damschkestraße 20, 58840 Plettenberg, am 5. April

Kähler, Günther, aus Weißensee, Groß Weißensee, Kreis Wehlau, jetzt Kammansweg 17, 23611 Bad Schwartau, am 8. April

Klingert, Hildegard, geb. **Miska**, aus Dreimühlen, Kreis Lyck, jetzt Ebereschenstraße 33, 15566 Schöneiche, am 30. März

Köhn, Ewalda, geb. **Kampf**, aus Königsberg, jetzt Deesbarg 43, 22549 Hamburg, am 29. März

Konrad, Helga, geb. **Rahn**, aus Altenkirch, Kreis Tilsit-Ragnit, jetzt Dippenhäuser Weg 8, 65366 Geisenheim, am 10. April

Krach, Karl, aus Plauen, Klein Plauen, Kreis Wehlau, jetzt Rossertstraße 11, 60323 Frankfurt, am 7. April

Krüger, Angelika, geb. **Hohendorf**, aus Mehlsack, Kreis Braunsberg, jetzt Kempstraße 6, 58454 Witten, am 11. April

Kulschewski, Kurt, aus Plötzendorf, Kreis Lyck, jetzt Feldstraße 26, 41516 Grevenbroich, am 30. März

Liebsch, Bruno, aus Adlig Pohren, Kreis Heiligenbeil, jetzt Riesengebirgsstraße 74 C, 47445 Moers, am 6. April

Mikoteit, Gerhard, aus Finkenhagen, Kreis Tilsit-Ragnit, jetzt Dippenhäuser Weg 8, 65366 Geisenheim, am 10. April

Mombrei, Bernhard, aus Allenburg, Kreis Wehlau, jetzt Hauptstraße 11, 23936 Hanshagen, am 6. April

Mrozek, Lisbeth, geb. **Kempka**, aus Montwitz, Kreis Ortelsburg, jetzt Knechtstedter Weg 12, 33442 Herzebrock-Clarholz, am 29. März

Mucha, Willi, aus Flammberg, Kreis Ortelsburg, jetzt Geckheide 164A, 45897 Gelsenkirchen, am 6. April

Nabel, Siegfried, aus Lyck, Königin-Luisen-Platz 3, jetzt Öjendorfer Höhe 61, 22117 Hamburg, am 10. April

Naber, Waldtraut, geb. **Wiechert**, aus Bladiau, Kreis Heiligenbeil, jetzt Bahnhofstraße 12, 32816 Schieder-Schwalenberg, am 1. April

Niksa, Anna, geb. **Zielitzki**, aus Lindenort, Kreis Ortelsburg, jetzt Nordenstiftsweg 85, 59065 Hamm, am 6. April

Oppermann, Hans-Georg, aus Grünweide, Kreis Ebenrode, jetzt Großhamberg 12a, 51399 Burscheid, am 6. April

Pawelzick, Herbert, aus Grabnick, Kreis Lyck, jetzt Herzogstraße 3, 60528 Frankfurt, am 10. April

Prinz, Hiltrud, geb. **Bahl**, aus Mingfen, Kreis Ortelsburg, jetzt Burgstiegstraße 24, 37586 Deitersen, am 4. April

Rabe, Edith, geb. **Wrobel**, aus Millau, Kreis Lyck, jetzt Schindmaaser Weg 8, 08371 Glachau, am 9. April

Ruminski, Ilse, geb. **Lyssewski**, aus Dreimühlen, Kreis Lyck, jetzt Glockenstraße 3, 72250 Freudenstadt, am 7. April

Saloga, Reinhold, aus Klein Jerutten, Kreis Ortelsburg, jetzt Bahnhofstraße 14, 91320 Ebermannstadt, am 31. März

Scharnowski, Werner, aus Krokau, Kreis Neidenburg, jetzt Burgstraße 9a, 38364 Schöningen, am 11. April

Schipper, Marliese, geb. **Hamann**, aus Tapiau, Herbert-Norkus-Straße, Kreis Wehlau, jetzt Eschstraße 36a, 44629 Herne, am 6. April

Schoen, Hans-Werner, aus Altenkirch, Kreis Tilsit-Ragnit, jetzt Kampweg 14, 34346 Hannoversch-Münden, am 8. April

Schubert, Edith, aus Kinderfelde, Kreis Ebenrode, jetzt Leipziger Straße 33, 04683 Fuchshain, am 7. April

Schulz, Walter, aus Goldensee, Kreis Lötzen, jetzt Herzog-Philipp-Allee 12, 25832 Tönning, am 8. April

Steinkühler, Ursula, geb. **Syska**, aus Mingfen, Kreis Ortelsburg, jetzt Flurstraße 5, 51371 Leverkusen, am 9. April

Stremming, Margarethe, geb. **Böhnke**, aus Genslack, Kreis Wehlau, jetzt Worthheide 9, 32549 Bad Oeynhausen, am 5. April

Suchalla, Otto, aus Ittau, Kreis Neidenburg, jetzt Sonnenstraße 84, 49419 Wagenfeld, am 9. April

Tyrann, Gerhard, aus Tapiau, Königsberger Straße, Kreis Wehlau, jetzt Auf dem langen Kampe 34, 33607 Bielefeld, am 11. April

Ungermann, Herta, geb. **Schwiderowski**, aus Bieberswalde, Kreis Wehlau, jetzt Sperberstraße 4, 90530 Wendelstein, am 8. April

Volk, Ruth, geb. **Glitza**, aus Eichenau, Kreis Neidenburg, jetzt Windmühlenwall 22, 31224 Peine, am 8. April

Wendtland, Margarete, geb. **Mehlau**, aus Lixainen, Kreis Mohrungen, jetzt Wolderstraße, 17091 Kastof, am 3. April

William, Hubert, aus Martinshagen, Kreis Lötzen, jetzt Eckumer Berg 36, 41569 Rommerskirchen, am 9. April

Wübbe, Charlotte, geb. **Eckruth**, aus Goritten, Kreis Ebenrode, jetzt Schloß 2, 97280 Remlingen, am 7. April

AUS DEN HEIMATKREISEN

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



ANGERAPP (DARKEHMEN)

Kreisvertreterin: Edeltraut Mai, Weißdornweg 8, 22926 Ahrensburg, Telefon (04102) 823300, Internet: www.angerapp.de.

Jahreshaupttreffen der Angerapper – Das diesjährige Jahreshaupttreffen findet am 5. und 6. Juni 2010, wie bereits im Heimatbrief veröffentlicht, in Ahrensburg, in der neuen Schießsportstätte, Am Hopfenbach 9, statt. Die öffentliche Kreistagssitzung findet am 5. Juni 2010, 16 Uhr und die Festveranstaltung am 6. Juni, 11 Uhr, ebenfalls in der Schießsportstätte, statt. Zu diesem Treffen hat sich der neue Bürgermeister, Anatoly Swetkin, unserer Stadt Angerapp, angekündigt. Auf dem Jahreshaupttreffen sind die Mitglieder des Kreistages sowie des Kreisausschusses neu zu wählen. Bewerbungen beziehungsweise Vorschläge für diese Ehrenämter sind bis zum 20. Mai 2010 an die Kreisvertreterin zu richten. Wählbar sind alle ehemaligen Einwohner des Kreises Angerapp sowie deren Abkömmlinge, soweit diese das 21. Lebensjahr vollendet haben. Gewählt ist, wer die Stimmen der anwesenden stimmberechtigten Kreistagsmitglieder erhält und von der Kreisgemeinschaft bestätigt worden ist. Das Vorschlagsrecht haben die Angehörigen unserer Kreisgemeinschaft, der Kreisausschuss sowie der Kreistag. Der Wahlvorschlag muss enthalten: Name, Geburtsdatum Heimatanschrift und jetzige Anschrift des Kandidaten, sowie dessen Zustimmung, dass er im Falle seiner Wahl dieses Ehrenamt annimmt. Alle Landsleute der Kreisgemeinschaft sind herzlich eingeladen, an dem Jahrestreffen teilzunehmen. Um einen Überblick der Teilnehmerzahl zu unserem Treffen zu haben, bitten wie Sie, sofern noch nicht erfolgt, sich bei der Kreisvertreterin telefonisch anzumelden. Eventuelle Hotelunterkunft kann über die Kreisvertreterin, Telefon (04102) 58418, gebucht werden.

Alle – auf den Seiten »Glückwünsche und Heimatarbeit« – abgedruckten Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

BRAUNSBERG

Kreisvertreter: Manfred Ruhnau, Tel.: (02241) 311395, Fax (02241) 311080, Bahnhofstraße 35 b, 53757 Sankt Augustin. Geschäftsstelle: Stadtverwaltung Münster, Patenstelle Braunsberg, 48127 Münster, Tel.: (0251) 4926051.

8. Kreistreffen in der Heimat – 8. Kreistreffen in der Heimatstadt Braunsberg vom 15. bis 24. Juni 2010 (zehn Tage). Reisepreis pro Person im DZ 780 Euro, EZ-Zuschlag für die ganze Reise beträgt 170 Euro. Zusteigemöglichkeiten am Dienstag 15. Juni in Sankt Augustin, Bonn, Köln, Dortmund, Hannover, Bremen, Hamburg und entlang der BAB Hannover-Berlin nach Absprache möglich. Erste Übernachtung im Großraum Posen, sechs Nächte in Braunsberg beziehungsweise Frauenburg, zwei Nächte in Danzig und auf der Rückfahrt in Stettin. Melden Sie sich bei Kreisvertreter Manfred Ruhnau, Telefon (02241) 311395. Er schickt Ihnen gerne nähere Informationen und die Reiseunterlagen zu.



HEILIGENBEIL

Kreisvertreterin: Elke Ruhnke, Remscheider Straße 195, 42369 Wuppertal, Tel.: (0202) 461613. Stellvertreter: Christian Perbandt, Im Stegfeld 1, 31275 Lehrte, Tel.: (05132) 57052. 2. Stellvertreter: Michael Ochantel, Schulstraße 17, 84056 Rottenburg, Telefon (08781) 203164. Internet: www.kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de

Elsa Landmann, Zinten, 90 Jahre – Am 2. April feiert eine bemerkenswerte Landsmännin die Vollendung ihres 90. Lebensjahres in der Seniorenresidenz am Bodensee. Die Kreisgemeinschaft Heiligenbeil e.V. und die Stadtgemeinschaft Zinten gratulieren herzlich zu diesem Ehrentag. Ihr ganzes Leben lang war und ist Elsa Landmann, geb. Lenz, bekennende Ostpreußin. Nahezu fünfzehn Jahre davon stellte sie ihre ehrenamtliche Arbeitskraft in den Dienst der Kreisgemeinschaft Heiligenbeil und der Stadtgemeinschaft Zinten. Der Lebensweg begann in Zinten am 2. April 1920 in der Kirchenstraße 13, wo sie als zweites Kind des Lehrerehepaares Martha und Heinrich Lenz geboren wurde. Das „Einjährige“ legte sie an der Mittelschule in Zinten ab. Das Berufsleben begann Elsa Landmann als Justizangestellte beim Amtsgericht in Zinten. Anfang des Zweiten Weltkrieges verwirklichte sich ihr Wunsch, Lehrerin zu werden. Nach dem abgelegten Ersten Lehrerexamen in Hirschberg (Riesengebirge) wies man ihr die erste Lehrerstelle in Woyditten, Kreis Heiligenbeil, zu. Auch in der Zintener Hans-Schemm-Schule unterrichtete sie kurze Zeit während des Krieges. Im Mai 1942 heiratete sie den Diplomlandwirt Walter Landmann aus Schwerte/Ruhr, der als Beamter bei der ostpreußischen Herdbuchgesellschaft arbeitete und Offizier der Wehrmacht war. Das erste Kind des jungen Ehepaares, Sohn Jochen, wurde 1943 noch in Zinten geboren. Die Endzeit des Krieges überlebte die Familie, und ein neues Leben begann in Schwerte. 1948 wurden Zwillinge geboren, Dorothea und Georg. Die Zeit ging ins Land. Elsa hatte von ihrem Vater, dem anerkannten Heimatforscher Heinrich Lenz, die Neigung und das starke Interesse an der Heimatarbeit geerbt. Als die Zintener sie riefen, stellte sie gerne ihre Arbeitskraft in den Dienst der guten Sache. So wurde Elsa Landmann ab den siebziger Jahren zur Ersten Stadtvertreterin für die Stadtgemeinschaft gewählt und gehörte damit auch dem Kreistag an. Auch die Kreisgemeinschaft brauchte in ihrer Führung starke Mitarbeiter. Auf Vorschlag von Kreisvertreter Dr. Siegfried Pelz wählte der Kreistag sie 1983 in den Vorstand der Kreisgemeinschaft Heiligenbeil. Elsa Landmann wurde ein sehr umfangreiches Aufgabenfeld übertragen. Es waren die Ämter der Schriftleiterin (ab Folge 29/1984), des Kreisfotoarchivs und die Betreuung der Heimatstube und des Archivs im Burgdorfer Stadtmuseum. Ohne Vorkenntnisse auf diesen arbeitsintensiven Gebieten, ohne Einweisung, stürzte sie sich in die neuen Aufgaben. Ihre Arbeit als Stadtvertreterin gab sie ab und übertrug sie an Heinz Schley. Die Qualität der Arbeit von Frau Landmann stieg ständig – die Zahl der Bezieher des Heimatblattes entwickelte sich positiv, die Seitenzahl ebenfalls. Das Fotoarchiv steigerte die Anzahl der gesammelten Heimatfotos sehr beachtlich. Im Oktober 1997 konnte sie über 4000 Heimatfotos an ihre Nachfolgerin, Ilse Thomann aus Heiligenbeil, übergeben.

Vom Beginn des segensreichen Wirkens von Elsa Landmann bis zum Ausscheiden aus Altersgründen am 28. März 1998 hat diese heimattreue Mitarbeiterin in menschlicher, aktiver, kreativer, uneigennütziger Weise mit allen Landsleuten harmonisch zusammengearbeitet. Ihr Gesamtwirken wurde zweimal besonders gewürdigt: 1984 mit der Überreichung der Silbernen Ehrennadel mit Urkunde und 1993 mit der Goldenen Ehrennadel mit Urkunde der Kreisgemeinschaft Heiligenbeil. Kurze Zeit nach ihrem Ausscheiden aus der Heimatarbeit verlegte Elsa Landmann ihren Wohnsitz 1999 nach Überlingen am Bodensee. Bis zum heutigen Tag sind die Gedanken bei „ihren“ Zintenern. Heimatblatt und Zintener Rundbriefe sind ihr eine liebe Lektüre. Mögen Elsa Landmann noch viele Lebensjahre bei stabiler Gesundheit vergönnt sein. Dies wünschen stellvertretend für alle Landsleute: Siegfried Dreher, Ehrenvorsitzender der Kreisgemeinschaft und Stadtvertreter sowie Viola Reyentanz, geb. Schlenger, Erste Stadtvertreterin Zinten.

Zinten Stadt und Land: „65 Jahre Flucht und Vertreibung – eine Dokumentation“ – Die Führung der Stadtgemeinschaft Zinten (Siegfried Dreher und Viola Reyentanz) hat eine umfassende Dokumentation zu dem Thema erarbeitet, die im Februar 2010 erschienen ist. Nach monatelangen Vorarbeiten, Recherchen, Sichten des Materials, Lesen von Büchern, Kontaktgesprächen mit den Landsleuten entwickelte sich im Laufe der Zeit ein interessantes Werk. Es geht vornehmlich um die Stadt Zinten und sein Umland, aber der behandelte Themenkreis ist so vielseitig, dass die Dokumentation jeden Ostpreußen interessieren sollte. Auf 278 Seiten werden in 13 Kapiteln folgende Themenkreise angesprochen: Gedanken eines Flüchtlings, Gedanken einer Nachgeborenen, Der Kampf um Ostpreußen, Unsere engere Heimat ist in Not, Der Anfang vom Untergang Zintens 1945, Die Dorfbewohner müssen auch fliehen, Wochenlange Kämpfe im Raum Zinten, Das Lagerleben in Dänemark, Kriegsende in Deutschland, Ostpreußen unter sowjetischer Besatzung, Grausame Schicksale unter den Russen, Deportation – Zwangsarbeit in Russland, Stimmen der Anderen zum Thema Krieg, Flucht und Vertreibung. Der für die Dokumentation verlangte Preis von 20 Euro inklusive Porto und Verpackung ist der Selbstkostenpreis. Die Bestellung ist an Siegfried Dreher, Papenwisch 11, 22927 Großhansdorf, E-Mail: m.s.dreher@t-online.de zu richten. Die Voraus-Überweisung ist jedoch an Viola Reyentanz vorzunehmen: Konto Zinten. Bankverbindung: Sparkasse Elbe-Elster, Konto: 4520210467, BLZ: 180 510 00. Es ist zu wünschen, dass recht viele Landsleute Interesse für diese Neuerscheinung zeigen werden.



LABIAU

Kreisvertreterin: Brigitte Stramm, Hoper Straße 16, 25693 St. Michaelisdonn/Holstein, Telefon (04853) 562, Fax (04853) 701. info@strammverlag.de, Internet: www.labiau.de.

Wahl der Kirchspielvertreter der Kreisgemeinschaft Labiau – Die Wahl der Kirchspielvertreter 2010 für die Kreisgemeinschaft Labiau ist abgeschlossen. Die Kandidaten Horst Lemke für Labiau-Land und Horst Potz für Markthausen/Popelken sind leider verstorben. Somit sind die nachstehend Aufgeführten als Kirchspielvertreter gewählt: Irmgard Bude; Bruno Reichwald; Horst Warthun, Ersatzvertreterin Marita Paul-Jachens; Erika Freitag; Brigitte Hagedorn; Ingeborg Schmidt; Hubertus Springer; Brigitte Stramm; Ilse Hunger; Dorothea Kurzmann; Ersatzvertreter Jürgen Oeser; Heinke Lanatowitz; Klaus-Arno Lemke; Anni-Lore Lemke, Bärbel Lemke; Egbert Marenke; Martina Hahn; Alfred Erdmann; Helli Aumann; Helmuth Krautien; Karl-Heinz Hundsdörfer; Anneliese Todt; Alfred Schaulinski. Entsprechend Punkt 8 der Wahlordnung vom 13. April 2003 muss ein Wahleinspruch innerhalb vier Wochen nach Veröffentlichung in der *Preußischen Allgemeinen / Das Ostpreußenblatt* schriftlich an die Geschäftsstelle eingereicht werden. Über einen Wahleinspruch entscheidet der Wahlausschuss. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen. Die konstituierende Sitzung der Kreisvertretung findet am 24./25. April 2010 in Altenbruch/Cuxhaven statt. Erika Freitag (Vorsitzende des Wahlausschusses).



RASTENBURG

Kreisvertreter: Hubertus Hilgendorff, Tel. (04381) 4366, Dorfstr. 22, 24327 Flehm. Gst.: Patenschaft Rastenburg: Kaiserring 4, 46483 Wesel, Tel. (0281) 26950.

Neuntägige Heimatreise vom 13. bis 21. Mai – 1. Tag, Bielefeld–Kolberg: Anreise mit Zustiegsmöglichkeiten in Bielefeld, einem Platz zur Pkw-Abstellung im Raum Bielefeld, Herford (Übernachtungsmöglichkeiten für die Hin- und Rückfahrt), Hannover und Hamburg. Direkte Anreise in den Raum Kolberg zur Zwischenübernachtung. 2. Tag, Kolberg–Rastenburg: Weiterreise bis zum Slowinski-Nationalpark. Ein paar Kilometer außerhalb von Leba fahren Sie mit einem Elektrozug in das wunderschöne Naturschutzgebiet. Nach einer kleinen Wanderung erreichen Sie die sehenswerten Dünen. Anschließend geht die Reise weiter bis nach Rastenburg. 3. Tag, Rastenburg: Dieser Tag steht zur freien Verfügung in Rastenburg. 4. Tag, Rastenburg: Heute besichtigen Sie Rastenburg, wie zum Beispiel die hochgelegene Wehrkirche St. Georg mit dem einzigartigen Zellengewölbe. Die bekannte Burg wurde wiederhergestellt und dient heute als Museum- und Kulturzentrum. Später findet eine gemütliche Planwagenfahrt statt. 5. Tag, Rastenburg: Start einer Masurenrundfahrt mit der bekannten Wallfahrtskirche Heiligelinde und der Stadt Rößel (Unesco). 6. Tag, Rastenburg: Rundfahrt über Angerburg und Lötzen. Am Nachmittag Schiffsfahrt von Lötzen aus in Richtung Talter See. Von dort aus ist es nicht mehr weit nach Zondern (Sadry), wo Sie Christel in ihrem kleinen Bauernhausmuseum mit Kaffee und Kuchen empfängt. 7. Tag, Rastenburg: Dieser Tag zur freien Verfügung. Abends findet ein gemütlicher Grillabend am Hotel statt. 8. Tag, Rastenburg–Zwischenübernachtung: Rückfahrt bis zur Zwischenübernachtung an der Ostseeküste. Vorher machen Sie noch eine Schiffsfahrt durch den Oberländischen Kanal (Rollberge). Am Abend sind Sie dann in Ihrem Hotel unweit des Ostseestrandes. 9. Tag, Rückfahrt nach Bielefeld. Leistungen: Busfahrt, erfahrener Busfahrer mit guter Gebietskenntnis, erfahrene Reiseleitung ab Ankunft Kolberg bis zur Abfahrt, Übernachtung in Kolberg, sechs Übernachtungen in Rastenburg, eine Übernachtung in Rowe, Unterbringung in DZ (EZ gegen Zuschlag), Halbpension, Rundfahrten, Eintrittsgelder und Führungen, Kaffeetrinken, Schiffsfahrten wie angegeben, Insolvenzschutz. Preis pro Person 756 Euro (bei 10 bis 24 Teilnehmern), 684 Euro (bei 25 bis 29 Teilnehmern). Nähere Auskünfte erteilt die Geschäftstelle Patenschaft Rastenburg, Telefon (0281) 26950.



SENSBURG

Kreisvertreter: Siegbert Nadolny, Wasserstr. 9, 32602 Vlotho, Tel. (05733) 5585. Geschäftsstelle: „Sensburger Zimmer“, Stadtverwaltung Remscheid, Kreuzbergstr. 15, 42849 Remscheid.

Neuer Bildschmuck für das Sensburg-Zimmer – Im Rathaus der Stadt Remscheid, der Patenstadt der Kreisgemeinschaft Sensburg, trägt einer der Besprechungsraume der Oberbürgermeisterin den Namen „Sensburg-Zimmer“. Dieses Zimmer hat nun einen neuen aussagekräftigen Bildschmuck bekommen, der die Bezeichnung verdeutlicht. Bei dem traditionellen Besuch einer kleinen Abordnung der Kreisgemeinschaft beim Patenschaftsträger zu Beginn eines jeden Jahres überbrachten diesmal der Vorsitzende Siegfried Nadolny, sein Stellvertreter Rolf W. Krause und der Geschäftsführer und Schatzmeister Helmuth Tomscheit der Oberbürgermeisterin Beate Wilding sechs aktuelle Farbfotos aus dem Kreis Sensburg in mattsilbernen Rahmen des Formats 44 x 54 Zentimeter. Bereits vor dem Gespräch mit der Hausherrin, in dem aktuelle Fragen diskutiert wurden, waren die Bilder in dem Besprechungszimmer aufgehängt worden und boten bei der Besichtigung viel Stoff für eine lebhafte Unterhaltung. Die Oberbürgermeisterin zeigte sich begeistert von den Aufnahmen und wurde sehr lebhaft an ihren Besuch im Jahr 2002 erinnert, als sie als Mitglied einer Remscheider Delegation den Kreis Sensburg persönlich kennen lernen konnte. An der Stirnseite des Besprechungszimmers hängen nun

Heimatkreisgemeinschaften Fortsetzung auf Seite 17

LANDSMANNSCHAFTLICHE ARBEIT LANDESGRUPPEN



BADEN-WÜRTTEMBERG

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.

Buchen – Donnerstag, 8. April, 15 Uhr, „Klein-Ostern“ mit fröhlichem „Nach-Ostern-Eier-Suchen“ bei Mitglied Emmi Gramlich, Dürmerstraße 50, Buchen-Hainstadt.

Lahr – Donnerstag, 8. April, 18 Uhr, Treffen der Gruppe zum Stammtisch im Gasthaus Zum Zarko, Schillerstraße 3.

Schwäbisch Hall – Sonnabend, 17. April, 14.30 Uhr, Treffen der Gruppe im „Im Lindach“, Schwäbisch Hall. Unter dem Motto „Unsere verlorene Heimat“ blickt die Gruppe Jahr auf ihr 20-jähriges Bestehen zurück. Dazu sind alle Heimatvertriebenen herzlich eingeladen. Die Veranstaltung steht unter der Schirmherrschaft des ehemaligen Landrates, Ulrich Stückle. Für alle Zugreisende: Das „Im Lindach“ ist gut zu Fuß innerhalb von fünf Minuten vom Bahnhof Schwäbisch Hall zu erreichen. Mitglieder und Freunde sind heute schon herzlich eingeladen. Um besser planen zu können, bittet die Vorsitzende Ursula Gehm, um Anmeldung unter Telefon (0791) 51782

Stuttgart – Sonnabend, 10. April, 10 Uhr, 11. Landesfrauentagung im Hotel Wartburg, Lange Straße 11. 14 Uhr, Vortrag von Prof. Dr. Margarethe Dörr: „Was hat die Kriegsgeneration ihren Kindern mitgegeben?“.

Ulm / Neu-Ulm – Donnerstag, 8. April, 13 Uhr, mit Liedern und Gedichten wird der Frühling begrüßt. Das Fischessen beginnt schon um 13 Uhr. Anmeldungen bei Frau Stegmaier, Telefon (0731) 54223.

Weinheim – Mittwoch, 14. April, 14.30 Uhr, Treffen der Frauengruppe im Café Wolf. Unter dem Motto „Nun will der Lenz uns grüßen“ gibt es Gedanken und Gedichte zur Frühlingszeit.



BAYERN

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

Bad Wörishofen – Die Gruppe der Königsberger Ostpreußen-Gemeinschaft in Bad Wörishofen macht eine gewünschte Reise in die Heimat. Dazu sind alle heimattreuen Landsleute und Freunde Ostpreußens herzlich eingeladen mitzufahren. Königsberg, das Samland, die Kurische Nehrung und Masuren warten auf die Heimatverbundenen. Die Fahrt geht mit dem bekannten Reiseunternehmen Busche. Termin: 15. bis 26. Juni 2010, Ausgangspunkt: Hannover sowie Königsberg (Franken / bei Schweinfurt – Bamberg in Süddeutschland). Das Programm sieht wie folgt aus: Am Vortag (14. Juni) von Hannover kommend Treffen in Königsberg (Bayern) und Zwischenübernachtung. Dienstag, 15. Juni: Abfahrt Richtung Hof, Leipzig, Frankfurt/Oder, Grenzübergang, weiter in den Großraum Posen. Eine Übernachtung im Großraum Posen. 16. Juni: Weiterfahrt über Marienburg, Elbing, Braunsberg zur Grenze bei Heiligenbeil/Grunau. Am Abend kommt die Gruppe in Rauschen an. Dort bleibt man sechs Tage. Die Ausflugsfahrten gehen mehrmals nach Königsberg. Dort erwartet die Reisenden unter anderem ein wunderbares Orgelkonzert im Königsberger Dom oder zum Beispiel eine Bootsfahrt auf dem Pregel. Tapiau, Insterburg, das Gestüt Georgenburg und andere gewünschte Orte können besucht werden, Taxifahrten für Jedermann sind möglich. Von Rauschen aus geht es für drei Nächte nach Sensburg ins schöne Masuren. Heiligelinde, Nikolaiken, Lötzen, eine Bootsfahrt und vieles Alltostpreußische wird zu sehen sein. Gedenkstunden vor Kirchen und Friedhöfen – um der Toten der ostpreußischen Heimat zu gedenken – gehören dazu. Auskünfte erteilt Gerhard Thal, Stifterweg 38, 89075 Ulm, Telefon (0731) 9508330.

Fürstenfeldbruck – Freitag, 9. April, 14.30 Uhr, Osternachfeier der Gruppe im Wirtshaus Auf der Lände.

Hof – Sonnabend, 10. April, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im Restaurant am Kuhbogen, Hof. Vortrag zum Thema: „Deutsch Eylau und Umgebung“. – Für die Masurenreise vom 28. Mai bis 4. Juni 10 sind noch einige Plätze frei. Auskunft erteilt Christian Joachim, Telefon (09283) 9416. – Der Erste Vorsitzende, Christian Joachim, begrüßte eine stattliche Anzahl von Mitgliedern und Gästen. Er gratulierte den gewesenen Geburtstagskindern mit den besten Wünschen und lud zu Frühlingsgedanken an diesem Nachmittag ein. Anschließend gedachte Hildegard Drogomir an den Maler Alfred Partikel, geb. am 7. Oktober 1888 in Goldap, gest. am 20. Oktober 1945 bei Ahrenshoop (Mecklenburg). Nach einem gemeinsamen Lied erzählte Bernd Hüttner in einem Vortrag zum Frühling, von den schwierigen Klimaverhältnissen in Ostpreußen: den strengen Wintern, von den ostpreußischen Bräuchen unter anderem zu Ostern. Aufmerksam verfolgten die Zuhörer die Ausführungen. Als Gastredner sprach Stefanie Menke, vom Museum Bayerisches Vogtland, über ihrer intensiven Vorbereitung einer neuen Abteilung der Dauerausstellung zum Thema „Flucht, Vertreibung, Ankunft und Integration in Hof“. Mit dieser Ausstellung soll das Schicksal all jener Deutschen, die als Folge des Zweiten Weltkriegs ihre Heimat im Osten verlassen mussten, museal aufbereitet werden. Z ugleich geht es aber auch darum zu zeigen, wie die Heimatvertriebenen mit Fleiß und Wissen zum Wiederaufbau sowie zum wirtschaftlichen Aufschwung Westdeutschlands beigetragen und sich in der Hofer Region eine neue Existenz geschaffen haben. Hierzu werden noch Objekte gesucht, die an Flucht und Vertreibung beziehungsweise Ankunft, Kriegsheimkehr zum Beispiel erinnert. Sie bittet, zur Realisierung einer so großen Ausstellung und zur Detailplanung sich mit ihr in Verbindung zu setzen. Es herrschte große Aufmerksamkeit und viele Gedanken zur Verwirklichung wurden angesprochen. Christian Joachim dankte für diesen Vortrag mit Aufarbeitung. Mit gemeinsam gesungenen Liedern und Vorträgen ging dieser Nachmittag schnell vorüber.

Landshut – Dienstag, 6. April, 13.30 Uhr, Grieserwiese, Treffen zum Osterspaziergang. Anschließend gegen 15 Uhr Kaffee in der „Blauen Stunde“.

München Nord/Süd – Sonnabend, 17. April, 14.30 Uhr, Treffen der Gruppe im Haus des Deutschen Ostens, Am Lilienberg 5, 8166 München. Ein Frühlingsfest mit gemeinsamem Singen unter der musikalischen Begleitung von Ehepaar Bethke und kleinen Vorträgen. Zu Beginn gemeinsame Kaffeetafel.

Weiden – Sonntag, 11. April, 14.30 Uhr, Treffen der Gruppe im „Heimgarten“.



BREMEN

Vorsitzender: Helmut Gutzeit, Tel.: (0421) 250929, Fax (0421) 250188, Hodenberger Str. 39 b, 28355 Bremen. Geschäftsführer: Günter Högemann, Am Heidberg 32, 28865 Lilienthal Tel.: (04298) 3712, Fax (04398) 4682 22, E-Mail: g.hoegemann@t-online.de

Bremen – Dienstag, 13. April, 14 Uhr, Treffen der Wandergruppe am Roten Turm der Domsheide. Ziel der Wandergruppe ist das Focke-Museum und die Teilnahme an der Führung um 16.30 Uhr. – Dienstag, 13. April, 16.30 Uhr, Führung durch die Ausstellung „Manieren – Geschichte von Sitte und Anstand“ im Focke-Museum. Treffpunkt ist der Eingangsbereich des Museums. Für Eintritt und Führung sind pro Person 10 Euro (ermäßigt 8 Euro) zu zahlen. Die Geschäftsstelle befindet sich in der Parkstr. 4, 28209 Bremen, Tel.: (0421) 3469718.

Bremerhaven – Für den Zeitraum vom 6. bis 13. August ist eine Reise nach Nikolaiken und Elbing geplant. Besucht werden Stargard, Deutsch-Krone, Schneidemühl (1x Übernachtung), Bromberg, Thorn, Sensburg (3x Übernachtungen), Nikolaiken, Kruttinnen, Eckertsdorf, Lötzen, Steinort, Rastenburg, Bartenstein, Frauenburg, Cadinen, Elbing (2x Übernachtungen), Oberländischer Kanal, Buchwalde, Marienburg, Tiegenhof, Danzig, Karthaus, Stolp, Köslin (1x Übernachtung), Naugard, Stettin und Kolbaskowo (Grenze). Die Reise kostet pro Person 799 Euro/DZ beziehungsweise 985 Euro/EZ. Anmeldungen ab sofort bei Klaus Eichholz, Telefon (04744) 5063, oder Bernhard Tessarzik, Telefon (04703) 1612.



HAMBURG

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Kippingstr. 13, 20144 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815. 2. Vorsitzender: Hans Günter Schattling, Helgolandstr. 27, 22846 Norderstedt, Telefon (040) 5224379.

LANDESGRUPPE

Ostpreußischer Heimatgottesdienst

Hamburg – Ein Ostpreußischer Heimatgottesdienst findet am Sonntag, 11. April, 10 Uhr, in der St. Johanneskirche, Bremer Straße 9, Hamburg-Harburg statt. Die Predigt halten Propst Bollmann und Pastor Ludwig Fetingis aus Litauen. An der Orgel begleitet Dorothea Werner die Solistin Edelgard Gassewitz. Im Anschluss gibt es bei Tee, Kaffee und Gebäck Gelegenheit zu einem regen Gedankenaustausch. Verwandte, Freunde und Interessierte sind herzlich eingeladen.

HEIMATKREISGRUPPEN



Gumbinnen – Sonnabend, 10. April, 14 Uhr, Treffen der Gruppe unter dem Motto: „Frühling lässt sein blaues Band“ im Haus der Heimat, Teilfeld 8. Zu erreichen mit der S-Bahn bis Stadthausbrücke oder der U-Bahn bis Rödingsmarkt. Man geht in Blickrichtung Michaeliskirche rund sechs Minuten. Gemäß der Satzung unserer Landesgruppe (§ 9.1) muss eine Neuwahl des Vorstandes durchgeführt werden. Landsleute und Gäste sind herzlich willkommen. Es erwartet Sie eine Kaffeetafel und ein frühlingshaftes Programm. Organisation und Auskunft bei Mathilde Rau, Saseler Mühlenweg 60, 22395 Hamburg, Telefon (040) 6016460.



Insterburg – Mittwoch, 7. April, 13 Uhr, geplanter Vortrag eines Heimatdichters oder Videovortrag im Hotel Zum Zeppelin, Frohmestraße 123-125. Gäste sind herzlich willkommen. Nähere Informationen sind bei Manfred Samel, Telefon und Fax (040) 587585, zu bekommen.





Osterode – Sonnabend, 17. April, 15 Uhr, Treffen der Gruppe zum Spielnachmittag im Restaurant Rosengarten, Alsterdorfer Straße 562, Hamburg-Ohlsdorf. Der Frühling wird mit fröhlichen Liedern und einer gemeinsamen Kaffeetafel begrüßt. Der Eintritt ist frei.



Sensburg – Sonntag, 11. April, 14 Uhr, Treffen der Gruppe im Polizeisportheim, Sternschanze 4, 20357 Hamburg. Es gibt Osterüberraschungen. Gäste sind herzlich willkommen.

BEZIRKSGRUPPE

Billstedt – Dienstag, 6. April, 14.30 Uhr, Kulturveranstaltung der Gruppe im Café Winter, Möllner Landstraße 202, 22120 Hamburg, nahe Bahnstation U3 Steinfurter Allee. Gäste sind herzlich willkommen. Nähere Informationen bei Amelie Papiz, Telefon (040) 73926017.



HESSEN

Vorsitzende: Margot Noll, geb. Schimanski, Am Storksberg 2, 63589 Linsengericht, Telefon (06051) 73669.

Darmstadt – Sonnabend, 17. April, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im Luise-Büchner-Haus / Bürgerhaus Am See, Grundstraße 10 (EKZ), Darmstadt-Neu-Kranichstein. Nach der Kaffeetafel zeigt Gerhard Schröder Dias von einer Reise nach Nordostpreußen im September 2009.

Hanau – Mittwoch, 14. April, 15 Uhr, Treffen der Frauengruppe im Café Menges. – Sonnabend, 17. April, 15 Uhr, Jahreshauptversammlung mit Neuwahl in der „Sandelmühle“, Philipp Schleißnerweg 2a. Lm. Schulz wird die Gruppe zu Frühlingsliedern musikalisch begleiten. Dazwischen werden unterhaltsame Beiträge erzählt. Gäste sind herzlich willkommen.

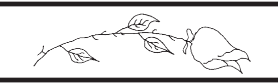
Kassel – Dienstag, 6. April, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im Restaurant Alt Süsterfeld, Eifelweg. Ab 15.30 Uhr hält Martin Dietrich vom Salzburger Verein einen Bericht über die Salzburger Emigranten (1632).

Wiesbaden – Dienstag, 13. April, 15 Uhr, Treffen der Frauengruppe im Haus der Heimat,

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 18

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 16

Fotos vom Rathaus der Kreisstadt Sensburg und des alten Sensburger Patrizierhauses „Ecke Bütow“ sowie der Evangelischen Kirche in Nikolaiken mit ihrem unverwechselbaren spitzen Turm. Der Entwurf zu dieser Kirche geht auf den großen preußischen Baumeister Karl Friedrich Schinkel zurück. Ein weiteres Foto, angebracht im Eingangsbereich, zeigt den Nikolaiker Marktplatz mit der eher zierlichen Skulptur des Stinthengstes. Die Aufnahmen stammen von Falk Möllenhoff, der von seinen zahlreichen Besuchen im Kreis Sensburg seit Jahren die schönsten Fotos mitbringt, die im Sensburger Heimatbrief veröffentlicht werden. Die beiden weiteren Fotos sind von Rolf W. Krause und erinnern an bedeutende Männer, die aus dem Kreis Sensburg stammen. Auf der Aufnahme von der Kruttinna in Alt Ukta, in deren Wasser sich der heimatliche Himmel spiegelt, ist im Hintergrund der großelterliche Hof des bekannten Fernsehjournalisten Klaus Bednarz zu sehen, auf dem anderen Bild das Geburtshaus des Dichters Ernst Wiechert in Kleinort. - Nach dem Gespräch über die Bilder fassten die drei Vertreter der Kreisgemeinschaft den Entschluss, eine Kopie der Patenschaftsurkunde, die im Treppenhaus des Remscheider Rathauses hängt, anfertigen und im Sensburg-Zimmer neben den neuen Farbfotos an die Wand hängen zu lassen.



Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 17

Wappensaal, Friedrichstraße 35, Wiesbaden. „Nun will der Lenz uns grüßen" lautet das Motto dieses beschwingten Frühlings-Nachmittags. – Sonnabend, 17. April, 15



Uhr, Jahreshauptversammlung im Haus der Heimat, großer Saal, Friedrichstraße 35, Wiesbaden. Die dreijährige Amtszeit des derzeitigen Vorstandes und der Kassenprüfer läuft aus. deshalb werden Neuwahlen erforderlich. Tagesordnung: Abstimmung über die Tagesordnung, Feststellung der Anwesenheit und des Stimmrechtes, Geschäftsbericht des Vorstandes, Bericht des Schatzmeisters und der Kassenprüfer, Aussprache, Entlastung des Vorstandes, Wahl des Wahlleiters, Wahl des Vorstandes und der Kassenprüfer, Verschiedenes.



NIEDERSACHSEN

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstraße 30b, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 4920. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinnis, Wittinger Straße 122, 29223 Celle, Telefon (05141) 931770. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

Göttingen – Dienstag, 13. April, 15 Uhr, Treffen der Frauengruppe in der „Junkernschänke", Barfüßerstraße 5. Motto: „Ostern in Ostpreußen". – Vom 25. Juni bis 3. Juli veranstaltet die Gruppe eine neuntägige Reise nach Masuren. Der Preis beträgt 399 Euro (110 Euro EZZ) und umfasst acht Übernachtungen mit HP in Hotels der Mittelklasse, eine Fahrt zum Sommerfest in Allenstein, einen Besuch der Feierlichkeiten zum 20-jährigen Bestehen der Deutschen Volksgruppe in Bischofsburg, eine Rundfahrt in Masuren sowie weitere Rundfahrten im Ermland. In den acht Übernachtungen sind jeweils Zwischenübernachtungen auf der Hin- und Rückreise enthalten. Zustiegsmöglichkeiten außerhalb von Göttingen sind Seesen, Salzgitter, Braunschweig und an der BAB 2 Richtung Berlin gegeben. Schriftliche Anmeldungen bis zum 31. März an Werner Erdmann, Holtenser Landstraße 75, 37079 Göttingen. – Sonnabend, 4. September, findet der alljährliche Ökumenische Gottesdienst in Friedland wieder statt.

Helmstedt – Donnerstag, 8. April, 8.30 Uhr, Treffen der Gruppe zur wöchentlichen Wassergymnastik im Hallenbad. Weitere Auskünfte erteilt Helga Anders, Telefon (05351) 9111. – Donnerstag, 8. April, 15 Uhr, Treffen der Gruppe in der Begegnungsstätte am Schützenwall 4. – Donnerstag, 15. April, 8.30 Uhr, Treffen der Gruppe zur wöchentlichen Wassergymnastik im Hallenbad. Weitere Auskünfte erteilt Helga Anders, Telefon (05351) 9111.

Hildesheim – Donnerstag, 8. April, 15 Uhr, Treffen der Gruppe in der „Bürgermeisterkapelle", Rathausstraße. Ostpreußischer Humor steht auf dem Programm.

Osnabrück – Dienstag, 13. April, 16.45 Uhr, Kegeln im Hotel Ibis, Blumenhaller Weg 152. – Freitag, 16. April, 15 Uhr, Treffen der Frauengruppe in der Gaststätte Bürgerbräu, Blumenhaller Weg 43. – Sonnabend, 17. April, 14 Uhr, Treffen der „Insterburger Teutonen" in der Gaststätte Bürgerbräu, Blumenhaller Weg 43, Osnabrück, zu einem gemütlichen Zusammensein. Alle aus Insterburg Stadt und Land stammenden sind herzlich eingeladen.

Rinteln – Donnerstag, 8. April, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im Hotel Stadt Kassel, Klosterstraße 42, Rinteln. Dr. Hans-Walter Butschke hält einen Vortrag: „Der Sternenhimmel vom Frühjahr bis zum Herbst". Mitglieder, Freunde und interessierte Gäste sind herzlich willkommen. Auskünfte zum Programm und zur landsmannschaftlichen Arbeit bei Ralf-Peter Wunderlich, Telefon (05751) 3071, oder Joachim Rebuschat, Telefon (05751) 5386. – Die Reise „Königsberger Provinz" im Mai ist restlos ausgebucht. Wer eventuell Interesse an einer ähnlichen Reise im nächsten Jahr hat, kann zur unverbindlichen Zusendung der Reiseankündigung Adresse und Telefonnummer an Joachim Rebuschat, Alte Todenmanner Straße 1, 31737 Rinteln, E-Mail: j.rebuschat@web.de, mitteilen.



NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Jürgen Zauner, Geschäftsstelle: Werstener Dorfstr. 187, 40591 Düsseldorf, Tel. (02 11) 39 57 63. Postanschrift: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Aachen – Sonnabend, 17. April, 15 Uhr, Treffen der Gruppe zum Frühlingsfest im Haus des Deutschen Ostens-Aachen, im Saal des Restaurants Franz, Franzstraße 74, gleich am Hauptbahnhof neben dem Marschiertor. Mit viel Spaß, Liedern aus Ostpreußen, gesungen aus vollem Herzen und vom Chor unterstützt, werden Sie wieder lachen und schmunzeln können. Freunde, Mitglieder, Verwandte und Mitglieder sind herzlich willkommen. Eintritt ist frei.

Bielefeld – Donnerstag, 8. April, 15 Uhr, Gesprächskreis der Königsberger und Freunde der ostpreußischen Hauptstadt in der Wilhelmstraße 13, 6. Stock. – Montag, 12. April, 15 Uhr, Treffen der Frauengruppe in der Wilhelmstraße 13, 6. Stock. – Donnerstag, 15. April, 15 Uhr, „Ostpreußisch Platt" in der Wilhelmstraße 13, 6. Stock. – Die Ostpreußische Mundharmonika-Gruppe trifft sich in unregelmäßigen Abständen. Informationen bei Bruno Wendig, Telefon (05241) 56933.

Bonn – Vom 14. bis 22. August plant die Gruppe eine neuntägige Reise nach Königsberg. Start ist in Bonn, Zustiege entlang der BAB Bonn–Köln–Dortmund–Hannover–Berlin sind nach Absprache möglich. Zwischenübernachtung im Großraum Posen. Weiterfahrt über Marienburg, Elbing, Frauenburg, Braunsberg, die polnisch-russische Grenze nach Königsberg. Ein interessantes Programm erwartet Sie. Reisepreis pro Person im DZ ab 40 Personen: 685 Euro (zuzüglich 50 Euro für das Visum), ab 30 Personen: 745 Euro (zuzüglich 50 Euro für das Visum), EZ-Zuschlag für die gesamte Reise beträgt 150 Euro. Anmeldungen bei Manfred Ruhnau, 53757 Sankt Augustin, Telefon (02241) 311395. Reiseunterlagen werden schnellstens zugeschickt.

Düren – Freitag, 16. April, 17 Uhr, Treffen der Gruppe im HDO.

Ennepetal – Donnerstag, 15. April, 18 Uhr, Treffen der Gruppe in der Heimatstube. Es gibt einen kleinen Imbiss.

Essen – Freitag, 16. April, 16 Uhr, Treffen der Gruppe in der Gaststätte Stern Quelle, Schäferstraße 17, 45127 Essen. Herr Kehren hält einen Vortrag: „Eindrücke von der Kurischen Nehrung 2009".

Gevelsberg – Freitag, 16. April, 16.15 Uhr, Treffen der Gruppe im Vereinslokal Keglerheim, Hagenerstraße 78.

Gütersloh – Montag, 12. April, 15 Uhr, Treffen vom Ostpreußischen Singkreis in der Elly-Heuss-Knapp-Schule, Moltkestraße 13. Kontakt und Informationen bei Ursula Witt, Telefon (05241) 37343. Anmeldung ist nicht erforderlich. Interessierte „Drosseln", die gerne singen, sind herzlich willkommen. Informationen bei Ursula Witt, Telefon (05241) 37343. – Montag, 19. April, 15 Uhr, Treffen vom Ostpreußischen Singkreis in der Elly-Heuss-Knapp-Schule, Moltkestraße 13. Kontakt und Informationen bei Ursula Witt, Telefon (05241) 37343.

Halter – Donnerstag, 8. April, 15 Uhr, Treffen der Gruppe.

Köln – Dienstag, 6. April, 14 Uhr, Treffen der Gruppe zum Heimatnachmittag im Kolpinghotel International, Helenenstraße 32, Köln. Gemeinsam feiert man ein wenig Ostern mit Bräuchen und das Frühlingserwachen. Im Mittelpunkt steht Heinz Erhardt. – Freitag, 23. April, 18.30 Uhr, IX. Preußische Tafelrunde im Kolpinghotel International, St. Apern-/Helenenstraße 32, Köln. Jürgen Kolbe hält einen Vortrag: „Preußens Glanz und Gloria oder Schimpf und Schande". Essen zur Wahl auf eigene Kosten bitte anmelden: 1. Zwei Schweinelendchen, Kräuterchampignon, Pommes und gemischten Salat (15,50 Euro), 2. Bunter Salat mit Thunfisch und Ei (8,50 Euro), 3. Rindergulasch mit Erbsen, Möhren und Spätzle (9,50 Euro), 4. Hühnerfrikassee mit Reis und kleinem gemischten Salat (9.50 Euro). Anmeldungen bei Taruttis, Telefon (0221) 791616, (0221) 22126645 (Mo. und Do.) oder Mobil: (0177) 5649427.

Leverkusen – Sonnabend, 17. April, 14 Uhr, Jahreshauptversammlung der Gruppe in der Gaststätte Kreuzbroich, Heinrich Lübke Straße 61. Nach der Berichterstattung aus allen Bereichen, findet eine gemeinsame Vesper statt. Anschließend folgt ein fröhlicher, kultureller Teil. eine Diskussion über die Tätigkeiten der Gruppe ist erwünscht.

Lüdenscheid – Vom 29. Mai bis 8. Juni führt die Gruppe eine elftägige Reise nach Ostpreußen durch. Die Reise geht in den südlichen und nördlichen Teil unserer Heimat bis auf die Kurische Nehrung nach Rossitten und auf Wunsch aller Teilnehmer auch nach Nidden und Schwarzort. Interessierte Landsleute und Gäste, die die Sehenswürdigkeiten unserer Heimat kennenlernen möchten, melden sich bitte umgehend bei Dieter Mayer oder Waltraud Lange, Telefon (02351) 81942 an.

Neuss – Sonntag, 18. April, 15 Uhr, Frühlingsfest mit Tanz, Vorträgen und einer Tombola im Marienhaus, Kapitelstraße 36, Neuss.

Viersen-Dülken – Sonnabend, 10. April, 15 Uhr, im „Dülkener Hof", Lange Straße 54, Gedenkveranstaltung zum 60-jährigen Bestehen der Gruppe und ihres Wirkens. Als Vertreter der Politik haben Ortsbürgermeister Michael Aach und der stellvertretende Bürgermeister Ozan Atakani ihr Kommen zugesagt. Sie werden auch ein Grußwort an die Anwesenden richten. Der Mundharmonikakreis der landsmannschaftlichen Gruppe Wesel, unter der Leitung von Kurt Koslowski, wird die Gedenkstunde musikalisch umrahmen. Gäste sind herzlich willkommen. Ein Kaffeegedeck kostet 4 Euro pro Person.

Wermelskirchen – Sonnabend, 10. April, 15.30 Uhr, Mitgliederversammlung mit Vorstandswahl, verbunden mit dem Frühlingsfest in der Gaststätte Centrale, Wermelskirchen. Einlass 15.30 Uhr, Beginn 16 Uhr. Freunde und Gönner der LM Ost- und Westpreußen sind herzlich willkommen. Für das leibliche Wohl gibt es Grützwurst und Frikadellen. Nach dem Essen ein kurzer Unterhaltungsteil. Anmeldungen umgehend unter den Telefon (02196) 5607 oder Telefon (02196) 4320.

Wesel – Sonnabend, 17. April, 17 Uhr, Frühlingsfest der Gruppe in der Heimatstube, Kaiserring 4, Wesel. Traditionelles Grützwurstessen und ein Frühlingsprogramm stehen für alle auf dem Plan. Anmeldungen bis zum 10. April bei Kurt Koslowski, Telefon (0281) 64227, oder Ursula Paehr, Telefon (0281) 1637230.



RHEINLAND-PFALZ

Vors.: Dr. Wolfgang Thüne, Wormser Straße 22, 55276 Oppenheim.

Mainz – Freitag, 9. April, 13 Uhr, Treffen der Gruppe zum Kartenspielen im Café Oase, Schönbornstraße 16, 55116 Mainz. – Don-

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 19

HÖRFUNK & FERNSEHEN

Freitag, 2. April, 8.15 Uhr, Phoenix: 100 Jahre – Der Countdown.
Freitag, 2. April, 19.10 Uhr, n-tv: Die Bismarck.
Freitag, 2. April, 20.15 Uhr, Arte: Nicht alle waren Mörder.
Freitag, 2. April, 21.50 Uhr, Arte: Das Geheimnis der Wolken – Ist der Klimawandel etwa nicht die Folge des CO_2-Ausstoßes?
Sonnabend, 3. April, 20.15 Uhr, Phoenix: ZDF-History – Das Geheimnis der ersten Christen.
Sonnabend, 3. April, 20.15 Uhr, ntv: Die Zensur der Bibel.
Sonnabend, 3. April, 0.00 Uhr, ZDF: Flags of Our Fathers – Die Schlacht um Iwo Jima.
Montag, 5. April, 19.30 Uhr, ZDF: Tod in Rom – Petrus der Fels.
Dienstag, 6. April, 20.15 Uhr, 3sat: Der Zweite Weltkrieg – Hitler unterwirft Europa (1/5).
Dienstag, 6. April, 20.15 Uhr, ZDF: Das Weltreich der Deutschen.
Mittwoch, 7. April, 20.15 Uhr, 3sat: Der Zweite Weltkrieg – Sterben für Hitler (2/5).
Mittwoch, 7. April, 20.15 Uhr, Arte: Starfigther – Mit Hightech in den Tod.
Mittwoch, 7. April, 21.05 Uhr, Phoenix: ZDF-History – Katharina die Große.
Donnerstag, 8. April, 20.15 Uhr, 3sat: Der Zweite Weltkrieg – Die Ungehorsamen (3/5).
Freitag, 9. April, 20.15 Uhr, 3sat: Der Zweite Weltkrieg – Verfolgt, verschleppt, vernichtet (4/5).
Freitag, 9. April, 21.30 Uhr, 3sat: Kolumbien – Sehnsucht nach Sicherheit.
Freitag, 9. April, 23.30 Uhr, ARD: Aghet – ein Völkermord. Der Genozid an den Armeniern im Osmanischen Reich.

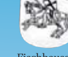












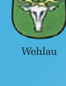








Allenstein Stadt · Allenstein-Land · Angerapp · Angerburg · Bartenstein · Braunsberg · Ebenrode · Elchniederung · Fischhausen · Gerdauen · Goldap · Gumbinnen · Heiligenbeil · Heilsberg · Heydekrug


Wehlau

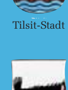

Treuburg


Tilsit-Ragnit



Deutschlandtreffen der Ostpreußen

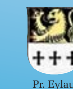


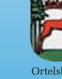

Tilsit-Stadt

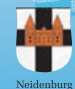
Insterburg Stadt / Land · Johannisburg · Königsberg Stadt · Königsberg Land



















Sensburg · Schloßberg · Rößel · Rastenburg · Pr. Holland · Pr. Eylau · Osterode · Ortelsburg · Neidenburg · Mohrungen · Memel Stadt / Land · Lyck · Lötzen · Labiau

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 18

nerstag, 15. April, Treffen der Frauengruppe im Café Zucker, Bahnhofsstraße 10. – Freitag, 16. April, 13 Uhr, Treffen der Gruppe zum Kartenspielen im Café Oase, Schönbornstraße 16, 55116 Mainz.

Neustadt an der Weinstraße – Sonnabend, 17. April, 15 Uhr, Treffen der Gruppe in der Heimatstube, Fröbelstraße 26. Es wird der Videofilm „Ostpreußens Pferde“ gezeigt in dem unter anderem die Pferdezucht nach dem Zweiten Weltkrieg thematisiert wird.



SACHSEN-ANHALT

Vors.: Bruno Trimkowski, Hans-Löscher-Straße 28, 39108 Magdeburg, Telefon (0391) 7331129.

Aschersleben – Mittwoch, 7. April, 14 Uhr, Treffen der Frauengruppe im „Bestehornhaus“.

Dessau – Montag, 12. April, 14 Uhr, Treffen der Gruppe im „Krötenhof“. Motto: „So feiern wir Ostern“.

Giersleben – Donnerstag, 8. April, 14 Uhr, Treffen der Frauengruppe in der „Alten Schule“.

Halle – Sonnabend, 10. April, 14 Uhr, Treffen der Ortsgruppe in der Begegnungsstätte der Volkssolidarität, Reilstraße 54. Mit Liedern, Gedichten und Geschichten wird der Frühling begrüßt.

Magdeburg – Dienstag, 6. April, 16.30 Uhr, Treffen des Vorstandes in der Gaststätte Post, Spielhagenstraße. – Freitag, 9. April, 16 Uhr, Singproben im TuS Neustadt.

Tangermünde – Busreise im Sommer 2010 nach Ostpreußen, ins Baltikum und nach St. Petersburg. Dr. Günter Lange plant auch in diesem Jahr wieder eine mehrtägige Reise, vom 9. bis 21. Juli 2010 wird es mit dem Bus über Ostpreußen nach Litauen, Lettland, Estland und Helsinki gehen. Von dort mit der Fähre nach Rostock. Jeweils ein bis zwei Tage Übernachtung sind geplant: in Danzig, Königsberg, Insterburg, Wilna, Riga, Reval, St. Petersburg mit Stadtführungen. Der Preis beträgt etwa 1300 Euro (Übernachtung, HP), abhängig von der Teilnehmerzahl. Nähere Auskünfte unter Telefon (039322) 3760. Es sind noch einige Plätze frei.



SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner. Geschäftsstelle: Telefon (0431) 554758, Wilhelminenstr. 47/49, 24103 Kiel.

Bad Oldesloe – Die Gruppe führte ihre Jahreshauptversammlung durch. Die Zweite Vorsitzende freute sich über die zahlreich erschienenen Mitglieder. Sie hielt Rückschau auf die Veranstaltungen des letzten Jahres, die auch immer gut besucht waren. bei jedem Treffen wurde ein anderes Thema behandelt. Mal ging es um die Köstlichkeiten der ostpreußischen Küche, um Reiseberichte von Marienwerder, Marienburg, Frauenburg und Masuren oder um Memel und das Kurische Haff. Die Gruppe unternahm Reisen, so unter anderem nach Sylt oder Eutin. Nach dem Kassenbericht, Prüfbericht und Entlastung des Vorstandes wurde Boris Makarowski als Schatzmeister wiedergewählt. Die Zweite Vorsitzende dankte dem Schatzmeister für die vorbildlich geleistete Arbeit und gratulierte zur Wiederwahl. Außerdem dankte sie für die Kassenprüfung und den Prüfbericht. Geburtstagskind des Monats war Erika Mosel. Bei Fleck und Erbsensuppe gab es gute Gespräche bis zum Ausklang des Nachmittages. Beide Gerichte waren wieder gut zubereitet.

Fehmarn – Die Erste Vorsitzende Ilse Meiske konnte auf der diesjährigen Jahreshauptversammlung wieder zahlreiche Mitglieder begrüßen. Als Gäste begrüßte sie Ingo Gadechens, MdB-CDU, den Landesgruppenvorsitzenden Edmund Ferner, den Vorsitzenden der Gruppe Eutin Edwin Falk, den Bürgermeister und Vorsitzenden der Gruppe aus Schönwalde a. B Hans-Alfred Plötner, den Vorsitzenden des Heimat- und Museumvereins Reiner Rahlf und den Vorsitzenden des Marinevereins Hannes Norenz. In ihrem Jahresbericht blickte die Vorsitzende und die Kulturreferentin Ina Naujok, zugleich Vorsitzende der monatlichen Treffen, zu denen im Durchschnitt 40 Personen kommen, auf ein arbeitsreiches Jahr zurück. Herausragende Veranstaltungen waren der Ausflug nach Sonderburg (Dänemark) und Umgebung, die Theaterfahrt zur „Dittchenbühne“ nach Elmshorn, das traditionelle Königsberger-Klops-Essen mit 90 Teilnehmern und die ostdeutsche Adventsfeier. Schatzmeister Siegfried Tamkus bestätigte dem Verein eine gesunde Kassenlage. Kassenprüfer waren Karin Klatt und Karl-Heinz Lorenz, die turnusgemäß von Hella Jördens und Hartwig Mackeprang abgelöst wurden. Die Bezirksfrauen Ina Naujok, Ute Tamkus, Brunhilde Malchow, Waltraut Kirchner und Dorothea Johannsen wurden in ihren Ämtern bestätigt, ebenso Schriftführerin Brigitte Christensen und Schatzmeister Siegfried Tamkus. Zum Ersten Vorsitzenden und somit Nachfolger von Ilse Meiske, die nicht wieder kandidieren wollte, wurde Jochen Gawehns. Seine Stellvertreterinnen wurden Ingelore Spaeht und Karin Klatt.

Kiel – Die Ostpreußen-Hilfsgemeinschaft Kiel e. V. hat auf ihrer Jahreshauptversammlung am 18. März in Kiel ihre Auflösung als rechtsfähiger eingetragener Verein beschlossen. Zum Liquidator wurde Regierungsdirektor a. D. Fritjof Berg bestellt. Die Mitglieder und Freunde der bisherigen Ostpreußen-Hilfsgemeinschaft Kiel treffen sich als ostpreußisch-landsmannschaftliche Vereinigung ohne Rechtsform weiterhin an jedem dritten Donnerstag im Monat um 15 Uhr im Haus der Heimat in Kiel, Wilhelmstraße 47/49. Die erste Zusammenkunft findet dort am Donnerstag, 15. April, 15 Uhr, statt. Ansprechpartnerin der Vereinigung, die sich den Namen Ostpreußen-Gemeinschaft in der Landesgruppe Schleswig-Holstein der Landsmannschaft Ostpreußen gegeben hat, Margarete Beyer im Haus der Heimat, Telefon 554758, Mo-Do 9 bis 12 Uhr.

Mölln – Die Mitglieder und Gäste der Gruppe kamen zusammen, um sich gemeinsam auf den Frühling einzustimmen. Dazu verhalf ihnen der Singkreis LAB, der Lieder und Gedichte vortrug. Bei bekannten Texten wurde kräftig mitgesungen. Agnes Miegels Gedicht „Heimweh“, das sie als junges Mädchen in England verfasst hatte, gab der Chor in einer vertonten Fassung wieder. Elsbeth Reinisch sprach ein „Gedicht einer Masurin“ und auch einen Text von Agnes Miegel. Monika Palis sagte ein Gedicht zu Ostern auf. Goethes „Osterspaziergang“ wurde von Irmingard Alex gesprochen, die außerdem einen lustigen Text über die „Königsberger Fischweiber“ und die heitere „Liebesgeschichte“ von Siegfried Lenz vorlas. Dieser Wechsel von Lied- und Textvorträgen ließ die Gäste ein paar unterhaltsame Stunden erleben. Hervorzuheben ist dabei der Chorgesang, der unter der Leitung von Rita Küster stand.

Neumünster – Mittwoch, 14. April, 15 Uhr, Treffen zu einem literarischen Masuren-Nachmittag der Gruppe im Restaurant am Kantplatz. Hajo Westphal liest aus den „Masurischen Geschichten“, „So zärtlich war Suleyken“ von Siegfried Lenz vor und berichtet über Leben und Werk des bekannten Dichters aus Lyck. – Anfang März fand die Jahreshauptversammlung der Gruppe statt. Die Erste Vorsitzende, Brigitte Profé, konnte wieder viele Mitglieder und Gäste begrüßen. Nach der traditionellen Gratulation der Geburtstagsmitglieder – Hilda Orczeck war persönlich anwesend – wurde das von ihr gewünschte Lied gesungen. Zum Gedenken an die im vergangenen Jahr verstorbenen Mitglieder erhoben sich alle von Ihren Plätzen. Brigitte Profé führte die Totenehrung durch und verlas die Namen der verstorbenen Mitglieder: Margot Bleiss, Eva Sakautzki, Hildegard Dlugokinski, Hildegard Podzuhn, Frieda Ott, Ruth Schwittek, Rosa Klingenhoff. Nachfolgend gab die Erste Vorsitzende und Schriftführerin Brigitte Profé mit ihrem Jahresbericht einen Überblick über die Aktivitäten des vergangenen Jahres. Es war ein gutes Jahr für die Kreisgruppe, stets gut besucht, das Programm vielseitig und abwechslungsreiche Veranstaltungen wurden geboten. Dann folgte der Kassenbericht. Die Kassenwartin Renate Gnewuch gab einen ausführlichen Bericht über das Geschäftsjahr 2009 und dankte den Spendern für Gelder, die neben den Beiträgen eingingen. Da die Kassenprüfung durch die Kassenprüfer Horst Lessing und Erika Hintze ohne Beanstandung erfolgt war, beantragten sie Entlastung für den gesamten Vorstand. Diesem Antrag wurde einstimmig entsprochen. Joachim Wenk wurde als Erster neuer Kassenprüfer vorgeschlagen. Er nahm das Amt an. Anschließend wurden Heimatlieder geübt für den „Tag der Heimat“ am 8. August 2010 in der Stadthalle. Die Gruppe gestaltet den kulturellen Teil. Ein gemütlicher und interessanter Nachmittag endete mit einem Gedicht „Die Reithose“ von Börries von Münchhausen.

Pinneberg – Sonnabend, 17. April, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im VfL-Heim, Fahltskamp 53. Der Landesvorsitzende Edmund Ferner hält einen Vortrag: „Was ist Deutschland – Deutsche Nationalhymne“. Anmeldungen bei Frau Schmidt, Telefon (04101) 62667, oder Frau Kieselbach, Telefon (04101) 73473.

Uetersen – Auf dem Treffen der Gruppe konnte der neu gewählte Vorsitzende Joachim Rudat 23 Mitglieder und Gaste begrüßen, die an einem Vortrag von Stephan Ehmke über die Geschichte des Landesteils Dithmarschen interessiert waren. Nach Abwicklung der üblichen Regularien und der gemütlichen Kaffeestunde begann der Referent anhand einer großen Landkarte den Landesteil Dithmarschen in Schleswig-Holstein darzustellen. In diesem Landesteil leben Menschen, die schon immer wussten, was sie wollten und die jede Fremdherrschaft ablehnten. Ihre Unabhängigkeit ging ihnen über alles. Das bewiesen sie in der Schlacht bei Hemmingstedt am 17. Februar 1500, als sie mit 6000 Mann gegen eine Übermacht von 30 000 Landsknechten und Rittern ihre Freiheit verteidigten. Mithilfe der natürlichen Beschaffenheit des Landes gelang es ihnen dieses große Heer vernichtend zu schlagen. Daher rührt auch noch der Spruch: „Wohr di, Gard’- De Buur de Kümmt“. Auch heute noch bewiesen sie Ihren Willen zur Unabhängigkeit, indem sie die geplante Gebietsreform zur Fusionierung mit anderen Landesteilen ablehnten. Der Referent erläuterte die Geschichte nicht bis zur Gegenwart, sondern konzentrierte sich auf das Ende der Bauernrepublik 1227–1559. Er beschrieb den langen Weg der Dithmarscher von der Geest zur Marsch. Für diesen interessanten Vortrag erntete er viel Applaus. Anschließend bedankte sich der Vorsitzende im Namen aller Besucher beim Referenten für diesen Einblick in die Geschichte der Dithmarscher und wünschte allen einen guten Heimweg.

Alle – auf den Seiten »Glückwünsche und Heimatarbeit« – abgedruckten Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

Frühjahrs-Stickseminar

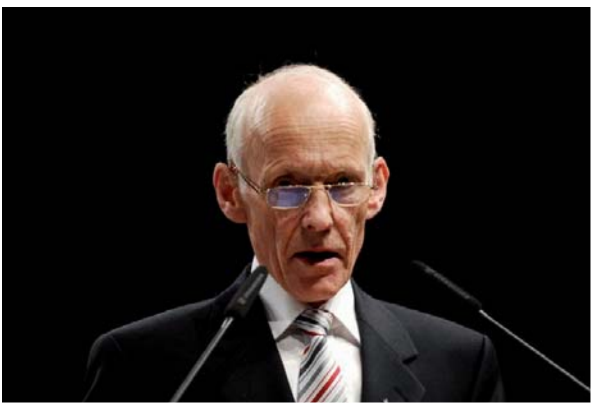
Bad Pyrmont – Das Ostheim bietet auch in diesem Jahr wieder ein Frühjahrs-Stickseminar im Ostheim in Bad Pyrmont an. Für alle Interessierten werden die Techniken Hardanger-, Hohlsaum-, Ajour-, Weiß- und Schwarzsticken einschließlich Nadelspitzen von einer ausgebildeten Seminarleiterin zum Erlernen oder Vertiefen angeboten. Das dreitägige Seminar beginnt am Montag, 19. April, 16 Uhr, mit der Einführung und endet am Donnerstag, 22. April, nach dem Mittagessen (gegen 12 Uhr). Der Komplettpreis für dieses Seminar beträgt 174 Euro im DZ, 192 Euro im EZ und beinhaltet Vollpension und die Seminargebühr (ohne Material). Notwendige Materialien können zu dem Seminar bei der Seminarleiterin vor Ort erworben werden. Die Jugendbildungs- und Tagungsstätte Ostheim liegt direkt in der Kurzone von Bad Pyrmont, wenige Minuten vom Kurpark und dem Schloß mit seinen wiedererrichteten Wehranlagen, entfernt. Direkt gegenüber dem Haus befinden sich das Hallenwellen- und Freibad und ein öffentlicher, kostenloser Parkplatz. Die Zimmer haben fließend Wasser warm/kalt, teilweise Balkon. Die modernen Sanitäreinrichtungen befinden sich auf den Etagenfluren.

Die Anmeldeunterlagen fordern Sie bitte an bei: Ostheim - Jugendbildungs- und Tagungsstätte, Parkstraße 14, 31812 Bad Pyrmont, Telefon (05281) 93610, Fax (05281) 936111, Internet: www.ostheim-pyrmont.de, E-Mail: info@ostheim-pyrmont.de

Ostpreußen – Was ist das?

Hamburg – Die Landsmannschaft Ostpreußen hat die Broschüre „Ostpreußen – Was ist das?“ auf Grund der großen Nachfrage neu drucken lassen. Die Broschüren werden gegen eine Schutzgebühr von 0,50 Euro pro Exemplar zuzüglich Verpackung und Versand abgegeben. Bei Bestellungen ab 50 Exemplaren liegt der Preis bei 0,40 Euro pro Broschüre und bei Bestellungen ab 100 Exemplaren bei 0,30 Euro pro Broschüre.

Bestellungen nimmt entgegen: Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Ute Vollmer-Rupprecht, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 4140080, Fax (040) 41400819, E-Mail: vollmer@ostpreussen.de







Ein Preuße vom Scheitel bis zur Sohle

Zum 70. Geburtstag des Sprechers der Landsmannschaft Ostpreußen Wilhelm v. Gottberg – Von Wolfgang Thüne

Die Ostpreußen gratulieren ihrem Sprecher und sagen Wilhelm von Gottberg anlässlich seines Geburtstages am 30. März 2010 vor allem Dank. Sie danken ihm von ganzem Herzen für seine aufopferungsvolle, pflichtbewusste wie unermüdliche Arbeit im Dienste seiner Heimat wie zum Wohle der Landsmannschaft Ostpreußen. Vertrieben als knapp Fünfjähriger hat er aus seinem Heimatboden noch genügend Kraft ziehen können, die unabdingbar notwendig ist, um die Landsmannschaft zu führen, die zahlreichen politischen Klippen zu umschiffen wie die zwischenmenschlichen Eiszeiten zu bestehen und zu überdauern.

Wilhelm von Gottberg hat in der denkbar ungünstigsten Zeit mit rauer See das Kommando über das Schiff „Landsmannschaft Ostpreußen“ übernommen. Die Lehrzeit des späteren Kapitäns war nur kurz. Seit dem Jahre 1974 widmet er sich der Vertriebenenarbeit. Wer zu dieser Zeit noch den Mut dazu aufbrachte, musste gewiss sein, stets gegen den Zeitgeist ankämpfen und sich als Ewig-Gestriger wie Revanchist, ja Faschist beschimpfen lassen zu müssen. Infolge der Entspannungspolitik der Großmächte USA und UdSSR ab 1966 wie der „neuen Ostpolitik“ unter Willy Brandt ab 1969 hatte der Zeitgeist seine Richtung gewechselt und wehte den Vertriebenen eisigkalt ins Gesicht. Vorbei war die Zeit mit der 62er Parole von Brandt, Ollenhauer und Wehner „Verzicht ist Verrat“.

In der Landsmannschaft Ostpreußen selbst war Wilhelm von Gottberg seit 1987 aktiv, als Vorsitzender der Landesgruppe Niedersachsen und damit Mitglied der Ostpreußischen Landesvertretung, dem ostpreußischen Exilparlament. Im Jahre 1989 wurde er Mitglied des Bundesvorstandes und 1990 stellvertretender Sprecher. Seit 1992 nun ist er ununterbrochen Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen und damit „Ministerpräsident“. Diese Jahre waren erneut Schicksalsjahre, die zu überstehen ein enormes Selbstbewusstsein, einen unbändigen Selbstbehauptungswillen und einen tiefen Glauben an die Kraft von Recht und Gerechtigkeit in einem demokratischen und sozialen Rechtsstaat erfordern.

Der Zusammenbruch des Sowjetimperiums stand an und damit die Frage der „deutschen Einheit“. Das Deutsche Reich war nie untergegangen und bestand auch nach dem Willen aller Siegermächte in den Grenzen vom 31. Dezember 1937 fort. Sollte die „Einheit“ unter Wahrung der Normen des Völkerrechts geschehen oder verträglich unter Anpassung an die Macht des Faktischen, den provisorischen Unrechtszustand? Wilhelm von Gottberg wie der gesamte Bundesvorstand entschieden sich für den Weg „Recht und Gerechtigkeit“, wie ihn Immanuel Kant 1795 in seiner Schrift „Zum ewigen Frieden“ vorgezeichnet hatte. Dies war und wurde ein dornenreicher Weg, auch verbandsintern. Er kostete viel Kraft und Mühen und zehrte an der Substanz. Kritik kam von außen und innen. Dennoch hielt das Schiff „Ostpreußen“ Kurs und fuhr weiter mit vollen Segeln. Dies ist vor allem dem Kapitän und seiner Mannschaft zu danken. Wilhelm von Gottberg ist nicht nur der an Jahren dienstälteste, er ist unter dem Strich auch der erfolgreichste Sprecher. Wir würdigen dies mit aufrichtigem Dank!

> »Dem Sturm der Zeit« aufrecht die Stirn zu bieten ist eine Frage des Charakters

Wilhelm von Gottberg wurde am 30. März 1940 als Sohn des Rittergutbesitzers Heinrich von Gottberg und seiner Ehefrau Gertrud geb. Freiin von der Goltz in Groß Klitten, Kreis Bartenstein, geboren. Im Januar 1945 musste das Rittergut, das seit 1817 in Besitz der Familie war, vor dem Einmarsch der Roten Armee fluchtartig aufgegeben werden.

Die heimatlichen Wurzeln wurden gewaltsam gekappt und wie Millionen andere musste auch die Familie von Gottberg diesen Schicksalsschlag bewältigen und ein „neues Leben“ in der Fremde aufbauen. Dies war mit vielen Strapazen verbunden, hat aber unserem Jubilar die Kraft gegeben, um auch heute dem Sturm der Zeit aufrecht die Stirn zu bieten.

Wilhelm von Gottbergs Tätigkeit beschränkt sich nicht nur auf die Rolle des Sprechers. In Wahrung seiner Aufgabe, das kulturelle Erbe Ostpreußens zu wahren, seinen historischen Fundus zu pflegen und vor Geschichtsklitterungen zu schützen, übt er weitere Funktionen aus. Er ist Vorsitzender der Stiftung Zukunft für Ostpreußen wie der Ostpreußischen Kulturstiftung. Er ist Vorstandsmitglied im Trägerverein Ostpreußisches Jagd- und Landesmuseum in Lüneburg, der Bruderhilfe, des Ostheims, der Stiftung Ostpreußen wie der Gierschke-Dornburg-Stiftung. Weiter ist er Mitglied im Präsidium des Bundes der Vertriebenen und seit 2008 Präsident der Generalversammlung der Europäischen Union der Flüchtlinge und Vertriebenen mit Sitz in Triest/Italien.

All diese Tätigkeiten erfordern Ausdauer, Disziplin, Einsatz, Kraft, Vertrauen und vor allem Gesundheit wie die Unterstützung durch die Familie. Gesundheit vor allem wünschen wir Wilhelm von Gottberg, damit er noch viele Jahre im Kreise seiner Familie wie der Familie Ostpreußen wirken kann. Diese Verdienste ihres Sprechers hat die Landsmannschaft Ostpreußen bereits 2005 besonders gewürdigt mit der größten Anerkennung, die sie zu vergeben hat, – dem Preußenschild!

Speisefisch · die erste Frau (A. T.) · grafischer Produktionsbetrieb · englische Prinzessin · Gericht mit Fleischstücken · großer Greifvogel · Wasserfläche innerhalb e. Atolls · Wasser zum Stillstand bringen · griechischer Göttervater · Fluss zum Rhein · bindender Auftrag · rhythm. betonter Jazz (Kzw.) · tapfer, frei von Furcht · brasilianische Fußballlegende · Metallstrang, -faden · ein Arzneimittel schlucken · Wand-, Ofenplatte · eine Zahl · Vertiefung im Boden · Leichtmetall (Kzw.) · Musik: anschwellend · Regelverstoß beim Sport · norweg. Polarforscher (Fridtjof) · australischer Laufvogel · Fluss zum Don · gießen · am Tagesende · Meerenge der Ostsee · oberer Hausabschluss · Zahlen nach unten glätten · vornehm; großzügig · Wursthaut · Anzeige, Ankündigung (Wirtsch.) · Vater und Mutter · an dieser Stelle, an diesem Ort · Frauenfigur aus „Fidelio“ · sich abmühen (sich …) · Luftkurort im Odenwald · bedauerlicherweise · Stadt in Israel · Pyrenäenbewohner · engl. Adelstitel: Graf · Teil eines Ganzen · Begriff beim Kartenspiel · ein Südamerikaner · Ausruf der Verwunderung · Haremswächter · Zierlatte · schmaler Spalt; Schramme · kleiner Rhododendron · schwer auf jemandem liegen · früherer äthiopischer Titel · besitzanzeigendes Fürwort · Morgenland · österr. Autorin, Pazifistin (Bertha v.) · Ausbildungszeit (Beruf) · mithilfe · ungefähr, annähernd · dt. Dichter (Hermann) · mengenmäßiger Anteil · von gewaltiger Größe · Kellner · Hautsalbe · einerlei; gleichartig · Sportbekleidungsstück · faul; langsam · nicht nutzbare Pflanze · Zeichentinte · Fragewort · Pelztier, Marderart · Weg des Motorkolbens · strahlen, spiegeln · Raubkatze · musikalisches Werk · kurzer Strumpf · griechische Göttin · Herrendienst, Pflichtarbeit · Fenstervorhang · Verbrauch, Verzehr · weiblicher Wassergeist · nordischer Hirsch, Elch · Moderichtung (engl.) · lettische Hauptstadt · Einsteller, Steuergerät · früher als · prüfen, testen · kurz für in dem · Abk. für Blatt (Papier) · verehrtes Vorbild · Farbton · römischer Kaiser · ostasiatisches Brettspiel · Schallplattenautomat · dem Euter Milch entziehen · Göttertrank; Blütensaft

PAZ10_13

So ist's richtig:

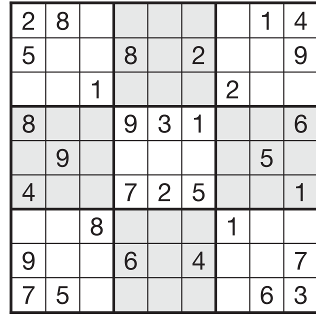
Diagonalrätsel: 1. Lawine, 2. Misere, 3. Einbau, 4. Bissen, 5. Heuler, 6. Nacken – Linsen, Erbsen

Kreiskette: 1. Leinen, 2. Selene, 3. Lenker, 4. Gerede, 5. Regent – Nieselregen

Sudoku:

2	8	9	3	6	7	5	1	4
5	7	4	8	1	2	6	3	9
3	6	1	5	4	9	2	7	8
8	2	5	9	3	1	7	4	6
1	9	7	4	8	6	3	5	2
4	3	6	7	2	5	9	8	1
6	4	8	2	7	3	1	9	5
9	1	3	6	5	4	8	2	7
7	5	2	1	9	8	4	6	3

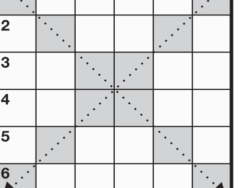
Sudoku



2	8						1	4
5			8		2			9
		1				2		
8			9	3	1			6
	9						5	
4			7	2	5			1
		8				1		
9			6		4			7
7	5						6	3

Lösen Sie das japanische Zahlenrätsel: Füllen Sie die Felder so aus, dass jede waagerechte Zeile, jede senkrechte Spalte und jedes Quadrat aus 3 mal 3 Kästchen die Zahlen 1 bis 9 nur je einmal enthält. Es gibt nur eine richtige Lösung!

Diagonalrätsel



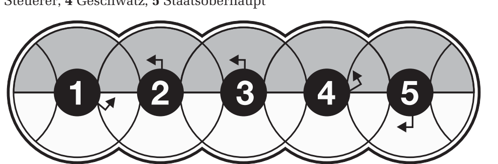
Wenn Sie die Wörter nachstehender Bedeutungen waagerecht in das Diagramm eingetragen haben, ergeben die beiden Diagonalen zwei Hülsenfrüchte (Mehrzahl).

1 stürzende Schneemassen
2 Elend, Notlage
3 nachträgliche Montage
4 Happen
5 junger Seehund
6 hinterer Teil des Halses

Kreiskette

Die Wörter beginnen im Pfeilfeld und laufen in Pfeilrichtung um das Zahlenfeld herum. Wenn Sie alles richtig gemacht haben, nennen die elf Felder in der oberen Figurenhälfte eine Niederschlagsform.

1 Flachsfaser; Gewebeart, 2 griechische Mondgöttin, 3 Steuervorrichtung, Steuerer, 4 Geschwätz, 5 Staatsoberhaupt



Manchmal sogar ein Esel

Wanderausstellung: Seit 60 Jahren unterstützt das Hilfswerk »Kirche in Not« weltweit Geistliche mit Fahrzeugen

Das Hilfswerk „Kirche in Not“ ist in mehr als 140 Ländern tätig, in denen die Kirche verfolgt wird oder nicht genügend Mittel für ihre seelsorgerischen Aufgaben hat. Hilfreich dabei ist die Aktion „Fahrzeuge für Gott“, der eine Ausstellung gewidmet ist.

Pfarrer Ervin Szabó ist überglücklich, als er einen funkelnagelneuen VW „Fox“ übernimmt. 1200 Kilometer ist er dafür von Großwardein (Oradea) in Rumänien bis nach Singen an den Bodensee gefahren. Das Ehepaar Wolfgang Löhr und Maria Löhr-Lukas hatte bei einem Spiel seiner Tageszeitung mitgemacht und den Wagen gewonnen. Behalten wollten sie den Pkw nicht, sondern an Bedürftige verschenken. Sie wandten sich an das Hilfswerk „Kirche in Not“ und baten um Vorschläge, wie man das Auto am nützlichsten weiterverschenken könne. Den Mitarbeitern kam dabei Pfarrer Szabó in den Sinn. Seine Aufgabe ist die geistliche Leitung eines katholischen Gymnasiums in Großwardein, nur zehn Kilometer von der ungarischen Grenze entfernt. Außerdem kümmert er sich noch um die Seelsorge und die Jugendarbeit in einigen Dörfern rund um die Stadt.

»Speckpater« Werenfried half den Vertriebenen

Bisher musste er für diese Aufgabe täglich etwa 60 Kilometer per Anhalter fahren. Von der Gutmütigkeit der anderen Autofahrer hing es also ab, ob in den Orten um Oradea eine Heilige Messe gefeiert werden konnte oder nicht. Auch die Jugendlichen der Dörfer profitieren von dem neuen „Fahrzeug für Gott“, denn kleine Ausflüge in die Stadt werden nun deutlich einfacher. „Wir müssen die Jugendlichen in die Kirchen holen – weg von der Straße“, betont Pfarrer Szabó. „Das schaffen wir nur, wenn wir ständig bei ihnen sind.“

Aus Anlass des 60-jährigen Bestehens der Aktion „Fahrzeuge für Gott“ ist derzeit eine Wanderausstellung zu diesem Thema in der Filiale der Liga-Bank in Dresden zu sehen. Diese Aktion hatten Pater Werenfried und das Hilfswerk „Ostpriesterhilfe“ 1950 ins Leben gerufen, um Priester mit Fahrzeugen zu versorgen, damit sie ihre seelsorgerischen Aufgaben auch in entlegenen Gebieten wahrnehmen konnten.

Am 17. Januar 1913 wurde Philippus van Straaten im niederländischen Mijdrecht als Sohn eines Lehrers geboren. 1934 trat er bei den Prämonstratensern im belgischen Tongerlo ein. Eine Tuberkuloseerkrankung verhinderte allerdings seinen Einsatz in der Mission, und so wurde er Sekretär des Abtes. Philipp, der inzwischen den Ordensnamen Werenfried (Wahrer des Friedens) erhalten hatte, wurde 1940 zum Priester geweiht.

Nach dem Zweiten Weltkrieg bat Papst Pius XII. den Ordensgeneral der Prämonstratenser, den Deutschen in ihrem völlig zerstörten Land zu helfen. Ein Hilferuf, der schließlich Werenfried erreichte. Er organisierte eine Aktion für die 3000 heimatvertriebenen katholischen Priester aus dem deutschen Osten und ihre sechs Millionen Gläubigen. In unzähligen Predigten und Briefen rief Werenfried zur Hilfe für die Vertriebenen und Flüchtlinge aus dem deutschen Osten auf. Die flämischen Bauern hatten aber oft nicht viel mehr als ihr Vieh, und so kam Werenfried auf die Idee, sie um nicht zu kleine Stücke Speck zu bitten. Schon bei der ersten Sammlung kamen 28 Zentner Speck zusammen. Bald rollten ganze Lastzüge in die deutschen Flüchtlingslager und Pfarreien.

Auch eine andere Idee des mittlerweile als „Speckpater“ bekannten Werenfried war ein voller Erfolg. Er gewann Zehntausende flämischer Schulkinder dafür, Rucksackpriester zu „adoptieren“. Die zogen damals durch Deutschland, um sich ihrer vertriebenen Landsleute anzunehmen. 3000 Schulen und Schulklassen schenkten ebenso vielen Priestern jahrelang ihr Taschengeld, ihr Gebet und den Trost ihrer Kinderbriefe. Später konnten die Rucksackpriester sogar mit Motorrädern ausgestattet werden, damit sie ihren Aktionsradius erweitern konnten.

1950 begann die so genannte Kapellenwagen-Aktion. 35 umgebaute holländische Autobusse (jeder einzelne 14 Meter lang, drei Meter hoch und fünf Tonnen schwer) dienten als Kapellen, boten Schlafraum für die Besatzung sowie Raum für ein Lebensmittel- und Kleiderlager.

In den folgenden Jahrzehnten weitete „Kirche in Not“ die motorisierte Unterstützung für die weltweite Seelsorge immer mehr aus. Priester, Ordensschwestern und Laien in entlegenen Gebieten wurden mit Autos, Booten, Motorrädern, Fahrrädern und manchmal sogar Eseln ausgestattet, um ihre pastoralen Aufgaben erfüllen zu können. 1952 begann die Ostpriesterhilfe der verfolgten Kirche im kommunistischen Machtbereich mit Predigten in Deutschland, Österreich und der Schweiz zu helfen. Ab 1953 half man Flüchtlingen aus Ungarn und Polen, ein Jahr später arabischen Flüchtlingen in Israel.



Hilfe bewegt: Motorisierte Ordensschwestern auf dem Weg zu ihrem Einsatz. Bild: Kirche in Not

Papst Johannes XXIII. bat Pater Werenfried auch um Hilfe für Lateinamerika, Afrika und Asien. 1964 wurde sein Werk kirchenrechtlich anerkannt, einige Jahre später erhielt es den Namen „Kirche in Not / Ostpriesterhilfe“.

Bis 1983 wurden 40 brasilianische Diözesen im Amazonasgebiet mit mehr als 300 ehemaligen Militärlastwagen aus der Schweiz als Transportmittel unterstützt, „Kriegsfahrzeuge im Dienst der Liebe, des Friedens und der Gerechtigkeit“, so Pater Werenfried.

Bald unterstützte man Erdbebenopfer in Guatemala, Boat-People in Vietnam, Flüchtlinge aus Laos und Kambodscha in Thailand, Notleidende auf den Philippinen und in Malaysia. In Deutschland ist auch heute noch das „Beichtmobil“ unterwegs – ein zum Beichtstuhl umgebauter VW-Bus, in dem katholische Geistliche Seelsorgegespräche anbieten. Nach dem Beispiel der Kapellenwagen wurden zwei Kapellenschiffe für orthodoxe Christen auf der Wolga und dem Don finanziert. – Pater Werenfried starb am 31. Januar 2003 in Bad Soden. Die Wanderausstellung würdigt nicht zuletzt auch seine Leistung. *Silke Osman*

Die Ausstellung in der Liga-Bank in Dresden ist bis zum 15. April montags bis freitags von 8.30 Uhr bis 12 Uhr, montags von 13 Uhr bis 18 Uhr, dienstags bis donnerstags von 13 Uhr bis 16 Uhr geöffnet. Anschließend ist die Ausstellung vom 20. April bis 18. Mai in der Liga-Bank Passau, Domplatz 6, vom 20. Mai bis 18. Juni in der Liga-Bank Freiburg, Herrenstraße 34, und vom 22. Juni bis 21. Juli in der Liga-Bank Augsburg, Jesuitengasse 21, zu sehen.

Postbote Gottes und Zeuge der Auferstehung

Der Apostel Matthias war einer der besten Schüler Jesu und wurde nach Ostern in den Kreis der Apostel gewählt

Der Apostel Matthias zählt zu den weniger bekannten Männern der ersten Stunde der Kirche. Doch seine Lebensgeschichte ist aufregend genug. Er war einer der besten Schüler Jesu zur Zeit seines irdischen Wirkens als Wanderprediger, begegnete persönlich dem auferstandenen Herrn und wurde nach Ostern in den Kreis der zwölf Apostel nachgewählt. Erfolgreich wirkte er als Missionar in vielen Ländern. Sein Grab befindet sich in Trier, übrigens das einzige Apostelgrab nördlich der Alpen.

Matthias kam nach dem Selbstmord des Judas Iskariot in den Führungskreis der zwölf ersten Apostel, der von Jesus geschulten und beauftragten Gründer der weltweiten Kirche. Im Bericht der biblischen Apostelgeschichte über die Wahl von Matthias heißt es etwas kompliziert: "Einer von den Männern, die die ganze Zeit mit uns zusammen waren, als Jesus, der Herr, bei uns ein und aus ging, angefangen durch die Taufe durch Johannes bis zu dem Tag, an dem er von uns ging – einer von diesen muss nun zusammen mit uns Zeuge seiner Auferstehung sein“ (Apg 1,21 f.).

Hohe Aufgabe in der Urkirche

Matthias war also in zweierlei Hinsicht für seine hohe Aufgabe als Apostel der Urkirche besonders qualifiziert. Erstens hatte er Jesus drei Jahre lang persönlich erlebt. Er war bei allen Wundern und Predigten Jesu, die wir heute in der Bibel lesen, selbst dabei. Zweitens sah er mit eigenen Augen, was Ostern geschah: Die furchtbare Kreuzigung Jesu und das Erdbeben zu seiner Todesstunde, die unglaubliche Auferstehung drei Tage später und schließlich die Ausgießung des Heiligen Geistes zu Pfingsten. Matthias war einer derjenigen, die schließlich „Feuer und Flamme“ für den christlichen Glauben waren und ihn auch unter Gefahr des eigenen Lebens verbreiten wollten.

Genau das tat Matthias dann rund 30 Jahre lang. Er reiste als Gesandter – das meint das Wort Apostel – in viele Länder. Als Postbote Gottes trug er sozusagen himmlische Nachrichten aus. Seine einfache aber umwerfende Botschaft: Mit dem Tod ist nicht alles aus, wie viele bis heute „glauben“. Im Gegenteil: Mit dem Tod, so die apostolische Botschaft, beginnt für Christen ein neues und aufregendes, das auferstandene Leben. Wer Jesus in diesem Leben treu nachfolgt, der kann in einem zukünftigen Leben die „Krone des Lebens“ erhalten. „Ich lebe und Ihr sollt auch leben!“, verspricht Jesus im Johannesevangelium.

Matthias wurde Zeit seines Lebens nicht müde, als Postbote Gottes zu arbeiten. Früheste Überlieferungen aus dem 1. und 2. Jahrhundert berichten, dass Matthias in Ägypten, Äthiopien, Griechenland, der Türkei und vielleicht sogar in Kasachstan missioniert hat. Viele Menschen wurden dort Christen und gründeten die ersten Gemeinden. In der koptischen, griechischen und katholischen Kirche wird daher der Apostel Matthias als Heiliger und Kirchengründer bis heute an einem jährlichen Gedenktag hoch verehrt.

Schließlich kehrte er nach rund 30 Jahren der Missionstätigkeit im Jahr 63 nach Jerusalem zurück. Kein bisschen müde geworden, predigte der sicherlich Grauhaarige immer noch begeistert von dem Auferstandenen. Viele Menschen in Jerusalem bekehrten sich, was die jüdische Gemeinschaft der Sadduzäer, die die Auferstehung bestreiten, besonders erboste. Sie verklagten ihn beim Hohepriester Ananias, der ebenfalls zu den Sadduzäern gehörte. Der Hohe Rat verurteilte den Apostel zum Tod durch Steinigung. Betend ertrug Matthias auf dem Richtplatz die Steinwürfe, sank halbtot zu Boden; ein römischer Soldat schlug ihm schließlich den Kopf ab. Daher wird Matthias auf Abbildungen bis heute mit einem Stein und einer Hellebarde dargestellt.

Zuerst wurde Matthias in Jerusalem begraben. Die Kaiserin Helena, die einflussreiche Mutter des ersten christlichen Kaisers Konstantin I., brachte seine sterblichen Überreste im vierten Jahrhundert dann nach Europa. Von Bischof Agritius von Trier wurde sein Sarg an seinen heutigen Platz überführt, wo der Heilige in der dortigen Benediktiner-Abtei St. Matthias seine letzte Ruhestätte fand.



Wallfahrtsstätte in Trier: Das Grabmal des heiligen Matthias Bild: Bilderberg

Im Mittelalter entwickelte sich das einzige Apostelgrab in Deutschland zu einem beliebten Wallfahrtsziel. Die bis heute im Rheinland weit verbreiteten Matthias-Bruderschaften geben davon Zeugnis. Das Wirken des heiligen Apostels Matthias geht also auf eigenartige Weise nach seinem Tod weiter. Der „Zeuge der Auferstehung“ ist weiter lebendig in der himmlischen Welt und wirkt auch auf der Erde. Daher pilgern bis heute Menschen nach Trier zu seinem Grab und bitten ihn um die Fürbitte beim himmlischen Vater.

Fürbitte an seinem Grabmal

Im Glauben, dass Matthias auch heute besonders Kranken helfen kann, gilt er als Helfer der Alkoholkranken – eine Pilgerfahrt nach Trier wäre also vielleicht eine Möglichkeit für die vielen Alkoholkranken hierzulande, die selbst oft keinen Ausweg mehr aus dieser fürchterlichen Sucht wissen.

Hinrich E. Bues

Maler mit Tiefe

Leben Giovanni Segantinis

In ihrem neuen Roman „Das Schönste, was ich sah“ erzählt Asta Scheib die Lebensgeschichte des italienischen Malers Giovanni Segantini. Der 1858 in der italienischen Provinz Trient geborene Segantini wuchs unter ärmlichen Umständen bei seiner schwer kranken Mutter auf. Nach deren frühem Tod ließ Giovannis Vater den Jungen einfach bei seiner Tochter aus erster Ehe zurück.

„Natürlich war sein Vater nicht wiedergekommen. Abends lag Giovanni unter seiner dünnen Decke und wusste nicht, welches seiner Gefühle stärker war: der Hass auf den Vater oder die Furcht vor dieser Irene. Dann wieder fühlte er gar nichts, wollte nur schlafen, einfach weg sein. Weg von Mailand, weg von dieser gemeinen Welt. Nicht mehr an den Vater denken, diesen verdammten Mistkerl.“

Voller Mitleid verfolgt der Leser die schwere Kindheit Giovannis und freut sich mit ihm über seine ersten malerischen Erfolge, nachdem er sich 1875 an der Kunstakademie Brera eingeschrieben hat.

Asta Scheib berichtet, wie sich das malerische Ausnahmetalent Giovanni in die Schwester seines Mitschülers und Freundes Carlo Bugatti, in Luigia Bugatti verliebt, die er zärtlich Bice nennt. Trotz Giovannis Armut und seiner niedrigen gesellschaftlichen Stellung geben Bices Eltern den beiden ihren Segen, da sich Luigia, als Giovanni sie als Falknerin portraitiert hat, in ihn verliebt hat.

Die ersten gemeinsamen Jahre von Giovanni und Bice beschreibt Asta Scheib noch relativ turbulent, spätestens nach der Geburt des zweiten von vier Kindern beginnt die Handlung jedoch seicht dahin zu plätschern. Die zu Beginn des Romans so voller Tiefe geschilderten Charaktere beginnen zu verblassen, die Lebensgeschichte, die Lebensstationen des Malers rücken in den Fokus der Handlung.

Da Giovanni in einer Stadt im italienischsprachigen Teil des Kaiserreichs Österreich geboren wurde und seine boshafte Halbschwester Irene bereits in seiner frühen Kindheit dafür sorgte, dass Giovanni die österreichische Staatsbürgerschaft entzogen wurde, blieb er sein Leben lang staatenlos und somit ohne Papiere. Eine Hochzeit mit Bice war demnach nicht möglich. Immer wieder kam es wegen der fehlenden Papiere zu Problemen mit den Behörden oder wegen der nicht erfolgten kirchlichen Hochzeit zu Problemen mit der Kirche.

Er konnte seine große Liebe nie heiraten

Da Giovanni Segantini weder Lesen noch Schreiben konnte, überließ er den Verkauf seiner Bilder lange Jahre dem Kunstkritiker und -händler Vittore Grubicy de Dragon, der Giovanni jedoch mehr schlecht als recht am Verkauf seiner begehrten Bilder beteiligte. So blieb trotz Ruhm und Ehre auch der chronische Mangel an Geld für Segantini ein Problem.

Bis zu seinem frühen Tode 1899 blieb Segantini nicht nur seiner Luigia in Liebe verbunden, sondern auch mit Leib und Seele Maler. Und am Ende von Asta Scheibs Roman „Das schönste, was ich sah“ wird sich der eine oder andere Leser, den die Lebensgeschichte dieses berühmten Künstlers berührt hat, vielleicht im Internet einige Bilder des leider fast vergessenen Malers anschauen. *A. Ney*

***Asta Scheib: „Das Schönste, was ich sah“**, Hoffmann & Campe, Hamburg 2009, geb., 412 Seiten, 22 Euro*

Aufgeschlossen mit Vorurteilen

Holländische Autorin bereiste Osteuropa und traf binationale Familien

Eine Reise von der lettischen Ostseeküste über Niederschlesien, die Bundesrepublik, bis in den Süden Ungarns und das nordrumänische Transsilvanien: Die holländische Journalistin Annemieke Hendriks hat über Jahre „sechs Familien in der Mitte Europas“ – so der Untertitel ihres informationsreichen Reiseberichts – besucht und dabei erfahren, wie zäh und beharrlich historische Stereotypen und Vorurteile in fast allen Ländern nach wie vor sind, dass es aber auch hoffnungsvolle Zeichen für ein langsam wachsendes europäisches Gemeinschaftsgefühl gibt. Die Familien leben alle, wie sie sagt, „im Spannungsfeld zwischen den Herausforderungen des vereinten Europa und den historisch bedingten Empfindlichkeiten ihrer Nationalstaaten“.

Im lettischen Seebad Rigastrand (Jurmala) bei Riga lebt eine lettisch-russische Familie, die den schroffen Gegensatz zwischen den Volksgruppen geradezu virtuos aushält. Im niederschlesischen Janowice Wielkie, dem früheren Jannowitz am Riesengebirge, betreibt eine polnisch-niederländische Familie mit großem Engagement einen alternativen Bauernhof und plant für Tourismus und Kultur inmitten gleichgültiger und misstrauischer Bewohner. Eine kärntner-slowenische Großfamilie in Globasnitz (Globasnica) erfährt mit ihren Angehörigen hüben und drüben der Karawanken fast täglich, wie weit das Zusammenleben der Menschen unterschiedlicher Nationalität glückt und wo es immer wieder hapert.

Menschen kämpfen gegen Stereotypen an

Im ungarischen Fünfkirchen/Pecs bemüht sich eine ungarisch-deutsche Familie mit mehr Idealismus als Erfolg, die Stadt als Kulturhauptstadt Europas 2010 (neben Essen und Istanbul) fit zu machen. Gleich hinter der Grenze lebt eine ungarisch-rumänisch-schwäbische Großfamilie in dem – typisch dreinamigen – Ort Petrifeld (rumänisch: Petresti , ungarisch: Mezöpetri) sie ist die Bürgermeisterin, die mit einigem Erfolg dem Ort ein neues Gesicht gibt. Schließlich ein deutsch-polnisches Lesbenpaar in Wiesbaden – allerdings mehr eine Geschichte über alternatives Leben als über unterschiedliche Nationalitäten.

Mit viel Anteilnahme schildert Hendriks den Alltag dieser Menschen. Zieht man ein vorsichtiges Resümee, so wird deutlich, wie schwierig der Reformprozess von der vormaligen sozialistischen Herrschaft zur Demokratie und zugleich zum europäischen Zusammenschluss ist. Die Menschen gewöhnen sich nur langsam an Neues, bleiben misstrauisch gerade gegenüber der Vorschriftenflut aus Brüssel (obwohl von dort Hilfsgelder kommen) und sind nach wie vor mit Korruption und Vetternwirtschaft (fast immer der alten Nomenklatura) konfrontiert. Kein Fremdenhass, aber doch Misstrauen gegen Fremde, dann aber auch wieder überraschende Offenheit, Bereitschaft zur gemeinsamen Arbeit und viel Lob für rumänische Toleranz zumindest in dem Vielvölkereck Transsilvanien. *Dirk Klose*

***Annemieke Hendriks: „Unheilbare Heimat – Eine Reise zu Familien in der Mitte Europas“**, edition Körber-Stiftung, Hamburg 2009, kartoniert, 331 Seiten, 20 Euro*

Mutige Überzeugungstäter

West-Agenten im Ostblock waren keineswegs erfolglos



Friedrich-Wilhelm Schlomann, seit Jahrzehnten als Spionageexperte ausgewiesen, hat mit seinem neuen Buch „Was wusste der Westen?“ eine Bilanz seiner Kenntnisse über die Spionageaktivitäten des Westens im damaligen Ostblock vorgelegt.

Das Gewerbe schottet sich auch nach Beendigung des Kalten Krieges ab. Schlomann war in der Lage, aus seinem Wissensfundus zu schöpfen, den er sich seit den 50er Jahren schuf. Komplettiert wurde dieses Wissens durch aktuelle Gespräche mit „Ehemaligen“, durch das Studium der einschlägigen Literatur und durch die Auswertung von Archivmaterialien.

Was ist dabei herausgekommen? Auf jeden Fall der mehrfache Beleg dafür, dass der Westen mehr über den Osten wusste, als allgemein bekannt war und ist. Zum Beispiel auf Grund seiner überlegenen technischen Möglichkeiten, den Funk- und Telefonverkehr der anderen Seite abzuhören, durch die Installierung von „Sonden“ in der Nähe von militärischen Anlagen in der DDR und durch Aufklärung aus der Luft. Hätte der Ostblock einen Angriffskrieg beginnen wollen, wäre der Westen durch den Einsatz dieser Technik vermutlich vorab gewarnt gewesen. Zum anderen belegt Schlomann, dass „menschliche Quellen“, also Westspione im Osten, beispielsweise im Detail über militärisches Gerät und über Militär-Anlagen informierten. Eingebunden in diese Aktivitäten waren Militärverbindungsmissionen der Westalliierten in der DDR, denen der Autor einen Abschnitt seines Buches widmet.

Bürger im Ostblock, die für Westdienste spionierten, gingen ein hohes Risiko ein, das die Todesstrafe einschloss. Die Mehrheit arbeitete aus politischer Überzeugung für den Westen, weil ihnen das eigene System verhasst war.

Spionen drohte der Tod

Das galt in erster Linie für Spione in der DDR, die für den BND tätig waren. So konnte Pullach zu DDR-Zeiten nach Aussagen des Autors rund 10 000 Leute werben, die kurz, mittel- oder langfristig für den „Dienst“ arbeiteten. Davon wurden etwa 4000 Personen vom Ministerium für Staatssicherheit gefasst und zu teils drakonischen Strafen verurteilt. Oft erst nach langer Haftzeit konnten diese gegen Ostspione ausgetauscht oder vom Westen freigekauft werden. Besonders dunkle Kapitel sind die der „Doppelagenten“, die abwechselnd für West und Ost spionierten, und die der „Maulwürfe“, die im jeweils anderen Dienst platziert werden konnten.

Schlomanns Buch ist ein Stück seines Lebenswerks und sein Beitrag im Kampf gegen das Vergessen. Ein ehemaliger Präsident des BND wünschte dem Buch eine „gute Aufnahme in der deutschen Fachwelt und Öffentlichkeit.“ Dem kann man sich nur anschließen. *Peter Joachim Lapp*

***Friedrich-Wilhelm Schlomann: „Was wusste der Westen? Die Spionage der CIA, des britischen SIS, des französischen DGSE und des BND gegen den Sowjetblock von 1945 bis 1990“**, Helios Verlag, Aachen 2009, gebunden, 200 Seiten, 19,90 Euro*

Erfinder des Kommunismus

Wie aus einer Analyse des Kapitalismus eine mörderische Ideologie wurde

20 Jahre ist es her, dass sich „die Herrschaft des Surrealen im Herbst 1989 lautlos verabschiedet hatte“, so Rolf Hosfeld, Autor des Buches „Die Geister, die er rief – Eine neue Karl-Marx-Biographie“. Inzwischen ist Karl Marx (1818–1878) mit seinen Gesellschafts-, Wirtschafts- und Staatstheorien in den Medien wieder im Gespräch. Etliche seiner Erkenntnisse – Stichwort: Entfremdung des Menschen von seiner Arbeit – könnten als Beiträge zur Analyse der gegenwärtigen Situation dienen, heißt es immer wieder. Nicht viele Interessierte, die dem so genannten „breiten Publikum“ zuzurechnen sind, dürften allerdings geneigt sein, das komplizierte „Kommunistische Manifest“ (1845) und das dreibändige „Kapital“ (erschienen seit 1867) im Original zu lesen, um sich mit den Grundlagen und Kernthesen der marxschen Gesellschaftskritik vertraut zu machen. An sie und an alle, die sich einen fundierten Überblick verschaffen wollen, richtet sich Rolf Hosfelds Buch.

Das Leben des in Trier geborenen Philosophen und Nationalökonomen, der zum bedeutendsten Analytiker des Kapitalismus avancierte, war bewegt und verlief aufgrund von Ausweisungen zwischen Deutschland, Paris und London. Doch ist in einer Biographie zweifellos dessen Ideen und seinem Werk, das in einer Epoche grundlegender gesellschaftspolitischer Umbrüche entstanden ist, im Sinne einer profunden Einführung der Vorrang zu geben. So ist Rolf Hosfeld verfahren, der auf 260 Seiten 670 Fußnoten zu bieten hat, was die ungeheure kompilatorische Leistung des erfahrenen Journalisten und Sachbuchautors erkenntlicher macht. Im historischen Kontext werden Marx' bahnbrechende Ideen ebenso wie seine Fehleinschätzungen dargestellt. Knappe, leicht verständliche Erläuterungen der politischen Strömungen des 19. Jahrhunderts verhelfen zum Verständnis der Entwicklung, die Marx durchlief, seit er im Oktober 1842 25-jährig zum „Redakteuren Chef“ der Kölner „Rheinischen Zeitung“ ernannt wurde, die er zu einem führenden Oppositionsblatt machte. König Friedrich Wilhelm wollte die brennenden sozialen Probleme im Staate Preußen unter den Tisch kehren und erließ ein Verbot der Zeitung, in der zunehmend radikale und demokratische Ideen formuliert und Pressefreiheit gefordert wurde. Hosfeld: „Marx' erste Idee war die einer vernünftigen Freiheit. Sie scheiterte an den preußischen Verhältnissen seiner Zeit, und ihr Scheitern führte ihn auf den Weg der Revolution.“

Leben und Ideen von Karl Marx

1845/46 begann Marx' Zusammenwirken mit Friedrich Engels. Enttäuscht von dem Ende der Revolutionen in Europa 1848, begann er nach seiner Rückkehr aus England mit der Errichtung eines Theoriengebäudes, das, im Sinne eines neuen Humanismus, die proletarische Revolution als Mittel für die Verwirklichung einer menschlichen Gesellschaft rechtfertigen sollte. Ausgangspunkt war seine Kritik an der hegelschen Philosophie. Bekanntlich erklärte Karl Marx später seiner Sicht der Geschichte entsprechend den Menschen zur „Wurzel des Menschen“. Das letzte der vier Kapitel des spannungsreichen Buches ist den „Folgen“ gewidmet. Der Werdegang der deutschen Sozialdemokratie zu Marx' Lebzeiten wird ebenso erhellt wie, in gebotener Kürze, die Reaktion der russischen Intelligenzija: der Leninismus.

Erklärung des historischen Kontextes

„Die Ergebnisse sind bekannt“, schreibt Hosfeld. „Der damit verbundene Größenwahn der Machbarkeit von Geschichte erforderte allerdings Millionen Opfer. Sind sie Marx anzukreiden? Ja und nein. Hielt man an seiner Überzeugung fest, dass der Kommunismus das notwendige Ergebnis der Geschichte war, musste man ihn gewaltsam herstellen.“

Dennoch: „Als Theoretiker des Kapitalismus und der historischen Evolution ist (er) mit all seinen fragmentarischen Einsichten und Widersprüchen erst noch unbefangen zu entdecken.“ *Dagmar Jestrzemski*

***Rolf Hosfeld: „Die Geister, die er rief – Eine neue Karl-Marx-Biographie“**, Piper Verlag, München Zürich 2009, geb., 222 Seiten, 19,95 Euro*

Geglaubt

Aus der »betrogenen Generation«



„Vor Erschöpfung bleibe ich am Boden liegen. Ich will nicht mehr. Ich habe Hunger, seit drei Tagen gab es nichts mehr zu essen.“ Als Döring-Ernst v. Gottberg diese Zeilen im April 1945 in US-Gefangenschaft niederschrieb, war er 17 Jahre alt. Der im August 1927 in Stettin Geborene sieht sich selbst als Angehöriger einer betrogenen Generation. „Diese Generation umfasst die Geburtsjahrgänge von etwa 1918 bis 1930“, erklärt der Autor in seinen „Erinnerungen eines Zeitzeugen“, „also Jahrgänge, die zu jung waren, um durch eine Wahlentscheidung oder durch ihre berufliche Stellung Einfluss auf das damalige politische Geschehen nehmen zu können.“ Was jedoch nicht heißt, dass sie nicht die Folgen zu tragen gehabt hätten, wie Döring-Ernst v. Gottberg anhand seines eigenen Lebensweges belegt.

„Wir Jugendlichen hatten von dem, was sich unter der Decke vollzog, natürlich keine Ahnung. Die Propaganda und die gut geführte Jugendorganisation ließen keine Zweifel aufkommen.“ Und so erinnert sich der Autor daran, wie überzeugt er von dem Regime und den durch Hitler erreichten wirtschaftlichen und sozialen Verbesserungen war. Als Jugendlicher nahm er die Repressionen kaum wahr, zumal er auch keine andere Welt kannte als diese, in die er hineingeboren war. Und so folgte er dem NS-Regime und zog für sein Vaterland, das er bedroht sah, in den Krieg.

Döring-Ernst v. Gottberg selbst überlebte die Gefangenschaft, doch Stück für Stück wurde ihm bewusst, wie viel Elend der Zweite Weltkrieg über Europa gebracht hatte. Und als er nach seiner Ausbildung als Setzer 1948 der SED beitreten sollte, um einen Studienplatz zu bekommen, verweigerte er sich. Er hatte genug von Diktaturen und machte bei Nacht und Nebel rüber in den Westen.

Am Ende seiner Erinnerungen geht der Autor auf die Ursachen des Zweiten Weltkrieges ein. Dabei wirft er der zeitgenössischen Geschichtsschreibung Schwarzweißmalerei vor. Doch auch wenn seine Kritik berechtigt ist, weist seine Begründung Schwächen auf. *Bel*

***Döring-Ernst v. Gottberg: „Erinnerungen eines Zeitzeugen – Aufgewachsen in einer außergewöhnlichen Zeit 1927 bis 1949“**, bod, Norderstedt 2009, broschiert, 107 Seiten, 7,90 Euro*



Zuckerlöffel Ostpreußen-Elchschaufel
Vergoldeter Sammellöffel mit der Elchschaufel. Die Lieferung erfolgt in einem Kunststoff- Etui
Best.-Nr.: 6926

Best.-Nr.: 6926 nur € 12,95

Heimatklänge aus Ostpreußen
Lieder, Gedichte und Schmunzelgeschichten mit Agnes Miegel, Marion Lindt, Ruth Geede und Dr. Alfred Lau

CD

Die schönsten Lieder und Tänze aus der alten deutschen Provinz Ostpreußen verbinden sich auf diesem Tonträger mit wunderbaren Schmunzelgeschichten in ostpreußischem Dialekt, mit humorvollen Vertellkes und nostalgisch-wehmütigen Gedichten zu einem unvergeßlichen Reigen aus ostpreußischen Heimatklängen.Für viele Ostpreußen ist dieses Hörerlebnis eine akustische Wiederbegegnung mit unvergessenen Interpreten wie Marion Lindt, Ruth Geede und dem gebürtigen Insterburger Dr. Alfred Lau. Und auch die Stimme Agnes Miegels, der Königsberger Dichterin, die von ihren Landsleuten den Ehrentitel „Mutter Ostpreußen" erhielt, ist zu hören. Mit ihrem Gedicht „Es war ein Land" gab sie dem Zauber der Erinnerung an das „Land der dunklen Wälder und kristallnen Seen" den wohl schönsten lyrischen Ton.

So finden auf dieser CD Musik und Wort zu einer klanglichen Einheit, die heimatliches Erinnern und Bewahren verbinden und auch den Nachgeborenen Freude am Neuentdecken der ostpreußischen Kultur geben möchte.
Aus dem Inhalt: Land der dunklen Wälder – Ostpreußenlied (Brust/Hannighofer), Bergedorfer Kammerchor, 1:50, Brief an den treulosen Heinrich / Sprecherin. Marion Lindt, 2:45, Goldaper Kirmestanz (Volksweise), 0:48, De Brautschau / Sprecher: Dr. Alfred Lau, 3:07, Anke von Tharaw (Silcher / Dach), Karl-Horst Schröder, Bariton, 2:11, u.v.m
Gesamtlaufzeit: 1:17:25
Best.-Nr.: 6770, € 12,95

Elchschaufel-Krawattenklammer

Emailliertes Wappen
auf schwarz eloxierter Klammer. In dem Wappen befindet sich die Elchschaufel auf weißem Grund.



Maße des Wappens:
H: 18 mm, B: 16 mm.
Die Lieferung erfolgt in einem Geschenkkarton.
Best.-Nr.: 6801, € 12,95

Geschenkartikel



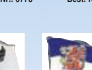
Albertus klein
vergoldet, massive Ausführung an Nadel mit Sicherung,
Höhe 20 mm, Breite: 17 mm (ohne Nadel)
Best.-Nr.: 6645, € 4,95



Albertus groß
vergoldet, massive Ausführung an Nadel mit Sicherung,
Höhe 32 mm,
Breite: 28 mm (ohne Nadel)
Best.-Nr.: 6644,
€ 6,95

Alberten-Manschettenknöpfe
Die Lieferung erfolgt in einem hochwertigen Geschenkkarton
Best.-Nr.: 6831, € 24,95

Ostpreußen-Provinz-Anstecker Best.-Nr.: 5889
Ostpreußen-Elchschaufel-Anstecker Best.-Nr.: 6055
Königsberg-Anstecker Best.-Nr.: 6056
Westpreußen-Anstecker Best.-Nr.: 6504
Sudetenland-Anstecker Best.-Nr.: 6880
Schlesien - Anstecker Best.-Nr.: 6778
Elchschaufel-Wappen- Anstecker Best.-Nr.: 6830
Elchschaufel-Anstecker Best.-Nr.: 6642
Preußenadler-Flaggen-Anstecker Best.-Nr.: 6722
Preußen-Anstecker Best.-Nr.: 6057
Pommern - Anstecker Best.-Nr.: 6928





Je Anstecker nur € 2,95



Hans Hellmut Kirst
Deutschland deine Ostpreußen
Geb., 160 Seiten
Best.-Nr.: 6825, € 16,80



Doennigs Kochbuch
Der Küchen- Klassiker aus Ostpreußen mit mehr als 1500 Rezepten
Geb., 632 Seiten
Best.-Nr.: 1354, € 19,95



statt früher € 15,90 nur noch € 7,95

HARALD SAUL
Unvergessliche Küche Ostpreußen
Geb. Buch, 128 Seiten
Best.-Nr.: 6820



CD € 13,90

Musique pour Luise
Das "Ensemble Sans Souci Berlin" unter der Leitung von Christoph Huntgeburth
Gesamte Spieldauer: 64:23 Min
Best.-Nr.: 6900



Sonderangebot

Frieda Koschorreck
Zerbrechliches Glück
Das schwere Schicksal einer Ostpreußin während des Krieges und der Nachkriegszeit
Kart., 78 Seiten
Best.-Nr.: 2620,
statt € 6,00 nur noch € 3,95







Ingeborg Jacobs
Wolfskind
Die unglaubliche Lebensgeschichte des ostpreußischen Mädchens Liesabeth Otto
Geb., 320 Seiten
Best.-Nr.: 6923, € 24,90



lesensWERT!
Die Buchempfehlung des Preußischen Mediendienstes!

Gisela Mayer
»Die Kälte darf nicht siegen!«
Was Menschlichkeit gegen Gewalt bewirken kann
Ihre Tochter starb in Winnenden. Jetzt schreibt Gisela Mayer ein sehr persönliches Buch darüber, was sich in unserer Gesellschaft ändern muss. Der 11. März 2009 war der schwärzeste Tag im Leben von Gisela Mayer: Es war der Tag, an dem ihre Tochter von einem jugendlichen Amokläufer in den Tod gerissen wurde. Wie konnte es zu diesem entsetzlichen Verbrechen kommen? Was läuft in unserer Gesellschaft schief? Gisela Mayer ist engagierte Mutter und Ethiklehrerin. Seit langem schon kämpft sie gegen die Gleichgültigkeit und Kälte, die sich in unserer Gesellschaft immer stärker verbreiten. Sie fragt, warum viele Kinder und Jugendliche keinen Respekt mehr vor anderen Menschen haben; sie lehnt Killerspiele und Gewaltvideos ab, weil sie uns immer mehr abstumpfen lassen; und sie zeigt, was sich ändern muss, damit es kein zweites Winnenden mehr geben kann. Ein mutiges Buch, das durch seine Klarheit und Haltung überzeugt.

Geb., 224 Seiten,
Best.-Nr.: 6935

€ 19,95



Hans Joachim Kroschewsky
Königsberg/Ostpreußen - Wir wollten nur leben
Kart., 621 Seiten
Best.-Nr.: 6914, € 24,90



statt € 19,90 nur € 9,95*

Ingeborg Jacobs
Freiwild/Das Schicksal deutscher Frauen 1945
Geb., 230 Seiten
Best.-Nr.: 6701

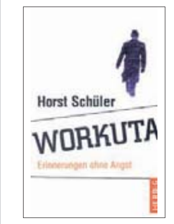
*Mängelexemplare



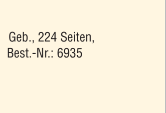
Gabi Köpp
Warum war ich bloß ein Mädchen?
Das Trauma einer Flucht 1945
Geb., 158 Seiten
Best.-Nr.: 6905, € 16,95



Helmut Schnatz
Der Luftangriff auf Swinemünde
Dokumentation einer Tragödie
Geb., 1762 Seiten mit Abb.
Best.-Nr.: 6924,
statt € 24,90 nur noch € 14,95



Horst Schüler
Workuta – Erinnerung ohne Angst
Geb., 256 Seiten mit Abbildungen
Best.-Nr.: 1015, € 9,95





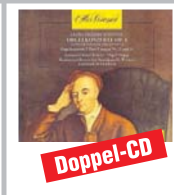
CD

Preußens Gloria - Armeemärsche des 18. und 19. Jahrhundert
1. Marsch aus der Zeit Friedrichs des Großen; 2. Marsch 1741 - Friedrich II. von Preußen; 3. Der Rheinströmer - Histor. Version; u.v.m.
Best.-Nr.: 6899, € 13,90



CD

Die schönsten Volkslieder
Gesungen von Peter Schreier, Tenor und Theo Adam, Bariton
Gesamtspielzeit: 50:16 Min
Mit allen Liedertexten im Beiheft
Best.-Nr.: 6893, € 13,90



CD

Märsche und Balladen aus den Freiheitskriegen 1813-1815
Gesamt-Spieldauer: 58:09
Mit ausführlichen Informationen und Liedertexten im beiliegenden Beiheft
Best.-Nr.: 6891, € 13,90

Doppel-CD

Georg Friedrich Händel
Orgelkonzerte Op. 4
Johannes- Ernst Köhler, Orgel und dem Kammerorchester der Staatskappelle Weimar
Aufnahme von 1975, Spieldauer: CD 1: 52,50, CD 2: 56,36
Best.-Nr.: 6915, € 16,95

CD

Gottfried Piefke
Preußische Armeemärsche
Stabsmusikkorps Berlin
Mit dem Großen Zapfenstreich, Preußens Gloria, u.v.m.
23 Titel,
Gesamtspielzeit: 46:55 Min
Best.-Nr.: 6894, € 13,90

Pommern, Schlesien, Sudeten Ost-und Westpreußen
Die Heimat unvergessen!



Best.-Nr. 6349



Best.-Nr. 6347



Best.-Nr. 6348



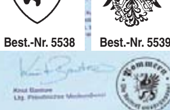
Best.-Nr. 6216



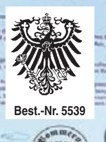
Best.-Nr. 6472

Best.-Nr. 6473





Best.-Nr. 5538



Best.-Nr. 5539

Rundstempel
Durchmesser 30 mm
je Stück € 12,95

Elchschaufel-Schlüsselanhänger rund



Schlüsselanhänger
mit der Elchschaufel.
Durchmesser 30 mm.
Best.-Nr.: 6829, € 4,95

Elchschaufel-Schlüsselanhänger



Elchschaufel-Schlüsselanhänger
Best.-Nr.: 6638, € 4,95

Abzeichen Volksabstimmung Ostpreußen



Replik eines Originalabzeichens
Inschrift: Abstimmung: Ost- und Westpreußen 11.7. 1920
Durchmesser: 25 mm an Nadel mit Sicherungshülse
Best.-Nr.: 6925, € 6,95

Arno Surminski

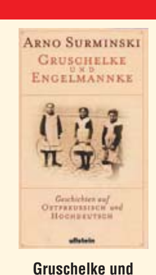


Die Kinder von Moorhusen
Geb., 198 Seiten m. Zeichnungen
Best.-Nr.: 1039, € 16,95





Vaterland ohne Väter
Geb., 455 Seiten
Best.-Nr.: 3926, € 22,00



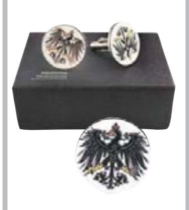
Gruschelke und Engelmannke
Geb., 244 Seiten
Best.-Nr.: 5990, € 16,95

Königsberg-Schlüsselanhänger



Stadtwappen Königsbergs auf den Farben Preußens
Oberfläche des Emblems ist emailliert
Best.-Nr.: 6775, € 4,95

Manschettenknöpfe-Preußenadler



Der Preußenadler auf weißem Hintergrund, silbern umrandet, Oberfläche emailliert, Durchmesser= 20mm.
Die Lieferung erfolgt in einem hochwertigen Geschenkkarton
Best.-Nr.: 6782, € 24,95

Preußen-Schlüsselanhänger





Preußenadler im Wappen auf den Farben Preußens
Oberfläche des Emblems ist emailliert
Best.-Nr.: 6776, € 4,95

PMD Preußischer Mediendienst
Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden oder faxen an: Preußischer Mediendienst
Mendelssohnstraße 12 · 04109 Leipzig · Tel. (03 41) 6 04 97 11 · Fax (03 41) 6 04 97 12
13/10
Lieferung gegen Rechnung. Achtung! Die Versandkostenpauschale beträgt nur € 2.50*, ab einem Bestellwert von € 70.00 ist die Lieferung versandkostenfrei *nur gültig bei Versand innerhalb Deutschland ohne Inseln. Auslandslieferung gegen Vorkasse, es werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. Videofilme, DVDs und MCs sind vom Umtausch ausgeschlossen

Bestellcoupon

Menge	Best.- Nr.	Titel	Preis

Vorname: Name:
Straße/Nr.: Telefon:
PLZ/Ort:
Ort/Datum: Unterschrift:

MELDUNGEN

Präsidenten im Seniorenalter

Harare – Der 86-jährige Präsident von Simbabwe, Robert Mugabe, kündigte an, für eine weitere Amtszeit kandidieren zu wollen. Mugabe ist nicht der einzige Greis in einem afrikanischen Regierungsamt, der seine Macht nicht abgeben will. Während die Bevölkerung auf dem Kontinent immer jünger wird, vergreisen die Regierenden. Ob Husni Mubarak (81 Jahre) in Ägypten, Muamar al-Gaddafi (67) in Libyen, Yoweri Musveni (65) in Uganda oder José Eduardo dos Santos (67) in Angola; sie alle wollen erneut kandidieren oder haben sich bereits zum Präsidenten auf Lebenszeit küren lassen. *Bel*

»Putscht« die Kieler SPD?

Kiel – Der „Focus" berichtet von einem geplanten „Putsch" der schleswig-holsteinischen SPD gegen ihren Landeschef Ralf Stegner. Vor allem Stegners Verwicklungen bei der strauchelnden HSH Nordbank haben jetzt dazu geführt, dass die Partei-Spitze einen Nachfolger ausgeguckt hat. Mit einem freiwilligem Rückzugs Stegners wird allerdings nicht gerechnet. *Bel*

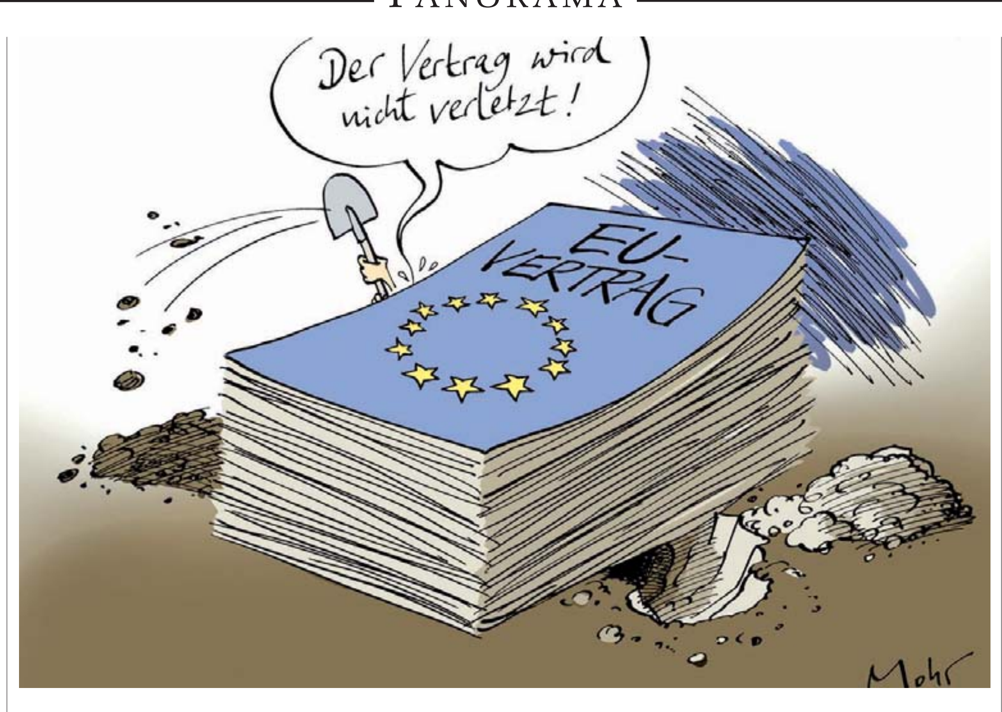
ZUR PERSON

Sie bildete Meinungen ab

Sie war die Pionierin der Meinungsforschung in Deutschland, eine streitbare Wissenschaftlerin, auf die CDU-Kanzler wie Konrad Adenauer und Helmut Kohl hörten. Der Name Allensbach, jener Ort am Bodensee, in dem **Elisabeth Noelle-Neumann** mit 93 Jahren gestorben ist, steht für Milliarden Daten, die über Volkes Stimme aufklären. Wegweisend für das Leben der gebürtigen Berlinerin war ihre Studienaufenthalte in Königsberg und in den USA, wo sie 1937 die Methodik repräsentativer Umfragen kennenlernte. „Eine neue Welt tat sich auf", so Noelle-Neumann. Ihr Wissen war begehrt: Obwohl sie in der NS-Diktatur als kritische Journalistin auffiel, wollte Goebbels die junge Frau 1942 zu seiner Adjutantin machen. Es „rettete mich einer jener abenteuerlichen Zufälle, die mir mehrmals in entscheidenden Momenten meines Lebens widerfahren sind und die man nur als ein Gotteswunder bezeichnen kann: Ich wurde fürchterlich krank."



Nach dem Krieg heiratete sie den CDU-Politiker Erich Peter Neumann, mit dem sie 1947 in Allensbach das Institut für Demoskopie gründete. 1964 begann in Mainz Noelle-Neumanns herausragende publizistikwissenschaftliche Karriere. Laut ihrer Theorie der Schweigespirale kann einseitige Berichterstattung Wahlen entscheiden, weil sich Menschen aus Angst vor Isolation der wahrgenommenen Mehrheitsmeinung anpassen. So trug Noelle-Neumann dazu bei, dass die Union angesichts der Linkslastigkeit der Öffentlich-Rechtlichen die Einführung des Privatrundfunks vorantrieb. Versuche, Noelle-Neumann in die Nazi-Ecke zu schieben, erklären sich auch aus ihren für die Linke unangenehmen Befunden. „Es war weiß Gott alles andere als ein langweiliges Leben", so Noelle-Neumann in ihren Erinnerungen. *Philip Baugut*



Tanz den Sirtaki

Die tollsten Geschichten erfanden schon immer die Griechen / Löcher mit Löchern stopfen / Das Gelbe vom Ei / Der Wochenrückblick mit KLAUS J. GROTH

Das müssen Sie nicht unbedingt wissen: 1. Demeters Priesterinnen verkündeten das Orakel aus einem Spiegel, den sie an einem Seil in einen Brunnen sinken ließen. 2. Die Emusen, schamlose Dämonen, hatten das Hinterteil eines Esels und trugen bronzene Sandalen. 3. Als Zeus der Nemesis lüstern nachstellte, floh sie vor ihm ins Wasser und wurde zu einem Fisch. Schnell verwandelte er sich in einen Biber und sprang ihr nach. Sie versuchte als Wildgans durch die Luft zu entkommen, da verwandelte sich Zeus zu einem Schwan und bemächtigte sich ihrer.

Wie gesagt, das müssen Sie nicht unbedingt wissen. Obgleich es vielleicht besser gewesen wäre, sich daran zu erinnern. Dann hätten wir nämlich gewusst, dass es nirgendwo auf der Welt begabtere Märchenerzähler gibt als in Griechenland. Gegen die Schoten, die die Griechen von Göttern und Geistern mitsamt ihrer weitverzweigten Sippschaft ersannen, waren alle nachfolgenden Intrigen von Shakespeare bis Denver Clan Kaffeekränzchen. So hinterhältig und mies wie auf dem Olymp geht es heute allenfalls im Investmentbanking zu, aber dazu kommen wir später. Jetzt geht es erst einmal um die blühende Phantasie der Griechen. Wer sich schon im Altertum so tolle Geschichten ausgedacht hat, mit Verflechtungen und Stammbäumen, in denen sich nur noch bärtige Antikenforscher mit extrastarken Hornbrillen zurechtfinden, der kann heute doch nur nachsichtig lächeln, wenn er ein paar Bilanzen so frisiert und verschachtelt, dass nicht einmal mit Hilfe eines Ariadnefadens zum Ausgang zu finden ist.

Trotzdem hätte man genauer hinsehen müssen, da es ja griechische Bilanzen waren. Hat man aber nicht. Das hätte das schöne Bild trüben können, das klassische Gemälde von Hellas. Von griechischem Wein und Alexis Sorbas. So etwas Schönes lässt man sich doch nicht kaputtrechnen. Wer das Land der Griechen mit der Seele sucht, der darf kein Pfennigfuchser sein.

Nun ist der Schlamassel wirklich nicht mehr zu übersehen. Die Griechen müssen in den nächsten Wochen alte Schulden begleichen, doch leider fehlt ihnen neues Geld. So etwas kommt immer wieder mal vor, weshalb RTL ja auch zur Hauptsendezeit eine Serie ausstrahlt, in der ein Schuldenberater Mitmenschen aus der Schuldenfalle hilft. Das ist immer mit Verzweiflung und ein paar Tränen garniert, aber am Ende steht die Hoffnung, irgendwer werde es schon richten. So ist das richtige Leben bei RTL. Und so ist es auch im richtigen Leben bei den Griechen. Sie können aufatmen. Sie haben die Schuldenberater Angela Merkel und Nicolas Sarkozy an ihrer Seite, da kann gar nichts mehr passieren. Irgendwer wird es auch für die Griechen schon richten. Das große Geld vom Internationalen Währungsfond zum Beispiel. Und die vielen Euros aus den anderen Euro-Ländern. Und dann vor allem das viele Geld von den Banken. Die geben den Griechen jetzt neues Geld, damit sie damit die Schulden bezahlen können, die sie bei den gleichen Banken haben. Damit sehen wir wieder einmal ein schönes Beispiel des Kreislaufs des Geldes. Und weil immer ein bisschen mehr Geld in diesen Kreislauf gepumpt wird, steigen die Zinsen immer ein wenig an und steigen die Schulden auch etwas mehr an, womit man richtig schön verdienen kann. Das ist den Banken zu gönnen, weil sie doch eine schwere Zeit durchstehen müssen.

> Bei RTL kommt der Schuldenberater, bei den Griechen Merkel und Sarkozy

So lange einer genug neue Schulden machen kann, um die alten Schulden zu bezahlen, finden die Beteiligten diesen Kreislauf des Geldes richtig gut. Und weil nun die Angela Merkel und der Nicolas Sarkozy dem Alexis Sorbas versprachen, sie würden schon genügend Zaster auftreiben, falls die Banken nichts mehr rausrücken sollten, muss sich Alexis Sorbas keine Sorgen mehr machen. Selbstverständlich drehen die Banken jetzt den Geldhahn erst richtig auf, sie wissen ja, wer zahlt, wenn Alexis Sorbas nicht mehr zahlen kann.

Irgendwie kommt einem das alles bekannt vor. Hatten wir das nicht gerade? Tatsächlich, ein paar Rollen wurden neu besetzt, aber es ist die Wiederholung des Stücks, das gerade unter dem Titel „Globale Finanzkrise" gegeben wurde. Dessen Inszenierung hat sehr viele Leute sehr viel Geld gekostet, nur nicht jene Leute, die das Drehbuch dazu schrieben. Und damit das Stück nicht noch teurer wird, hatten die Regierungen diverser Staaten ebenfalls versprochen, für zahlungsunfähige Banken in die Bresche zu springen. Deshalb dürfen die Banken auch immer noch ihre Schrottanleihen, die sonst niemand mehr haben will, bei der Europäischen Zentralbank als Sicherheit abliefern, dafür bekommen sie dann sehr günstig sehr schönes Geld. Deshalb wurden Steuermilliarden in marode Banken gepumpt, die trotzdem marode blieben.

Irgendwie beschleicht unsereins der Verdacht, das so genannte Gerüst der Finanzwelt stehe zunehmend kippliger. Noch sind die Folgen der alten Banken- und Finanzkrise nicht ausgestanden, geschweige denn bewältigt, da wird der nächste Versuch am lebenden Objekt gewagt: Die Griechen sollen sich am eigenen Zopf aus dem Sumpf ziehen. Wie das ohne kräftige Ankurbelung der Wirtschaft und ohne die Möglichkeit, die eigene Währung abzuwerten, funktionieren soll, das weiß niemand. Da heißt es tapfer ziehen, Alexis Sorbas.

In solch unsicherer Zeit ist es doch schön, wenn ein paar verlässliche Größen bleiben. Bonuszahlungen zum Beispiel. Die sprudeln aus ausgedörrtem Boden offenbar besonders kräftig. Aber vielleicht räumen die Bankvorstände nur deshalb so gnadenlos ab, weil sie ahnen, dass ihr kippliges Finanzgerüst nicht mehr lange steht. Löcher kann man nicht mit Löchern stopfen. Die Löcher werden immer größer und die Flicken immer imaginärer. Folglich sahnen die Herren des Geldes während und nach der Finanzkrise mehr ab, als sie es vor der Finanzkrise taten. Wer ihnen damals bereits vorwarf, sie seien schamlos, der wusste nicht, wie einfach Schamlosigkeit zu steigern ist. Mal so eben um 40 Prozent angehobene Bonuszahlungen, warum denn nicht? Der Kollege von der Bank nebenan bekommt doch ebensoviel, obgleich er weiterhin Verluste macht. Stimmt, sagt der Kollege von nebenan, aber meine Verluste sind nicht mehr ganz so hoch – das ist doch auch wohl einen fetten Bonus wert, oder?

Je fetter die Beute, desto selbstverständlicher die Formel „Geld oder Leben". Die kennen wir gemeinhin zwar nur aus Räuberpistolen, aber die sind inzwischen bereits alltäglich. Als Frage wurde diese Formel bei einer Umfrage gestellt: „Sind Sie bereit, für eine Million Euro Ihr Leben um ein Jahr verkürzen zu lassen?" Jeder Fünfte war bereit, sich auf diesen Handel einzulassen, das ist noch nicht unbedingt überraschend. Ein großer Teil davon hatte den größten Teil seines zu erwartenden Lebens noch vor sich, auch das ist nicht überraschend. Aber die Zustimmung zu diesem Handel war nicht bei jenen Menschen besonders groß, für die eine Million Euro eine ziemlich abstrakte Größe sind. Mit der Einkommenserwartung stieg auch die Bereitschaft, sich für Bares Lebenszeit abzwacken zu lassen. Allerdings wurde die Frage nicht in jenen Sphären gestellt, in denen man Bonuszahlungen im zweistelligen Millionenbereich einstreicht. Da nämlich würde es gefährlich. Die verbleibende Lebenserwartung dürfte dann kaum die Laufzeit gegenwärtiger Arbeitsverträge übersteigen – zwei bis drei Jahre. Dann schon lieber Praktikant bleiben.

So wurden uns also wieder einmal etliche Eier ins Nest geschummelt, von denen wir nicht wissen, wie sie uns bekommen. Als besonders schneller Brüter beglückte uns der türkische Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan schon vor Jahren mit der Maßregelung, Assimilation sei ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Vor ein paar Tagen dann wollte er alle im Ausland lebenden Türken zu Lobbyisten der Türkei machen, mit doppelter Staatsangehörigkeit, versteht sich. Und jetzt fordert er türkische Gymnasien in Deutschland, damit die Türken in Deutschland Türkisch lernen können. Ob Angela Merkel dem Herrn Erdogan bei ihrem Besuch verklickerte, diese Idee sei nicht das Gelbe vom Ei?

Alexis Sorbas aber hebt abwehrend die Hände: Sein Name sei Hase, von Trickserein wisse er nichts.

Hans Heckel macht Urlaub und ist ab 12. April wieder für Sie da.

ZITATE

Auf die Frage, ob es in der katholischen Kirche bezüglich der ***Missbrauchsfälle an Kindern*** *in den letzten Jahrzehnten eine Kultur des Wegschauens gegeben habe, antwortet der Freiburger Erzbischof* ***Robert Zollitsch*** *im „Focus" vom 22. März:*

„Ob es eine Kultur war, darüber kann man streiten. Ich sehe die Frage eher so, dass man vor 25 oder 30 Jahren die Situation in einem Punkt anders beurteilt hat als heute: Wenn ein Täter gestellt wurde und er eingesehen hat, dass seine Tat falsch war, Besserung gelobt und dies auch versprochen hat, dann meinte man unter Umständen, dies reiche aus. Man hat damals zu wenig gewusst, dass offensichtlich dahinter eine Veranlagung steckt, die nicht einfach nur durch den guten Willen aufgearbeitet werden kann. Da sind wir heute auch in der Psychologie weiter."

„Angela Kohl" *war auf dem Titel des „Stern" vom 25. März zu lesen. Der* ***Chefredakteur Andreas Petzold*** *hierzu:*

„Kohls Lebensthema war die Wiedervereinigung. Merkels Mauerfall ist die Weltwirtschaftskrise. Das ist ihr Ding, alles andere wird untergeordnet, bleibt liegen, ist unklar: Gesundheitsreform, Atomausstieg, Bildung, Sozialsysteme – alles ein kleines bisschen in Arbeit. Aber mit welchem Ziel? Und sollen die Steuern gesenkt oder die Haushalte saniert werden? Rätselpolitik ist das!"

Jon Aars*, Mitglied des internationalen Expertengremiums Polar Bear Specialist Group, beantwortet im „Spiegel" vom 22. März, die Frage nach dem* ***Aussterben von Eisbären*** *wie folgt:*

„Ich persönlich glaube nicht daran, dass die Eisbären durch den Klimawandel aussterben werden. Aber aus etlichen Regionen werden sie wahrscheinlich verschwinden. Schon heute müssen einige Eisbärpopulationen in den südlicheren Arktisgebieten für einen Teil des Jahres auf dem Festland leben, da im Sommer keine Eisschollen mehr da sind. Das schaffen die Tiere zwar; doch sie müssen lange Hungerperioden überstehen, sind untergewichtig, und die Sterblichkeit unter den Jungtieren ist hoch."

Der ***SPD-Gesundheitsexperte Karl Lauterbach*** *über die Oppositionsarbeit:*

„Ständig muss ich meine Rhetorik aufrüsten, um Söder zu toppen. Man muss sich mittlerweile einiges einfallen lassen, um als Oppositionspolitiker überhaupt noch wahrgenommen zu werden."

Vorauseilende Dementis

Unannehmlichkeiten senden
ihr Dementi gern voraus –
allerdings die dicken Enden
stehen trotzdem dann ins Haus:

Aus Guantánamo kommt keiner,
hieß es groß im letzten Jahr,
jetzt indessen gibt man's kleiner –
schließlich kommen doch ein paar.

Grad so eitel ist das Prahlen
übers Griechenland-Paket,
denn am Schluss heißt's immer zahlen –
glaubt ihr's nicht? die Wette steht!

Und mit neuen Steuern detto
sind Dementis altbewährt:
Die hat längst schon wer in petto,
wie uns die Erfahrung lehrt ...

Pannonicus

60 Jahre

Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland

C5524 - PVST. Gebühr bezahlt

Über Tabuthemen berichten

Wilhelm v. Gottberg, Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen, der Herausgeberin dieser Zeitung, über deren Leitlinien

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist 60 Jahre geworden. So wie sich ein Mensch in der Regel nach Vollendung des 60. Lebensjahres zu einer reifen Persönlichkeit mit sicherem Beurteilungsvermögen entwickelt hat, so hat sich die *Preußische Allgemeine Zeitung/Das Ostpreußenblatt* (*PAZ*) in 60 Jahren zu einer geschätzten, unabhängigen Wochenzeitung entwickelt, die Woche für Woche zu den aktuellen politischen, sozialen und kulturellen Fragen Stellung bezieht.

Die klassischen Aufgaben einer unabhängigen Zeitung im demokratischen Gemeinwesen werden auch von der *PAZ* wahrgenommen.

In den ersten 20 Jahren reines Verbandsorgan

Es sind:

- Nachrichten vermitteln (Informationen bieten),
- durch Kommentare zum politischen Geschehen zur Meinungsbildung beitragen,
- Kritik und Kontrolle (Missstände und Fehlentwicklungen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft aufzeigen und deren Beseitigung fordern),
- den Lesern ein Unterhaltungsangebot bieten.

Die *PAZ* erschien bis einschließlich 2003 unter dem Titel *Das Ostpreußenblatt*. Die Zeitung ist seit 1950 am Markt, sie war in den ersten 20 Jahren nur Verbandsorgan der Landsmannschaft Ostpreußen. Seit 1967 erheben Herausgeberin und Redaktion den Anspruch, mit dem *Ostpreußenblatt* eine unabhängige Wochenzeitung zu produzieren. Gleichwohl blieben Ostpreußen, die Ostpreußen und alle Fragen, die sich aus Flucht, Vertreibung der Ostdeutschen aus den preußischen Ostprovinzen des früheren Deutschen Reiches ergaben, Schwerpunkt der Berichterstattung.



In kritischen Zeiten von Preußens Reformern lernen: General Gerhard von Scharnhorst, Minister Freiherr Karl August von Hardenberg und Staatsminister Reichsfreiherr Karl vom und zum Stein bleiben Vorbilder für die deutsche Politik. Bild: akg

Weil die bezahlte Auflage der Zeitung in den letzten 20 Jahren stark rückläufig war, sah sich die Herausgeberin schon allein aus wirtschaftlichen Erwägungen gezwungen, neue Leser zu gewinnen. Da lag es nah, die preußische Thematik mehr in den Vordergrund zu rücken und dies auch mit einer Änderung des Zeitungstitels nach außen deutlich zu machen. Herausgeberin und Redaktion sind überzeugt, dass eine Rückbesinnung auf preußische Tugenden erforderlich ist, um Deutschlands Zukunft in einer globalisierten und vernetzten Welt erfolgreich zu bewältigen.

Rückbesinnung auf preußische Tugenden ist gerade in einer globalisierten Welt notwendig

Neben den oben angeführten inhaltlichen Themenfeldern erstreckt sich die Berichterstattung der Zeitung auch auf bedeutsame Randthemen, die leider von den Massenmedien ausgeblendet werden.

Die Entwicklungsgeschichte der *PAZ*, aber auch verantwortungswie gesinnungsethische Gründe geboten es, die geschichtlichen, geistlichen und kulturellen Gemeinsamkeiten der Deutschen Nation auch für die Deutschen jenseits der heutigen Ostgrenze der Bundesrepublik zu bewahren und lebendig zu halten. Mithilfe unserer Wochenzeitung *PAZ* wollen wir die Geschichts-, Sprach- und Kulturgemeinschaft mit unseren dort lebenden Landsleuten stärken.

Der Geschichtsverfälschung und der Geschichtslosigkeit wird die *PAZ* entgegenwirken, wie sie das auch bisher getan hat. Dabei ist der Redaktion das Prinzip der Wahrheit Leitlinie. Dies ist von existenzieller Bedeutung für die Zeitung, da der Eindruck gewonnen werden könnte, dass in weiten Teilen der Republik die Lüge zum System erkoren wurde. Die über 700-jährige Geschichte und Kultur des deutschen Ostens (gemeint sind die Ostprovinzen des früheren Deutschen Reiches Ost- und Westpreußen, Hinterpommern und Schlesien) ist Bestandteil des Erbes der ganzen

Das ostdeutsche Kulturerbe lebendig halten

Deutschen Nation. Dies festzuhalten und immer wieder festzustellen ist ein Gebot der historischen Wahrhaftigkeit und verpflichtende Daueraufgabe der Herausgeberin und Redaktion. Wer, wenn nicht wir, wird sich der Aufgabe stellen, dieses unendlich wichtige und große Kulturerbe lebendig zu halten?

Darüber hinaus will die *PAZ* alle schicksalhaften Themen des demokratischen Gemeinwesens Deutschland aufgreifen, die von der politischen Klasse und den Medien mehr oder weniger tabuisiert werden. Diese schränken die grundgesetzlich garantierte Meinungsfreiheit zugunsten der so genannten politischen Korrektheit ein bei den Themen: Ausländerkriminalität, Islamisierung, Reparationszahlungen Deutschlands, überbordende Staatsverschuldung und anderes mehr. Dem stellt sich die *PAZ* mutig entgegen und das bereits seit 60 Jahren.

Eine Zeitung, die sich allen Schablonen entzieht

Die preußische Idee bildet die Identität und den »Markenkern« der *PAZ* und – soweit ein Medium das haben kann – ihre Seele

Wo steht die *Preußische Allgemeine* heute in der deutschen Medienlandschaft? Am einfachsten wäre die Einordnung des Blattes als „Vertriebenenzeitung“. Es ist ja eine Tatsache, dass die *Preußische Allgemeine* aus dem *Ostpreußenblatt* hervorgegangen ist und bis heute ein recht großer Anteil ihrer Leser nach Herkunft oder sogar noch nach Geburt Ostpreußen sind.

Aus dieser Sicht, das wäre anzumerken, steht die *Preußische Allgemeine* ziemlich alleine da: Nur sehr wenige Periodika mit ost- und sudetendeutschem Bezug erscheinen noch wöchentlich, unseres Wissens sind es nur ganze zwei. Doch diese sind nach Auflage und publizistischem Anspruch nicht vergleichbar mit der *Preußischen Allgemeinen*. Das selbe gilt noch mehr für die anderen Zeitungen und Zeitschriften aus diesem Bereich, die weniger oft erscheinen.

Eine andere mögliche Einordnung wäre es, die *Preußische Allgemeine* als „nationales“ oder „demokratisch-rechtes“ Blatt zu qualifizieren. Doch auch das wäre zumindest unvollständig. Zusammen mit ihrer Herausgeberin bekennt sich die *PAZ* zu einem vernünftigen deutschen Patriotismus. Nationalbewusstsein und Vaterlandsliebe sind für sie (im Unterschied zum Nationalismus!) positive Begriffe. Insofern ist die *PAZ* auch irgendwie „rechts“, jedenfalls in der Definition der politischen „Gesäßgeographie“ der Gegenwart. Doch viel mehr noch als „patriotisch“ und „demokratisch-rechts“ ist diese Zeitung natürlich preußisch. Die preußische Idee aber ist zwar bestens kompatibel mit deutschem Patriotismus, aber sie ist ihrem Wesen nach eben keine nationale Idee, sondern eine Staatsidee. In welchem Maße, das sollen zwei Überlegungen verdeutlichen.

Zum einen hat Preußen seinen Namen nach einem untergegangenen baltischen Volksstamm, den Prußen. Es war im Grunde eine historische Zufälligkeit, dass das Wort „Preußen“ zum Namen des brandenburg-preußischen Gesamtstaates wurde. Damit war das keineswegs nur „deutsche“ Selbstverständnis dieses Staates schon markiert: Ein Nationalstaat hätte sich zu allerletzt nach einem Nachbarvolk benannt.

Zum anderen ist die preußische Idee auf andere Völker übertragbar, sogar auf außereuropäische. Diese Zeitung hat unlängst darüber berichtet, wie eine preußisch-deutsche Kolonialpolitik in Ostafrika arabischen Sklavenjägern das Handwerk gelegt hat. Dadurch gewann sie die tiefe Loyalität der schwarzafrikanischen Bevölkerung, die im Ersten Weltkrieg – wohl einmalig in der europäischen Kolonialgeschichte – dafür kämpfte, ihre bisherige Kolonialmacht behalten zu dürfen.

Die Episode ist im doppelten Sinne preußisch: Es war preußisch seitens der Deutschen, nach dem Prinzip „Üb immer Treu und Redlichkeit!“ die unmenschliche Sklavenfängerei in Tanganjika abzuschaffen. Das geschah ohne viel Tamtam und war ganz anders motiviert als heutiges gesinnungsethisches Gutmenschentum. Nicht weniger preußisch war aber die Loyalität, der Gemeinsinn und auch die Opferbereitschaft, mit der die Massai ab 1915 zusammen mit einem winzigen deutschen Expeditionscorps ihr Land gegen eine britische Übermacht verteidigten. Kurz und gut: Preußen ist im Kern wirklich keine deutschnationale Sache, weswegen übrigens auch die deutschen „Kämpfer gegen Rechts“, die diese Zeitung natürlich seit langem im Visier haben, bisher keinen Ansatzpunkt gegen die *Preußische Allgemeine* gefunden haben.

Am allerwenigsten ist die *PAZ*, trotz solide-schwarzer Zahlen, ein kommerzielles Projekt. Das schließt schon die Gemeinnützigkeit der Herausgeberin aus.

Bleibt als Fazit, dass sich diese Zeitung – zur Freude ihrer Leser, aber auch aller anderen, die sich eine bunte Medienlandschaft wünschen – den üblichen Schablonen entzieht und einfach erfrischend anders ist. Diese *Preußische Allgemeine* hat mit ihren Lesern, die durchaus eine Gemeinschaft bilden, Profil, Identität und – soweit ein Medium das haben kann – eine Seele.

Konrad Badenheuer

Allen Skeptikern zum Trotz

Ruth Geede, die von Anfang an bei dieser Zeitung mitgearbeitet hat, lässt 60 Jahre *Ostpreußenblatt* Revue passieren

Ein Jubiläum ist mehr als ein Besinnen auf das Erreichte, Dankbarkeit für das trotz mancher Widerstände erhalten Gebliebene und die Verpflichtung für ihr Bewahren in einer noch ungewissen Zukunft. Man sieht erst beim Abschreiten der zurückgelegten Strecke, wie lang der Weg ist und welche Schwierigkeiten zu meistern waren.

Unsere alten, treuen Bezieher, die seit der ersten Stunde dabei sind, haben das *Ostpreußenblatt* beziehungsweise die *Preußische Allgemeine Zeitung* in den vergangenen 60 Jahren auf ihrem langen Weg begleitet. Für unsere neuen Leser wird es interessant sein, dass diese Wochenzeitung auf eine 60-jährige Geschichte zurückblicken kann, wie sie nicht viele deutsche Presseorgane vorweisen können. Das liegt an dem guten Fundament, auf dem sie einst gegründet wurde, und das heißt „Ostpreußen“. Und als *Ostpreußenblatt* erschien sie am 5. April 1950 in dem damals noch dünn besetzten Pressespiegel der erst kurz zuvor gegründeten Bundesrepublik Deutschland, ein Titel, den sie noch heute unter dem Mantel der *PAZ* trägt.

Wenn man rückblickend sagen würde, sie füllte damals eine klaffende Lücke aus, dann wäre das nicht richtig. Das Gegenteil war der Fall: Sie wuchs aus einem tiefen Krater der Unwissenheit über das Schicksal von Millionen Flüchtlingen und Vertriebenen. Durch ein striktes Verbot unterbanden die Besatzungsmächte bis zum Jahr 1947 jegliche Vereinigung von Deutschen, die im Osten ihre Heimat verloren hatten. Die Geburtsstunde der Landsmannschaft Ostpreußen schlug am 3. Oktober 1948 in der Hamburger Elbschlossbrauerei, am 8. März 1950 erfolgte die Eintragung in das Vereinsregister des Amtsgerichts Hamburg. Es erwies sich als notwendig, der Landsmannschaft ein Verbandsorgan in die Hand zu geben, das zugleich Organisationshilfe wie Plattform für die Zusammenfindung der Vertriebenen war. Es hatte schon vorher einige Publikationen gegeben, aber unliebsame Umstände, die sogar zu gerichtlichen Auseinandersetzungen führten, zwangen dazu, eine neue Zeitung als einziges Verbandsorgan herauszubringen. Allerdings gab es auch Skeptiker, die einer Vertriebenenzeitung kein langes Leben voraussagten. Aber bereits im März 1950 erschien eine Probenummer mit dem Titel *Das Ostpreußenblatt* und dem Wappen mit der Elchschaufel – Schriftzug und Emblem sind bis heute geblieben! In jener Testausgabe gibt der Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen, Dr. Ottomar Schreiber, der Hoffnung Ausdruck, „dass das Ostpreußenblatt uns auf einen Weg begleiten wird, der gekennzeichnet ist durch ein immer engeres Zusammenrücken der Glieder unserer ostpreußischen Schicksalsgemeinschaft und durch eine nachhaltige Besserung der Lage der Heimatvertriebenen in Westdeutschland“. Die Probenummer zeigte erste Beiträge zu diesen Themen wie einen Bildbericht aus dem Lager Friedland, wo der erste Zug aus den polnisch besetzten Ostgebieten eingetroffen war – allerdings aus Schlesien, nicht, wie erhofft, aus Ostpreußen –, Informationen über neue Gesetze, Berichte aus der Arbeit der Landsmannschaft und der örtlichen Zusammenschlüsse, aber auch kulturelle Beiträge von ostpreußischen Autoren und den Bericht einer Königsbergerin, die als Speicherarbeiterin unter den Russen geschuftet hatte und somit authentische Informationen über diese ersten Nachkriegsjahre in der besetzten Stadt vermitteln konnte. Der nächste Teil ihrer Erlebnisse sollte dann in der ersten offiziellen Ausgabe der Zeitung erfolgen, eine Fortsetzungsgeschichte also – vielleicht trug dies dazu bei, dass die Nr. 1 dann nicht im geplanten Umfang von 32, sondern mit 48 Seiten erschien. Der 5. April 1950 wurde dann zur offiziellen Geburtsstunde des *Ostpreußenblattes*.



Foto: Archiv

Schwerer Anfang: Alles begann in einer Baracke, die zum Treffpunkt der Vertriebenen wurde.

Die Zeitung begann als Sprachrohr der Schicksalsgemeinschaft

Die Erstausgabe hielt, was die Probenummer versprochen hatte: Sie zeigte sich als Spiegel und Sprachrohr der Schicksalsgemeinschaft der vertriebenen Ostpreußen und als Bewahrer der Geschichte und Kultur der Heimat mit Beträgen bekannter Schriftsteller und Historiker. Als einziges Organ der Landsmannschaft informierte das *Ostpreußenblatt* seine Leser über die bisher geleistete Arbeit und die aktuellen Probleme der Flüchtlinge. Es erwies sich aber auch schon als Sammelbecken der Suchwünsche, denn die meisten Familien mussten Vermisste und Verschleppte beklagen. Und so begann das große Suchen unter dem Titel: Vermisst, verschleppt, gefallen!

Keiner kann sich heute die organisatorischen und räumlichen Schwierigkeiten vorstellen, unter denen die Realisierung überhaupt ermöglicht wurde. Geschäftsstelle wie Redaktion und Vertrieb waren in den Wohnräumen der Verantwortlichen untergebracht. In der Einzimmerwohnung des Geschäftsführers der Landsmannschaft, Werner Guillaume, waren bis zu acht Mitarbeiter tätig, was auch bei seiner sonst so ruhigen Ehefrau Magdalena – kurz „die Landesmutter“ genannt – die Nerven blank legte. Der Vertrieb der Zeitung befand sich ebenfalls in der Privatwohnung des zuständigen Leiters C. E. Gutzeit, einschließlich des Kellers, aber nicht mehr lange. Kurz bevor die Nr. 1 erschien, war die Landsmannschaft in eine Holzbaracke gezogen, die mitten in einer Trümmerlandschaft unweit der Außenalster am Berliner Tor lag. Eine schadhafte Bretterbude, aber die dort einzogen, hatten ja auf der Flucht oder in Gefangenschaft noch ganz andere Unterkünfte erlebt. So gut es ging, versuchte man die Räume bewohnbar zu machen, was in diesem Fall „betriebsfähig“ bedeutete. Aber die Arbeitsbedingungen blieben hart: Im Sommer knallte die Sonne unbarmherzig auf das Wellblechdach, im Winter verwandelte der Frost die Baracke in eine Eishölle. Zwar bullerten in den Kanonenöfen die von den Mitarbeitern mitgebrachten Briketts und Holzscheite, aber sie ließen nur kurze Zeit die Öfen glühen. Durch die klapprigen Fenster zog es wie die Pest. In den engen Räumen konnte man sich kaum bewegen, weil alles mit Tischen und Stühlen voll gestellt war, auf denen Papierstapel und Bücherberge lagen, denn inzwischen war auch die Redaktion eingezogen. Die hatte sich bis dahin in der Privatwohnung des ersten Chefredakteurs des *Ostpreußenblattes*, Martin Kakies, befunden, der sich für das *Ostpreußenblatt* als Glückfall erwies. Denn er war nicht nur als ehemaliger Chefredakteur des „Memeler Dampfboot“ ein versierter Zeitungsmacher, sondern auch ein großartiger Schriftsteller. Weit bekannt war er durch seine Elchgeschichten geworden, das „Buch vom Elch“ mit einzigartigen Aufnahmen wie die von dem in der Brandung der See tobenden Elch wurde zum Bestseller. Sein Name erschien allerdings nicht im Impressum, das suchte man vergebens, allein die Vertriebsanschrift war angegeben. Das *Ostpreußenblatt* war eben als Organ der Landsmannschaft als kleinformatiges Mitteilungsblatt konzipiert, das zu einem Bezieherpreis von 0,61 D-Mark zweimal im Monat erschien. Aber die Auflage stieg und stieg und Ende des Jahres 1950 konnten 58 475 Abonnenten gemeldet werden. Noch ahnte man allerdings nicht, dass sich dieses Blatt in wenigen Jahren zu einer der größten deutschen Wochenzeitungen entwickeln würde, nach Umfang und Auflage zur größten Zeitung der Vertriebenen überhaupt.

Das konnte aber nur geschehen, weil sich die Landsmannschaft aus den Zwängen der Baracke befreite, als die Zustände für die dort Beschäftigten unerträglich geworden waren. Vor allem für die Redaktion, für die das ständige Kommen und Gehen der Besucher ein konzentriertes Arbeiten unmöglich machte. Deshalb brannten bis in die späten Nachtstunden die über den alten Holztischen hängenden Glühbirnen, klapperten die alten Schreibmaschinen. Allerdings hatte der ständige Besucherstrom auch einen Vorteil für die Redakteure: Sie bekamen viele Informationen, Erlebnisberichte und Mitteilungen geradezu ins Haus geliefert. Längst war die Baracke zum Treffpunkt der Vertriebenen und zum Ort des Wiedersehens geworden. Interviewpartner kamen gerne und freiwillig, Aussiedler und Spätheimkehrer konnten als authentische Zeitzeugen befragt werden, schon sesshaft gewordene Vertriebene berichteten von ihrer Aufbauarbeit. Und dann immer das große Suchen, das dazu führte, dass Seiten um Seiten mit Einzel-Suchanzeigen gefüllt werden mussten und im redaktionellen Teil die Rubriken, die sich mit diesen Problemen beschäftigten, umfangreicher wurden. Diese Entwicklung trug dazu bei, dass die Bezieherzahl ständig wuchs: Ende der Jahres 1953 überstieg das *Ostpreußenblatt* mit 100 085 Postbeziehern die Grenze der Hunderttausend. Nunmehr im Zeitungsformat und als Wochenzeitung.

1959 lag die Auflage des Blattes bei 128 000 Exemplaren

Es dauerte noch einmal drei Jahre, bis die Landsmannschaft in ein eigenes Haus in der Hamburger Parkallee ziehen konnte: Am 15. März 1956 übersiedelte somit auch die Redaktion in die hellen Räume des Stadthauses in der ruhigen Straße und konnte ihre Arbeit nun unter ganz anderen Bedingungen weiter führen. Das zeigte sich auch in der Gestaltung des Blattes, das mit einer ständigen Beilage „Wir jungen Ostpreußen“ und mit der monatlichen „Berliner Beilage“ erweitert wurde. Das geschah noch unter der Ägide des Hauptschriftleiters Martin Kakies, der das Blatt von den bescheidenen Anfängen als Organ der Landsmannschaft zur auflagenstarken Wochenzeitung redaktionell geführt hatte. Als er 1959 ausschied, hatte das *Ostpreußenblatt* eine Druckauflage von fast 128 000 erreicht. Zum zehnjährigen Bestehen im April 1960 schrieb Dr. Alfred Gille, Nachfolger von Dr. Ottomar Schreiber im Amt des Sprechers: „Um all unsere Aufgaben, Wirkungen und Hoffnungen geht es, wenn wir vom *Ostpreußenblatt* sprechen. Es trägt und hält unsere Gemeinschaft, es kämpft für unsere Heimat und schafft uns die wirtschaftliche Unabhängigkeit.“

Dem Memelländer Martin Kakies, einer sehr ausgeprägten, dominierenden Persönlichkeit, folgte der bisherige politische Redakteur Eitel Kaper. Ein ernster Mann mit großem Wissen und Fleiß, der mit sicherer Hand die Redaktionsarbeit lenkte. Die heitere Komponente brachte eine Frau mit ein: Ruth Maria Wagner, die in Königsberg und Berlin als Rundfunkredakteurin in leitenden Positionen gearbeitet hatte. Sie sollte mit ihrem Wissen, Können und einer großer Heimatliebe 20 Jahre lang dem Ressort Kultur/Unterhaltung/Frauen vorstehen und viel zur Erhaltung ostpreußischen Kulturgutes beitragen, eine wichtige Aufgabe, die später Silke Osman weiterführte – bis heute. Auch Erwin Scharfenorth brachte seine fundamentalen Kenntnisse über ostpreußische Geschichte und Volkskunde mit ein, die er in wie mit leichter Hand geschriebene Erzählungen umsetzte. Leider verstarb er – wie Hans-Ulrich Stamm und Friedrich Ehrhardt, der Vater der „Ostpreußischen Familie“ – viel zu früh, sie alle hinterließen spürbare Lücken. Einen hervorragenden Mitarbeiter fand man in dem Schriftteller Paul Brock, dem bekannten Romanautor, der vor allem das Feuilleton mit seinen ostpreußischen Städteporträts und Landschaftsschilderungen bereicherte. Viele Namen wären zu nennen, die das Blatt in der „Ära Kaper“ mitprägten und die sich auch in die folgende einbrachten, die nun ein Mann mit voller Präsenz ausfüllte: Hugo Wellems. Ein Vollblutjournalist, der als Chefredakteur in fast drei Jahrzehnten kraftvollen Wirkens dem *Ostpreußenblatt* seinen Stempel aufdrücken sollte. Er war Rheinländer – aber das tat dem *Ostpreußenblatt* gut, so stellte jedenfalls der damalige Bundesminister für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegssachgeschädigte, Heinrich Windelen, fest. Er dokumentierte dies in seinem Vorwort zur Festschrift „25 Jahre für Deutschland“ mit dem Satz: „Man hörte die Stimme der Ostpreußen also auch in Bonn, und zwar sehr genau.“ Wie der damalige NRW-Ministerpräsi-

Fortsetzung auf Seite III

12. Januar 1945: Das Inferno bricht los. Die Rote Armee überrennt die vom Krieg zermürbte Front im Osten Deutschlands. Schon Monate zuvor hatten die grausigen Bilder des vorübergehend zurückeroberten Nemmersdorf eine Ahnung von der bevorstehenden Hölle gegeben. Flucht unter Bomben- und Granatenhagel, über Land, über See, entsetzliche Übergriffe der Eroberer – Bilder, welche die meisten Vertriebenen nie vergessen werden.


Foto: pa

Bis 1948 wurden auch die meisten der zurückgeblienen oder zurückgekehrten Ostdeutschen verjagt. Wie für die zuvor bereits Vertriebenen beginnt ein mühsamer Neuanfang in Lagern und Baracken.

3. Oktober 1948: Die Landsmannschaft Ostpreußen wird gegründet. Aus vielen bereits gegründeten regionalen Zusammenschlüssen bilden die vertriebenen Ostpreußen einen gemeinsamen Dachverband.

23. Mai 1949: Der Parlamentarische Rat beschließt das Grundgesetz, die „Bundesrepublik Deutschland“ ist gegründet. Im Herbst wird Konrad Adenauer (CDU) erster Bundeskanzler.

7. Oktober 1949: Auf dem Gebiet der Sowjetzone wird die „Deutsche Demokratische Republik“ aus der Taufe gehoben. Ihr starker Mann bleibt bis 1971 Walther Ulbricht (SED)

März 1950: Eine „Probenummer“ des *Ostpreußenblattes* erscheint, am 5. April erscheint *Das Ostpreußenblatt (OB)* Nr. 1, zunächst zweimal, dann dreimal im Monat.


Ostpreußenblatt

25. Juni 1950: Mit dem Einmarsch kommunistischer nordkoreanischer Truppen in den westlich orientierten Süden Koreas beginnt der Koreakrieg. Weltkriegsangst breitet sich aus. Das *OB* sieht jedoch keinen Grund zur Panik: „In Moskau ist man ... sehr real und vorsichtig in der Beurteilung der wirklichen Machtverhältnisse.“ Dass die UdSSR Koreas wegen einen globalen Krieg anzettelte, sei äußerst unwahrscheinlich.

20. August 1952: Der SPD-Vorsitzende Kurt Schumacher ist tot. Schumacher, KZ-Opfer, entschiedener Gegner Adenauers und glühender Patriot, hatte die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie für immer ausgeschlossen. Das *OB* hoffte damals, dass „auch der neue Parteivorsitzende der SPD Schumachers Grundsätze bewahren wird“.

17. Juni 1953: Ein Volksaufstand in Ost-Berlin, der ganzen DDR wird blutig niedergeschlagen. Sichtlich erschüttert von den Ereignissen kommentiert das *OB*: „Dieses Blut brennt wie Feuer. Es ist Blut vergossen worden für ein Deutschland, wie wir es uns ersehnen, es ist Blut vergossen worden für uns und unsere Heimat. Denn der Weg nach Hause geht über Berlin.“

6. September 1953: Die CDU/CSU gewinnt mit über 45 Prozent die zweite Bundestagswahl. Der bestätigte Bundeskanzler Adenauer wird im *OB* zitiert: „Unser Ziel ist die Befreiung unserer 18 Millionen Brüder und Schwestern in den Ostgebieten.“ Bis jetzt habe man immer wieder von der Wiedervereinigung gesprochen, „wir sollten lieber sagen Befreiung, denn sie leben in Ostdeutschland in Sklaverei und Knechtschaft.“ 18 Millionen Einwohner zählte seinerzeit die DDR inklusive Ost-Berlin.

1. Oktober 1953: Der „Deutschlandvertrag“ ist ratifiziert, die Bundeswehr wird aufgestellt. Damit erhält der westdeutsche Teilstaat weitgehende Souveränität. Gleichzeitig wird die Bundesrepublik Nato-Mitglied. Das *OB* titelt: „Wir sind wieder mündig.“

14. Mai 1955: Die Staaten des Ostblocks gründen unter Beteiligung der DDR den Warschauer Pakt (offiziell Warschauer Vertrag). Gleichzeitig macht Moskau Vorschläge für eine Viermächte-Übereinkunft hinsichtlich Deutschlands. Das *OB* wittert darin ein Finte und spricht von der „äußerst raffinierten Stimmungsmache und Manövrierfähigkeit der Sowjets“.

Fortsetzung von Seite II

dent Kühn bewies, der auf einer Plenarsitzung das *Ostpreußenblatt* zitierte und es mit dem Kommentar attackierte: „Solange ich an der Spitze stehe, werden Blätter, die so etwas veröffentlichen, keinen Pfennig aus öffentlichen Mitteln bekommen.“ Darauf könne das *Ostpreußenblatt* auch gut und gerne verzichten, wie Windelen kommentierte. Und er bescheinigte der Zeitung eine unabhängige politische Meinung, „die man sicher als konservativ, aber vom preußischen Idealen getragen bezeichnen kann“.

Der Minister war gerne Gast in dem Haus in der Parkallee wie viele andere Besucher aus Politik, Wissenschaft und Kunst. Wellems bestimmte mit seiner selbstbewussten Art das Geschehen. Dafür mag eine kleine Episode stehen, die sich als Anekdote in die Zeitungsgeschichte eingeschrieben hat. Sie geschah im Jahr 1978, als der Präsident der Paneuropa-Union Otto von Habsburg und Prinz Louis Ferdinand von Preußen anlässlich einer Feier der Landsmannschaft Ostpreußen in der Parkallee weilten. Kein großer Empfang, keine lange Laudatio. Da auch der Inhaber der Klischeeanstalt Kaiser eingeladen war, eröffnete Wellems die Feier mit den Worten: „Ich begrüße Sie heute zu einem Drei-Kaiser-Treffen!“ Weder der Habsburger noch der Hohenzoller nahmen das übel!

Während der „Ära Wellems“ fiel auch der Eiserne Vorhang, und damit begann ein neues Kapitel in

Eine unabhängige politische Meinung

der Geschichte des *Ostpreußenblattes*, an dem er bis zu seinem Abschied im Jahr 1995 mitschrieb. Noch einmal begann das große Suchen und Finden, das *Ostpreußenblatt* wurde zum engagierten Vermittler, zum verlässlichen Helfer, zur Brücke vom Heute zum Einst. Als Hugo Wellems 1995 aus seinem Amt schied, hinterließ er seinen Nachfolgern kein leichtes Erbe. Fast 30 Jahre – also die Hälfte der Zeitspanne des Bestehens unserer Zeitung! – setzen eben Marksteine! Mit Horst Stein, Elimar Schubbe, Hans-Jürgen Mahlitz und Klaus D. Voss an der Spitze konnte das *Ostpreußenblatt* seinen Weg unbeirrbar weitergehen, obgleich die Schwierigkeiten wuchsen, nicht zuletzt aufgrund des veränderten Altersspiegels unserer Leserschaft. Wie sie aus der Sicht des Chefredakteurs zu meistern sind, dazu nimmt der heutige Leiter der Redaktion, Konrad Badenheuer, in dieser Ausgabe Stellung.

Eines sei aber mit diesem kleinen Überblick über die Geschichte unserer Zeitung bewiesen: Die Skeptiker, die vor 60 Jahren dem *Ostpreußenblatt* nur ein kurzes Leben voraussagten, haben sich gründlich geirrt!

Als das große Suchen begann

In der Baracke an der Hamburger Wallstraße trafen sich Kulturschaffende, Einsame und Auswanderungswillige

Wie war das eigentlich damals, als wir nach Flucht und Vertreibung begannen, nach Angehörigen, Nachbarn, Freunden, Kameraden zu suchen?

Als uns überhaupt erst bewusst wurde, dass wir vorerst – wie wir glaubten – nicht in die Heimat zurückkehren konnten, dass wir versuchen mussten, festen Boden unter den Füßen zu bekommen? Wer gab uns da Hilfestellung, wer wies uns den Weg zu Institutionen und Auskunftsstellen, wer informierte uns über unsere Rechte und Möglichkeiten, die oft unlösbar scheinenden Probleme zu bewältigen? Wer brachte uns mit Schicksalsgefährten zusammen, wer bewahrte die Heimat in Wort und Bild und ließ uns die Fremde leichter ertragen? Es war das *Ostpreußenblatt* von der ersten Folge seines Erscheinens an, das für uns Vertriebene zum guten Wegbegleiter in eine noch ungewisse Zukunft wurde.

Die ersten Jahre nach der Vertreibung waren vergangen, irgendwo hatte man Obdach gefunden. Hier und dort hatte es bereits ein Wiederfinden gegeben, ermöglicht durch eine vor der Flucht vereinbarte Adresse im Westen, durch eine frühe Auskunft der Suchstellen, oft auch durch manche zufällige Begegnung. Das geschah, was die ostpreußischen Vertriebenen betraf, besonders in Norddeutschland unweit der Demarkationslinie. Viele, die in Mitteldeutschland durch die 1948 erfolgte Ausweisung aus Nordostpreußen gelandet waren, aber auch Landsleute, deren Trecks sich in Mecklenburg und Vorpommern aufgelöst hatten, wagten noch einmal eine Flucht über die damals „grüne Grenze“, die aber durch die militärische Bewachung nicht ungefährlich war. Sie blieben oft im östlichen Niedersachsen oder in Schleswig-Holstein, das auch viele aus der dänischen Internierung entlassene Vertriebene aufnahm. Hier formierten sich wie überall, wo die Flüchtlinge größere Gruppen bildeten, erste Zusammenschlüsse, die verhinderten, dass der allein lebende Heimatlose in die Isolation geriet. Als im November 1949 die Landsmannschaft Ostpreußen gegründet wurde, konnte sie den örtlichen Zusammenschlüssen und überregionalen Heimatkreisen ein festes Haus bieten – im übertragenen Sinne. Real war es allerdings das, was man eher als Bruchbude bezeichnen würde: die berühmte „Baracke“. Sie wurde zur Urzelle der Zeitung, die von nun an zum großen Verbindungsglied in der Schicksalsgemeinschaft der Vertriebenen wurde, dem *Ostpreußenblatt*!

Es dürfte damals kaum eine Redaktion in Westdeutschland gegeben haben, die einen so starken Besucherstrom aufweisen konnte wie die in der Hamburger Wallstraße. Man schrieb nicht, man kam selber, um mit den Redakteuren und Mitarbeitern der Landsmannschaft über die Themen zu sprechen, die in den ersten Ausgaben behandelt wurden, und die eigenen Probleme mit einzubringen. Es gibt ein spanisches Sprichwort: „Die Welt ist wie ein Taschentuch, alles findet sich darin wieder!“ Das bewahrheitete sich hier auf ostpreußisch. Und es war schon ein kräftiges, großes Sacktuch, in dem sich die Ostpreußen in drangvoller Enge zusammen fanden.

Da war der ehemalige Gestütsleiter, der gelesen hatte, dass von der Bundesregierung 18000 D-Mark zur Erhaltung der Trakehnerzucht bewilligt wurde, und der mehr darüber wissen wollte. Es kam ein Ehepaar, das die Auswanderung überlegte – sie hatte die im *Ostpreußenblatt* gestellte Frage: „Existenz in der Heimat oder Auswanderung!?“ interessiert. Eine Frau aus Hannover glaubte, auf dem Foto einer Memelländerin, die mit einem Transport gekommen war, ihre Schwester zu erkennen. Der Leiter einer örtlichen Gruppe aus Schleswig-Holstein wollte, angeregt durch den Beitrag „Beschleunigung des Lastenausgleichs“, über dieses Thema referieren und erhoffte sich von seinem Besuch in der Baracke weitere Informationen. Auf großes Interesse stieß der in einer der ersten Ausgaben veröffentlichte Bericht über die Operation Link, der das schwierige Problem der aus den polnisch besetzten Gebieten „Herausgeführten“ und in die Bundesrepublik Eingereisten behandelte. Bisher hatte es Komplikationen beim Übertritt der vor allem aus dem Ermland und Masuren Kommenden in die britische Zone gegeben. Die Abwicklung des Verfahrens sollte nun erheblich vereinfacht werden. Gerade solche für die Zusammenführung der Vertriebenen so wichtigen Mitteilungen wiesen das *Ostpreußenblatt* als eine für jeden zugängliche Informationsquelle aus, weil die Zeitung selbst den einsamsten Heimatlosen erreichte, wie den Fischer von der Kurischen Nehrung, den es in die Rhön verschlagen hatte. Dass so viele Auskunftsheischende auch aus weiter entfernten Gebieten in die Baracke kamen, hatte seine Gründe. Der Postweg dauerte zu lange, einen Telefonanschluss besaßen die wenigsten, im direkten Gespräch konnte man das Thema verdichten. Und die Begegnung mit den Redakteuren und Autoren der Beiträge war für die Besucher auch wichtig, besonders, wenn es sich um bekannte Historiker und Kulturschaffende handelte.

Viele von ihnen lebten in Norddeutschland, vor allem in Hamburg, oder kamen zu den Kulturveranstaltungen in die Hansestadt – nie ohne die Baracke aufzusuchen. Sie trugen nahtlos ihr kulturelles Schaffen weiter, die Dichter, Maler und Musiker, die das so rege ostpreußische Kulturleben bestimmt hatten. Da war der vor allem durch seine Romane bekannte Autor Hansgeorg Buchholtz, der seine Liebe zu Masuren und der Kurischen Nehrung in Beiträgen für das *Ostpreußenblatt* und auf vielen Lesungen weiter trug. Ein besonders engagiertes Forum fand er in der jungen Generation, die sich zur „Vereinigung der ostpreußischen Jugend in Hamburg“ zusammengeschlossen hatte und eine rege Tätigkeit unter Hannes Rischko und Lieselotte Trunz entfaltete. Das vielfältige Erbe ostpreußischen Volkstums lag bei Hanna Wangerin in den besten Händen, das *Ostpreußenblatt* trug ihre Anregungen weiter, so dass sich Werkgruppen bilden konnten, in denen nach alten Mustern gewebt, gestrickt, gestickt wurde. Die heitere Komponente brachte der junge Zeichner Hans Jürgen Press ein, der im *Ostpreußenblatt* seine ersten Karikaturen veröffentlichte und eine große Liebe zur Natur, die schon seine Kindheit in Masuren bestimmt hatte, in vielen Zeichnungen und Bilderrätseln erkennen ließ.

Zu den Mitarbeitern der ersten Stunde gehörten Walter von Sanden-Guja, Gertrud Papendick, Erminia von Olfers-Batocki, Charlotte Keyser, Toni Schawaller und Ottfried Graf Finkenstein, dessen neuer Roman „Schwanengesang“ in den ersten Folgen erschien. Es waren Autoren aus dem Königsberger Schriftstellerkreis wie auch Walter Scheffler, der taube Dichter, den ein besonders schweres Schicksal getroffen hatte: Der in Dänemark Internierte hatte im Lager Oxböl seine Lebensgefährtin geheiratet, Agnes Miegel war Trauzeugin gewesen, aber schon kurz nach der Hochzeit verstarb die Ehefrau, und der Gehörlose war wieder allein. Scheffler war ein guter Freund des Schriftstellerpaares Margarete und Fritz Kudnig, das in Dithmarschen, Margaretes Heimat, schon früh ein Domizil gefunden hatte. Der empfindsame Dichter kam nur schwer zurecht mit dem Leben fern der verlassenen Heimat, Margarete Kudnig aber trat aus dem Schatten ihres Mannes, dem bekannten Lyriker, heraus und wurde zu einer der eifrigsten Mitarbeiterinnen des *Ostpreußenblattes*. Schon in der Probenummer erschien ihr Beitrag „Land der dunklen Wälder…“, das die Geschichte dieses Liedes behandelt, das nun nach der Vertreibung zu dem Ostpreußenlied wurde. Die Kudnigs waren mit dem Schriftsteller Erich Hannighofer wie mit dem Komponisten Herbert Brust eng befreundet, für Brust hatte Margarete die Worte zu Kantaten und Oratorien verfasst. Dieses Lied aber stammte aus der 1930 uraufgeführten Kantate „Ostpreußenland“, zu der Hannighofer den Text geschrieben hatte. Das „Ostpreußenlied“ war ursprünglich der Schlusschor der Kantate, löste sich aus ihr und wurde durch diese wunderbare Symbiose von Wort und Weise zu einem Heimatlied von hohem künstlerischem Wert. Brust hatte einmal über die Worte Hannighofers gesagt: „Es war eine Gnade, dass ich sie fand!“

Das *Ostpreußenblatt* konnte in Folge 1 die Ostdeutsche Heimatwoche ankündigen, die Mitte Mai in der Hansestadt stattfinden sollte. Zehntausende wurden zu dieser Großveranstaltung erwartet, 80000 kamen. Die Festansprache des Hauptredners Dr. Gille gipfelte in einem Ruf aus Not und Verzweiflung: „Verewigt nicht das Unrecht!“

Auf dieser Heimatwoche konnte sich die ostpreußische Kultur in vielen Veranstaltungen breit auffächern. In der Hamburger Kunsthalle fand eine Sonderveranstaltung „Ostpreußische Kunstausstellung“ statt, in der Werke von namhaften Künstlern wie Alfred Partikel, Hans Kallmeyer, Max Block und Gerhard Eisenblätter wie auch weniger bekannten Malern zu sehen waren. Ein besonderes Interesse galt einem Künstlerpaar aus Lüneburg: Kurt Bernecker war mit seinen Landschaftsbildern und Gertrud Lerbs-Bernecker, die nach Käthe Kollwitz bekannteste ostpreußische Graphikerin, mit Steinzeichnungen aus ihrem neuen Zyklus „Flucht und Abschied von der Heimat“ vertreten. Sie verstarb leider viel zu früh wie auch die hochbegabte Altistin Ursula Zollenkopf, die dem Kammermusikabend eine besondere Note mit ihren Brahms-Liedern verlieh – ein kleiner Dank an die Brahmsstadt Hamburg, die der Ostdeutschen Heimatwoche den Boden zu ihrem großartigen Gelingen bereitete, zu dem auch das Unprogrammierte beitrug: Das Wiederfinden von Freunden, Nachbarn und Verwandten, denen man plötzlich inmitten des Menschenstroms gegenüberstand. Da konnte das *Ostpreußenblatt* viel berichten – und tat es auch. Und wuchs weiter zum Bindeglied über Länder und Kontinente hinweg, überall, wo Vertriebene lebten. Bis heute! *Ruth Geede*

---

4. November 1956: Sowjetische Panzer beenden einen antikommunistischen Befreiungsversuch der Ungarn. Das *OB* druckt die letzten Hilferufe der Budapester Fernschreibzentrale („Die Panzer kommen in Rudeln! Was tun die Vereinten Nationen? Helft uns! Helft uns! Um Gottes willen …“) und fragt, ob „wir den Ungarn eines Tages wieder in die Augen sehen können, ohne uns zu schämen“.

Foto: pa/akg

15. September 1957: Mit über 50 Prozent der Stimmen erreicht die Union die absolute Mehrheit der Stimmen bei der Bundestagswahl. Der Gesamtdeutsche Block/BHE schafft die Fünfprozentklausel nicht und fällt aus dem Bundestag, was den Niedergang der Vertriebenenpartei einleitet. „Ein harter Schlag“, so das *OB*.

13. August 1961: Die noch halbwegs offene Grenze in Berlin wird abgeriegelt, es ist der Tag des Mauerbaus. Hilflose Empörung auch im *Ostpreußenblatt*: „Wenn es noch eines letzten Beweises bedurft hätte, dass sich das Ulbricht-Unterdrückerregime aus Niedertracht, Vertragsbruch, Gewalttat und Erbärmlichkeit zusammensetzt, so ist dieser Beweis am 13. August 1961 erbracht worden.“

8. Juni 1963: Schlesiertreffen in Köln. Das *OB* zitiert das Grußwort des Regierenden Bürgermeisters von (West-) Berlin, Willy Brandt (SPD): „Deutsche Ostpolitik darf nie hinter dem Rücken der Heimatvertriebenen gemacht werden. Wer die Oder-Neiße-Linie als Grenze bezeichnet, die von unserem Volk akzeptiert ist, belügt die Polen.“

15. Oktober 1963: Kanzler Adenauer tritt zurück. Das *OB* erinnert: „Er wurde zum ersten deutschen Repräsentanten in der Welt, der einen noch um 1950 fast geschlossenen Wall der Verfemung und des Hasses aufbrach.“ Ihm folgt der legendäre Wirtschaftsminister Ludwig Erhard (CDU) ins Kanzleramt.

1. Dezember 1966: Bundespräsident Heinrich Lübke vereidigt Kanzler Kurt Georg Kiesinger (CDU). Er führt erstmals eine „Große Koalition“ aus Union und SPD. Das *OB* sieht hier bereits die Weichen für ein späteres sozialliberales Bündnis gestellt: „Wäre nicht die parlamentarische Basis einer solchen Allianz (SPD/FDP) so außerordentlich schmal gewesen, so hätte man sicherlich diesen Weg gewählt.“



April 1968: Nach einem Anschlag auf den linksradikalen Studentenführer Rudi Dutschke kommt es zu seit den frühen 30er Jahren nicht mehr erlebten Straßenschlachten in deutschen Universitätsstädten. Das *OB* fragt besorgt: „Kommt jetzt die Kapitulation vor der Straße?“

21. August 1968: Truppen des Warschauer Paktes marschieren in die Tschechoslowakei ein, der „Prager Frühling“ wird von Panzern überrollt. Das *OB* sieht sich in seiner Skepsis gegenüber einer „neuen Ostpolitik“ bestätigt: „Für diejenigen, die uns einreden wollen, dass sich innerhalb der kommunistischen Welt … eine Wandlung vollzogen habe, müsste die vergangene Woche das Ende aller Illusionen gebracht haben.“

28. September 1969: Nach der Bundestagswahl gehen SPD und FDP unter ihren Vorsitzenden Brandt und Scheel eine Koalition ein. Das *Ostpreußenblatt* prophezeit: „Man wird damit rechnen müssen, dass … in der Deutschland- und Ostpolitik Wege beschritten werden, die weder den Erklärungen der Union noch den Vorstellungen der Vertriebenen entsprechen.“

12. August 1970: Kanzler Brandt unterzeichnet in Moskau den Deutsch-Sowjetischen Vertrag. Offiziell als „Gewaltverzichtsvertrag“ deklariert, vermuten Vertriebene, dass hier Grenzen ohne Friedensvertrag



2002: LO-Sprecher Wilhelm v. Gottberg (Mitte) und der damalige PAZ-Chefredakteur Hans-Jürgen Mahlitz (r.) im Gespräch mit dem damaligen bayrischen Ministerpräsidenten Edmund Stoiber

Partnerdruckerei Rautenberg in den 50er Jahren

Partnerdruckerei SHZ 2010

OB-Redakteurin Ruth-Maria Wagner in der Setzerei

PAZ-Chefredakteur Konrad Badenheuer im Gespräch mit PAZ-Autorin Ruht Geede

PAZ-Autor Jean-Paul Picaper im Gespräch mit dem französischen Präsidenten Nicolas Sarkozy

Fotos: Rautenberg (5), SHZ (4), PAZ

neu gezogen werden sollen, so auch das *OB*: „Wer gegen die Eroberungen Hitlers mit allen Kategorien des Völkerrechts opponiert hat, kann jetzt nicht die Eroberungen Stalins billigen.“

7. Dezember 1970: In Warschau unterzeichnet Brandt den Deutsch-Polnischen Vertrag, der von vielen wie eine faktische Anerkennung der Oder-Neiße-Linie aufgefasst wird. Das *OB* titelt: „Halbmast für Deutschland.“

3. Mai 1971: Walter Ulbricht tritt als Generalsekretär des Zentralkomitees (ZK) der SED ab, Erich Honekker wird sein Nachfolger. Das *OB* sieht den neuen Machthaber mit Misstrauen: „Dem in der Natur hereinbrechenden Sommer zieht ein politischer Eisberg entgegen.“



3. September 1971: Die Siegerstaaten des Zweiten Weltkriegs schließen das „Vier-Mächte-Abkommen“ über Berlin. Das *OB* begrüßt darin enthaltene Reiseerleichterungen, mahnt jedoch: „Eine Regelung mit Mauer und Schießbefehl ist absolut unannehmbar.“

27. April 1972: Ein Misstrauensvotum gegen Kanzler Brandt scheitert knapp, das *OB* spricht vom „zweifelhaften Sieg“. Jahrzehnte später sollte sich herausstellen: Es waren Stasi-Schmiergelder im Spiel. Die folgende Bundestagswahl brachte dennoch einen Sieg der SPD/FDP-Koalition.

21. Dezember 1972: Bonn unterzeichnet den „Grundlagenvertrag“ mit der DDR, der einer faktischen Anerkennung gleichkommt. Das *OB* sieht darin einen weiteren Schritt zur Zementierung der deutschen Teilung und fragt: „Weshalb geht die Opposition nicht nach Karlsruhe?“

31. Juli 1973: Das Bundesverfassungsgericht legt fest, dass das Deutsche Reich bis zu einem Friedensvertrag in seinen Grenzen von 1937 fortbestehe.

18. September 1973: Die Bundesrepublik Deutschland und die DDR treten der Uno bei. Das *OB* bleibt skeptisch: „Dass ausgerechnet die Aufnahme des Spalterstaates, der DDR, und ihre damit verbundene internationale Anerkennung diesen Prozess (der deutsch-deutschen Annäherung) beschleunigen soll, diese Skepsis ist nicht nur in deutschen Landen ... weit verbreitet.“

7. Mai 1974: Nach Bekanntwerden der Stasi-Tätigkeit seines engsten Beraters Günter Guillaume tritt Kanzler Brandt zurück. Das *OB* sieht ihn zu Unrecht als „Großen Mann“ verherrlicht: „Wir haben Brandt während seiner Amtszeit keine Blumen gereicht, wir brauchen ihm auch jetzt keine Kränze zu flechten.“ Helmut Schmidt (SPD) wird Nachfolger.

1. August 1975: 35 Staaten unterzeichnen in Helsinki die KSZE-Schlussakte. Darin werden Menschenrechte fixiert, obwohl klar ist, dass die östlichen Unterzeichnerregierungen diese niemals einhalten würden. Ihnen ging es allein um die Festlegung der bestehenden Grenzen und Machtbereiche. Das *OB* kritisiert: „Trotzdem machen alle westlichen Mächte das Täuschungsspiel unter gewaltigem Aufwand mit.“

Foto: pa

Dezember 1979: Die Nato beschließt eine Art Ultimatum an Moskau: Entweder leiten die Sowjets Schritte ein, um ihren Vorsprung bei Mittelstreckenraketen bis 1983 abzubauen, oder das West-Bündnis rüstet nach („Doppelbeschluss“). Mitinitiator ist Kanzler Schmidt, gegen den sich eine linke, innerparteiliche Opposition bildet, die ihn später stürzen wird. Das *OB* bemerkt schon 1979 „Jagdszenen aus dem Unterholz“ der SPD.

August 1980: Unter Führung der neuen Gewerkschaft „Solidarität“ des Lech Walesa bricht von Danzig ausgehend in Polen eine Streik- und Protestwelle los. Die ersten Hoffnungen keimen, dass der Kalte Krieg doch überwunden werden könnte. Das *OB* mahnt: „Die Deutschen müssen ihre Verantwortung gegenüber dem polnischen Volk und den dort lebenden Deutschen klar sehen. Breschnew muss merken, dass der Ostblock ohne Zugeständnisse an die Menschen isoliert wird.“

Ihrer Leistungen stets gewahr

Diese Zeitung sieht es als ihre Aufgabe an, ostpreußische Persönlichkeiten immer wieder in Erinnerung zu rufen

Literatur, Philosophie, Architektur oder Naturwissenschaften; die Wiege vieler deutscher Kulturschaffenden stand in Ostpreußen. Dafür, dass diese Kulturregion samt ihrer Bewohner nicht in Vergessenheit gerät, sorgt diese Zeitung regelmäßig mit Beiträgen.

„Ohne Begeisterung geschah nichts Großes und Gutes auf dieser Erde“, hat der ostpreußische Denker Johann Gottfried Herder einmal bemerkt. Und Großes und Gutes haben viele Menschen geleistet, die in Ostpreußen das Licht dieser Welt erblickt haben. So Johann Gottfried Herder selbst. Er wurde 1744 in dem kleinen Städtchen Mohrungen geboren. 1778 erschienen seine „Volkslieder“, die später unter dem Titel „Die Stimmen der Völker in Liedern“ bekannt wurden und zu den unstreitig bedeutendsten Werken Herders zählen. Herder war es schließlich, der die Völker durch Hinweise auf ihre eigene Sprache und Kultur zur Besinnung auf ihre nationalen Werte, zu einem nationalen Bewusstsein führte. Er starb 1803 in Weimar.

Neben dem 1473 in Thorn geborenen Astronomen Nicolaus Copernicus, der im ostpreußischen Frauenburg wirkte und mit seinem Werk über die Bewegung der Himmelskörper das damalige Weltbild erschütterte, ist als großer Denker Ostpreußens vor allem Immanuel Kant zu nennen, der 1724 in Königsberg geboren wurde und als erster deutscher Philosoph alle seine Briefe und Werke in deutscher Sprache verfasste.

Kants Schriften und Lehren, darunter Werke wie die „Kritik der reinen Vernunft“, „Kritik der praktischen Vernunft“, „Kritik der Urteilskraft“ und das „Tractat zum ewigen Frieden“, sind über die ganze Welt verbreitet. Noch heute haben Kants Forderungen an den Menschen, wie etwa der kategorische Imperativ, in dem er sagt: „Handle so, dass die Maxime deines Willens jederzeit als Prinzip einer allgemeinen Gesetzgebung gelten könnte“, nicht an Gültigkeit verloren.

Auch eine ansehnliche Reihe von Dichtern und Schriftstellern hat Ostpreußen hervorgebracht. Eng mit Berlin verbunden war das Leben und Wirken E. T. A. Hoffmanns, der zu den interessantesten Figuren des 18. und 19. Jahrhunderts zählt. Das dichterische Werk des 1776 in Königsberg geborenen Hoffmann wird heute als Abgesang der Romantik gesehen. Lässt sich auch sein Leben im Rahmen dieser Ausführungen kaum umreißen, so ist es noch ungleich schwerer, sein vielschichtiges Werk auch nur andeutungsweise einzuordnen. Auf seinem Grabstein auf dem Jerusalemer Friedhof in Berlin vermerkten seine Freunde: „Kammer Gerichts Rath, ausgezeichnet im Amte – als Dichter – als Tonkünstler – als Maler“. In seinem literarischen Werk standen zunächst musikalische Themen im Vordergrund, wie etwa bei den Erzählungen, die er später als „Phantasiestücke nach Callots Manier“ herausgab. Nebenbei arbeitete Hoffmann in dieser Zeit auch an einer Oper „Undine“, für die später kein Geringerer als Karl Friedrich Schinkel das Bühnenbild entwarf.

Seine Kollegen und Zeitgenossen schildern Hoffmann als glänzenden Juristen mit kristallklarer Logik und kühlem Verstand. In der Berliner Zeit entstanden die schönsten seiner Erzählungen, die er in den Bänden „Die Elixiere des Teufels“ und „Die Serapionsbrüder“ zusammengefasst hat. Die Erzählung „Meister Martin der Küfer und seine Gesellen“ hat übrigens Richard Wagner zu seiner Oper „Die Meistersinger“ angeregt. Nur 46 Jahre alt starb Hoffmann 1822 in Berlin.

Nur ausgesuchte Kenner der Literatur hingegen beschäftigen sich heute noch mit dem Werk eines Mannes, der als der erfolgreichste und zugleich als der umstrittenste seiner Zeit gilt: Hermann Sudermann. Der 1857 in Matziken, Kreis Heydekrug, geborene Sudermann wurde gern mit dem damals ebenfalls schon sehr erfolgreichen Schlesier Gerhart Hauptmann verglichen. Es mussten Regisseure wie Jürgen Fehling kommen, die seinen wahren Wert entdeckten, die erkannten, dass der Ostpreuße tatsächlich „der Balzac des Ostens“ war, wie Paul Fechter in seiner „Geschichte der deutschen Literatur“ feststellte. Bis in unsere Zeit wurden seine „Litauischen Geschichten“ mehrfach verfilmt, wie etwa „Die Reise nach Tilsit“, und auch für das Fernsehen bearbeitet. Hermann Sudermann starb 1928 in Berlin.

Aus neuerer Zeit sind zwei Namen zu nennen, die in einem solchen Überblick keinesfalls fehlen dürfen: Agnes Miegel und Ernst Wiechert. Geboren wurde Agnes Miegel, die bereits zu Lebzeiten von ihren Freunden und Verehrern den Beinamen „Mutter Ostpreußen“ nach einem ihrer Gedichte erhielt, 1879 in Königsberg. Ehrungen, mehrere Literaturpreise und die Ehrendoktorwürde der Albertus-Universität würdigten das Schaffen der Schriftstellerin und Dichterin, die mit ihrer starken medialen Begabung vieles vorausgesehen hatte: die Zerstörung ihrer Vaterstadt, die Flucht Ende Januar über die eisige Ostsee nach Dänemark, den Verlust aller Habe, das Lagerdasein. Nach einigen weiteren Stationen fand sie 1953 eine eigene kleine Wohnung in Bad Nenndorf am Deister, wo sie bis zu ihrem Tod 1964 ihren Lebensabend verbrachte.

»Ich glaube, dass es des Ostpreußen Bestes ist, dass er sich selbst nicht aufgibt« Paul Wegener, Schauspieler

Ernst Wiechert wurde 1887 im Forsthaus Kleinort, Kreis Sensburg, geboren. Diese Umgebung, die Landschaft und ihre Menschen haben ihn entscheidend geprägt. So lautet der Titel eines seiner Bücher denn auch „Wälder und Menschen“, der eines anderen „Das einfache Leben“. 1930 ging der Ostpreuße nach Berlin, schied jedoch nach drei Jahren aus dem Schuldienst aus und übersiedelte zunächst nach Ambach am Starnberger See, später hat er zwölf Jahre mit seiner zweiten Frau Lilije auf Hof Gaggert bei Wolfratshausen leben und schaffen dürfen. 1938 allerdings wurde Ernst Wiechert für Monate im Konzentrationslager Buchenwald gefangen gehalten. Sein „Totenwald“ ist ein eindrucksvolles Zeugnis dieser Zeit. 1948 siedelte Wiechert in die Schweiz über, wo er 1950 in Uerikon starb.

Zu den herausragenden Künstlern aus Ostpreußen gehören Lovis Corinth und Käthe Kollwitz. Groß und vielgestaltig ist das Werk von Lovis Corinth, der 1858 in Tapiau geboren wurde. Schon zu Lebzeiten erfuhr der Maler zahlreiche Ehrungen: 1915 wurde er zum Präsidenten der Berliner Sezession gewählt, 1918 zum Professor und 1925 zum Ehrenmitglied der Münchner Akademie ernannt. 1925 war auch das Jahr seines Todes, der ihn auf einer Reise nach Holland in Zandvoort ereilte.











Ostpreußische Kulturschaffende: Otto Nicolai, E.T.A. Hoffmann, Käthe Kollwitz, Immanuel Kant, Lovis Corinth, Agnes Miegel, Nicolaus Copernicus, Herrmann Sudermann

Bilder (8): Archiv

Käthe Kollwitz, 1867 in Königsberg geboren, stand ihrem Mann, der als Kassenarzt in Berlin wirkte, stets zur Seite und lernte so das Elend der Zeit kennen. 1919 wurde Kollwitz zum Mitglied der Akademie der Künste ernannt und ihr der Professorentitel verliehen. Zehn Jahre später zeichnete man sie mit der Verleihung des Ordens pour le mérite aus. 1933 allerdings wurde sie ihres Amtes als Lehrerin der Meisterklasse für Graphik enthoben. Bis Kriegsende durften ihre Werke in Deutschland nicht mehr ausgestellt werden. 1945, kurz vor Kriegsende, starb Käthe Kollwitz, die wegen des Bombenhagels aus Berlin geflohen war, in Moritzburg bei Dresden.

Berlin als Hauptstadt war auch stets ein Anziehungspunkt für Architekten. Viele von denen, die in den 20er Jahren des vergangenen Jahrhunderts das Gesicht der Metropole prägten, kamen aus Ostpreußen: Erich Mendelsohn aus Allenstein, die Brüder Max und Bruno Taut aus Königsberg wie auch Martin Wagner, der als Stadtbaurat wirkte.

Zu den namhaften Wissenschaftlern, deren Wiege in Ostpreußen stand, zählt Otto Wallach aus Königsberg (1847–1931). 1910 wurde er mit dem Nobelpreis für Chemie ausgezeichnet. Seine Lebensaufgabe sah er in der Erforschung der ätherischen Pflanzenöle. In Gaffken, Kreis Fischhausen, wurde 1864 Wilhelm Wien geboren. Er gilt als Wegbereiter der Quantenphysik und erhielt für seine Forschungen 1911 den Nobelpreis für Physik. Wien starb 1928 in München an den Folgen einer Operation. Als „Vater der Atomforschung“ gilt Arnold Sommerfeld, geboren 1868 in Königsberg. Er entwickelte die Grundlagen der Mehrfachquantelung der Spektralterme. Ein tragischer Verkehrsunfall beendete 1951 sein Leben in München.

Auch im Bereich der Musik hat Ostpreußen besondere Persönlichkeiten hervorgebracht. 1810 wurde Otto Nicolai in Königsberg geboren. Seine wohl bekannteste Oper „Die lustigen Weiber von Windsor“ steht immer wieder einmal auf dem Spielplan auch der großen Häuser. 1837 ging er als Kapellmeister des Kärntnertor-Theaters nach Wien. Das Musikleben an der Donau belebte Nicolai nicht zuletzt auch durch die Gründung der Philharmonischen Konzerte. 1849 wurden die „lustigen Weiber“ in Berlin zum ersten Mal aufgeführt. Keine drei Monate später erlag Nicolai den Folgen eines Gehirnschlages.

William Shakespeare inspirierte noch einen anderen ostpreußischen Komponisten, den Königsberger Hermann Gustav Goetz. Er schrieb die Oper „Der Widerspenstigen Zähmung“, die 1874 in Mannheim uraufgeführt wurde. 1876, nur wenige Tage nach seinem 36. Geburtstag, starb Goetz in Hattingen bei Zürich.

„Ich glaube, dass es des Ostpreußen Bestes ist, dass er sich selbst nicht aufgibt und dass er nicht des Scheines wegen nachgibt, sondern den Mut und die Kraft hat, er selbst zu sein.“ Diese Worte des Schauspielers Paul Wegener mögen über dem Leben all der Männer und Frauen stehen, die mit ihrem Schaffen weit über die Grenzen ihrer Heimat Ostpreußen hinaus gewirkt haben und deren Spuren bis heute nicht verweht sind. *Silke Osman*

13: Dezember 1981: In Polen wird das Kriegsrecht verhängt, die „Solidarität“ verboten. Doch im Osten ist dennoch jetzt nichts mehr so wie vor dem August 1980, analysiert das *OB*: „Wie immer sich die Entwicklung in Polen auch gestalten wird, der erfolgreiche Freiheitskampf der polnischen Bevölkerung bedeutet für die Russen eine verlorene Schlacht.“

17. September 1982: Die SPD/FDP-Koalition zerbricht, am 1. Oktober wird Helmut Kohl (CDU) von Union und FDP zum Kanzler gewählt. Das *OB* hofft jetzt auf „Politik aus neuem Geist“ und fordert die versprochene „geistige und moralische Wende“ ein.

6 März 1983: Bei der Bundestagswahl wird Kohl bestätigt, die Grünen ziehen erstmals ins Parlament ein. Das *Ostpreußenblatt* kommentiert prophetisch: „Auch die Grünen werden sehr bald erkennen, dass Dialektik und Protest allein in Bonn wenig zu bewirken vermögen.“

11. März 1985: Michael Gorbatschow wird Generalsekretär der KPdSU. Das *OB* bleibt zunächst vorsichtig, vorsichtiger als der neue Kreml-Chef selbst, was diesen später die Macht kosten soll: „Gorbatschow lebt nicht freischwebend – und es wird Zeit brauchen, bis selbst ein Mann mit viel Energie die ‚Nomenklatura‘ auf seine Vorstellungen zuschneidet.“

10. September 1987: Erich Honecker besucht Bonn. Das *OB* betrachtet den Ablauf der Visite mit durchaus gemischten Gefühlen: „Der oftmals wenig würdevoll wirkende Andrang bestimmter Kreise um Honecker erinnert fatal an Lenins Satz, wonach ‚die Kapitalisten auch noch den Strick liefern, an dem sie eines Tages aufgehängt werden‘.“

17. Januar 1988: 120 Oppositionelle werden bei einer „alternativen“ Rosa-Luxemburg-Demo in Ost-Berlin, die parallel zur offiziellen SED-Kundgebung stattfindet, festgenommen. Vorausschauend ahnt das *OB*: „Den Mächtigen in der DDR werden alle diese Einschüchterungsversuche nichts nützen. Die Verhältnisse in ihrem Land sind eben so, dass sich ständig neue Unruheherde bilden. Keine Gewaltherrschaft kann ewig währen. Die Ruhe in der DDR ist dahin.“



2. Mai 1989: Ungarn öffnet formell die Grenze zu Österreich. Der Ostblock beginnt zu erodieren, der Flüchtlingsstrom schwillt an. Das *OB* hält die Zeit für gekommen und fordert Bonn auf, „nach einem Konzept zur Überwindung der deutschen Teilung zu suchen“.

19. August 1989: Etwa 900 DDR-Bürger nutzen ein Picknick der Paneuropa-Union nahe dem ungarischen Ödenburg zur Massenflucht nach Österreich. Das *Ostpreußenblatt* titelt: „Jetzt ist die Einheit fällig.“

30. September 1989: Die über 6000 DDR-Flüchtlinge in den bundesdeutschen Botschaften in Prag und Warschau dürfen ausreisen. Angesichts des bevorstehenden 40. Jahrestages der DDR meint das *OB*: „Da kann man jedem Redner an diesem Wochenende nur zu dem Mut beglückwünschen, nach positiven und euphorischen Floskeln zu suchen, obwohl die DDR als endgültig gescheitert angesehen werden muss.“

Foto: ddp

7. Oktober 1989: Massenproteste verhageln den „Geburtstag der Republik“ in Ost-Berlin. Das *OB* titelt vorausschauend: „Wiedervereinigung: Die Nation Deutschland lebt!“

18. Oktober 1989: Erich Honecker tritt zurück. Egon Krenz wird neuer SED-Chef. Das *OB* fragt: „Wer hat Angst vor der Einheit?“

9. November 1989: Mauerfall. Angesichts der pathetischen Reaktionen vom Rhein fragt das *OB* an die Bonner Parteien gerichtet: „Wie lange ist es eigentlich her, dass Honecker noch von westdeutschen Politikern in bis zur Peinlichkeit gehender Weise hofiert wurde?“

28. November 1989: Kanzler Kohl proklamiert einen Zehn-Punkte-Plan zur deutschen Einheit. Dem *Ostpreußenblatt*

Auf zu neuen Lesern

Mit dem Fall der Mauer 1989 erweiterte sich die Zielgruppe für diese Zeitung um Tausende

Mit dem Niedergang des Ostblocks konnten die Vertriebenen nicht nur leichter in ihre Heimat reisen, auch jene von ihnen, die es nach Flucht und Vertreibung auf den Boden der späteren DDR verschlagen hatte, konnten sich erstmals landsmannschaftlich organisieren.

Das Auto war bis oben voll gepackt mit *Ostpreußenblättern*, sogar auf dem Schoß hatte Friedhelm Schülke einen Packen Zeitungen. Bang schlug ihm und seinem Chef Manfred Schukat, der den Wagen fuhr, das Herz, als sie Ende Januar 1990 die Grenze zurück in die DDR passierten. Das, was sie taten, war verboten, denn Vertriebene durften sich im sozialistischen Osten Deutschlands nicht organisieren, doch den beiden Männern war das egal. Angetrieben von einer neu erwachten Energie, die ihnen das Gefühl vermittelte, dass nach all den Jahren des Versteckens nun ihre Zeit gekommen sei, wagten sie mit ihrer verbotenen Ladung die Provokation der Soldaten. Doch diese ließen sie ohne ein Wort die seit dem 9. November 1989 durchlässige deutsch-deutsche Grenze überfahren.

Es muss in den ersten Tagen des Jahres 1990 gewesen sein, als die

Ostpreußenblatt illegal in die DDR überführt

beiden in Anklam lebenden Ostpreußen auf einer Veranstaltung in Neubrandenburg dem damaligen Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen (LO), Staatssekretär Dr. Ottfried Hennig, begegnet waren. Dieser hatte die beiden ermuntert, doch einmal die Geschäftsstelle der LO und die Redaktion des *Ostpreußenblattes* in der Parkallee 84/86 in Hamburg zu besuchen. Als sich dann Anfang 1990 ein Geschäftstermin mit einer westdeutschen Großhandelsfirma in Hamburg-Schnelsen abzeichnete, entschieden sich Schukat und Schülke, diesen mit einem Besuch in der Parkallee zu verbinden. Am Freitag, dem 26. Januar 1990, so ist im Fahrtenbuch der beiden Geschäftspartner noch heute zu lesen, war es dann so weit. Noch heute erinnern sich der Landesvorsitzende der Landsmannschaft Ostpreußen in Mecklenburg-Vorpommern, Manfred Schukat, und sein Mitarbeiter Friedhelm Schülke, dass man sie in Hamburg herzlich empfangen und ihnen zahlreiche Kartons mit Zeitungen mitgab, die sie dann erfolgreich über die deutsch-deutsche Grenze in die DDR überführten.

Zwar hätten die *Ostpreußenblätter* weit über die Stadtgrenzen Anklams hinaus reißenden Absatz gefunden, doch bis zur Gründung von Ortsgruppen sei es noch ein weiter Weg gewesen, erinnert sich Schülke. Zwar war das Interesse an der in der DDR zwangsweise verdrängten Identität durchaus vorhanden, doch bloßes Interesse ist noch kein Engagement, ohne aktives Engagement lässt sich kein lebendiges Vereinsleben aus dem Nichts aufbauen.

Ein Blick in die alten Ausgaben des *Ostpreußenblattes* zeigt, dass es 1990 noch kaum Aktivitäten von Heimatvertriebenen in der noch bis zum 3. Oktober 1990 auf dem Papier existierenden DDR gab.

„Im Wahlkampf zur ersten freien Volkskammerwahl am 18. März 1990 haben wir in unseren Lokalzeitungen erstmals eine Meldung veröffentlicht“, erinnert sich Schülke. „DSU für Ostpreußen“: Unter Angabe ihrer persönlichen Adresse wagten die beiden Mitglieder der Deutschen Sozialeen Union (DSU), die im Bündnis mit der CDU und dem Demokratischen Aufbruch (DA) das „Bündnis für Deutschland“

Erst 1991 wurde in den neuen Bundesländern zögerlich die ersten Ortsvereine gegründet – Hilfe des Westens war erwünscht

bildete, den Schritt in die Öffentlichkeit. „Es gab aber noch die DDR-Gesetze, wonach Landsmannschaften verboten waren. Aber wir bekamen Zuschriften ohne Ende und haben hunderte *Ostpreußenblätter* verschickt. Damals haben wir sehr viele Kontakte geknüpft, die zum Teil bis heute bestehen. Aus dieser Zeit existieren viele persönliche Briefe“, fügt Schukat hinzu.

Doch wirklich los ging es am 9. März 1991 im Theater in Anklam. Wilhelm v. Gottberg, damals Stellvertretender Sprecher der LO, stellte vor 800 Gästen, wie das *Ostpreußenblatt* damals über die Veranstaltung berichtete, und im Beisein einer neugierigen Regionalpresse die LO vor und klärte die versammelten Heimatvertriebenen über ihre Rechte bezüglich eines Lastenausgleiches auf.

Nicht nur in Anklam fanden sich nach Veranstaltungen wie diesen einige Freiwillige, die die Gründung eines Ortsvereines übernahmen. Doch es wäre falsch, anzunehmen, dass mit dem Ende der DDR die Heimatvertriebenen wie befreit sich sofort an den Aufbau einer Interessenvertretung mit einem aktiven Vereinsleben zur Wahrung der ostdeutschen Tradition gemacht hätten. „Die Menschen waren nach all den Jahren unter der Fuchtel des SED-Regimes entpolitisiert“, erklärt Wilhelm v. Gottberg die Tatsache, dass die Gründung von Vereinen nur so langsam voranschritt. Alte *Ostpreußenblätter* enthalten überraschend wenige Berichte über Vereinsgründungen in den Jahren 1990 und 1991. „Obwohl die in Mitteldeutschland lebenden vertriebenen Ostdeutschen seit einem Jahr die Freiheit besonders genießen, geht die Gründung landsmannschaftlicher Gruppen nur langsam voran. 40 Jahre Reglementierungen haben ihre Spuren hinterlassen, und es fällt manchem Ostpreußen, Pommern oder Schlesier noch schwer, sich einer Landsmannschaft anzuschließen oder Verantwortung zu übernehmen“, so *OB*-Autor Horst Zander im April 1991 in dieser Zeitung. Zander erwähnt in dem Beitrag, dass zwar immer mehr Gruppen gegründet würden und vor allem Wilhelm v. Gottberg sich stark hierfür einsetze, doch trotzdem bittet er Landsleute aus Westdeutschland beim weiteren Aufbau um Unterstützung. Trotz allem: „Die Organisationsstruktur im Osten der heutigen Bundesrepublik Deutschland ist bis heute sehr grobmaschig geblieben“, so Wilhelm v. Gottberg.

Ein Blick auf die Entwicklung der Abonnentenzahl dieser Zeitung zeigt, dass diese bis zur Mitte der 90er Jahren einen sprunghaften Anstieg um mehrere Tausend Leser aus dem Osten des Landes nahm, doch

Zeitung dokumentiert Entwicklung des Vereinslebens

schon in der zweiten Hälfte des Jahrzehnts ebbte das Interesse ab. Ein Grund hierfür dürfte auch die Tatsache sein, dass vor allem das Interesse am Lastenausgleich groß war. Hierfür setzte sich die Herausgeberin dieser Zeitung, die LO, ein. „Keine Menschen zweiter Klasse“, lautete ein Artikel zu diesem Thema im *OB*. Nach langen politischen Auseinandersetzungen wurde 1994 vom Bundestag das Vertriebenenzuwendungsgesetz beschlossen (siehe Kasten). Bei so manchem, der daraufhin 4000 D-Mark erhalten hatte, erlahmte das Engagement zur Vereinsarbeit. Auch dürfte es manche abgestoßen haben, dass sich in manchen Ortsvereinen und sogar Landesgruppen der LO, aber auch des in den neuen Bundesländern stark vertretenen Bundes der Vertriebenen (BdV) ehemalige SED-Mitglieder an die Spitze setzten. „Genossen in die Vereinen“, soll die Devise für ehemalige Mitglieder der mit der DDR ins Abseits geratenen SED gelautet haben, erinnert sich ein Gründungsmitglied. „Wir sollten lieber mal nach der SED-Vergangenheit in den mitteldeutschen Vertriebenenverbänden fragen als nach der NS-Vergangenheit im BdV“, lästert es.

Rebecca Bellano



Notunterkünfte für Vertriebene in Brandenburg 1949: Das Thema Vertreibung aus den deutschen Ostgebieten war in der DDR tabu. Bild: BpK

Das Vertriebenenzuwendungsgesetz von 1994

Die ostdeutschen Heimatvertriebenen, die nach Flucht und Vertreibung anlässlich des Zweiten Weltkrieges im von den Westalliierten verwalteten Teil Deutschlands Aufnahme fanden, wurden 1952 wenigstens symbolisch entschädigt. Zwar konnte das Gesetz über den Lastenausgleich nicht alle materiellen und ideelen Verluste aufwiegen, doch die Geste, jenen Deutschen, die infolge des Zweiten Weltkrieges und seiner Nachwirkungen Vermögensschäden oder andere Nachteile erlitten hatten, entgegenzukommen, war getan.

Ihre Verwandten und Nachbarn aus der ostpreußischen, schlesischen oder sudetendeutschen Heimat, die es aber in den von der Sowjetunion verwalteten Teil Restdeutschlands verschlagen hatte, konnten von einer finanziellen Entschädigung nur träumen. Sie hatten zu akzeptieren, dass sie offiziell nur „Umsiedler“ waren. Flucht und Vertreibung war ein Tabuthema, über das nur im kleinen Kreis gesprochen wurde. Die Gründung von Vertriebenenvereinen war in der DDR unvorstellbar.

Als 1990 die beiden verbliebenen Teile Deutschlands vereinigt wurden, lag eine finanzielle Entschädigung in weiter Ferne. Da keine historisch gewachsene Interessenvertretung existierte, dauerte es bis zum 27. September 1994, bis nach langem politischen Kampf das Vertriebenenzuwendungsgesetz 4000 D-Mark für jeden vorsah, der in das Raster der von der Politik vorgesehenen Bestimmung passte. Das Geld gab es nur für jene, die bis zum 30. September 1995 ihren Antrag einreichten. Außerdem mussten sie akzeptieren, dass sie mit dieser Zuwendung alle weiteren innerstaatlichen Ansprüche auf Entschädigung der materiellen Schäden und Verluste, die mit den Ereignissen und Folgen des Zweiten Weltkriegs in Zusammenhang standen, verzichteten.

Insgesamt wurden auf diesem Weg 2,1 Milliarden D-Mark ausgezahlt. Das bezüglich der anspruchberechtigten Personen deutlich weiter gefasste Lastenausgleichsgesetz von 1952 zahlte bis 1982 115 Milliarden D-Mark aus. Bel

---

zufolge ist es angesichts all des Freudentaumels an der Zeit, innezuhalten: „In diesen Tagen sollten wir all derer gedenken, die an dieser deutschen Not gelitten haben, die für die gerechte Sache unseres Volkes verfolgt, inhaftiert und geschmäht worden sind.“

18. März 1990: Freie Volkskammerwahlen. Das *OB* stellt nach der eindeutigen Niederlage der SED/PDS fest, das Ergebnis sei ein „Plädoyer für die deutsche Einheit“.

17. Juni 1990: Gemeinsame Entschließung von Volkskammer und Bundestag zur Oder-Neiße-Grenze. Über die Rechte von Vertriebenen und der deutschen Volksgruppe östlich der Grenze wurde nicht gesprochen. Zahlreiche Abgeordnete applaudierten stehend dem Abtretungsbeschluss, statt den Schmerz über den Verlust wenigstens zu achten. Für das *OB* eine traurige Szene: „Der Sommeranfang steht für uns Deutsche diesmal im Banne des Schattens einer Verzichtserklärung.“

Foto: pa

3. Oktober 1990: Vereinigung von Bundesrepublik und DDR. Das *OB* empfindet „getrübte Freude durch einen fragwürdigen Verzicht“, der die Rechte der Vertriebenen und der Deutschen in den Oder-Neiße-Gebieten nicht berücksichtige.

Januar 1991: Öffnung des nördlichen Ostpreußens, das bis dahin sowjetischer Sperrbezirk war. Im *OB* treten jetzt immer häufiger Begriffe wie „Freihandelszone“ und „Luxemburg an der Ostsee“ sowie die Perspektive eines „gemeinsamen deutsch-russischen Neuanfangs“ auf.

20. Juni 1991: Denkbar knapp entscheidet der Bundestag, Regierung und Parlament wieder nach Berlin zu verlagern. Das *OB*: „Berlin wird Brücke zu Osteuropa sein.“



25. Juni 1991: Slowenien und Kroatien erklären ihre Unabhängigkeit, Serbien antwortet mit Gewalt, der erste Balkankrieg bricht aus. Das *OB* ist entsetzt: „Kroatien stirbt – Europa schaut zu.“

19. bis 21. August 1991: Putsch gegen Michael Gorbatschow scheitert, Jelzin ist neuer starker Mann in Moskau. Das *OB* schöpft Hoffnung aus dem Untergang der Kommunisten, der auch dem nördlichen Ostpreußen Nutzen bringen könne.

11. Dezember 1991: In Maastricht beschließen die EG-Regierungen eine „Wirtschafts- und Währungsunion“, das Ende der D-Mark wird eingeläutet. Das *OB* hat böse Ahnungen: „Der Zahlmeister Deutschland soll künftig dem großen Gleichmacher Ecu (Vorläufername des Euro, d. Red. 2010) frönen.“

21. Dezember 1991: Das Ende der UdSSR wird beschlossen, ihre letzte Stunde soll zum Jahreswechsel schlagen. Die „Gemeinschaft Unabhängiger Staaten“ (GUS) tritt an ihre Stelle. Auch die baltischen Länder bekommen ihre bereits vor Monaten ausgerufene Souveränität aus Moskau bestätigt, sie bleiben der GUS fern. Im *OB* lesen wir verhalten optimistisch: „Das alte Russland meldet sich in die Geschichte zurück.“

4. Oktober 1993: Putschversuch gegen Jelzin scheitert. Das *OB* warnt noch während des Putsches vor einer möglichen weiteren Eskalation der Stimmung in Moskau, wenn der Westen die Ausdehnung der Nato ungehemmt weiter betreibt: „Russland fürchtet die Isolation.“

Foto: ddp

27. September 1998: Kanzler Kohl wird abgewählt, die Union stürzt in eine tiefe Krise. Während sich Rot-Grün noch ungetrübter Feierlaune hingibt, ahnt das *OB* bereits in der Woche nach der Wahl: „Der noch zu wählende Bundeskanzler Schröder ist um seine Aufgabe nicht zu beneiden.“

Eine Verpflichtung Preußen gegenüber

Hans Heckel erklärt, warum *Das Ostpreußenblatt* zur *Preußischen Allgemeinen Zeitung* wurde

Schon Ende der 60er Jahre wandelte sich diese Zeitung vom Organ der Landsmannschaft Ostpreußen zur unabhängigen Zeitung für Deutschland. Ein Blick in die Zukunft mahnte weitere Veränderungen an, um die Gegenwart und die Vergangenheit publizistisch weiter begleiten zu können.

„Das ist ja eine tolle Zeitung, die Sie da machen. Der politische Teil, die Geschichte, die Kultur und alles – ganz wunderbar. Aber ich bin ja leider kein Ostpreuße, also ist das wohl nichts für mich.“ Kein Mitarbeiter des *Ostpreußenblattes (OB)*, der diesen Satz nicht zum Haareraufen oft gehört hatte. Es schien fast, als hemme diese Menschen eine unerklärliche Scham, als wollten sie sich nicht in die inneren Angelegenheiten eines fremden Stammes einmischen, gerade weil sie ihn und die von seinem Verband herausgegebene Zeitung achteten.

Natürlich hatte man längst ein Gegenargument: „Na und? Muss man denn Hesse sein, um die ‚Frankfurter Allgemeine‘ lesen zu dürfen?“ Es half nichts.

Bekanntlich gab (und gibt) es zahllose Vertriebenen- und auch west- und mitteldeutsche Heimatzeitungen, die sich bewusst ausschließlich auf die Pflege der Kultur und des Gedächtnisses ihrer Region beschränkten. Auch für Ostpreußen existiert eine ganze Reihe solcher oft ausgezeichneter Periodika. Doch das *OB* war schon seit den 50er Jahren anders, die allgemeine Politik nahm einen breiten Raum ein, weshalb sich schon frühzeitig Leser für die Zeitung begeistern konnten, deren Wurzeln nicht östlich der Weichsel liegen.

Diesen Weg ging der langjährige Chefredakteur Hugo Wellems (1912–1995), der die Zeitung von 1967 bis kurz vor seinem Tode führte, konsequent weiter. Unter ihm wurde schon Ende der 60er Jahre aus dem „Organ der Landsmannschaft Ostpreußen“ die „Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland“. Mitte der 90er Jahre aber wurde klar: Um breitere Leserschichten zu erreichen, muss sich die Zeitung auch im äußeren Erscheinungsbild noch stärker öffnen und das, ohne ihre Richtung, ihre besondere Qualität zu verlieren.

Doch dieser Weg musste auch mit aller Behutsamkeit beschritten werden: Für seine ostpreußischen Leser war das *OB* zu einem unverzichtbaren Stück alte Heimat geworden. Wer soviel verloren hat wie sie, der achtet aufmerksam auf das Wenige, das ihm noch geblieben ist. Und da nahm die Zeitung für viele einen zentralen Platz ein. Wie würden diese Leser reagieren, wenn ihnen „ihr Ostpreußenblatt“ plötzlich, geöffnet für neue Leserschichten, in neuem Gewande erschiene, mit neuem Haupttitel?

Einigeln im Kokon einer »reinen Heimatzeitung«?

Aber den bequemen Weg einschlagen und einfach weitermachen, das kam für Herausgeber und Redaktion nicht in Frage, denn: Natürlich hätte man sich einigeln können in den engen Kokon einer „reinen Heimatzeitung“. Doch würde das dem historischen Anspruch gerecht, dem sich eine Region wie Ostpreußen gegenübersieht? Dagegen sprach die Geschichte dieses Landstrichs ebenso wie seine bedeutsame Einbettung in die Entwicklung ganz Deutschlands: Erst mit der Erhebung des brandenburgischen Kurfürsten Friedrich III. zum „König in Preußen“ 1701 wurde aus dem alten Herzogtum Preußen das spätere Ostpreußen, während sich sein Name Preußen zum Titel eines Gesamtstaates mauserte, aus dem 170 Jahre später das Deutschland Bismarcks geboren werden sollte.

Disziplin bedeutet nicht »Strammstehen« oder ähnlich Banales, sondern bedeutet Einsicht in die Notwendigkeit

Aus dieser hervorgehobenen historischen Rolle ergab sich eine Verpflichtung Ostpreußens ganz Preußen gegenüber, der sich eine Zeitung, für die Geschichtsbewusstsein zu den Grundfesten zählt, nicht verschließen konnte. Dies war allen Beteiligten klar.

Hinzu kam, dass aus der mittlerweile Tausende zählenden Schar nichtostpreußischer Leser immer nachdrücklicher die Ermutigung zu uns drang, doch endlich herauszukommen aus dem „Schneckenhaus“, uns wirklich zu öffnen und auf eine breitere Basis zu stellen.

Ende der 90er Jahre waren die Würfel dann im Grunde gefallen. Doch eine Frage harrte noch der Klärung: Wie sollte das Blatt dann künftig heißen?

Heute, da der Titel seit sieben Jahren oben auf der Zeitung prangt, scheint die Frage etwas merkwürdig: Wie denn sonst?

Doch so einfach war es beileibe nicht. Vieles wurde erwogen und wieder verworfen, bis Ruth Geede, die älteste Mitarbeiterin der Redaktion, die ihre journalistische Tätigkeit bereits 1931 beim Königsberger Kinderfunk begonnen hatte, das Ei des Kolumbus auf die Spitze stellte: *„Preußische Allgemeine Zeitung“* schlug sie vor, was nach der energischen Fürsprache des Sprechers der Herausgeberin auch in der Führung der Landsmannschaft Zuspruch fand.

Nun folgte die nächste Hürde: Wie wollen wir das umsetzen? Die zu erwartenden Irritationen bei den treuen Stammlesern nagten heftig. Andererseits ermutigte die Hoffnung auf deren „preußische Disziplin“. Disziplin bedeutet ja nicht, Preußen wissen das, „Strammstehen“ oder ähnlich Banales. Es bedeutet Einsicht in die Notwendigkeit.

Dennoch war nun viel Rücksichtnahme gefragt. Also war allen klar: Wir machen das nicht einfach von einem Tag auf den anderen. Die Menschen müssen Zeit haben, diesen schwerwiegenden Schritt zu verdauen, sonst überfordern wir zu viele.

So wurde mit der Folge vom 29. September 2001 der Titel *„Preußische Allgemeine Zeitung“* zunächst recht klein unter „Das Ostpreußenblatt“ gestellt. Jetzt hieß es abwarten.

Die Reaktionen waren ganz überwiegend positiv: „Voller Genugtuung und Freude sah ich es“, schrieb eine Leserin. Ein anderer Leser hingegen fand den neuen Untertitel überflüssig, das *OB* habe sich den Ruf einer für viel mehr Menschen als für Ostpreußen lesenswerten Zeitung längst auch mit dem alten Titel erworben.

Ruth Geede schlug den heutigen Haupttitel vor

Andere wiesen bloß auf einen orthographischen Fehler hin: Das „s“ in „Preußische“ war ein rundes „s“, also falsch. Ein blöder Fehler, der entstanden war, weil die Druckerei plötzlich kein korrektes langes „s“ auftreiben konnte. Nach drei Folgen war das jedoch gelöst. Indes: Dass ein solches Detail bei vielen das einzige war, was sie erregte, bestärkte uns nur in der Gewissheit, auf dem richtigen Weg zu sein.

Die Schrift, eine Standardvariante, konnte ohnehin nicht die endgültige sein, da war man sich schnell einig. Also wurde ein Graphiker beauftragt, einen eigenen *PAZ*-Schriftzug zu entwerfen. Seit dem 19. Januar erschien der Untertitel nun in der Variante, die mit leichten Veränderungen bis heute gilt. Ab jenem Tag wurde der Untertitel auch deutlich größer.

Schließlich kam der große Moment: Am 29. März 2003 erklärte die Herausgeberin des *OB*, dass die Zeitung ab dem 19. April, dem Erscheinungstag der Osterausgabe, den Haupttitel *„Preußische Allgemeine Zeitung“* tragen werde.

Die Leserreaktionen waren ganz überwiegend positiv bis begeistert. Einige wenige jedoch mochten den Verlust des alten Haupttitels nicht verwinden. Hoch motivierend war allerdings, wie enthusiastisch selbst langjährige Leser mitgingen bei der alles andere als einfachen Operation: „Wir finden es großartig, dass Sie weiter in die Zukunft schauen und eine Zeitung wie das *Ostpreußenblatt* nicht einfach verschwinden lassen wollen“, schrieb eine aktive Ostpreußin, die die Zeitung nach eigenen Angaben seit der ersten Folge 1950 abonnierte. „Mutiger Schritt“ lobte ein anderer. Eine ebenfalls langjährige Leserin offenbarte, dass mit dem neuen Haupttitel gar „ein langer Wunsch“ von ihr „in Erfüllung gegangen“ sei, und eine 22-jährige Germanistin bedankte sich schlicht. Ein Leser wagte gleich den Blick auf den nächsten Schritt, der erst Jahre später folgen sollte: „An den Kiosk“!


Heute auf Seite 3: Der neue Feind
Das Ostpreußenblatt
Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland
22. September 2001
»Kriegserklärung an die zivilisierte Welt«
Die Stunde der wehrhaften Demokratie
»Ich stehe dem positiv ...«

Das Ostpreußenblatt
Preußische Allgemeine Zeitung
Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland
Jahrgang 53 – Folge 39
28. September 2002
Diese Woche:
Stoiber: Sieger ohne Mehrheit
Wenn der Master of Desaster mit der Gr...
Preußischer Mediendienst

Neu am Kiosk
Preußische Allgemeine Zeitung
Mit Ostpreußenblatt
Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland
Berliner Orakelsprüche
»Zeitnah klären«
Willkommen bei der PAZ!

Im Wandel der Zeit: Titelseiten dieser Zeitung aus den Jahren 2001, 2002 und 2010

24. März 1999: Im Kosovo führt Deutschland erstmals seit 1945 wieder Krieg. Im *OB* gehen die Meinungen diesmal stark auseinander. Es heißt – pro Kriegsteilnahme: „Die Bundesrepublik kann es nicht hinnehmen, dass vor ihrer Haustür Völkermord verübt wird.“ Kritisiert wird, dass die Operation begonnen wurde, ohne konkrete Vorstellungen über Ablauf und Folgen: „Die immer diffuser werdenden Verlautbarungen lassen erkennen, dass man sich diese Fragen reichlich spät zu stellen begonnen hat.“

18. Januar 2000: Kohl gibt wegen ungeklärter Parteispenden nach Aufforderung der Parteispitze seinen CDU-Ehrenvorsitz ab. Das *OB* fragt mit Blick auf die Chancen zur Erneuerung der Partei nach der Ära Kohl: „Ist die CDU noch zu retten?“

März 2000: Nach der Rücktrittsankündigung Wolfgang Schäubles tritt mehr und mehr Angela Merkel als wahrscheinliche künftige CDU-Chefin aus der Kulisse. Sie wurde von der alten Garde der Union oft milde belächelt, das *OB* stellt fest: „Die alten Herren der CDU haben ‚das Mädchen‘ unterschätzt.“

Sommer und Herbst 2000: Der „Kampf gegen Rechts“ erfasst die öffentliche Debatte. Das *OB* resümiert im Dezember kritisch: „Festzustellen ist jedenfalls, dass der ‚Aufstand der Anständigen‘ weder rechtsextreme Gewalt eindämmen konnte noch zu einer Atmosphäre jener ständig beschworenen ‚Menschlichkeit und Toleranz‘ beigetragen hat. Im Gegenteil: Hysterie, Mißtrauen und – wie im Falle Sebnitz unübersehbar – blanker Haß senkt sich über unser Land seit vergangenem August.“



11. September 2001: Die Anschläge von New York und Washington erschüttern die Welt. Für das *OB* Anlass, bisherige Tabus im Umgang mit Islamisten zu hinterfragen: „Tatmotiv für die Anschläge war Hass, unbändiger Hass. Woher kommt dieser Hass? Hinter dem Schutz von Meinungs- und Glaubensfreiheit und der bei uns fast zur Ideologie verkommenen Toleranz für alle und alles haben radikale muslimische Kreise in Westeuropa Strukturen aufgebaut, von denen demokratie- und menschenfeindliches Gedankengut ausgeht.“

1. Januar 2002: Der 1999 eingeführte Euro kommt jetzt als Bargeld, die D-Mark verschwindet. Der *OB*-Kommentator hat sich schon im Dezember ein so genanntes „Start-Paket“ geholt mit ein paar Euro-Münzen zum Drangewöhnen. Er schreibt allerdings melancholisch: „Es ist ein trauriges Weihnachtsgeschenk. Man wähnt sich betrogen.“

19. April 2003: Erstmals erscheint diese Zeitung unter dem Haupttitel *Preußische Allgemeine Zeitung* (*PAZ*), seit dem Vorjahr bereits Untertitel für *Das Ostpreußenblatt*. Am selben Tag bricht der zweite Irakkrieg aus. Die *PAZ* ist äußerst skeptisch hinsichtlich der Washingtoner Kriegsbegründungen: „George W. Bush begründete den Angriff mit der Behauptung, der Irak gefährde die Sicherheit der USA. Eine derart fadenscheinige Behauptung ist wohl noch nie für einen Angriffskrieg herangezogen worden. Der Irak war keine Bedrohung, sondern ein Vorwand.“

1. Mai 2004: Die EU wächst um zehn neue Mitglieder, darunter Polen, die Tschechische Republik, Ungarn, die Slowakei und Litauen. Doch die Neumitglieder sind sich untereinander teilweise alles andere als grün, was Zündstoff in die EU tragen könnte, warnt die *PAZ*: „Die erweiterte Europäische Union wird es noch zu spüren bekommen, dass die Fremdheitsgefühle zwischen den westslawischen Völkern sowie die baltischen Eigenwilligkeiten nur ein paar schreckliche Jahrzehnte hindurch zu-



Die Perspektive der *Preußischen Allgemeinen*

Die allgemeine Linksdrift der Medienlandschaft und das Internet eröffnen Raum für den dauerhaften Erfolg der *PAZ*

Hat die *Preußische Allgemeine Zeitung* am intensiv umkämpften deutschen Medienmarkt eine Chance? Wenn ja, worin besteht diese Chance, und wie kann sie bestmöglich genutzt werden? Die These lautet: Jawohl, die *Preußische Allgemeine* kann durchaus ihren 80. und auch 100. Geburtstag erleben, wenn sie weiterhin die Zeichen der Zeit erkennt und einige Fehler vermeidet.

Die Auflagenentwicklung sagt nicht alles über das Wohl und Wehe einer Zeitung, aber sie ist doch zusammen mit dem wirtschaftlichen Ergebnis die vielleicht wichtigste Kennziffer. Was die Auflage angeht, so begann diese Zeitung 1950 eher klein, steigerte ihre Verbreitung dann aber im Laufe der 1950er Jahre rasch auf etwa 130000 Exemplare pro Woche. Natürlich war das Interesse der Ostpreußen an ihrer Heimat fünf Jahre nach der Vertreibung nicht geringer als 15 Jahre danach, aber die wirtschaftlichen Möglichkeiten hatten sich vergrößert. Im Zuge des Wirtschaftswunders der fünfziger Jahre konnten sich viele irgendwann ein Zeitungsabonnement leisten, die das 1950 noch nicht konnten.

Seit etwa Anfang der 1960er Jahre ist diese Zeitung dann „auflagetechnisch“ nur noch zweimal gewachsen: Anfang der 1990er Jahre, als eine vierstellige Zahl neuer Bezieher in den neuen Bundesländern hinzugewonnen wurden und schließlich in der allerjüngsten Zeit durch Werbeaktivitäten im Internet seit Herbst 2009 und den Start des freien Verkaufs der Zeitung an Kiosken und im Zeitungsfachhandel seit Januer dieses Jahres.

Obwohl also die Zeitung heute kleiner ist als vor 50 Jahren, erreicht sie Woche für Woche immer noch rund 50000 Leser, denn sie wird intensiv weitergereicht. Zudem hat sich die relative Position des Blattes verbessert: War sie noch vor 25 Jahren eine konservative Stimme unter vielen in der Landschaft der deutschen (Wochen-)Publizistik, so steht sie in diesem Bereich heute fast alleine da. Andere Medien in diesem Bereich sind entweder weit in die (links-)liberale Mitte gerückt, oder sie sind untergegangen – oder nacheinander beides. Buchstäblich an einer Hand kann man heute die gediegen-konservativen gedruckten Periodika in Deutschland abzählen.

An dieser Stelle liegen für die *Preußische Allgemeine Zeitung* Herausforderung und Chance zugleich. Nachdem sich das Blatt schon vor Jahrzehnten thematisch weit geöffnet hatte und keineswegs nur über Ostpreußen und die unmittelbar angrenzenden Themen (etwa der Außen-, Wirtschafts- und Sozialpolitik) berichtet hatte, folgte vor etwa zehn Jahren der nächste Schritt: Das Blatt erweiterte seinen Titel und wechselte schließlich zum heutigen (ersten) Namen (siehe Seite VII).

Denn eines war klar und ist seitdem noch sicherer geworden: Der klassische Vertriebenenbereich, also der Kreis derer, die sich auch in der dritten Generation nach der Vertreibung immer noch so sehr für ihre Herkunft interessieren, dass sie deswegen eine Wochenzeitung abonnieren würden, reicht nie und nimmer aus, um das Überleben dieses Blattes zu sichern. Es ist ja eine bedrückende Tatsache, dass 65 Jahre danach von den Enkeln der über 14 Millionen vertriebenen und enteigneten Ost- und Sudetendeutschen weit weniger als 1 Prozent sich noch als Ost- und Sudetendeutsche verstehen. Fragt man nach konkreteren Fakten als kleine Familientraditionen – etwa eigene Aktivitäten, Mitgliedschaften oder eben ein bezahltes Zeitungsabo –, dann dürfte dieser Anteil bei den heute unter 35-Jährigen mit Wurzeln im Osten (ohne die Aussiedler) sogar unter ein Promille liegen.

Was diesen traurigen Befund – der natürlich ein Kulturgut gefährdet und sich auch deutlich abhebt von der Lage etwa bei den Armeniern – erklärt, ist ein Kapitel für sich. Klar ist nur: Davon allein kann keine Zeitung leben. Und doch hat dieses Blatt seine Chance am Markt. Vor allem zwei Gründe stehen für diese optimistische Einschätzung.

Da ist zum einen der freigewordene Raum in der „rechten Mitte“, also in demjenigen Teil des gesellschaftlichen Spektrums, den bis weit in die 1980er Jahre hinein politisch der konservative Flügel der CDU und publizistisch Medien wie der „Rheinische Merkur“, die „Welt“, die „FAZ“, der „Rheinische Merkur“ und ziemlich lange auch das „Deutsche Allgemeine Sonntagsblatt“ abgedeckt und „bedient“ haben.

Dieser Bereich ist zwar eindeutig kleiner geworden, aber nicht so viel kleiner, wie die entsprechende Verschiebung der Medienlandschaft es vermuten lassen könnte. Es ist frapierend, in welchem Umfang heute

> Ganze Themenbereiche haben kaum mehr einen seriösen politischen Ort – das ist die große Chance dieser Zeitung

relevante Themen und Fragestellungen in der öffentlichen Diskussion einfach keinen Raum mehr finden. Das gilt für aktuelle Fragen ebenso wie für historische.

Um ein Beispiel zu nennen. Ziemlich genau 65 Jahre liegt der Skandinavienfeldzug der Deutschen Wehrmacht zurück mit Besetzung Dänemarks und Norwegens. Der Vorgang als solcher findet viel Raum in den Medien, aber ganze Teilkapitel der damaligen Geschichte werden oft einfach unterschlagen. Wie viele Medien berichten so klar wie die *Preußische Allgemeine* (siehe Seite 10!) über die britischen Interventionspläne in Norwegen, denen Deutschland wirklich nur knapp zuvor kam? Und wie viele beschreiben die Kooperations-, um nicht zu sagen Kollaborationsbereitschaft, in den betroffenen Ländern so, wie sie eben tatsächlich vorhanden war? Die *PAZ* ist fast das letzte seriöse Medium, das solche Informationen noch bietet, mit Respekt nicht nur für die deutschen Soldaten der damaligen Zeit, sondern auch mit einem abgewogenen, differenzierten Urteil über die damaligen deutschen Akteure in Politik und Diplomatie. Wir nennen das Verbrechen Verbrechen und die militärische Leistung militärische Leistung – und das jeweils auf allen Seiten. Und wir wissen aus dem Leserecho, dass es viele gibt, die eben diese Offenheit und Breite der Berichterstattung schätzen.

Auch in der aktuellen Diskussion legt sich ein links-liberal geprägtes Meinungsklima wie Mehltau über die politische Landschaft und erstickt viele Debatten im Keim. Es ist schon ein Phänomen, dass nach langer und differenzierter Diskussion 57 Prozent der Schweizer beschließen, ein Neubauverbot für Minarette in ihre Verfassung zu schreiben, aber der deutschen politischen Diskussion (auch der in den etablierten Medien) kaum mehr dazu einfällt als die Warnung vor Rechtspopulismus und Rechtsextremismus. Eine differenzierte Wiedergabe des Für und Wider der Debatte in der Schweiz – mit welchem Fazit dann auch immer – fand kaum statt. Dass diese Haltung nicht frei von Arroganz gegenüber einem kleinen Nachbarland ist (und sogar Parallelen zu früheren Zeiten hat, in denen man in Berlin mit Schweizer Basisdemokratie ebenfalls nichts anfangen konnte) sei nur am Rande erwähnt. So oder so: Für ein Medium, dass sich um diese nachgerade absurden Selbstbeschränkungen im Denken und Schreiben nicht schert, eröffnet diese Konstellation eine sehr große Chance.

Allerdings bleibt es dabei wichtig, sich auch nicht an der „political correctness“ und den oft absurden linken Irrtümern und Tabuisierungen „abzuarbeiten“, möglicherweise in einem Ton der ständigen Empörung oder auch der Bitterkeit. Das wäre zwar naheliegend, aber es brächte zwei Probleme: Man wäre a priori in der Defensive und man ließe sich die Themen diktieren.

Die *Preußische Allgemeine* hat sich deswegen darauf verlegt, über diese „weißen Flecken“ und schiefen Bewertungen normalerweise in einem eher unterkühlten Ton zu berichten und keineswegs über jedes Stöckchen zu springen, das andere in die Höhe halten. Auch das unterscheidet uns von anderen Blättern und wird von unseren Lesern geschätzt.

Der zweite große Chance für den erfolgreichen Fortbestand der *Preußischen Allgemeinen* tut sich im Internet auf. In den vergangenen Jahren ist eine unabhängig-konservative „Bloggerszene“ entstanden, die in dem Maße wächst, wie etablierte (Print-)Medien ganze Themenbereiche vernachlässigen – von der Intergration über die demographische Entwicklung bis zur Zerstörung der Familie. Einige dieser Foren erreichen Zugriffszahlen von 25000 und mehr am Tag – und das vielfach ohne professionell-journalistischen Auftritt, ohne feste Struktur und klare Programmatik. Die Szene ist also höchst vital, sie ist ziemlich jung, allerdings auch etwas konturenlos, um nicht zu sagen amorph.

Wenn die *PAZ* von diesem Strom – genauer: Von dieser Fülle an kleinen Gewässern, die in der Summe einen Strom ausmachen, auch nur einen Teil an sich binden könnte, wäre ihr auskömmliches Leben auf unabsehbare Zeit gesichert. Einfach ist das allerdings nicht, insbesondere ist es im Internet bis heute weit schwerer, Umsätze zu generieren als Aufmerksamkeit.

Und um bei stärkerem Engagement in diesem Bereich nicht selbst Profil und Kontur einzubüßen, bleiben klare Orientierungen und Wegmarken unverzichtbar. Dazu gehören die preußischen Tugenden, einschließlich der Traditionen Ostpreußens und des historischen deutschen Ostens, die diese Zeitung unverwechselbar machen.

Das andere aber – und es hängt eng mit den preußischen Werten zusammen – ist das „C“, also das spezifisch christliche Element im Wertekanon dieses Blattes. Man kann durchaus sagen: Preußisch ohne „C“ geht nicht! Die großen Gestalten Preußens waren, wenn nicht gläubige Christen (wie etwa Bismarck), dann zumindest christlich inspiriert und geprägt. Deutschland und Europa sind eben nicht von „christlichen Werten“ oder vom „christlichen Menschenbild“ inspiriert und geprägt worden, sondern vom christlichen Glauben als solchem. Diese Werte und dieses Menschenbild sind keineswegs der Stempel, der Deutschland und Europa geprägt hat, sondern nur der Abdruck, den dieser hinterlassen hat. Konservativismus ohne christliche Inspiration funktioniert auf dem alten Kontinent nicht – es ist oft genug versucht worden. Und das gilt für Politik und Publizistik gleichermaßen. *Konrad Badenheuer*



Bild mit Symbolkraft: Der Reichstag, pardon, der Deutsche Bundestag im Reichstagsgebäude, im Nebel Bild: imago

---

gedeckt waren, sich jedoch während der sowjetrussischen Zwangsherrschaft keineswegs aufgelöst haben.“

19. April 2005: Mit Kardinal Ratzinger als Benedikt XVI. wird erstmals seit Jahrhunderten wieder ein Deutscher Papst. Er hat Gegner, wie es scheint vor allem in Deutschland, doch die *Preußische Allgemeine Zeitung* stellt fest: „Die Gegner sind mit den Jahren weniger geworden. Entweder hat der Kardinal sie mit den besseren Argumenten überzeugt oder mit dem längeren institutionellen Atem an den Rand gedrängt. Auch sein leiser, intellektueller Charme mag dazu beigetragen haben. Jedenfalls scheut er die Debatte nicht, auch nicht mit kritischen Geistern.“

18. September 2005: Bundestagswahl, die Mehrheitsverhältnisse führen zur Großen Koalition. Die Erwartungen der *PAZ* fallen verhalten aus: „Was ist von der nun antretenden neuen schwarz-roten Bundesregierung zu erwarten? Union und SPD haben große gemeinsame Zukunftsentwürfe zur Besserung der Verhältnisse in dieser Republik nicht gewagt ... Das dringend gebotene Umsteuern sowohl bei der Steuer- und Finanzpolitik als auch bei der Arbeitsmarkt- und Familienpolitik findet nicht statt. Ein weiter so ist angesagt.“

9. Juli 2006: Mit der Fußball-WM endet ein fröhliches, von ungezwungenem Patriotismus durchwehten Dauerfest, das viele überrascht hat. Die *PAZ* fragt: „Hat diese einmonatige Dauerfeier Deutschland über den Tag hinaus verändert? ... Ein Volk ist freier geworden



Foto: ddp

– im Umgang mit sich und seinen Symbolen wie mit der Welt. Viele haben sich erstmals leidenschaftlich als Teil einer Nation gefühlt.“

März 2008: Mit dem beinahe-Zusammenbruch der US-Bank „Bear Sterns“ strebt die Finanzkrise ihrem ersten Höhepunkt entgegen. Die *PAZ* sieht dunkle Wolken aufziehen: „Völlig offen ist, ob Regierungen oder Notenbanken je wieder eine Art wirksamer Kontrolle über die Finanzmärkte bekommen werden. In der gegenwärtigen Krise, ausgelöst durch den undurchsichtigen Handel mit Schuldverschreibungen auf fragwürdige Kredite, waren Ministerien und Notenbanken weitgehend ahnungslos. Dabei wird es vermutlich bis auf weiteres bleiben.“

Sommer 2008: Ein Lösung im Afghanistankonflikt rückt in immer weitere Ferne. Die *PAZ* bemängelt Unehrlichkeit der Politik: „Die rot-grüne Regierung unter Kanzler Schröder und Außenminister Fischer hatte Deutschland durch den Militäreinsatz in Afghansitan zu einer kriegführenden Nation gemacht – ohne den Bürgern zu eröffnen, was dies nach dem Kriegsvölkerrecht wirklich bedeutet. Das Kabinett Merkel geht mit den Bürgern nicht ehrlicher um. Noch immer wird die Vorspiegelung aufrecht erhalten, am Hindukusch sei eine Art Technisches Hilfswerk im Einsatz, abgesichert durch einige Soldaten.“

Foto: ddp

27. September 2009: Schwarz-Gelb gewinnt die Bundestagswahl. Schon kurz darauf bemerkt die *PAZ* verblüfft: „Überraschend holprig und auch kleinmütig begann die neue, schwarz-gelbe Bundesregierung. Über durchgreifende Reformen besteht keine Einigung, die dringend notwendige Sanierung der Staatsfinanzen wurde auf unbestimmte Zeit vertagt.“

Zusammengestellt von Hans Heckel